

Die kantonalen Steuern Basellands

1924 bis 1961

Ein für die Jahre 1957 bis 1961 nachgeführtes Kapitel aus der unveröffentlichten Arbeit
«Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1924 bis 1956»

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

von

Felix Auer

von Bottmingen, Baselland

1959.

1963

Buchdruckerei Lüdin AG, Liestal

FELIX AUER

Die kantonalen Steuern Basellands
1924 bis 1961

Die kantonalen Steuern Basellands

1924 bis 1961

Ein für die Jahre 1957 bis 1961 nachgeführtes Kapitel aus der unveröffentlichten Arbeit

«Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1924 bis 1956»

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

von

Felix Auer

von Bottmingen, Baselland

1963

Buchdruckerei Lüdin AG, Liestal



Genehmigt von der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Basel auf
Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. G. Bombach.

Basel, den 26. Mai 1959

Prof. Dr. D. van Berchem, Dekan

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

	Seite
Vorwort	7
Abkürzungen	9
Quellen und Literatur	9
Bemerkungen zur Statistik	11

Hauptteil Die kantonalen Steuern

§ 1. Die Einkommens- und Vermögenssteuern	17
A. Geschichtliches	17
1. Die Zuschlagsteuerperiode I (1919–1929)	17
2. Das Steuergesetz von 1928 (1930–1952)	21
3. Die Zuschlagsteuerperiode II («Krisenopfer») 1938–1944)	23
4. Das «Interregnum» (1945–1947)	29
5. Die Zuschlagsteuerperiode III (1948–1952)	30
6. Das Steuergesetz von 1952	36
7. Die Steuergesetz-Revision von 1953	50
8. Die Steuergesetz-Revision von 1956	50
9. Die Steuergesetz-Revision von 1960	53
10. Die reale Steuerbelastung 1924–1961.	54
B. Das Steuereinkommen und -vermögen – Die Einkommens- und Vermögens- konzentration	62
1. Das Steuereinkommen	62
a) Das Steuereinkommen der natürlichen Personen	62
b) Das Steuereinkommen der juristischen Personen	72
c) Das Steuereinkommen der Bezirke	74
a) Natürliche Personen	74
β) Juristische Personen	75
γ) Natürliche und juristische Personen	76
d) Das Steuereinkommen der Gemeinden	77
a) Natürliche Personen	77
β) Juristische Personen	78
2. Das Steuervermögen	79
a) Das Steuervermögen der natürlichen Personen	79
b) Das Steuervermögen der juristischen Personen	84
c) Das Steuervermögen der Bezirke	86
a) Natürliche Personen	86
β) Juristische Personen	87
γ) Natürliche und juristische Personen	88
d) Das Steuervermögen der Gemeinden	89
a) Natürliche Personen	89
β) Juristische Personen	80
3. Vergleich mit der gesamtschweizerischen Entwicklung	80
C. Der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern	92
§ 2. Die Vermögensverkehrssteuern	103
A. Geschichtliches	103
1. Die Handänderungssteuer	103
2. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer	103

B. Der Ertrag der Vermögensverkehrssteuern	105
1. Der Ertrag der Handänderungssteuer	105
2. Der Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer	105
3. Der Totalertrag der Vermögensverkehrssteuern	106
§ 3. Die Verbrauchs- und Aufwandsteuern	109
A. Geschichtliches	109
1. Die Motorfahrzeugsteuer	109
2. Die Hundesteuer	101
B. Der Ertrag der Verbrauchs- und Aufwandsteuern	112
1. Der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer	112
2. Der Ertrag der Hundesteuer	115
§ 4. Der Ertrag aller kantonalen Steuern	117

Vorwort

(Vorwort zur Gesamtarbeit)

Die vorliegende Arbeit verfolgt einen doppelten Zweck: Sie will zum einen die Geschichte des basellandschaftlichen Staatshaushalts in der ausgewählten Berichtsperiode aufzeigen, zum anderen die statistischen Unterlagen über den Kanton Baselland zusammenfassen und ergänzen.

Der Beginn der Untersuchungsperiode ist durch das Werk von Dr. *Willi Grieder* über den basellandschaftlichen Staatshaushalt in den Jahren 1833 bis 1923 gegeben¹⁾, an das meine Arbeit anknüpft²⁾. Die sich über 33 Jahre erstreckende Untersuchungsperiode 1924 bis 1956 lässt sich in vier charakteristische Zeitabschnitte aufteilen: Sie sind durch die basellandschaftliche Posamenterkrise in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, die Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre, den zweiten Weltkrieg sowie durch die Hochkonjunktur und die starke Bevölkerungszunahme Basellands in den Nachkriegsjahren gekennzeichnet. Wo ich es als gegeben hielt, habe ich den zeitlichen Rahmen gesprengt – sowohl rückblickend auf die Zeit vor 1924 als auch ausblickend auf die mutmassliche Entwicklung nach 1956.

Im Laufe der Untersuchungsperiode hat sich Baselland vom finanzschwachen Kanton zu einem der bemitteltesten Stände der Eidgenossenschaft entwickelt: Die Bevölkerungszahl hat sich 1924 bis 1956 um mehr als die Hälfte erhöht, das versteuerte Reineinkommen der natürlichen Personen ist auf das 4,4fache, der Finanzbedarf des Staates auf das 7,4fache und jener der Gemeinden auf das 4,9fache angestiegen. Meine Arbeit sucht den Einfluss der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsentwicklung sowie der veränderten staats-, finanz- und sozialpolitischen Auffassungen auf den basellandschaftlichen Staatshaushalt aufzuzeigen; sie will im einzelnen darlegen, wie die Mittel des Staats im Laufe der drei Jahrzehnte verausgabt und die erforderlichen zusätzlichen Gelder gewonnen worden sind, wie der Staatshaushalt heute in weit stärkerem Masse als früher ein Instrument der Einkommensredistribution geworden ist, wie sich die soziale Fürsorge immer weiter aus der privaten in die staatliche Sphäre verlagert und wie sich der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden verändert hat.

Das Hauptgewicht habe ich in meiner Arbeit auf die *Tabellen* gelegt, deren Gewinnung am meisten Zeit und Mühe erfordert hat, musste ich sie doch teilweise aus Unterlagen zusammenstellen, die nur im Staats- und im Archiv der Staatskasse vorhanden sind. Leider besass Baselland bisher kein Statistisches Amt, und das in den jährlich erscheinenden Amtsberichten veröffentlichte Zahlenmaterial ist teils unvollständig, teils zu Vergleichszwecken unbrauchbar, da es nicht in allen Jahren nach den gleichen Grundsätzen erhoben worden ist. Ich hoffe, mit den publizierten Tabellen eine Lücke schliessen zu helfen. In diesem Zusammenhang sei auch hier die Forderung nach Schaffung eines kantonalen Statistischen Amtes aufgestellt. Statistiken, die die Entwicklung und die Veränderungen der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes sowie der Finanzwirtschaft von Staat und Gemeinden aufzeigen, sind nicht nur für den Historiker und den interessierten Staatsbürger von Bedeutung, sie sind vor allem unerlässlich für die Gesetzgebungsarbeit. Gerade hier ist der Mangel in den letzten Jahren oft evident geworden.

Der *Text* verfolgt vorwiegend den Zweck, die Tabellen zu erläutern, das heisst die Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben und die Ursachen dieser Veränderungen aufzuzeigen. Der Umfang des Textes der einzelnen Kapitel richtet sich meistens, aber nicht immer, nach deren Bedeutung. Da und dort habe ich mich eingehend auch mit Nebenfragen beschäftigt, da mich diese besonders interessierten. Bei den Einnahmen habe ich das Schwergewicht auf die Steuern, bei den Ausgaben auf den Finanzausgleich³⁾, das Erziehungswesen, die Landwirtschaft, das Spitalwesen und die soziale Wohlfahrt gelegt.

Wo ich in meiner Arbeit kritische Bemerkungen angebracht habe, geschah dies in der redlichen Absicht, einen Beitrag an den nie stillestehenden Ausbau der die Finanzwirtschaft betreffenden oder tangierenden Gesetzgebung und Gesetzesanwendung des Kantons zu leisten.

¹⁾ *Grieder, W.*, Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1833-1923, Diss., Zürich 1926.

²⁾ Vgl. ferner: *Pfeil, P.*, Der Finanzhaushalt des Kantons Baselland 1893-1922, Diss., Basel 1925 (Schreibmaschinen-Manuskript).

³⁾ Vgl. auch: *Weisskopf, E.*, Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden im Kanton Baselland 1833 bis 1938, insbesondere seit 1893, Diss., Basel 1942.

Bei der Zusammenstellung des umfangreichen Zahlenmaterials – von dem nur ein Bruchteil veröffentlicht ist – waren mir vor allem die Herren H. Etter von der Eidgenössischen Steuerverwaltung in Bern, J. Schmassmann, Staatskassenverwalter, E. Mangold, Leiter der Abteilung Gemeindewesen der Direktion des Innern, und G. Hänggi, Registrator der Landeskanzlei, behilflich. Es ist mir eine angenehme Pflicht, diesen und weiteren Beamten, die mir bei der Beschaffung der Unterlagen geholfen haben, verbindlichst zu danken.

Anregungen zu diesem Buch empfing ich bei meiner journalistischen und politischen Tätigkeit sowie in den Vorlesungen und Seminaren von Herrn Prof. Dr. E. Salin, unter dessen Anleitung die Arbeit entstanden ist und dem ich mich zu besonderem Dank verpflichtet fühle.

Felix Auer

Bottmingen, den 20. Oktober 1958

Um der Arbeit vermehrte Aktualität zu verleihen, habe ich die Entwicklung des kantonalen Steuerwesens in den Jahren 1957 bis 1961 in den Haupttabellen und Graphiken sowie zum Teil auch in den übrigen Tabellen und im Text nachgetragen.

Der Verfasser

Bottmingen, 31. Dezember 1962

Abkürzungen

a	=	Are(n)	Kap.	=	Kapitel
a.a.O.	=	am angeführten Ort	KEK	=	Kleine Expertenkommission (Bericht der)
Abs.	=	Absatz	KV	=	Kantonsverfassung (des Kantons Baselland)
AHV	=	Alters- und Hinterlassenen- versicherung	LR	=	Landrat
al.	=	Alinea	LRB	=	Landratsbeschluss
Anm.	=	Anmerkung	LRK	=	Landratskommission
Aug.	=	August	LRKB	=	Landratskommissionsbericht
Bd.	=	Band	m ²	=	Quadratmeter
betr.	=	betreffend	Mio.	=	Million(en)
bzw.	=	beziehungsweise	Nov.	=	November
BG	=	Bundesgesetz	Okt.	=	Oktober
BKB	=	Basellandschaftliche Kantonalbank	Q.	=	Statistische Quellenwerke der Schweiz
BL	=	Baselland	resp.	=	respektive
BRB	=	Bundesratsbeschluss	RR	=	Regierungsrat
BV	=	Bundesverfassung	RRB	=	Regierungsratsbeschluss
d.h.	=	das heisst	S.	=	Seite(n)
Dez.	=	Dezember	Sept.	=	September
Diss.	=	Dissertation	StG	=	Steuergesetz
EG	=	Einführungsgesetz	Tab.	=	Tabelle(n)
eidg.	=	eidgenössisch(e)	u. a.	=	und anderes
excl.	=	exclusive	usw.	=	und so weiter
f.	=	folgende (Seite)	v.	=	von, vom
ff.	=	folgende (Seiten)	Verf.	=	Verfasser
Febr.	=	Februar	vgl.	=	vergleiche
Fr.	=	Franken	VO	=	Verordnung
G.	=	Gesetz	VVO	=	Vollziehungsverordnung
GS	=	Gesetzessammlung des Kantons Basel-Landschaft			
GS 16	=	GS, Band 16			
H.	=	Heft			
ha	=	Hektare(n)			
Haupttab.	=	Haupttabelle			
hg.	=	herausgegeben			
incl.	=	inclusive			
Jan.	=	Januar			
Jg.	=	Jahrgang			

Zeichen in Tabellen

—	=	es kommt keine Zahl vor
0	=	eine Zahl, die kleiner ist als die hälftige Zahleneinheit
*	=	die Zahl ist nicht bekannt
.	=	eine Zahl kommt aus logischen Gründen nicht vor

Der vereinzelt vorkommende Hinweis "(vgl. S. —)" bezieht sich auf die unveröffentlichte Gesamtarbeit.

Quellen

Amtsberichte des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft
 Amtsblatt für den Kanton Basel-Landschaft
 Auskünfte verschiedener Amtsstellen
 Berichte des Regierungsrates an den Landrat
 Berichte landrätlicher Kommissionen an den Landrat
 Bundesverfassung

Eingabe an den Landrat zum Entwurf des Regierungsrates vom 16. Januar 1948, betr. Zusatzsteuergesetz, vom 28.1.1948
 Gesetzessammlung des Kantons Basel-Landschaft, 21 Bände
 Protokolle des Landrats
 Referentenführer der Volksbewegung für die Erhaltung des selbständigen Baselbiets, Liestal, April 1958
 Staatsarchiv, verschiedene Akten
 Staatskassenarchiv, verschiedene Akten
 Staatsrechnungen des Kantons Basel-Landschaft
 Statistische Jahrbücher der Schweiz, hg. vom Eidg. Statistischen Amt
 Statistische Quellenwerke der Schweiz, hg. vom Eidg. Statistischen Amt
 Statistische Veröffentlichungen des Kantons Basel-Landschaft, Hefte 1 bis 4, hg. von der Direktion des Innern
 Steuerstatistiken des Kantons Basel-Landschaft
 Volkswirtschaft, Die, wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen, hg. vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement
 Voranschläge des Kantons Basel-Landschaft

Literatur

- Amonn, A.*, Grundsätze der Finanzwissenschaft, erster (allgemeiner) Teil, Bern 1947; zweiter (besonderer) Teil, Bern 1953.
Billeter, E. P., Über die Messung der Einkommenskonzentration, Diss., Basel 1949.
Blumenstein, Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz im schweiz. Steuerrecht, Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht, IV. Jahrgang.
Grieder, W., Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1833–1923, Diss., Zürich 1926.
Haller, H., Finanzpolitik, Grundlagen und Hauptprobleme, Tübingen/Zürich 1957.
 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Auflage, Jena 1923.
 Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von Gerloff und Meisel, Tübingen 1927.
 Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Bern 1939.
Landmann, J., Finanzwissenschaft, Vorlesungen gehalten in Kiel 1931, Schreibmaschinen-Manuskript in der Universitätsbibliothek Basel.
Pfeil, P., Der Finanzhaushalt des Kantons Baselland 1893–1922, Diss., Basel 1925, Schreibmaschinen-Manuskript in der Universitätsbibliothek Basel.
Siegrist, W., Der aargauische Staatshaushalt von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg, Diss., Basel 1942.
Weisskopf, E., Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden im Kanton Baselland 1833 bis 1938, insbesondere seit 1893, Diss., Basel 1942.

Bemerkungen zur Statistik

(Auszug aus der Einleitung zu «Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1924–1956»)

Um eine Untersuchung über den Finanzhaushalt des Staates Baselland vorzunehmen, ist es unumgänglich, die gedruckt vorliegenden Staatsrechnungen zu überarbeiten und statistisch umzuformen. Dies aus vier Gründen: Erstens ist die gedruckte Staatsrechnung in den Jahren 1924 bis 1956 zweimal *formell umgestaltet* worden, so dass drei verschiedene äussere Formen der Rechnungsablage vorhanden sind (1924–1929, 1930–1948 und 1949–1956), die nicht durchwegs einen Vergleich der entsprechenden Einnahmen und Ausgaben gestatten. – Zum zweiten erfüllen die basellandschaftlichen Staatsrechnungen – wie übrigens auch die Staatsrechnungen der anderen Kantone – das *Universalitätsprinzip* nicht, das heisst, die gesamte staatliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik wickelt sich nicht über eine, sondern über mehrere Rechnungen ab (Verwaltungsrechnung, Vermögensrechnung, Spezialrechnungen und -konten, Fondsrechnungen usw.). Die zusätzlichen Rechnungen werden zwar – mit einigen Ausnahmen¹⁾ – in der gedruckt vorliegenden Staatsrechnung wiedergegeben, sie sind jedoch nicht zu einem Gesamtetat zusammengefasst. Man kann somit der Staatsrechnung beispielsweise die Abschlüsse der einzelnen Rechnungen entnehmen, nicht aber den Gesamtabschluss. Zudem fehlt die Berichterstattung über die Anlegung und die Verausgabung der Rückstellungen. Das Verhältnis der über die Verwaltungsrechnung – die staatliche Hauptrechnung – verbuchten Einnahmen und Ausgaben zu jenen in den übrigen Rechnungen verzeichneten sei an den Beispielen der Jahre 1924, 1940 und 1956 gezeigt:

Tabelle 51

Das Verhältnis von Verwaltungsrechnung und übrigen Rechnungen 1924, 1940 und 1956

	Finanzbedarf ^{a)} in 1000 Fr.	in %	Deckungsmittel ^{b)} in 1000 Fr.	in %	Saldo in 1000 Fr.
1924					
Verwaltungsrechnung	5 999	64,5	6 150	60,4	+ 151
Übrige Rechnungen ^{c)}	3 308	35,5	4 037	39,6	+ 729
Total	9 307	100,0	10 187	100,0	+ 880
1940					
Verwaltungsrechnung	11 843	62,0	11 183	57,8	— 660
Übrige Rechnungen ^{c)}	7 272	38,0	8 172	42,2	+ 900
Total	19 115	100,0	19 355	100,0	+ 240
1956					
Verwaltungsrechnung	51 834	74,9	51 895	72,3	+ 61
Übrige Rechnungen ^{c)}	17 325	25,1	19 862	27,7	+ 2537
Total	69 159	100,0	71 757	100,0	+ 2598

a) Vgl. S. 15

b) Vgl. S. 15

c) Miteingerechnet sind sämtliche «Erhöhungen» (siehe unten), auch jene bei der Verwaltungsrechnung vorgenommenen.

¹⁾ Seit 1951 werden alle Fonds – mit Ausnahme einiger kleinerer der Krankenanstalten – in der Staatsrechnung angeführt. Vereinzelte Rechnungen öffentlich-rechtlich selbständiger Institutionen (beispielsweise der Kantonbank) werden in deren besonderen Jahresberichten veröffentlicht. – Die Publikation sämtlicher, auch der kleinen, finanzwirtschaftlich unbedeutenden Fonds ist staatspolitisch sicherlich begrüssenswert, ökonomisch jedoch etwas problematisch. So sind zum Beispiel die Kosten der Drucklegung der Rechnung der Kramer-Stiftung, deren Bestand stets 1500 Fr. beträgt, nahezu so gross wie der daraus zur Verfügung stehende Zinsertrag.

Wir sehen aus Tabelle 51, dass zu Beginn unserer Untersuchungsperiode mehr als ein Drittel, am Ende immer noch über ein Viertel der Einnahmen und Ausgaben nicht über die Verwaltungsrechnung verbucht worden sind¹⁾. Es erhellt dies die nicht unwesentliche Bedeutung der verschiedenen «Nebenrechnungen», die bei finanzpolitischen Betrachtungen vielfach und meist sehr zu Unrecht ausser acht gelassen werden.

Eine statistische Umbearbeitung erfordert drittens der Umstand, dass das *Bruttoprinzip* in der Rechnungsführung erst seit neuester Zeit durchwegs befolgt wird. Bis 1957 sind sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite zum Teil nur die Nettowerte veröffentlicht worden. Deren Ersetzung durch die entsprechenden Bruttowerte erforderte beispielsweise in den Jahren 1924, 1940 und 1956 folgende «Erhöhungen» auf der Einnahmen- und Ausgabenseite:

Tabelle 52

Der Anteil der «Erhöhungen» (Aufrechnungen) an den Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsrechnungen 1924, 1940 und 1956 (Befolgung des Bruttoprinzipes)

	Deckungsmittel ^{b)}		1956 in 1000 Fr.	Finanzbedarf ^{c)}		1956	Saldo		
	1924	1940		1924	1940		1924	1940	1956
gemäss Staatsrechnung	6 150	11 183	51 895	5 999	11 843	51 834	+151	+660	+61
Erhöhungen	1 525	1 489	382a)	1 525	1 489	382a)	.	.	.
gemäss Haupttabelle	7 675	12 672	52 277	7 524	13 332	52 216	+151	+660	+61
Erhöhungen in % der Haupttabellen-Werte	19,9	11,8	0,7	20,3	11,2	0,7	.	.	.

a) Die Erhöhung von 0,382 Mio. Fr. setzt sich 1956 wie folgt zusammen (gerundete Werte): Bundesanteil an der Militärpflichtersatzsteuer = 210 000 Fr. (bis 1950 brutto verbucht, seither netto), Gemeindeanteile an der Hundesteuer = 57 000 Fr. (bis 1956 netto verbucht), Gemeindeanteile an den Baubewilligungsgebühren = 26 000 Fr. (bis 1956 netto verbucht), vom Armensekretariat vereinnahmte und an die basellandschaftlichen Gemeinden, andere Kantone sowie an Instanzen des Bundes und des Auslandes weitergeleitete Rückerstattungen = 89 000 Fr. (bis 1948 brutto verbucht, seither netto). Vgl. auch Anmerkung 2, S. 117.

b) Vgl. S. 15

c) Vgl. S. 15

Der Rückgang des prozentualen Anteils der Erhöhungen von rund 20% auf 0,7% im Laufe unserer Untersuchungsperiode zeigt, dass das Bruttoprinzip mit der Zeit strenger befolgt worden ist.

Viertens schliesslich ist für eine finanzwirtschaftliche Untersuchung die Ausscheidung der *wirklichen* und der *rechnungsmässigen* Einnahmen und Ausgaben von Bedeutung. Die Staatsrechnung hält die wirklichen und rechnungsmässigen Einnahmen bzw. Ausgaben, die in der nachstehenden Tabelle 53 für die Jahre 1924, 1940 und 1956 wiedergegeben sind, nicht auseinander:

¹⁾ Der sehr hohe Anteil der übrigen Rechnungen Anno 1940 ist auf die Spezialrechnung für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe (1939-1945) zurückzuführen.

Tabelle 53

**Das Verhältnis von wirklichen und rechnungsmässigen Einnahmen und Ausgaben
1924, 1940 und 1956**

	1924 in 1000 Fr.	in %	1940 in 1000 Fr.	in %	1956 in 1000 Fr.	in %
Deckungsmittel ^{a)}	10 187	100,0	19 355	100,0	71 757	100,0
Ertrag ^{b)}	1 383	13,6	2 325	12,0	15 551	21,7
Wirkliche Einnahmen	8 804	86,4	17 030	88,0	56 206	78,3
Finanzbedarfe ^{c)}	9 307	100,0	19 115	100,0	69 159	100,0
Aufwand ^{d)}	1 595	17,1	3 723	19,5	9 831	14,2
Wirkliche Ausgaben	7 712	82,9	15 392	80,5	59 328	85,8
Saldo Deckungsmittel/ Finanzbedarfe)	+ 880	.	+ 240	.	+2 598	.
Saldo Ertrag/Aufwand	— 212	.	—1 398	.	+5 720	.
Saldo wirkliche Einnahmen/ wirkliche Ausgaben	+1 092	.	+1 638	.	—3 122	.

a) = rechnungsmässige Einnahmen + wirkliche Einnahmen

b) = rechnungsmässige Einnahmen

c) = rechnungsmässige Ausgaben + wirkliche Ausgaben

d) = rechnungsmässige Ausgaben

e) Identisch Vermögenszunahme bzw. Vermögensabnahme

Wesentlich für die Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung sind die wirklichen Einnahmen und Ausgaben sowie die Zusammensetzung des Ertrags und des Aufwandes (vgl. S. 15). Die Deckungsmittel und der Finanzbedarf allein geben keine zuverlässigen Anhaltspunkte, da ihre Grösse teilweise willkürlich verändert werden kann, beispielsweise durch Überweisungen innerhalb einzelner Verwaltungszweige, durch Variierung des Brutto- und Nettoprinzips¹⁾ oder durch Abschreibungen bzw. Zuschreibungen.

¹⁾ Die Verzinsung des Dotationskapitals der Kantonalbank durch den Staat – formell durch den Staat, materiell durch die Bank – wird beispielsweise erst seit 1949 in der Staatsrechnung angeführt, auf der Einnahmeseite als Vermögensertrag, auf der Ausgabenseite als Passivzinsen. Es bewirkte diese Änderung 1949 aus rein formellen Gründen eine Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsrechnung um 3,2% bzw. 3,4%. Umgekehrt reduzierten sich 1950/51 die Deckungsmittel um rund 210 000 Fr., da bei der Verbuchung des Anteils des Bundes an der Militärpflichtersatzsteuer vom Brutto- auf das Netto-Prinzip gewechselt wurde. Dies geschah freilich nicht unbegründet: Die Militärpflichtersatzsteuer wird zwar vom Staat erhoben, ist jedoch eine Steuer des Bundes, von deren Ertrag die Kantone einen Anteil erhalten. Unsere Hauptstatistik hält auch für die Jahre 1951-1956 am Brutto-Prinzip fest, betrachtet jedoch die Bundesanteile an dieser Steuer (wie übrigens auch die Bundesanteile an den Handelsregister- und den Patentgebühren) als *rechnungsmässige* Einnahmen bzw. Ausgaben. – Die Besoldungen der Angestellten der Krankenanstalten sind in der Staatsrechnung bis 1952 netto verbucht (Brutto-Besoldung abzüglich Kost- und Logisvergütungen), seit 1953 brutto. Für die Jahre 1924-1952 haben wir die Kosten der freien Station des Personals auf Grund dessen Bestandes geschätzt und entsprechende Erhöhungen auf der Einnahme- und Ausgabenseite vorgenommen, sodass auch hier für die ganze Berichtszeit dem Brutto-Prinzip Genüge geleistet wird.

Unsere Untersuchungen stützen sich 1930–1956 auf die von der Eidgenössischen Steuerverwaltung in Bern seit 1930 herausgegebene Statistik über die Kantonsfinanzen¹⁾, die den oben erwähnten vier Voraussetzungen gerecht wird und die nicht nur die Verwaltungsrechnungen der Kantone zusammenfasst, sondern auch die Vermögens-, die Spezial- und die Rechnungen der staatlichen Fonds²⁾, «da sie sonst ein ungleichmässiges Bild vermitteln würde; denn das, was von den einzelnen Kantonen an Einnahmen und Ausgaben über die Verwaltungsrechnung verbucht wird, ist sehr verschieden. Die Finanzstatistik, die andere Ziele verfolgt als das Rechnungswesen, muss darnach trachten, alle Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes zu erfassen, sie muss gleichsam eine fiskalische Kasseneinheit konstruieren, indem sie die verschiedenen Rechnungsarten zusammenfasst. Es ist klar, dass die auf diese Weise ermittelten Rechnungsergebnisse ein wesentlich anderes Bild bieten als die kantonalen Rechnungen³⁾.»

Da jedoch die «Berner» Statistik anfänglich nicht derart umfassend ermittelt worden ist wie in den letzten Jahren, die Erhebungsgrundlagen und die Systematik im Laufe der Zeit geändert worden sind, und da die Anwendung des früheren Übertragungsmodus beim Wechsel der formellen Rechnungsgestaltung Anno 1949 nicht in allen Teilen einen kontinuierlichen Übergang der Zahlenreihen zur Folge hatte, ergab sich die Notwendigkeit von Korrekturen und Ergänzungen, wozu teilweise eingehende Recherchen in den Archiven der Staatskassenverwaltung erforderlich waren. Die Eidgenössische Steuerverwaltung stellte dem Verfasser in entgegenkommender Weise die statistischen Unterlagen (Erhebungsbögen) zur Verfügung. Infolge der Überarbeitung und der Ergänzungen dieser statistischen Unterlagen weichen die in unseren Haupttabellen⁴⁾ ausgewiesenen Werte grösstenteils von jenen der Finanzstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung ab⁵⁾.

Nach den gleichen Grundlagen wie die Rechnungen 1930–1956 sind für unsere Betrachtungen die Rechnungen der vorangegangenen sechs Jahre umgearbeitet worden. Da die Rechnungsablage bis 1929 *vertikal* angeordnet ist – der Aufzählung aller Einnahmen folgt jene aller Ausgaben – und dabei verschiedene Einnahmen und namentlich Ausgaben in Summenposten zusammengefasst sind, war es notwendig, die statistischen Erhebungsbögen mit Auszügen aus den auf der Staatskassenverwaltung archivierten Kassabüchern zu ergänzen. Dabei mussten verschiedentlich – vor allem bei der Aufteilung von Ausgabenposten auf die Sachgebiete – *Schätzungen* vorgenommen werden. Dies ist im Text jeweils vermerkt, wenn die Fehlermöglichkeit grösser als die verwendete Zählereinheit (1000 Fr.) ist. Auf den Erhebungsbögen der Eidg. Steuerverwaltung und unseren

1) «Kantone, Finanzen und Steuern» (1930–1934), «Kantonale Finanzen und Steuern» (1930–1934), «Finanzen und Steuern der Kantone und Städte» (1941/42), «Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Städten» (1943–1952), «Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden» (seit 1953), hg. von der Eidgenössischen Steuerverwaltung in Bern. Die Statistik wird erst seit 1943 veröffentlicht; sie war 1930–1942 ausschliesslich für den internen Gebrauch der öffentlichen Verwaltungen bestimmt.

2) Die Rechnungen der öffentlich-rechtlich selbständigen staatlichen Institutionen sind in unserer wie auch in der Statistik der Eidg. Steuerverwaltung nicht miteinbezogen. Es sind dies in Baselland: Basellandschaftliche Rheinhafenanlagen; Versicherungskasse für das Staats- und Gemeindepersonal; Unterstützungsfonds der Versicherungskasse für das Staats- und Gemeindepersonal; Basellandschaftliche Kantonalbank; Basellandschaftliche Gebäudeversicherungsanstalt; Versicherungskasse für Elementarschäden an Kulturland und Kulturen; Öffentliche Arbeitslosenkasse Baselland; Kantonaler Krisenfonds Baselland; Ausgleichskasse des Kantons Basel-Landschaft; Solidaritätsfonds der Verdienstersatzordnung (1950 aufgelöst); Sparkasse für das Aushilfepersonal der Staatsverwaltung; Unterstützungsfonds der Sparkasse für das Aushilfepersonal der Staatsverwaltung; Lehrerversicherungskasse (1947 aufgelöst); Sterbefallkasse der Lehrerversicherungskasse; Wegmacher-Krankenkasse; Landjäger-Decomptekasse (1930 aufgelöst); Basellandschaftliche Bauernhilfskasse; Tilgungskasse der Bauernhilfskasse; Wehrliche Waisenstiftung; Allemandi-Stiftung.

3) Kantone, Finanzen und Steuern 1930, a.a.O., S. 4.

4) Die aus der statistischen Um- und Überarbeitung der Staatsrechnung gewonnenen Werte sind in «Haupttabellen», die übrigen statistischen Angaben in «Tabellen» zusammengefasst.

5) Die Bezeichnung «Ertrag» wird ferner für die Einnahmen an Steuern («Steuererträge») verwendet.

Korrektur- und Ergänzungsbögen ist die Finanzstatistik auf 1 Fr. genau ausgerechnet; bei der Übertragung in die Haupttabellen hingegen sind die Werte aus zwei Gründen auf 1000 Fr. gerundet worden: Zum einen ist es illusorisch, eine Summe auf 1 Fr. genau anzugeben, wenn einzelne Posten davon auf 1000 Fr. genau geschätzt sind; zum andern sind Beträge unter 1000 Fr. für eine finanzwirtschaftliche Untersuchung irrelevant.

Unter «*Deckungsmittel*» wird in unserer Berichterstattung die Summe der wirklichen und der rechnungsmässigen Einnahmen verstanden. «*Wirkliche Einnahmen*» (im folgenden einfach «Einnahmen» genannt) sowie die Zuschreibungen, Höherwertungen auf Immobilien, Investitionen und Wertschriften bewirken eine Vermehrung der öffentlichen Mittel und Vermögen. Als «*Ertrag*»¹⁾ sind die folgenden rechnungsmässigen Einnahmen definiert:

- Zuschreibungen, Höherwerte auf Immobilien, Inventaren und Wertschriften.
- Vermehrung unechter Aktiven.
- Entnahmen aus Fonds, Reserven und Rückstellungen.
- Buchmässige Posten, interne Verrechnungen: Gegenposten von Schuldentilgungen, buchmässige Vermehrungen von Inventarposten, Verkäufe von Liegenschaften und Waldungen, Saldo-vorträge, Überweisungen innerhalb der verschiedenen Rechnungen.

Zum «*Finanzbedarf*» sind die wirklichen und rechnungsmässigen Ausgaben zusammengefasst. «*Wirkliche Ausgaben*» (im folgenden einfach «Ausgaben» benannt) beanspruchen die Kasse (Bank, Postcheck) und ergeben eine Vermögensabnahme. Die rechnungsmässigen Ausgaben werden als «*Aufwand*» bezeichnet; sie setzen sich wie folgt zusammen:

- Abschreibung auf Immobilien, Mobilien und Wertschriften.
- Amortisation unechter Aktiven.
- Schuldentilgung.
- Fondseinlagen, Reservestellungen, Rückstellungen.
- Buchmässige Posten, interne Verrechnungen: Rein buchmässige Verminderung von Inventarposten, Ankäufe von Liegenschaften und Waldungen, Überweisungen innerhalb der verschiedenen Rechnungen, unerhältliche Gebühren und Bussen, Rückerstattungen des Staates an Steuern, Beiträgen und Gebühren.

Aus der Differenz von Deckungsmitteln und Finanzbedarf resultiert die Zunahme oder Abnahme des Saldos von Aktiven und Passiven. Die Summe dieses Saldos, der Reserven und der Rückstellungen, abzüglich die bei den Aktiven verbuchten «zu amortisierenden Aufwendungen», ergibt das *Reinvermögen*.

¹⁾ Vgl. auch Anmerkung 2, S. 117.

§ 1. Die Einkommens- und Vermögenssteuern

A. Geschichtliches

Unsere Untersuchungsperiode 1924–1961 lässt sich hinsichtlich der Steuergesetzgebung in folgende sieben Zeitabschnitte einteilen:

– Zuschlagsteuerperiode I	1919–1929
– Steuergesetz 1928	1930–1952
– Zuschlagsteuerperiode II («Krisenopfer»)	1938–1944
– «Interregnum»	1945–1947
– Zuschlagsteuerperiode III	1948–1952
– Steuergesetz 1952	seit 1953
– Steuergesetzrevision 1956	seit 1956
– Steuergesetzrevision 1960	seit 1961

1. Die Zuschlagsteuerperiode I (1919–1929)

In umfassender Weise schildert uns *Grieder*¹⁾ die *Leidensgeschichte* der Fiskalgesetzgebung des Kantons Baselland. Während 1881 von der Gesamtsteuerleistung aller Kantone 42,1% auf direkte Steuern entfielen, fehlte in Baselland noch immer diese wichtigste aller staatlichen Einnahmequellen. Steuergesetze wurden wiederholt abgelehnt. «Schon bei seinem Entstehen mit reichen Gütern ausgestattet, ist der Staat von den meisten Bürgern bis auf den heutigen Tag nicht als das Ziel patriotischer Opfer, sondern als Quelle von Vorteilen und Genuss betrachtet worden»²⁾. Das Volk bürdete dem Staat neue Pflichten auf, verweigerte ihm jedoch die Erschliessung der notwendigen Einnahmequellen. «Der Staat Baselland lebte nicht, das war ein Vegetieren»³⁾. In den vier Jahrzehnten 1846–1886 stiegen die gesamten Steuereinnahmen des Staates um nur 4761 Fr. oder 1,4%, während sich in der gleichen Zeitspanne die Bevölkerungszahl um rund 14 000 oder 28% vermehrte. Einzig 1887 bewilligte der Souverän eine vorübergehende, dreijährige zweckbestimmte Steuer – für den Bau des Kantonsospitals –, die netto 272 949 Fr. abwarf.

Eine vorübergehende Lösung brachte die *Verfassungsreform von 1892*: Nach mehr als zwanzigjährigem Kampf war die Kantonsverfassung vom 4. April 1892 angenommen worden. Sie schuf in § 46 die Grundlage für die *Progressivsteuer*. Weiter enthielt sie Übergangsbestimmungen, wovon eine (§ 57) ein Provisorium für die Steuergesetzgebung stipulierte – ein Provisorium allerdings, das bis Anno 1929 in Kraft stand. So lange dauerte es noch, bis nach verschiedenen Versuchen das in der Verfassung vorgesehene allgemeine Steuergesetz endlich die Gnade der Stimmbürger fand! Mit der Schaffung einer besonderen Regelung für die Besteuerung der juristischen Personen im Jahre 1901⁴⁾ fand die jahrzehntelang dauernde Steuer-Revisionsperiode um die Jahrhundertwende ihren vorläufigen Abschluss.

¹⁾ *Grieder, W.*, Der Staatshaushalt des Kantons Baselland, Diss., Basel 1926, S. 82ff.

²⁾ Ständerat *Dr. Birmann* im Bericht der Staatsrechnungs-Prüfungskommission pro 1896, vom 16. Mai 1871, zitiert nach *Grieder W.*, a.a.O., S. 87.

³⁾ *Grieder, W.*, a.a.O., S. 87.

⁴⁾ G. betr. Steuerpflicht der Korporationen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und ähnlicher Verbände, vom 1. Aug. 1901, GS 15, S. 53 ff.

Die durch die Verfassung von 1892 erschlossenen neuen Mittel reichten, trotz erhöhten Anteilen am Reingewinn der Kantonalbank und an Bundeseinnahmen, nicht mehr aus, nachdem mit dem Schulgesetz von 1911¹⁾, der Teuerung und vor allem mit den Soziallasten am Ende des ersten Weltkrieges die Ausgaben immer stärker anstiegen. Im Jahre 1918 unterbreitete daher der RR dem LR ein *Reformprogramm*, das folgende Punkte enthielt und das Schritt für Schritt verwirklicht werden sollte²⁾:

1. Erhebung einer Zuschlagsteuer auf der gegenwärtigen Staatssteuer.
2. Ausbau der Erbschaftssteuer im Sinne der Erfassung der direkten Erbfolge.
3. Einführung der Mehrwertsteuer³⁾ zugunsten des Staates.
4. Erhöhung der Salzpreise.
5. Erhöhung aller Gebühren.
6. Erhöhung der Abgaben der Elektrizitätsgesellschaften.

Die Dringlichkeit der Mittelbeschaffung gestattete keine langen Debatten und liess keine Zeit zur Ausarbeitung des in der Verfassung vorgesehenen allgemeinen Steuergesetzes übrig. Die sicherste und grösste Einnahme versprach die *Zuschlagsteuer*. Eine entsprechende, auf 5 Jahre befristete Vorlage, die eine Erhöhung der in der KV von 1892 verankerten Steuersätze um $\frac{1}{3}$ bei Einkommen von über 3000 Fr. und bei Vermögen von über 10 000 Fr. vorsah, wurde jedoch in der Volksabstimmung vom 7. Juli 1918 abgelehnt. Das war ausnahmsweise von gutem, denn es zeigte sich in der Folge, dass die Mittel, die mit dem Gesetz hätten erschlossen werden sollen, zur Deckung der Mehrausgaben nicht ausgereicht hätten. Es wurde daher ein neues Provisorium ausgearbeitet und – obwohl der Zuschlag nun auf $\frac{2}{3}$ erhöht, die Grenze beim Einkommen allerdings auf 3500 Fr. heraufgesetzt wurde – in der Volksabstimmung vom 5. Okt. 1919 gutgeheissen: Das auf vier Jahre befristete Gesetz betr. die Änderung der Staatssteuer, vom 25. Aug. 1919⁴⁾ (*Erstes Zuschlagsteuergesetz*).

Im darauffolgenden Jahr (1920) wurde ein zweites Postulat des Reformprogramms von 1918 verwirklicht: der Ausbau der *Erbschafts- und Schenkungssteuer*⁵⁾. Die damals getroffene Regelung ist heute noch unverändert in Kraft. Die landrätliche Beratung einer 1949 vom RR vorgeschlagenen Gesetzesrevision⁶⁾ ist bis heute (1962) nicht zu Ende geführt.

Am 10. August 1921 unterbreitete der RR dem LR einen Entwurf zu einem Gesetz über die Mehrwertssteuer (Grundstück- und Kapitalgewinnsteuer), die Katasterschätzung und die Handänderungsgebühr, am 31. Mai 1922 einen solchen zu einem Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern. Da die Ausarbeitung dieser Vorlagen nicht mehr rechtzeitig abgeschlossen werden konnte, sah man sich zu einer Verlängerung des Zuschlagsteuergesetzes von 1919 veranlasst⁷⁾. Am 28. Jan. 1923 genehmigte das Volk mit 5198 gegen 4422 Stimmen das *zweite Zuschlagsteuergesetz*⁸⁾. Neben den Staatssteuerzuschlägen setzte das auf drei Jahre befristete Gesetz die Handänderungssteuer für Staat und Gemeinde auf je 1% des Wertes fest.

1) Schulgesetz für den Kanton Basellandschaft, vom 8. Mai 1911, GS 16, S. 76 ff.

2) Bericht des RR betr. Erhöhung der Staatssteuer, vom 28. März 1918.

3) 1930-1952 «Liegenschaftsgewinnsteuer», seit 1953 «Grundstückgewinnsteuer» genannt (vgl. S. 42).

4) GS 16, S. 720 ff.

5) G. über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, vom 16. Febr. 1920, GS 16, S. 787 ff.

6) Bericht des RR zum G. über die Vermögensanfallsteuer, vom 17. Jan. 1949, vgl. S. 102.

7) Bericht des RR, vom 20. Sept. 1922.

8) G. betr. die Abänderung der Staatssteuer und der Handänderungsgebühr, vom 28. Dez. 1922, GS 17, S. 6 ff.

Das war der Zustand zu *Beginn unserer Untersuchungsperiode*: Zu einem umfassenden Steuergesetz hatte es der Kanton Baselland also noch nicht gebracht. Die durch die Zuschlagsteuergesetze ergänzten Verfassungsbestimmungen konnten à la longue nicht befriedigen: Zum einen fehlten wegen der Befristungen Stabilität und Kontinuität – der Finanzhaushalt war auf keine konsolidierte Basis gestellt –, zum andern enthielt die Regelung zahlreiche Nachteile: Nicht nur fehlte es mangels eines Steuergesetzes an der rechtlichen Handhabe für eine gerechte Steuerbemessung – «gerecht» im Sinne der damals vorherrschenden fiskalpolitischen Auffassung –, das Verfassungsprovisorium enthielt auch schroffe Übergänge in der Progressionsskala, die durch die Steuerzuschläge noch erhöht wurden. Bei einem Einkommen von 6000 Fr. und einem Vermögen von 100 000 Fr. beispielsweise betrug die Steuer 200 Fr., bei je 1 Fr. mehr Einkommen und Vermögen jedoch 219 Fr., d.h. annähernd 10% mehr.

Indessen wurden die Bemühungen fortgesetzt, dem Staat endlich gesicherte Einnahmequellen zu verschaffen. Vorerst wies der LR freilich den erwähnten Steuergesetz-Entwurf vom 31. März 1922 an den RR zurück. «Trotzdem der beachtenswerte Entwurf modernen und richtigen Überlegungen Ausdruck verlieh, wäre es ausgeschlossen gewesen, dass so einschneidende Neuerungen dem Volke sympathisch gewesen wären. Insbesondere hätten sich die Gemeinden (es war eine Vereinheitlichung der Staats- und Gemeindesteuer vorgesehen. Der Verf.) nie zu einer derartigen Beschneidung ihrer Finanzautonomie verstehen können.»¹⁾

Am 31. Juli 1924 legte der RR dem LR einen neuen Gesetzesentwurf vor. Dieser brachte gegenüber der Zuschlagsteuer-Regelung grosso modo eine Reduktion der Steuern für die Einkommen bis 9000 Fr. und eine Heraufsetzung für höhere Einkommen. Der Maximalsteuereffuss wurde beim Einkommen von 3,2% auf 6,5% erhöht; bei der Vermögenssteuer blieb er sich gleich (4⁰/₁₀₀). In der Volksabstimmung vom 31. Jan. 1926 wurde jedoch die Vorlage²⁾, die sehr sorgfältig ausgearbeitet worden war und den damals herrschenden Auffassungen über Steuergerechtigkeit und den Ansprüchen des Fiskus in weitgehendem Masse entsprach, abgelehnt, und zwar mit 5276 Ja gegen 7591 Nein. Die Linksparteien, die eine weitergehende Entlastung der unteren Einkommenschichten verlangten, und die Konsumvereine, die Steuerfreiheit für die Rückvergütungen forderten, hatten die Vorlage bekämpft. «Die Liegenschaftsgewinnsteuer³⁾ hatte die Opposition der Grundbesitzer und die sonstige Mehrbelastung der höheren Einkommen und Vermögen den Widerspruch der grösseren Steuerzahler erweckt. Vielfach fehlte es aber auch an Einsicht, an Verständnis und gutem Willen. Auch waren die wirtschaftlichen Verhältnisse, vornehmlich die Krise in der Seidenbandweberei, der Annahme eines Steuergesetzes wenig günstig.»⁴⁾

Die Verwerfung des Steuergesetzes verlangte abermals eine *Verlängerung der Zuschlagsteuer*. In einem eindringlichen Appell⁵⁾ unterstrich der RR die Notwendigkeit der Schaffung eines allgemeinen Steuergesetzes und legte dar, dass Einsparungen ohne Vernachlässigung der Pflichten nicht möglich seien. «Bei dieser Sachlage ist es für jedermann klar, dass entweder vermehrte Steuererträge geschaffen werden müssen, oder aber ein Abbau in den Staatsausgaben erfolgen muss. Diese Zwangslage muss dem Volk mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden.» Der Souverän hatte ein Einsehen und stimmte der Verlängerung des zweiten Zuschlagsteuergesetzes am 31. Nov.

¹⁾ Grieder W., a.a.O., S. 102.

²⁾ G. betr. die Staatssteuer und die Handänderungsgebühr, vom 16. Nov. 1925.

³⁾ Die Liegenschaftsgewinnsteuer war bisher (als «Mehrwertssteuer») nur in den Gemeinden erhoben worden.

⁴⁾ Grieder, W., a.a.O., S. 111.

⁵⁾ Bericht des RR, vom 10. Aug. 1928.

1926 mit 9207 gegen 5592 Stimmen zu¹⁾). Diesmal wurde keine Abänderung vorgenommen und die Befristung «bis zum Inkrafttreten eines neuen allgemeinen Steuergesetzes» festgesetzt.

*

Der Ertrag der Zuschlagsteuer erhöhte sich 1924–1929 von 0,755 auf 1,039 Mio. Fr. Er belief sich in diesen sechs Jahren gesamthaft auf 5,283 Mio. Fr. und machte damit rund 30% des gesamten Einkommens- und Vermögensteuerertrages des Staates aus.

Das Zuschlagsteuergesetz von 1919 enthielt die Bestimmung (§ 3), es sei ein Drittel des zusätzlichen Steuerertrags «für die Erweiterung der Einrichtungen und des Betriebes des kantonalen Kranken- und Pfrundhauses sowie der Irrenfürsorge» zu verwenden. Nach dem Gesetz von 1922 musste wiederum ein Drittel des Ertrags «für die Irrenfürsorge und die Tuberkulosebekämpfung» reserviert werden. Auf Grund dieser Bestimmungen flossen dem «Fonds für die Erweiterung der Einrichtungen des Kantonsspitals mit Erneuerung der Irrenanstalt» (vgl. S. —) 1919–1922 ein Drittel und 1923–1929 ein Sechstel der Erträge, total 1 880 896 Fr., zu und dem «Fonds für die Errichtung einer kantonalen Tuberkulose-Heilstätte» (vgl. S. —) 1923–1929 ein Sechstel, total 1 025 250 Fr., zusammen 2 906 146 Fr. Ein Teil dieser durch Zinsen, Bundesbeiträge, Geschenke und Einlagen aus anderen Fonds vermehrten Gelder wurde 1920–1922 für Umbauten des Kranken- und Pfrundhauses verwendet (vgl. S. —). Ende 1929 bezifferte sich das Vermögen der beiden Fonds (incl. dem Zuschlagsteueranteil pro 1929) auf 2 715 350 Fr.

In den noch in unsere Untersuchungsperiode fallenden Jahren 1924–1929 bezifferten sich die Überweisungen aus dem Zuschlagsteuerertrag an die beiden Fonds auf zusammen 1 789 500 Fr. Trotz diesen erheblichen und weiteren Fondseinlagen schlossen die Verwaltungsrechnungen 1924–1929 günstig ab. Wohl wiesen sie 1925 und 1926 Defizite auf; mit Einschluss der übrigen Rechnungen konnten aber auch in diesen beiden Jahren erhebliche Einnahmeüberschüsse erzielt werden. In den Jahren 1924–1929 überstiegen die *Deckungsmittel*²⁾ den Finanzbedarf gesamthaft um 6,098 Mio. Fr. oder um 9,4%. Die *wirklichen Einnahmen*³⁾ übertrafen in derselben Zeitspanne die wirklichen Ausgaben gar um 7,266 Mio. oder um 13,3%. Das *Reinvermögen* des Staates erhöhte sich von 8,172 Mio. Fr. Ende 1923 auf 13,520 Mio. Fr. Ende 1929. *Die Finanzlage war somit in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, trotz den Auswirkungen der Posamentenkrise, sehr gut, auch wenn dies in den Verwaltungsrechnungen nicht voll zum Ausdruck kommt.* Der Staat legte in diesen Jahren *Reserven* an, die ihm in den dreissiger Jahren sehr zustatten kamen.

1) G. über die Verlängerung der Wirksamkeit des G. vom 28. Dez. 1922 betr. Abänderung der Staatssteuer und der Handänderungsgebühr, vom 4. Okt. 1926, GS 17, S. 185.

2) Unter «Deckungsmitteln» wird die Summe der «wirklichen Einnahmen» und der «rechnungsmässigen Einnahmen» («Erträge») verstanden (vgl. S. 15).

3) «Wirkliche Einnahmen» (in der Folge einfach «Einnahmen» genannt) bewirken eine Vermehrung der öffentlichen Mittel und Vermögen, im Gegensatz zu den «Deckungsmitteln», die sich aus den wirklichen und den rechnungsmässigen Einnahmen (wie Zuschreibungen, Höherwerte auf Mobilien, Inventaren und Wertschriften, ferner Vermehrung unechter Aktiven, Entnahmen aus Fonds und Reserven, Überweisungen von Rechnung zu Rechnung und innerhalb einzelner Rechnungen, Rückerstattungen u.a.) zusammensetzen. (Vgl. Einleitung S. 15)

2. Das Steuergesetz von 1928 (1930–1952)

Der seinerzeitige landrätliche Beschluss, die Zuschlagsteuer von 1922 zu verlängern, war mit der ausdrücklichen Erklärung erfolgt, es sei dem Rat bis spätestens 1. Mai 1927 ein neuer Entwurf zu einem *allgemeinen Steuergesetz* vorzulegen. Der RR kam diesem Auftrag am 22. April 1927 nach¹⁾. Der *neue Entwurf* lehnte sich im wesentlichen an die vom Volk verworfene Vorlage vom 16. Nov. 1925 an. Der RR vertrat in seinem Bericht die Auffassung, die Vorlage von 1925 sei nicht zuletzt deshalb verworfen worden, weil «für die sozialen Postulate nicht ausdrücklich die Mittel bereitgestellt worden sind» (S. II). Er schlug gegenüber der Vorlage von 1925 eine Erhöhung der Einkommenssteuersätze um je 0,1% pro Einkommensstufe vor. «Der Umstand, dass die ausserordentlichen Strassenkosten vom Jahre 1929 an in Wegfall kommen bzw. dass allfällige neue Ansprüche an die Strassen aus dem Anteil des Benzinzolls gedeckt werden sollen, rechtfertigt die Aufnahme der sozialen Postulate in den Aufgabenkreis des neuen Gesetzes, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, dass sich die sozialen Postulate in dem oben bezeichneten Rahmen halten, und dass sich die Steuerpflichtigen bereit erklären, ein bescheidenes Mehropfer zu übernehmen» (S. VIII). Der RR rechnete für die Verwirklichung der Arbeitslosenfürsorge, der Krankenversicherung, der Armenfürsorge und der Irren-, Tuberkulose- und Krankenfürsorge mit jährlichen Mehrausgaben von 0,47 bis 0,60 Mio. Fr.

Eine Untersuchung des Staatshaushaltes (Verwaltungsrechnung) ergab damals ordentliche Einnahmen von 3,80 Mio. Fr. (ohne Berücksichtigung der Steuern) und ordentliche Ausgaben von 5,80 Mio. Fr. Demnach wären zur Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts 2,00 Mio. Fr. notwendig gewesen. Für ausserordentliche Ausgaben im Rahmen der bisherigen Gesetzgebung wurde mit jährlichen Mehrausgaben von 0,20 Mio. Fr. gerechnet (Umbau der Strafanstalt, Brückenkorrekturen, Behebung der Hochwasserschäden von 1926, Amtsvormundschaft, Reorganisation der Strafrechtspflege, Trennung des Bezirksgerichts Arlesheim, Anstellung eines zweiten Schulinspektors u. a.), so dass sich der jährliche Steuerbedarf auf 2,20 Mio. Fr. und mit der Verwirklichung der erwähnten sozialen Postulate auf 2,67 bis 2,80 Mio. Fr. erhöhte. Die verworfene Vorlage von 1925 hatte einen Ertrag von 2,50 Mio. Fr. vorgesehen; 1925 hatten Staats- und Zuschlagsteuer zusammen 2,635 Mio. Fr. eingebracht. Wollten die verschiedenen Forderungen erfüllt werden, so konnte eine Erhöhung der früheren Ansätze nicht umgangen werden. Der vorgeschlagenen Heraufsetzung der Ansätze um 0,1% entsprach ein Steuermehrertrag von freilich nur 0,10 Mio. Fr., so dass der oben zitierte Steuerbedarf in der Vorlage nicht erreicht wurde. «Andererseits darf aber erwartet werden, dass durch eine richtige Organisation der gesamten Fürsorgetätigkeit die Gesamtkosten von Fr. 470 000 bis Fr. 600 000 mit der Zeit herabgemindert werden können, da die planmässige Ordnung der verschiedenen Zweige nach und nach zu einer gegenseitigen Entlastung führen dürfte» (S. VII). Diese Prophezeiung erfüllte sich freilich nicht. Im Gegenteil. Glücklicherweise waren in der Folge nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Steuererträge wesentlich grösser als vorausgesagt.

Die landrätliche Kommission²⁾ und der LR waren von dem ihnen unterbreiteten Finanzplan nicht überzeugt, lehnten die vom RR beantragte Erhöhung der Steuersätze ab und kamen auf die Regelung in der verworfenen Vorlage von 1925 zurück. Durch Milderung der Genossenschaftsbesteuerung und Verbesserung der Sozialabzüge wurde weiteren, in der Abstimmungskampagne vom Januar 1926 gestellten Forderungen, Rechnung getragen.

¹⁾ Bericht des RR über die Staatssteuer und Handänderungsgebühr, vom 22. April 1927.

²⁾ Bericht vom 4. Mai 1928.

Die Erfahrung lehrt, dass der Souverän fast ausnahmslos einer Steuererhöhung zustimmt, wenn der geforderte Mehrertrag zweckbestimmt ist – vorausgesetzt, dass der Zweck mehrheitlich anerkannt wird. Dabei sei hier unter «Zweck» nicht die «Erfüllung der Staatsausgaben» schlechthin, sondern die Erfüllung einer bestimmten Staatsaufgabe verstanden. Im vorliegenden Fall wurde in der Abstimmungskampagne das Scherengewicht eindeutig auf die Verwirklichung sozialer Postulate gelegt. «Die neue Gesetzesvorlage steht ... in engem Zusammenhang mit der Lösung der sozialen Postulate... Nachdem die Mittel für den Staatshaushalt sichergestellt sind, ergibt sich die Verbindung der neuen Vorlage mit den sozialen Postulaten ohne weiteres. Aber auch abgesehen davon, erfordert das Staatsinteresse eine endliche Regelung des Fürsorgewesens. Nimmt das Volk die neue Steuervorlage an, so sanktioniert es im Prinzip auch die sozialen Forderungen...»¹⁾ Für deren Verwirklichung wurde eine Garantie in Form des § 60 in das Gesetz aufgenommen:

«Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bis zur gesetzlichen Verwirklichung der sozialen Postulate über die Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Armenfürsorge, Irren-, Tuberkulosen- und Krankenfürsorge wird aus dem Jahresertragnis der Steuer ein Betrag von 15% ausgeschieden und in einen Spezialfonds für Sozialfürsorge gelegt.»²⁾

Diesmal nun erteilten die Stimmbürger ihr Plazet: In der Volksabstimmung vom 2. Dez. 1928 wurde die Vorlage mit 7369 Ja gegen 5168 Nein gutgeheissen.³⁾ Nach 36 Jahren erhielt der Kanton endlich das in der Staatsverfassung von 1892 vorgesehene Steuergesetz. Es trat am 1. Jan. 1930 in Kraft und war bis Ende 1952 gültig, freilich zeitweise ergänzt durch das «Krisenopfer» (1938–1944, vgl. S. 23 ff) und eine weitere Zuschlagsteuer (1948–1952, vgl. S. 30 ff).

¹⁾ Bericht des RR vom 22. April 1927, a.a.O., S. VIII.

²⁾ Der erwähnte, 1930 erstmals geäußerte Spezialfonds für Sozialfürsorge vereinnahmte aus den Erträgen der Staatssteuer und an Zinsen:

		(in Fr.)	(in Fr.)
Steueranteile	1930	181 705	
	1931	150 000	
	1932	100 000	
	1933	50 000	481 705
Zinsen	1931–1938		100 788
Total Einnahmen			582 493

Diese Mittel flossen 1933 und 1935–1938 für folgende Zwecke an die Verwaltungsrechnung zurück:

	(in Fr.)
Arbeitslosenversicherung (1933, 1935–1938)	343 490
Staatsbeitrag an die Notstandsarbeiten in den Gemeinden (1935–1938)	196 321
Beiträge an Krankenkassen für uneinbringliche Prämien (1936–1938)	24 862
Ärztliche Schüleruntersuchungen (1935–1938)	17 814
Bankspesen	6
Total Ausgaben	582 493

Mit der Verwirklichung der im Steuergesetz erwähnten sozialpolitischen Postulate reduzierten sich die Zuwendungen aus der Verwaltungsrechnung an den Fonds und wurden 1934 vollends eingestellt. 1938 waren die Fondsmittel erschöpft.

³⁾ G. über die Staatssteuer und Handänderungsgebühr, vom 20. Aug. 1928, GS 17, S. 258 ff.

Das Steuergesetz von 1928 brachte die erwünschte Kontinuität in der Besteuerung und sicherte dem Staatshaushalt die wichtigste Einnahmequelle. Bereits 1930 ergab der Ertrag 3,78 Mio. Fr. (excl. Eingang von Rückständen, nachträglich berechneter oder als unerhältlich abgeschriebener Steuern sowie Nach- und Strafsteuern), also über 1 Mio. Fr. mehr als veranschlagt. Das Gesetz blieb mit zwei Ausnahmen unverändert bis 1952 in Kraft. Im letzten Jahr ergab sich ein Steuerertrag von 15,02 Mio. Fr. (ohne Zuschlagsteuer).

Die erwähnten Ausnahmen betrafen die 1943 und 1946 erfolgten Abänderungen der §§ 17 und 21¹⁾. Diese Revisionen führten zu einer Erhöhung der Sozialabzüge bei Steuerpflichtigen mit Kindern (1943 und 1946) und zu einer Verlängerung der laufenden Katasterschätzungsperiode (1946).

3. Die Zuschlagsteuerperiode II («Krisenopfer») 1938–1944

Das Steuergesetz von 1928 führte vorerst nicht nur zu einem finanziellen Gleichgewicht der Staatsfinanzen, sondern darüber hinaus zu erheblichen *Aktiv-Überschüssen*. Anno 1930 ergab sich ein Mehrertrag der Deckungsmittel über den Finanzbedarf von 1,035 Mio. Fr. (Verwaltungsrechnung 0,230 Mio. Fr.), 1931 ein solcher von 1,246 Mio. Fr. (0,215 Mio. Fr.). Der Überschuss der wirklichen Einnahmen über die wirklichen Ausgaben betrug 1930 0,988 Mio. Fr. (Verwaltungsrechnung 1,102 Mio. Fr.) und 1931 1,129 Mio. Fr. (1,165 Mio. Fr.). Bereits in den sechs vorangegangenen Jahren hatten sich, wie erwähnt, ganz erhebliche Einnahmeüberschüsse ergeben.

Die Lage änderte 1932 schlagartig: Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die zu Beginn der dreissiger Jahre verwirklichten Sozial- und anderen Gesetze führten zu stark erhöhten Ausgaben. Das 1929 gutgeheissene Armengesetz (vgl. S. —) beanspruchte bereits 1932 netto 0,64 Mio. Fr., die Arbeitslosenversicherung (vgl. S. —) netto 0,21 Mio. Fr. und das Gemeindehilfegesetz (vgl. S. —) netto 0,32 Mio. Fr. Der Finanzbedarf des Staates stieg 1929–1932 von 12,779 Mio. Fr. auf 17,089 Mio. Fr. an; die wirklichen Ausgaben erhöhten sich von 9,999 Mio. Fr. auf 14,258 Mio. Fr. oder um 4,259 Fr. In derselben Zeitspanne vermehrten sich jedoch die wirklichen Einnahmen nur um 1,121 Mio. Fr. (mit Berücksichtigung des 1929 pro 1925–1928 nachträglich eingegangenen Benzinzollanteils um 1,742 Mio. Fr.). In der Folge schlossen die *Verwaltungsrechnungen 1932–1937 defizitär ab* – die Ausgabenüberschüsse schwankten zwischen 0,099 Mio. Fr. (1935) und 0,636 Mio. Fr. (1932) –, und das Reinvermögen des Staates (incl. Fonds) sank von 19,396 um 2,632 auf 16,764 Mio. Fr. Doch nicht nur die schlechte Lage des Staatshaushaltes, auch jene der *Gemeindefinanzen* rief nach einem Ausgleich und damit auch nach neuen Einnahmen. Zudem erforderte die Bekämpfung der Krise (Arbeitsbeschaffung) weitere Mittel.

Im Frühjahr 1938 unterbreitete der RR dem LR einen *Plan für Arbeitsbeschaffung und Finanzsanierung*²⁾. In ihrem Bericht wies die Exekutive auf die defizitären Rechnungsabschlüsse des Staates und der Gemeinden (vgl. S. —) hin. «Es wird sich darum handeln müssen, den Gemeinden durch erhöhte Staatszuschüsse unter die Arme zu greifen, wobei insbesondere die finanzschwachen Gemeinden eine zusätzliche Hilfe erhalten sollen»³⁾. Es wurde daher eine zusätzliche Gemeindehilfe von jährlich 300 000 Fr. (vgl. S. —) vorgeschlagen. Weiter unterbreitete der RR einen «*Fünfjahresplan*» für

¹⁾ G. betr. die vorübergehende Abänderung des § 17 des G. über die Staatssteuer und Handänderungsgebühr vom 20. Aug. 1928, vom 15. Nov. 1943, GS 19, S. 57, und G. betr. die Abänderung von § 17 und § 21 desselben G., vom 9. Mai 1946, GS 19, S. 405 f.

²⁾ Bericht des RR vom 28. März 1938, a.a.O., S. XXII.

³⁾ Bericht des RR betr. Erhebung eines Krisenopfers für Arbeitsbeschaffung und Finanzsanierung vom 28. März 1938.

Arbeitsbeschaffung: Die Ausgaben für Notstandsarbeiten des Staates und der Gemeinden sowie für die Renovation von Hochbauten (vgl. S. —), die bisher jährlich durchschnittlich 0,60 Mio. Fr. betragen hatten, sollten auf 1,00 Mio. Fr. erhöht werden. «Hauptziel der gesamten Aktion soll sein, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad zu erreichen, und zwar sowohl im Interesse der Arbeitslosen als auch im Interesse des Baugewerbes.»¹⁾

Nachdem sich die Hoffnungen nicht erfüllt hatten, auf dem Weg der ordentlichen Rechnung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu einem Ausgleich der Finanzen zu gelangen, mussten zur Verwirklichung des vorgeschlagenen Planes *neue Einnahmen* erschlossen werden – wollte man nicht Kredit in Anspruch nehmen. Aber gerade das wollte man nicht! «Unsere Stärke liegt in der bisherigen Vermeidung von unproduktiven Schulden zu Verwaltungszwecken.»²⁾ Es hätte der damals bei Exekutive und Legislative vorherrschenden Gesinnung widersprochen, die dringend notwendige Arbeitsbeschaffung mit fremden Mitteln zu finanzieren, auch wenn erkannt worden war, dass «der Hauptgesichtspunkt der künftigen Krisenbekämpfung in der Belebung der Wirtschaft liegt.»³⁾ Es muss freilich anerkannt werden, dass der Appell an das Volk, neue Opfer zu bringen, mehr politischen Mut erforderte als die Beschreitung des Anleiheweges. «Ohne eine stark vermehrte Mittelbeschaffung für den Staat ist an eine weitere Zuweisung neuer Lasten an den Staat nicht zu denken.»⁴⁾ Am naheliegendsten war die Erhöhung der Steuern, dies um so mehr, als die Fiskalbelastung in der überwiegenden Mehrzahl der Kantone wesentlich höher war als in Baselland. «Es darf somit hier einmal festgestellt werden, dass der Kanton Basellandschaft seine Steuerbelastung in mässigen Grenzen gehalten hat, und dass die Forderung einer vorübergehenden Erhöhung in schwerer Krisenzeit keine unberechtigte Zumutung ist.»⁵⁾

Der RR schlug folgendes «Krisenopfer» vor:

1. a) Erhöhung der *Einkommenssteuer* bei Einkommen von über 3000 Fr. um 10 bis 20%.
- b) Erhöhung der *Vermögenssteuer* bei Vermögen von über 20 000 Fr. um 15%.
- c) Erhöhung der *Kapital- und Ertragssteuer* bei den juristischen Personen (mit Ausnahme der Bürgergemeinden) um 15%.
2. Erhöhung der Ansätze für die *Erbschafts- und Schenkungssteuer* um 1% für Nachkommen und Ehegatten und um 2% bei den weiteren Verwandten und den Nichtverwandten, mit einem Maximalsteuersatz von 20%, verbunden mit einer Reduktion der im Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz von 1920 festgesetzten steuerfreien Abzüge von 2000 auf 1000 Fr. bzw. von 5000 auf 2500 Fr.
3. Teilweiser Einbezug der *Zinsen der Fonds* für die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung (vgl. S. —), für die Weiterführung der Überlandbahn (vgl. S. —), für Verkehrszwecke (vgl. S. —) und für die Errichtung einer kantonalen Tuberkulose-Heilstätte (vgl. S. —) bis zum Gesamtbetrag von 100 000 Fr. in die Staatsrechnung.

Der RR versprach sich folgenden Ertrag des Krisenopfers:

1. Steuerzuschlag von durchschnittlich 15%	400 000 Fr.
2. Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	100 000 Fr.
3. Fondszinsen	100 000 Fr.
Total	600 000 Fr.

¹⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage vom 12. Juni 1938, S. XVII.

²⁾ Bericht des RR vom 28. März 1938, a.a.O., S. VII.

³⁾ Bericht des RR vom 28. März 1938, a.a.O., S. XXVI.

⁴⁾ Bericht des RR vom 28. März 1938, a.a.O., S. XXV.

⁵⁾ Bericht des RR vom 28. März 1938, a.a.O., S. XXXIV.

Der vorgeschlagene Finanzplan präsentierte sich wie folgt:

	Einnahmen (in Fr.)	Ausgaben (in Fr.)
Arbeitsbeschaffung		1 000 000
Zusätzliche Gemeindehilfe		300 000
Zuschuss der Verwaltungsrechnung, die von den bisherigen Ausgaben für Notstandsarbeiten entlastet wird	500 000	
Krisenopfer	600 000	
Total	1 100 000	1 300 000
Fehlbetrag		200 000

Der LR machte die Vorschläge des RR mit wenigen Abänderungen zu den seinen. Am 12. Juni 1938 stimmte das Volk dem Krisenopfer¹⁾ mit 11 534 Ja gegen 5360 Nein zu. Nie zuvor ist in Baselland ein Steuergesetz mit einer derart grossen Mehrheit gutgeheissen worden. Auch hier zeigte sich wiederum, dass der Souverän einer Steuererhöhung nicht abgeneigt ist, wenn ihm glaubhaft gemacht werden kann, die Mittel seien für einen *bestimmten Zweck* erforderlich.

Das Gesetz wurde auf fünf Jahre *befristet* mit der Ermächtigung an den LR, die Dauer auf höchstens *zwei Jahre zu verlängern*, «sollten nach Ablauf von 5 Jahren weitere Notstandsmassnahmen nötig sein» (§ 7). Während des Krieges, «im Hinblick auf die unsichere Zeit»²⁾, sah sich der LR veranlasst, von der Ermächtigung Gebrauch zu machen. Die Erhebung des Krisenopfer-Zuschlags auf der Staatssteuer wurde bis zum 31. Dez. 1944 und auf der Erbschafts- und Schenkungssteuer bis zum 30. Juni 1945 verlängert.

Um eine weitere Gültigkeitsdauer des Gesetzes über diese Daten hinaus zu erlangen, mussten RR und LR erneut an das Volk gelangen. Es geschah dies mit einer *abgeänderten Vorlage*³⁾. Der Ertrag des Krisenopfers (incl. Zinserträge der Fonds) hatte sich 1938–1944 von 0,626 auf 1,178 Mio. Fr. erhöht. RR und LR vertraten nun die Auffassung, dass der Staat und die Gemeinden auf diese Mittel, die ihnen je hälftig zuflössen, nicht verzichten könnten. Die vermehrten Anteile an Bundessteuern und der erhöhte Ertrag der ordentlichen Staatssteuer würden nicht ausreichen, um den laufenden Finanzbedarf zu decken. Zudem seien die Mittel aus dem Abwertungsgewinn (vgl. S. —) aufgebraucht, und es bringe die Zukunft neue Lasten. Man erwartete vor allem Mehrausgaben infolge zunehmender Arbeitslosigkeit. «Angesichts dieser Voraussicht wäre es nicht zu verantworten, dass der Kanton gerade im jetzigen Augenblick, nur wegen der verhältnismässig günstigen Entwicklung der Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen in den ersten fünf Kriegsjahren, auf den Ertrag einer bereits bestehenden Einnahmequelle verzichten würde. Der in den nächsten Jahren zu erwartende erhöhte Finanzbedarf für die ‚Arbeitsbeschaffung um jeden Preis‘ zwingt die Behörden vielmehr, schon heute für die Deckung vorzusorgen, auf dass die kantonalen Finanzen auch weiterhin möglichst festgestit kommenden schweren Zeiten entgegentreten ver-

¹⁾ G. betr. die Erhebung eines Krisenopfers für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe, vom 2. Mai 1938, GS 18, S. 252 ff.

²⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage vom 8. April 1945 über das G. betr. die weitere Erhebung des Krisenopfers für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe, vom 22. Jan. 1945, S. III.

³⁾ G. betr. die weitere Erhebung des Krisenopfers für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe, vom 22. Jan. 1945.

mögen.»¹⁾ «Niemand vermag zu sagen, welches der zukünftige Finanzbedarf des Kantons ist. Unter diesen Umständen wäre es nicht verantwortbar, den Staats- und Gemeindehaushalt von einer Einnahmequelle zu entblößen, auf die er unter den heute gegebenen Verhältnissen nicht verzichten kann.»²⁾

Das abgeänderte Gesetz wurde wiederum befristet, diesmal auf 2 Jahre, «wobei die Meinung besteht, dass die *angestrebte Steuerreform* bis nach Ablauf dieser beiden Jahre durchgeführt werden kann.»³⁾ Gegenüber dem Krisenopfer-Gesetz von 1938 wurde bei den Zuschlägen zur Staatssteuer der steuerfreie Betrag beim Einkommen von 3000 Fr. auf 4500 Fr. und beim Vermögen von 20 000 Fr. auf 30 000 Fr. erhöht und zudem der Zuschlag für die Einkommensklassen von 4500 Fr. bis 9000 Fr., der bisher 10 bis 12% betragen hatte, auf 5 bis 10% reduziert. Während für die Einkommensklassen von 9000 Fr. bis 20 000 Fr. der Zuschlag gleich belassen wurde (12 bis 15%), erhöhte sich jener der höheren Einkommen von bisher 15 bis 20% auf 20 bis 40%. Der Maximalsteuereffuss, der bisher ab 30 000 Fr. Einkommen 7,8% betragen hatte, stieg daher ab 100 000 Fr. auf 9,1%. Bei der Vermögenssteuer erfolgte eine Reduktion der Zuschläge für Vermögen bis zu 100 000 Fr. (10 bis 12% statt wie bisher 15%). Bei der Besteuerung der juristischen Personen und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer schliesslich belies es der Gesetzgeber bei den bisherigen Ansätzen.

Im Jahre 1945 verteilte sich in Baselland das steuerbare Einkommen wie folgt auf die Steuerpflichtigen:

Tabelle 101
Die Stufen der steuerbaren Einkommen 1945⁴⁾

Kat.	Einkommensstufen in Fr.	Pflichtige absolut	in %
A	bis 3 000	20 171	42,8
B	3001 – 9 000	23 498	49,9
C	9001 – 20 000	2 867	6,1
D	über 20 000	570	° 1,2
Total		47 106	100,0

In der abgeänderten Vorlage vom 22. Jan. 1945 wurden für die Pflichtigen der Kat. B (vgl. Tabelle 101) die Steuern ermässigt – für die Einkommensklasse von 3001 Fr. bis 4500 Fr. fiel der Zuschlag ganz weg –, für die Kat. C blieben sie sich gleich, und nur für die Kat. D trat eine Erhöhung ein. Die Kat. A wurde wie bisher nicht erfasst. Die neue Vorlage brachte somit nur für 1,2% der Einkommenssteuereinzahler eine Mehrbelastung, für annähernd die Hälfte (Kat. B) jedoch eine Entlastung gegenüber dem Krisenopfer von 1938. Weiter versprach das neue Gesetz die Beibehaltung der erhöhten Kinderabzüge⁵⁾.

¹⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage, a.a.O., S. V.

²⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage, a.a.O., S. IX.

³⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage, a.a.O., S. VIII.

⁴⁾ Zusammengestellt und errechnet nach der Statistik über die Staatssteuereinschätzungen der Jahre 1936, 1943, 1945 und 1947, hg. von der Finanzdirektion des Kantons Baselland, Liestal 1949, S. 5.

⁵⁾ Verlängerung des Gesetzes vom 15. Nov. 1943, a.a.O., um zwei Jahre (vgl. Anm. 1, S. 23).

Trotz diesen Ermässigungen sagte das *Stimmvolk Nein*: In der Abstimmung vom 8. April 1945 wurde die Vorlage mit starkem Mehr (3495 Ja gegen 7529 Nein) abgelehnt. Der Souverän verschaffte sich damit eine noch weitergehende Steuerreduktion, als es die neue Vorlage versprach: Das Steuergesetz von 1928 trat wieder in seiner früheren Fassung in Kraft! Der negative Volksentscheid war zum einen auf die allgemeine Steuerermüdigkeit (Bundessteuern) zurückzuführen, zum andern schien man die Beschwörungen der Behörden nicht allzu ernst zu nehmen, forderte statt der erneuten Verlängerung des Provisoriums die versprochene Herbeiführung einer definitiven Lösung und sah die Voraussetzungen, die 1938 zur Schaffung des Gesetzes geführt hatten – die Krise! –, nicht mehr erfüllt. Weiter hatte die Inflation bei den meisten Steuerzahlern zu einem fühlbaren Steuerzuschlag geführt, indem der Teuerungsausgleich ein Heraufrücken in höhere Progressionsskalen zur Folge hatte (vgl. S. 30 ff.).

Mit dem Volksentscheid vom April 1945 sank die Steuerbelastung in Baselland, wie die nachstehende Tabelle 102 zeigt, vor allem für die mittleren und höheren Einkommen erheblich unter jene in den Nachbarkantonen:

Tabelle 102
Die Steuerbelastung in Baselland und in den Nachbarkantonen 1947¹⁾

Ort	Arbeitseinkommen eines Verheirateten ohne Kinder (in Fr.)									
	4 000	6 000	8 000	10 000	12 000	15 000	20 000	30 000	50 000	100 000
	Staats- und Gemeindesteuer in % des Einkommens									
Liestal	3,1	3,5	4,1	4,7	5,3	6,2	7,6	8,2	8,5	8,5
Basel	0,2	3,0	3,9	5,1	6,1	7,8	10,2	14,5	18,2	19,7
Bern	3,9	5,9	7,6	9,0	10,2	11,8	13,4	15,2	17,8	20,8
Olten	4,2	5,7	6,9	7,7	8,3	9,4	10,8	13,4	16,9	18,2
Aarau	3,7	5,1	6,0	6,5	7,2	7,8	8,8	10,3	12,6	15,6
Durchschnitt der Kantons- hauptorte	3,4	4,5	5,8	7,0	8,0	9,3	11,0	13,2	14,9	16,3

*

Nach den Bestimmungen des Krisenopfer-Gesetzes (§ 6) war während dessen Gültigkeit eine besondere Rechnung zu führen, die «*Spezialrechnung für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe*». Diese wurde 1939–1945 im Anhang der Staatsrechnung veröffentlicht. Wie die nachstehende Tabelle 103 zeigt, wurden zeitweilig zur Finanzierung der Spezialrechnung auch Mittel aus dem *Abwertungsgewinn* der Nationalbank (vgl. S. —) herangezogen. Die Bundes-, Gemeinde- und Beiträge Dritter für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und Bauprojekte, die der Staat im Rahmen der Spezialrechnung durchführen liess, wurden analog bei den Einnahmen der «Spezialrechnung» verbucht:

¹⁾ Auszug aus Tab. I in Steuerbelastung der Schweiz 1947, Q 187, S. 20 ff.

Tabelle 103
Die Spezialrechnung für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe 1939–1945 ¹⁾

	1939	1940	1941	Jahr 1942 1943 in 1000 Fr.		1944	1945	Total
<i>Einnahmen</i>								
Krisenopfer (netto) ^{a)}	526	583	692	744	826	982	1 083	5 436
Fondsentnahmen	100	100	100	99	100	92	95	686d)
Zuschüsse aus der Verwaltungsrechnung	480	175	216	110	130	100	350	1 561
Amortisationsquoten aus der Verwaltungsrechnung	100	100	100	100	100	100	100	700
Beiträge von Bund, Gemeinden und Dritten	331	149	331	266	163	207	144	1 591
Entnahmen aus Abwertungsgewinn	—	—	218	100	80	75	—	473
Total Einnahmen	1 537	1 107	1 657	1 419	1 399	1 556	1 772	10 447
<i>Ausgaben</i>								
Arbeitsbeschaffung ^{b)}	1 331	796	1 197	1 003	979	1 134	1 214	7 654
Zusätzliche Gemeinde- hilfe (netto) ^{c)}	315	341	589	522	464	537	588	3 256
Total Ausgaben	1 646	1 137	1 786	1 425	1 443	1 671	1 802	10 910
Passivsaldo	109	30	129	6	44	115	30	463

a) Bruttoertrag, abzüglich Anteil an den Einzugsprovisionen der Steuereinzüger und abzüglich Rückerstattungen.

b) incl. «produktive Arbeitslosenfürsorge».

c) Ein Teil der Ausgaben für die zusätzliche Gemeindehilfe wurde zeitweise einem Ausgleichs-konto gutgeschrieben. Diese Gutschriften und die Entnahmen von diesem Konto sind in Tab. 103 miteinander verrechnet.

d) Dieser Posten setzt sich wie folgt zusammen:

Fonds für Verkehrszwecke	49 171 Fr.
Fonds für die Überlandbahn	73 684 Fr.
Fonds für die Krankenversicherung	186 334 Fr.
Fonds für die Tuberkulose-Bekämpfung	377 000 Fr.
Total	686 189 Fr.

Ein Vergleich von Tabelle 103 mit dem seinerzeit aufgestellten Finanzplan (vgl. S. 25) zeigt einige wesentliche Abweichungen. Die Einnahmen in den ersten 5 Jahren betrugen: Krisenopfer 3,371 Mio. Fr. (Finanzplan 2,500 Mio. Fr.), Fondsentnahmen 0,499 Mio. Fr. (0,500 Mio. Fr.), Zuschüsse aus der Verwaltungsrechnung 1,111 Mio. Fr. (2,500 Mio. Fr.). Die Netto-Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung (Brutto-Ausgaben abzüglich Beiträgen und Entnahmen aus Abwertungsgewinn) bezifferten sich auf 3,786 Mio. Fr. (Finanzplan 5,00 Mio. Fr.), jene für die zusätzliche Gemeindehilfe (ebenfalls abzüglich Beiträgen aus Abwertungsgewinn) auf 1,939 Mio. Fr. (1,500 Mio. Fr.).

Die Defizite der Spezialrechnung, für deren Höhe der Staatszuschuss ausschlaggebend war, beliefen sich gesamthaft auf 1 162 030 Fr. Davon wurden jährlich 100 000 Fr.

¹⁾ Das Krisenopfer-Gesetz stand 1938 bis 1944 in Kraft. Die Rechnungsablage in der «Spezialrechnung für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe» erfolgte jedoch mit einer zeitlichen Verschiebung um ein Jahr. Die Staatssteuer-Zuschläge wurden 1938 bis 1944 erhoben, die Zuschläge auf der Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 1. Juli 1938 bis zum 30. Juni 1945.

direkt aus der Verwaltungsrechnung getilgt, so dass Ende 1945 noch 462 030 Fr. zu amortisieren waren. Dieser Betrag wurde in der Vermögensrechnung unter dem Titel «Zu amortisierende Aktiven» verbucht. Aus den Verwaltungsrechnungen 1946–1948 wurden in der Folge jährlich je weitere 100 000 Fr. abgetragen und die restlichen 162 030 Fr. aus dem Überschuss der Verwaltungsrechnung 1948 gedeckt.

In die Zuschlagsteuer-Periode II fiel weiter die Einreichung zweier Initiativen im Jahre 1943, die eine Revision des Steuergesetzes von 1928 zum Ziel hatten. Wir kommen später (vgl. S. 36) darauf zurück.

4. Das «Interregnum» (1945–1947)

Es lag auf der Hand, dass die mit der Verwerfung der Krisenopfer-Vorlage von 1945 geschaffene Lage à la longue nicht andauern konnte, dies um so weniger, als der Staatshaushalt 1946 von einem weiteren schweren Schlag getroffen wurde: der Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen der Bundessteuern. Trotz den dringenden Mahnungen des RR stimmte der LR einem Beschluss zu, nach welchem vom Anteil des Kantons am Wehropfer 10% und vom Anteil an der Wehrsteuer 30% den Gemeinden abgeführt werden müssen. Nicht genug damit: Der Beschluss trat insofern «rückwirkend» in Kraft, als der Staat den Gemeinden auch Anteile an Bundessteuern ausrichten musste, die bereits in den Verwaltungsrechnungen pro 1942–1945 vereinnahmt worden waren. Die Verwaltungsrechnung von 1946 wurde in der Folge zusätzlich mit einem Betrag von 1 563 846 Fr. belastet. Dieser «Raubzug» der durch den Wegfall des Krisenopfers ebenfalls hart betroffenen Gemeinden auf die Staatsfinanzen ist bereits beim Kapitel «Finanzausgleich» ausführlich dargestellt worden.

Im Jahre 1944 wies die Verwaltungsrechnung ein Defizit von 0,845 Mio. Fr. auf, 1945 ein solches von 0,676 Mio. Fr. und 1946 Mehrausgaben von 2,319 Mio. Fr. Ganz abgesehen von den neuen Lasten, die der Staat in den Nachkriegsjahren zu übernehmen hatte, erforderte die Erfüllung der bestehenden Aufgaben eine Vermehrung der Einnahmen. Es wurde bald offensichtlich, dass mit dem Wegfall des Krisenopfers nur ein Zwischenstadium Platz gegriffen haben konnte, auch wenn sich – dank dem gestiegenen Volkseinkommen – der Steuerertrag 1945/46 nur um rund 100 000 Fr. reduzierte. 1946/47 stieg der Staatssteuerertrag wiederum an, und zwar um 1,345 Mio. Fr. oder um 16,6%. Die Verwaltungsrechnung schloss dennoch pro 1947 mit einem Defizit von 0,307 Mio. Fr. ab, die übrigen Rechnungen und die Fonds wiesen gar Mehrausgaben von zusammen 2,071 Mio. Fr. auf. Das Reinvermögen des Staates (ohne Fonds) reduzierte sich von 4,625 Mio. Fr. Ende 1943 auf 2,690 Mio. Fr. Ende 1947.

Die vorhandenen Einnahmequellen genügten knapp zur Erfüllung der bestehenden Pflichten. Neue Aufgaben jedoch, die sich durch den Nachholbedarf aus den dreissiger und den Kriegsjahren sowie durch die zunehmende Industrialisierung und die Bevölkerungsvermehrung ergaben, konnten nicht in Angriff genommen werden. Eine Steuererhöhung war unumgänglich. Die Zunahme der Staatsausgaben, die Geldentwertung und die Einführung der Wehrsteuer (Bundessteuer) hatten in fast allen Kantonen zu meistens mit Steuererhöhungen verbundenen Steuergesetzrevisionen geführt. Basel-land aber hinkte wiederum hintennach.

*

In die Zeitspanne des «Interregnums» fiel die Volksabstimmung vom 26. Okt. 1947, bei der die von LR und RR vorgeschlagene Aufhebung des Verbots der *Gemeindesteuer-Progression* (Partialrevision von § 46 der Staatsverfassung von 1892) *abgelehnt* wurde. Wir werden darauf zurückkommen (vgl. S. 37 f.).

5. Die Zuschlagsteuer-Periode III (1947–1952)

Wegen der schlechten Finanzlage des Staates, und da keine Aussicht bestand, das neue Steuergesetz innert nützlicher Frist unter Dach zu bringen, schlug der RR im Januar 1948 eine Zwischenlösung vor: Die Erhebung einer *neuen Zuschlagsteuer*¹⁾. «In Anbetracht der besorgniserregenden Finanzlage unseres Kantons drängt sich eine *So-fortlösung* auf. Der Regierungsrat kann es nicht verantworten, die vom Volk und den gesetzgebenden Behörden beschlossenen Aufwendungen zu vollziehen, wenn die Ausgaben je länger je mehr in einem Missverhältnis zu den Einnahmen stehen, so dass die Schuldenlast des Staates sich ständig vergrössert» (S. 2). In seinem Bericht errechnete der RR zur Erfüllung der ordentlichen und von neuen Aufgaben einen jährlichen Mehrbedarf von 4 Mio. Fr. Der Text des vorgeschlagenen Gesetzes lautete denkbar einfach: Auf den 20 000 Fr. übersteigenden Einkommensteilen der natürlichen Personen sollte ein Zuschlag von 10%, auf den Reingewinnen der Kapitalgesellschaften und Elektragenossenschaften ein solcher von 5 bis 20% erhoben werden. Der RR rechnete mit einem Ertrag dieser Zuschlagsteuer von 2,7 Mio. Fr.

Dieser Vorschlag, der nur von 800 oder 1,6% aller natürlichen Steuerzahler eine Mehrbelastung forderte und in der Folge in gemilderter Form zum Gesetz erhoben wurde, zielte nun freilich nicht nur darauf ab, dem Staat die fehlenden Mittel zu verschaffen. Man sah darin auch eine Massnahme der *Steuergerechtigkeit*: Die Geldentwertung hatte dazu geführt, dass die Steuerpflichtigen der unteren und mittleren Einkommensklassen bei der Besteuerung durch den Staat in eine höhere Progressionsskala aufrückten und damit gegenüber früher *real höher belastet* wurden, selbst wenn ihre Einkommen kaufkraftmässig dieselben blieben. Bei einem Einkommen von beispielsweise 8000 Fr. bezahlte man 1939 176 Fr. an Staatssteuern; bei einem gleichen Realeinkommen (12 800 Fr.)²⁾ 1947 jedoch 448 Fr. Der Steuersatz entsprach 1939 2,2% des Einkommens, 1947 jedoch 3,5%. Die steuerliche Belastung stieg in diesem Fall real um 59,1%. Nach dieser Überlegungsweise erhöhte sich die steuerliche Realbelastung für Vorkriegseinkommen von 3000 Fr. bis 20 000 Fr. um 71,4 bis 0,9%, während für Vorkriegseinkommen von über 20 000 Fr. eine Entlastung von 4,2% bis 16,7% (ab Einkommen von 30 001 Fr.) eintrat. Der Maximalsteuerfuss hatte sich infolge des Wegfalls des Krisenopfers von 7,8 auf 6,5% reduziert. Zwei Vorbehalte sind zu diesen Zahlen freilich anzubringen: Zum einen erhielten in den ersten Nachkriegsjahren die unteren Einkommenschichten im allgemeinen einen stärkeren Teuerungsausgleich als die mittleren und die hohen³⁾, zum anderen ist der Vergleich zwischen 1939 und 1947 insofern ungenau, als sich die in der Zwischenzeit erhöhten Sozialabzüge für die unteren und mittleren Einkommenschichten prozentual stärker auswirkten als für die hohen.

Der RR stellte nun das Postulat auf, «die hohen Einkommen sollen mindestens die gleiche Erhöhung der Realbelastung erfahren wie die unteren und mittleren Einkommen..., für die ganz grossen Einkommen kann ein wesentlich höherer Zuschlag... verantwortet werden.» (S. 4) Die Forderung, die Besteuerung der grossen Einkommen heraufzusetzen, war zweifelsohne berechtigt, kaum aber die Begründung des Ausmasses mit dem Argument des «Realausgleichs». Wollte man einen derartigen Realausgleich herbeiführen, so hätte man die Steuersatzkurve entlang der Ordinate affin

¹⁾ Bericht des RR betr. steuergesetzliche Massnahmen zur Verbesserung der Staatsrechnung (Zuschlagsteuergesetz), vom 16. Jan. 1948.

²⁾ Berechnet nach dem Landesindex der Kosten der Lebenshaltung (später, ab 1955, «Landesindex der Konsumentenpreise» genannt), Teuerung 1947 gegenüber 1939 = 60%.

³⁾ Der Lohnindex verunfallter Arbeiter betrug im 1. Semester 1947 178,6 Punkte (1939 = 100), jener der Lebenshaltungskosten jedoch nur 156,5 Punkte (1939 = 100). Die Volkswirtschaft 12. Heft, Dez. 1947, S. 466.

verändern, bildlich gesprochen um das Mass der Teuerung «ausdehnen» müssen. Dies hätte eine Verschiebung der Einkommensgrenze, für welche der Maximalsteuersatz eintritt, um das Mass der Teuerung zur Folge gehabt. Bei einer Teuerung von 60% hätte somit diese Grenze von 30 001 Fr. auf 48 001 Fr. heraufgesetzt werden müssen. Ein derartiger «Teuerungsausgleich» hätte aber für den Fiskus einen katastrophalen Ertragsausfall zur Folge gehabt, und zwar namentlich wegen der Entlastung der unteren und der mittleren Einkommen. Dies kam natürlich nicht in Frage, da man ja primär mehr Fiskaleinnahmen wollte. Aber man kann das Mass einer Höherbesteuerung nicht einfach mit dem Argument des «Realausgleichs» begründen. Nehmen wir das extreme Beispiel an, für ein Einkommen von (A) 5000 Fr. betrage der Steuersatz 2% und für ein solches von (B) 500 000 Fr. 50%. Will man nun nach der Überlegungsweise, wie sie in dem erwähnten regierungsrätlichen Bericht zum Ausdruck kommt, die Besteuerung «real» gleich stark erhöhen, z.B. verdoppeln, so steigt im Fall A der Steuersatz auf 4% und im Fall B auf 100%. Dem Steuerzahler A bleiben immerhin noch 96% seines Einkommens übrig, dem Steuerzahler B hat der Fiskus jedoch das ganze Einkommen abgenommen. Es muss zudem bei solchen Vergleichen, wie weiter unten (Tab. 104) gezeigt werden soll, auch auf die Entwicklung bei *anderen Steuerhöheiten* Rücksicht genommen werden.

Die Höherbesteuerung der unteren und mittleren Einkommensklassen hätte im Hinblick auf die gestiegenen Staatsausgaben gesetzlich durchgeführt werden *müssen*, wenn sie sich durch die Teuerung nicht von selbst ergeben hätte! Nun konnte es sich nur darum handeln – und dies war unbestritten –, auch die höheren Einkommen stärker zu belasten, die dank dem konstanten Maximalsteuerfuss ab 30 001 Fr. Einkommen nicht in eine höhere Progressionsskala aufgerückt waren. Das Ausmass der Höherbelastung war Ermessenssache. Man konnte sich nach den Verhältnissen in den Nachbarkantonen richten, man durfte jedoch unseres Erachtens nicht einfach auf die höhere «Realbelastung» der unteren und mittleren Einkommensklassen abstellen. Es musste auch berücksichtigt werden, dass in der Zwischenzeit die Bundessteuern erheblich heraufgesetzt worden waren. Hier ergabsich folgende Steigerung der Realbelastung:

Tabelle 104
Die Einkommenssteuer des Bundes 1939 und 1947

Einkommen 1939 (in Fr.)	Analoges Einkommen 1947 (Teuerung seit 1939 = 60%) (in Fr.)	Wehrsteuer 1939 (in Fr.)	Wehrsteuer 1947 (in Fr.)	Reale Zunahme (in %)
3 000	4 800	16.50	50.40	173
5 000	8 000	42.50	156.—	130
8 000	12 800	104.—	326.40	96
10 000	16 000	150.—	504.—	110
12 000	19 200	204.—	691.20	112
15 000	24 000	300.—	1 044.—	118
20 000	32 000	500.—	2 126.—	166
25 000	40 000	750.—	3 700.—	208
30 000	48 000	1 050.—	5 616.—	234
40 000	64 000	1 800.—	11 040.—	283

Die reale Mehrbelastung der unteren und mittleren Einkommen und die Entlastung der höheren Einkommen bei der Staatssteuer waren somit teilweise bereits durch die Erhöhung der Wehrsteuer ausgeglichen worden.

Nach den Vorschlägen des RR ergab sich für die Einkommen ab 20 001 Fr. (analoges Vorkriegs-Einkommen 12 500 Fr.) eine Erhöhung der Realbelastung um 64,5 bis

(theoretisch) 111,5%¹⁾ (100 000 Fr. Einkommen = 85,9%; 200 000 = 98,7%; 500 000 Fr. = 106,4% usw.). Die vorgeschlagene Heraufsetzung der Realbelastung ging somit wesentlich über jene hinaus, die sich bei den Einkommen unter 20 000 Fr. von selbst eingestellt hatte.

Nach dem regierungsrätlichen Bericht ergab sich durch den 10prozentigen Zuschlag weiter «für die hohen Einkommen eine weitgehende Angleichung an die in der übrigen Schweiz und insbesondere in den Nachbarkantonen übliche Belastung» (S. 5). Dies traf nun jedoch nur zu, wenn zum Vergleich die Steuerbelastung in den Kantonshauptorten resp. jene in den Städten Basel, Bern, Aarau und Solothurn herangezogen wurde. Soll aber die Steuerbelastung in einem Kanton, dessen grösste Ortschaft rund 10 000 Einwohner zählt, mit jener in Städten mit rund 200 000 Einwohnern verglichen werden? Zudem ergab sich unter Berücksichtigung der *Vermögenssteuer* eine deutliche Schlechterstellung der basellandschaftlichen Steuerzahler.

Die *landrätliche Kommission*, die den Gesetzesentwurf zu beraten hatte, folgte – was die Zuschlagsteuer für die *natürlichen* Personen betrifft – mehrheitlich dem regierungsrätlichen Antrag (Zuschlag von 10% auf den 20 000 Fr. übersteigenden Einkommensteilen). Die Kommissionsminderheit wollte bereits die Einkommen ab 10 000 Fr. erfasst wissen und stufte die Zuschläge auf den 10 000 Fr. übersteigenden Einkommensteilen von 1% bis maximal 6% (ab 40 000 Fr.) ab.

Im Ratsplenum war die Opposition gegen den Vorschlag des RR stärker. Man fürchtete um die steuerliche Konkurrenzfähigkeit des Kantons. Zudem wollte man nicht schon jetzt für die Einkommen ab 20 000 Fr. Höchstansätze festlegen, da sonst keine «Reserven» mehr für die Gesamtrevision des Steuergesetzes vorhanden gewesen wären. In der ersten Lesung des Gesetzes (LR-Sitzung vom 13. Mai 1948) wurde gegenüber dem von den Linksparteien unterstützten regierungsrätlichen Antrag einer Formel der bürgerlichen Fraktionen der Vorzug gegeben, nach welcher auf den bisherigen *Steuersätzen* für Einkommen ab 20 000 Fr. Zuschläge von 10 bis 65% (65% ab 200 000 Fr.) erhoben werden sollten. Der Maximalsteuerfuss hätte sich demnach von 6,5% auf 10,725% (6,5% + 65% Zuschlag) erhöht. (RR-Vorlage theoretisch 16,5%²⁾ bei 200 000 Fr. 15,5%; Kommissionsminderheit theoretisch 12,5%, bei 200 000 Fr. 11,9%). In der zweiten Lesung (LR-Sitzung vom 14. Juni 1948) kam die Legislative jedoch auf den Minderheitsantrag der landrätlichen Kommission zurück – dieser wurde nun auch von der Linken unterstützt – und bevorzugte ihn in abgeänderter Form mehrheitlich gegenüber der in der 1. Lesung gutgeheissenen Formel. Auf eine Erfassung der Einkommen unter 20 000 Fr. wurde verzichtet und der Zuschlag einheitlich auf 6% der 20 000 Fr. übersteigenden Einkommensteile festgesetzt. An der in der 1. Lesung gutgeheissenen und nun fallengelassenen Gesetzesformulierung wurde vor allem ausgesetzt, dass sie für die Steuerzahler grosse Härten mit sich gebracht³⁾ und dem Finanzbedarf des Staates nicht Genüge geleistet hätte.

Auch in bezug auf die Besteuerung der *juristischen Personen* nahm der LR Korrekturen an dem ihm vorgelegten Gesetzesentwurf vor. Der RR hatte vom Prinzip der Besteuerung nach der Ertragsintensität teilweise abgehen wollen und für die Reingewinne «der Kapitalgesellschaften und der Elektragenossenschaften» eine Zuschlagsteuer von 5% für die ersten 20 000 Fr., von 10% für die folgenden 80 000 Fr., von 15% für die folgenden 400 000 Fr. und von 20% für die 500 000 Fr. übersteigenden Teile des Rein-

¹⁾ Für Einkommen = unendlich.

²⁾ Für Einkommen = unendlich.

³⁾ Steuern bei 20 000 Fr. Einkommen = 5,6% = 1 120 Fr.: bei 20 001 Fr. Einkommen = 5,9% + 10% Zuschlag = 6,49% = 1,298 Fr., d.h. 178 Fr. mehr als bei einem um 1 Fr. kleineren Einkommen.

gewinns in Vorschlag gebracht. Die Begründung dieses massiven Steueraufschlags war vage und sah an den ökonomischen Gegebenheiten vorbei. «Wir vertreten grundsätzlich die Auffassung, dass Reingewinne, die ein gewisses Mass übersteigen, volkswirtschaftlich ungesund sind. Es ist stossend, wenn über 5% Dividende ausgerichtet werden, solange es in weiten Volkskreisen am Nötigsten fehlt. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Kapitalgesellschaften zu vermehrten Leistungen herangezogen werden müssen»¹⁾. Weiter wurde angeführt, die juristischen Personen seien «von der durch die Teuerung bedingten Zunahme der Realbelastung wenig betroffen worden» (S. 6). Die Kombination der Besteuerung nach der Ertragsintensität, wie sie im geltenden Steuergesetz von 1928 stipuliert wurde, und die Abstufung nach der Gewinnhöhe durch die Zuschlagsteuer würden «eine ausgleichende Wirkung» ergeben (S. 6). Eine Gutheissung der Vorschläge des RR hätte für Firmen mit grossen Reinerträgen eine Erhöhung der Ertragssteuer bis um das 3½fache zur Folge gehabt, und Baselland hätte solche Unternehmen um bis zu 100% höher besteuert als der Nachbarkanton Basel-Stadt²⁾. Die Abweichung vom Prinzip der Ertragsintensität wäre ein Rückschritt gewesen. Zu dieser Überzeugung gelangte später auch der RR und unterbreitete der landrätlichen Kommission am 6. April 1948 einen neuen Gesetzesentwurf, in dem für «Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung» einheitlich ein Zuschlag von 80% auf der Ertragssteuer, gemäss Gesetz von 1928, vorgeschlagen wurde. Auf den Einbezug der Elektragenossenschaften wurde verzichtet. Die Kommissionsmehrheit machte diesen Vorschlag des RR zum ihren, während sich die Kommissionsminderheit und später der LR für einen Zuschlag von nur 60% entschieden.

Eine besonders lebhafte Diskussion rief die Frage hervor, ob auch die Selbsthilfegenossenschaften in das Gesetz miteinbezogen werden sollten. Mit 34:24 Stimmen lehnte der LR in der zweiten Lesung einen entsprechenden Antrag ab.

Im Gegensatz zum ursprünglichen Entwurf des RR wurde die Gültigkeit des Gesetzes «bis zum Inkrafttreten eines neuen Steuergesetzes, längstens aber bis zum 31. Dezember 1950» (§ 1) befristet. In der Abstimmung vom 18. Juli 1948 nahm die Stimmbürgerschaft die Vorlage, die nur für 1,6% der natürlichen Steuerzahler eine Steuererhöhung zur Folge hatte, mit grossem Mehr (10 444 Ja gegen 4384 Nein) an. Das Gesetz wurde *rückwirkend* auf den 1. Januar 1948 in Kraft gesetzt³⁾.

Das Zuschlagsteuer-Gesetz von 1948 schuf ein berechtigtes Korrektiv an den – sieht man vom vorübergehenden Krisenopfer ab – seit 1928 unveränderten und durch die Ausdehnung des staatlichen Aufgabengebietes sowie die Inflation überholten Steuersätzen und war namentlich in *konjunkturpolitischer Hinsicht eine kluge Massnahme*: Die Steuern wurden – im Gegensatz zum Krisenopfer – nun richtigerweise in einer Periode des *Konjunkturaufschwungs* erhöht. Der Ertrag der Zuschlagsteuer wurde auf 1,5 Mio. Fr. geschätzt; er bezifferte sich jedoch bereits 1948 auf 2,3 Mio. Fr. und übertraf in den vier Jahren 1948–1951 die Schätzung um durchschnittlich 63%.

*

¹⁾ Bericht des RR vom 16. Jan 1948, a.a.O., S. 8.

²⁾ Ein Beispiel: Ein in Muttens domiziliertes Unternehmen mit eigenen Mitteln von 39,606 Mio. Fr. und einem Reingewinn von 6,245 Mio. Fr. hätte in Basel-Stadt 1946 14,22% an Ertragssteuern bezahlen müssen, in Baselland jedoch 29,5% (Ertragssteuer 7,9%, Zuschlagsteuer 19,5% und Gemeindesteuer 2,1%). Zitiert nach «Bemerkungen zum Bericht und zum Gesetzesentwurf des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft an den Landrat betreffend steuergesetzliche Massnahmen zur Verbesserung des Staatsrechnung (Zuschlagsteuergesetz), vom 16. Jan. 1948», v. 28. Jan. 1948 an den LR gerichtete Eingabe, Anhang V.

³⁾ G. betr. steuergesetzliche Massnahmen zur Verbesserung der Staatsrechnung (Zuschlagssteuergesetz), vom 14. Juni 1948, GS 19, S. 710 f.

Die «Zuschlagsteuer-Periode III» fand mit der Gutheissung des auf längstens drei Jahre befristeten Gesetzes nicht ihren Abschluss: Zum einen verzögerte sich die Ausarbeitung des neuen allgemeinen Steuergesetzes, zum anderen schuf die Einreichung eines Volksbegehrens am 24. Juli 1950 eine neue Situation: Eine von der «Partei der Arbeit» lancierte Initiative stellte zwei Forderungen auf: Es habe erstens das Zuschlagsteuergesetz von 1948 «solange in Kraft zu bleiben, bis ein neues, kantonales Steuergesetz vom Volk angenommen ist», und es seien zweitens die Ansätze für die steuerbaren Einkommen bis 3500 Fr. um 100% und zwischen 3501 und 14 000 Fr. um 50% bis 5% zu reduzieren.

RR und LR traten auf die Initiative ein. Das erste Begehren (*Verlängerung des Zuschlagsteuer-Gesetzes*) sei sofort der Volksabstimmung zu unterbreiten, wurde beschlossen; vom Initiativtext abweichend, sollte die Verlängerung freilich auf zwei Jahre beschränkt werden. Die sofortige Behandlung der zweiten Forderung des Volksbegehrens (Ermässigung der Einkommenssteuer) hingegen wurde mit der Begründung abgelehnt, die Frage der Ermässigung gewisser Steuersätze sei zusammen mit dem neuen Steuergesetzentwurf, den die Kommission eben in zweiter Lesung zu Ende beraten hatte, zu behandeln; es sei nicht tunlich, wurde argumentiert, bestimmte Revisionspunkte des allgemeinen Steuergesetzes vorweg zu nehmen. Eine getrennte Behandlung der beiden Initiativbegehren rechtfertige sich auch deshalb, weil die Revision bzw. Verlängerung zweier Gesetze verlangt werde und zum mindestens Zweifel über die Einheitlichkeit der Revisionsbegehren beständen, da die Bejahung des einen nicht unbedingt die Bejahung des anderen verlange. Dieses Vorgehen wurde rechtlich damit begründet, dass Baselland die formulierte Initiative nicht kenne: Trete der LR von sich aus auf eine Initiative ein, so sei er nur gehalten, eine Vorlage «im Sinne des gestellten Begehrens» auszuarbeiten.

Der LR liess mit der Verlängerung der Zuschlagsteuer auch die *Gemeinden* zum Zuge kommen. «Die gegenwärtige finanzielle Lage des Kantons gestattet... die Beteiligung der Gemeinden am Ertrage der Zuschlagsteuer. Allgemein sind die Finanzen der Gemeinden viel schlechter als diejenigen des Kantons, und sie können sie nicht verbessern, weil der Staat durch das Zuschlagsteuergesetz die Mittel für sich abschöpft. Darum rechtfertigt sich die Beteiligung der Gemeinden...¹⁾» Schon bei der Ausarbeitung der Zuschlagsteuer 1948 war im LR die Beteiligung der Gemeinden gefordert, mehrheitlich jedoch abgelehnt worden²⁾. Der Gemeindeanteil wurde auf ein *Viertel* des Ertrages festgesetzt, der nach einem vom LR zu bestimmenden Schlüssel zu verteilen war.

Schliesslich wurde auch eine Verlängerung der *Katasterschätzung* «bis zum Inkrafttreten eines neuen Steuergesetzes, längstens aber bis zum 31. Dezember 1954» (§ 3) beschlossen. Bereits im Zuschlagsteuer-Gesetz von 1948 war die letzte Katasterschätzungs-Periode, die am 31. Dezember 1949 abgelaufen wäre, um zwei Jahre ausgedehnt worden, da «die materielle Neuordnung des Katasterwesens unter allen Umständen dem neuen Staatssteuergesetz vorbehalten bleiben muss»³⁾. In der Volksabstimmung vom 28. Januar 1951 wurde die zweijährige Verlängerung des Zuschlagsteuergesetzes, mit den erwähnten Änderungen, mit 8208 gegen 2840 Stimmen gutgeheissen⁴⁾.

¹⁾ Bericht der Steuergesetzkommission des LR vom 27. Okt. 1950, S. 5.

²⁾ Vgl. Protokoll der LR-Sitzungen vom 14. Mai 1948 und vom 14. Juni 1948.

³⁾ Bericht der Steuergesetzkommission des LR vom 21. April 1948, S. 7.

⁴⁾ G. betr. die Verlängerung der Geltungsdauer des Zuschlagsteuergesetzes, vom 14. Juni 1948, und die Beteiligung der Gemeinden am Ertrag der Zuschlagsteuer, vom 23. Nov. 1950, GS 20, S. 229.

Drei Unterzeichner des Volksbegehrens vom 24. Juli 1950 erklärten sich mit dieser Regelung nicht einverstanden und wandten sich mit einer staatsrechtlichen *Beschwerde an das Bundesgericht*, das diese mit Entscheid vom 7. März 1951 teilweise in dem Sinne guthiess, dass der LR angewiesen wurde, eine Vorlage über die zweite Forderung der Initiative (*Reduktion der Einkommenssteuern*) auszuarbeiten und der Volksabstimmung zu unterbreiten.

RR und LR waren sich einig darüber, dass der zweite Teil der Initiative nicht tel-quel als Gesetzesvorlage dem Volk unterbreitet werden konnte, da die Forderung nach Befreiung von allen steuerbaren Einkommen bis zum Betrag von 3500 Fr. von der Staatssteuer nach ihrer Auffassung dem *Prinzip der Rechtsgleichheit* (Art. 4 BV) *widersprach*. Die Allgemeinheit der Steuer verlange, dass eine bestimmte Steuer allen denjenigen Individuen in gleicher Weise auferlegt werde, bei denen die entsprechenden Voraussetzungen der steuerrechtlichen Zugehörigkeit erfüllt seien¹⁾. Sozial motivierte Steuerbefreiungen widersprächen dem Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer nicht, indessen seien auch solchen Befreiungen *Grenzen* gesetzt, die in der Initiative offensichtlich überschritten würden. In einer grossen Zahl von Gemeinden würden bei einer Verwirklichung des Volksbegehrens bis zu 50% der Steuerpflichtigen von jeder Einkommenssteuerleistung an den Staat befreit²⁾.

Der RR beauftragte den LR, «nach pflichtgemäsem Ermessen die Grenzen abzu- stecken, innerhalb deren den zu weitgehenden Begehren der Initiative Rechnung getragen werden kann» (S. 4) und schlug eine Ermässigung der Steuer um 30% für steuerbare Einkommen bis zu 3000 Fr. und um 25% bis 5% für Einkommen von 3001 Fr. bis 13 500 Fr. vor; ferner dass Einkommen bis zu 2000 Fr. bei Ledigen und bis zu 2500 Fr. bei Verheirateten und Witwen mit minderjährigen Kindern von der Einkommenssteuer befreit würden.

Nach den Erhebungen der landrätlichen Steuergesetzkommission, die über den Entwurf des RR zu befinden hatte³⁾, hätte die Verwirklichung der Initiative der PdA einem «guten Drittel» aller Steuerpflichtiges volle Steuerfreiheit und weiteren 41,4% eine Reduktion der Einkommenssteuer um 35% bis 50% gebracht. Die Kommission ging in ihren Anträgen – im Sinne der Initiative – freilich etwas weiter als der RR und schlug für die Einkommen bis 3000 Fr. eine Reduktion um 35% und für die Einkommen von 3001 Fr. bis 14 500 Fr. eine solche von 30% bis 5% vor, d. h. eine Heraufsetzung des Rabattes um 5% pro Einkommensstufe und analog auch eine Berücksichtigung der Einkommen zwischen 13 500 Fr. und 14 500 Fr. Der in der Folge vom LR gutgeheissene und zum Gesetz erhobene Reduktionsmaßstab lautete:

Einkommensstufen (in Fr.)	Reduktion der Staatssteuer (in %)
bis 3 000	35
3 001 bis 4 000	30
4 001 bis 5 000	25
5 001 bis 7 500	20
7 501 bis 10 500	15
10 501 bis 12 500	10
12 501 bis 14 500	5

¹⁾ Blumenstein, Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz im schweizerischen Steuerrecht, Vierteljahrschrift für Steuer- und Finanzrecht, IV. Jg., S. 348.

²⁾ Vgl. Bericht des RR zum G. über die Gewährung von Steuererleichterungen und über die weitere Erhebung der Zuschlagsteuer, vom 13. April 1951, S. 2.

³⁾ Vgl. den Bericht vom 19. Juli 1951.

Weiter beschloss der Rat, dass auch Geschiedene sowie Witwer mit minderjährigen Kindern bei steuerbaren Einkommen von bis zu 2500 Fr. von der Staatssteuer befreit würden. Die vom RR und der landrätlichen Kommissionsmehrheit gleichzeitig vorgeschlagene Verlängerung des Zuschlagsteuer-Gesetzes von 1948 «bis zum Inkrafttreten eines neuen Steuergesetzes», durch welche das Verlängerungsgesetz vom 23. November 1950 aufgehoben worden wäre, wurde im Ratsplenum abgelehnt. Am 28. Oktober 1951 hiess das Volk die *rückwirkend auf den 1. Januar 1950* – gemäss der Forderung der Initiative – in Kraft tretende Vorlage vom 30. August 1951 mit 17 453 gegen 3549 Stimmen gut¹⁾. Als «sozial» im Sinne der Bemessung der Steuern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuersubjekte konnte das Gesetz nicht bezeichnet werden: Es reduzierte nur die *Steueransätze*, liess aber die von der sozialpolitischen Warte aus betrachtet bedeutend wichtigeren Sozialabzüge ausser acht, so dass die Ermässigungen in gleicher Weise sowohl den Ledigen wie den im Durchschnitt wirtschaftlich weniger leistungsfähigen Familienvätern zugute kamen. (vgl. S. 52f.)

Die Gültigkeit des Steuererleichterungs-Gesetzes wurde Ende 1952 mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Steuergesetzes aufgehoben. Es wirkte sich jedoch wegen der rückwirkenden Inkraftsetzung während *drei* Jahren aus. Vorsorglicherweise war nach Einreichung des Rekurses an das Bundesgericht in der Verwaltungsrechnung 1950 eine Rückstellung von 600 000 Fr. vorgenommen worden. Das Steuererleichterungsgesetz bewirkte folgende Steuerausfälle²⁾:

1950:	657 231 Fr.
1951:	725 418 Fr.
1952:	803 727 Fr.
Total	2 186 376 Fr.

Das Gesetz brauchte 25% der in diesen drei Jahren durch das Zuschlagsteuer-Gesetz zusätzlich eingebrachten Mittel wieder auf.

6. Das Steuergesetz von 1952

Die Zunahme der Staatsausgaben, die Geldentwertung und die Einführung der Wehrsteuer führten während der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre in fast allen Kantonen zu Steuergesetzrevisionen. Das erste basellandschaftliche Steuergesetz von 1928 stand, wie ausgeführt, praktisch nur während acht Jahren (1930–1937) unverändert in Kraft. Durch Zusatzgesetze und kleinere Revisionen wurde verschiedenen Mängeln der geltenden Regelung abgeholfen.

Die Bestrebungen nach einer Revision des Steuergesetzes fanden bereits 1943 ihren ersten Niederschlag in Form zweier Volksbegehren: einer «Initiative Blunsch»³⁾ und einem Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei⁴⁾. Die durch die Wehrsteuerbeschlüsse inspirierte «Initiative Blunsch» verlangte eine vermehrte Berücksichtigung des Ertragswerts bei der Katasterschätzung. Das sozialdemokratische Volksbegehren forderte im wesentlichen eine Revision der Steuertarife. In seinem Bericht an den LR zu den beiden Initiativen⁵⁾ kam der RR zum Schluss, es sei eine *allgemeine Revision des*

¹⁾ G. über die Gewährung von Steuererleichterungen, vom 30. Aug. 1951, GS 20, S. 343 f.

²⁾ Gemäss Mitteilung der kantonalen Steuerverwaltung.

³⁾ Initiativbegehren auf Abänderung des G. über die Staatssteuer und Handänderungsgebühr vom 20. Aug. 1928, vom 26. Juli 1943.

⁴⁾ Initiativbegehren zwecks Herbeiführung einer gerechten Verteilung der Steuerlasten und eines sozialen Ausgleichs, vom 3. Dez. 1943.

⁵⁾ Berichte des RR vom 10. Nov. 1943 und vom 26. Jan. 1944.

Steuergesetzes von 1928 notwendig, die Begehren der Initiativen sollten dabei berücksichtigt werden. Der LR teilte diese Auffassung und beauftragte den RR, den Entwurf zu einem neuen Steuergesetz vorzulegen¹⁾.

Nachdem die Steuerverwaltung die für die Gesetzesrevision notwendigen statistischen Vorarbeiten durchgeführt hatte, setzte die Finanzdirektion im November 1945 eine aus 7 Sachverständigen zusammengesetzte «Kleine Expertenkommission» (KEK) ein, die im Sommer 1946 einen ausführlichen, beachtenswerten Bericht erstattete²⁾. Eine Ende 1946 von der Regierung eingesetzte 19gliedrige «Grosse Expertenkommission»³⁾, der Vertreter der verschiedenen Wirtschaftsgruppen und Parteien angehörten, kam im wesentlichen zu den gleichen Ergebnissen wie die Fachkommission.

*

Sowohl die beiden Expertenkommissionen⁴⁾ wie der RR und der LR kamen zum Schluss, dass gleichzeitig mit dem Staatssteuergesetz auch das *Gemeindesteuerrecht* revidiert werden sollte. Es wurde vorgeschlagen, die Gemeindesteuer in die Staatssteuer einzubauen, d. h. es sollte das Steuersystem des Staates auch für die Gemeinden angewendet werden und für beide öffentlichen Körperschaften die gleiche Progressionsskala bestehen; die Gemeinden sollten, je nach Finanzbedarf, Zuschläge auf der Staatssteuer erheben («Zürcher System»). Eine solche Regelung hätte jedoch der Staatsverfassung von 1892 widersprochen, die in § 46 ausdrücklich das *Verbot der Gemeindesteuerprogression* stipuliert. Sollte eine neue gesetzliche Regelung auf dem von den Experten gewiesenen Weg gefunden werden, so musste vorerst das verfassungsmässige Verbot fallen. Daher schlugen RR und LR der Stimmbürgerschaft die *Aufhebung des Progressionsverbots* vor⁵⁾. In der Volksabstimmung vom 26. Oktober 1947 wurde jedoch die vorgeschlagene Änderung, wie erwähnt (vgl. S. 29), mit 8754 Ja gegen 11 036 Nein verworfen. Offenbar interessierte sich der Souverän weniger um die «prinzipielle Frage» als um die effektiven Auswirkungen der Neuerung in der Steuerbelastung. Das überalterte basellandschaftliche Gemeindesteuerrecht, das nun nach wie vor auf der proportionalen Steuererhebung mit gleichzeitiger Kuppelung von Einkommens- und Vermögenssteuer im Verhältnis 5 zu 1 beruht, wird kaum durch die Progressivsteuer ersetzt werden können, wenn nicht gleichzeitig mit der Verfassungsrevision dem Volk eine entsprechende Gesetzesvorlage zum Entscheid unterbreitet wird⁶⁾. Durch den ablehnenden Volksentscheid vom Oktober 1947 ergab sich für das weitere Vorgehen in der Steuergesetzesrevision eine vollständig neue Sachlage: Die wünschenswerte Übereinstimmung von Staats- und von Gemeindesteuerrecht war bis auf weiteres nicht zu verwirklichen!

*

Am 2. August 1949 unterbreitete der RR dem LR den *Entwurf zu einem «Gesetz über die kantonalen Steuern»*, der die proportionale Gemeindesteuer als vorläufig unänderlich hinnahm. Die wichtigsten Bestimmungen aus dem Entwurf seien nachstehend erläutert.

¹⁾ LRB vom 5. Juli 1945.

²⁾ Bericht der Kleinen Expertenkommission für die Steuergesetzesrevision, vom 17. Juni 1946.

³⁾ Vgl. Bericht des RR an die Grosse Expertenkommission für die Steuergesetzesrevision, vom 28. Dez. 1946.

⁴⁾ Vgl. Bericht der KEK, a.a.O., S. 4, S. 8 und S. 38 ff.

⁵⁾ LRB über die Frage der Partialrevision der Staatsverfassung vom 4. April 1892, vom 17. Juli 1947.

⁶⁾ Nach dem LRB vom 17. Juli 1947 (vgl. Anm. 5) hätte – falls die Abstimmung bejahend ausgefallen wäre – vorerst ein neuer Verfassungsartikel gutgeheissen werden müssen; erst dann wäre der Weg frei gewesen, in einem G. die Gemeindesteuerprogression einzuführen.

Über den *Finanzbedarf* des Staates schwieg sich der Bericht sonderbarerweise aus. «Bei der Aufstellung der Skalen wurde denn auch nicht in erster Linie darauf gesehen, einen bestimmten Ertrag herauszuwirtschaften. Im Vordergrund stand vielmehr das Ziel der gerechten Lastenverteilung» (S. 7). Der RR schlug als bedeutende Neuerung und als Mittel, das Gesetz dem Finanzbedarf anzupassen, einen variablen Steuerfuss vor. «Bringen die vorgesehenen Belastungen nicht genügend ein, so müssen eben die im Gesetz vorgeschlagenen Zuschläge erhoben werden» (S. 7). Bei einem Steuerfuss von 100% rechnete der RR auf Grund der Steuerstatistik von 1948 mit einem Nettortrag (Bruttoertrag abzüglich Gemeindeanteile) von 13,0 Mio. Fr. – Staatssteuer und Zuschlagsteuer hatten 1948 13,9 Mio. Fr. abgeworfen. Das Steuergesetz sollte somit *gesamthaft zu einer Entlastung der Steuerzahler führen*.

Die Einführung des *variablen Steuerfusses* – der mit Ausnahme der Handänderungssteuer für sämtliche Staatssteuern Geltung haben sollte – wurde wie folgt begründet: «Die Erfahrung, dass die Steuerskalen des geltenden Gesetzes nur kurze Zeit unverfälscht zur Anwendung kamen, muss dem Gesetzgeber im Hinblick auf das neu zu schaffende Gesetz als Lehre dienen. Hat es wirklich einen Sinn, in einem Steuergesetz die wichtigste Einnahmequelle des Staates derart festzulegen, dass nur durch gesetzgeberische Massnahmen eine Änderung herbeigeführt werden kann? ... Wenn ein Steuergesetz dem Staate für längere Zukunft die nötigen Mittel verschaffen soll, so ist somit in erster Linie das Institut des beweglichen Steuerfusses einzuführen. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass besonders heute, wo in Anbetracht des ungewissen Ausgangs der Bundesfinanzreform jede Gesetzesreform in fiskalischer Hinsicht mehr oder weniger in der Luft hängt, auf diese Neuerung nicht verzichtet werden kann. Als weitere Ungewissheitsfaktoren sind die Währungsentwicklung, die Konjunkturlage sowie der Finanzbedarf des Staates ... zu nennen» (S. 6 f.). Auch die KEK hatte in ihrem Bericht (S. 56) einen variablen Steuerfuss beantragt, die Befugnis an den LR zur Erhöhung der Steuern jedoch auf einen Zuschlag von 10% und auf die Dauer von 3 Jahren beschränkt. Der RR ging nun weiter und wollte dem LR eine Zuschlagskompetenz von bis zu 25%, ohne Befristung, einräumen. «Dies scheint uns das Minimum dessen zu sein, was noch eine gewisse Gewähr für eine längere Geltungsdauer des Gesetzes bietet» (S. 7.)

Als grösste Mängel des geltenden Steuergesetzes betrachtete der RR «die übermässige Belastung der kleinen und mittleren Vermögen und die zu geringe Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei der Einkommenssteuer» (S. 9). Beide Mängel waren vornehmlich die Folge der proportionalen Gemeindesteuer. Eine Korrektur war nach dem negativen Volksentscheid vom Oktober 1947 nicht anders möglich, «als dass der Staat hier (bei den kleinen Einkommen und Vermögen. Der Verf.) eine wesentliche Ermässigung der Ansätze vornimmt. Dies wird jedoch einen bedeutenden Ertragsausfall zur Folge haben. Dieser soll in erster Linie durch eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen und der juristischen Personen kompensiert werden» (S. 10).

Der RR suchte die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen weniger durch eine Reduktion der Steueransätze als durch eine Erhöhung und Erweiterung der Sozialabzüge herbeizuführen. Durch diese wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weit besser berücksichtigt als durch generelle Satzermässigungen. Für Einkommen bis zu 2333 Fr. wurde der *Steuersatz* (bei einem Ansatz von 100%) gegenüber den geltenden Steuergesetzen reduziert und für die Einkommen bis 20 000 Fr. um 0,1% bis 0,4% erhöht¹⁾. Für Einkommen von über 20 000 Fr. betrug der Steuersatz nach dem

¹⁾ Die Differenz zwischen 0,1% und 0,4% ergab sich dadurch, dass die bisherigen fixen Steueransätze für bestimmte Einkommensstufen durch eine *härtefreie Skala* ersetzt wurden. Bei Einkommen von beispielsweise 10 001 Fr. bis 11 000 Fr. betrug der Steuersatz bisher einheitlich 2,9%, nach dem Entwurf des RR vom 2. Aug. 1949 jedoch 3,0 bis 3,3%.

regierungsrätlichen Entwurf 6,0% bis 15,0% (ab 100 000 Fr.) gegenüber 5,9% bis 6,5% (ab 30 000 Fr.) im Steuergesetz von 1928 bzw. 5,9% bis (theoretisch) 12,5% mit Einschluss der Zuschlagsteuer von 1948.

An *Sozialabzügen* vom *Roheinkommen* wurden neu stipuliert

a) bei unselbständigem Erwerb die Auslagen für die Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsort in öffentlichen Verkehrsmitteln «sowie allfällige weitere, in der VO bezeichnete besondere Auslagen» (§ 22, al. 2) – bisher maximal 300 Fr. –,

b) die zur Erzielung des Vermögensertrages erforderlichen oder üblicherweise damit verbundenen Aufwendungen,

c) die Beiträge an die Ausgleichskassen für AHV, Familienzulagen sowie Lohn- und Verdienstersatz und

d) die übrigen Aufwendungen für Personen- und Schadenversicherungen, soweit es sich nicht um Sachversicherungen handelt, bis zum Gesamtbetrag von 500 Fr. – bisher wurde nur die Personenversicherung berücksichtigt –;

ferner Sozialabzüge vom *reinen* Einkommen

a) – unabhängig von der Höhe des Einkommens – 500 Fr. für jedes unmündige Kind, das im Haushalt des Steuerpflichtigen lebt oder für dessen Unterhalt er in vollem Umfang aufkommt, sowie für jede von ihm zur Hauptsache unterhaltene arbeitsunfähige Person, deren Vermögen nicht mehr als 20 000 Fr. beträgt, und

b) 500 Fr. bei verheirateten, verwitweten und geschiedenen Personen. (Nach dem Steuergesetz von 1928 hatte der Kinderabzug je 300 Fr. bei Einkommen von bis zu 8000 Fr. betragen, nach dem ersten Revisionsgesetz von 1943¹⁾ je 500 Fr. bei Einkommen bis zu 6000 Fr., je 400 Fr. bei Einkommen bis zu 10 000 Fr. und je 300 Fr. bei Einkommen bis zu 12 000 Fr. und nach dem zweiten Revisionsgesetz von 1946²⁾ 500 Fr. bei Einkommen bis 6000 Fr., 400 Fr. bei Einkommen bis zu 10 000 Fr. und 300 Fr. bei Einkommen über 10 000 Fr. Auch Fahrtauslagen von Unselbständigerwerbenden konnten nach dem Steuergesetz von 1928 bereits in Abzug gebracht werden.) Weiter schlug der RR einen Abzug für Unselbständigerwerbende vor, die ihr Einkommen durch einen *Lohnausweis* belegen, und zwar – im Gegensatz zu den üblichen Sozialabzügen – als Abzug vom *Steuerbetrag* (einheitlich Fr. 5.–). «Diese systemwidrige Regelung wurde aus technischen Gründen gewählt. Es ist nämlich auf diese Weise möglich, das steuerbare Minimum für unselbständig Erwerbende wesentlich zu erhöhen, ohne dass für den Staat ein allzugrosser Ausfall entsteht» (S. 15). Der Gesetzesentwurf schlug keine steuerfreien Minima vor, stipulierte hingegen, dass Einkommenssteuerbeträge unter Fr. 6.– nicht erhoben werden sollten.

Diese Sozialabzüge wirkten sich derart aus, dass bei einem Steuersatz von 100% für verheiratete Unselbständigerwerbende ohne Kinder bis zu einem Einkommen von 20 500 Fr., mit 2 Kindern bis zu einem Einkommen von 28 500 Fr. und mit 4 Kindern bis zu einem Einkommen von 36 500 Fr. *Ermässigungen* gegenüber den bisherigen Einkommenssteuern (incl. Zuschlagsteuer) eintraten. Für ledige Steuerzahler brachte der Gesetzesentwurf hingegen eine Erhöhung der Steuern, und zwar bei Unselbständigerwerbenden bei Einkommen ab 3775 Fr. und bei Selbständigerwerbenden bei Einkommen ab 2333 Fr. Unter Berücksichtigung der Abzüge resultierten folgende *steuerfreien Minima*: Für ledige Selbständigerwerbende 1400 Fr., für ledige Unselbständigerwerbende und für verheiratete Selbständigerwerbende ohne Kinder je 1900 Fr. und für verheiratete Unselbständigerwerbende 2400 Fr. Miteingerechnet die Kinder- und die Versicherungsabzüge ergaben sich entsprechend erheblich erhöhte steuerfreie Minima.

¹⁾ G. vom 15. Nov. 1943, a.a.O., GS 19, S. 57. (vgl. S. 23).

²⁾ G. vom 9. Mai 1946, a.a.O., GS 19, S. 405 f. (vgl. S. 23).

Der Ertrag der Einkommenssteuer wurde auf 8,3 Mio. Fr. geschätzt (bisher, 1948, incl. Zuschlagsteuer, 8,65 Mio. Fr.)¹⁾.

Noch weiter gingen die vorgeschlagenen Reduktionen bei der *Vermögenssteuer*. Der Entwurf «erstrebt damit die Verwirklichung eines schon alten Postulats der Finanzwissenschaft, nämlich dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in erster Linie an den Einkommen gemessen werden muss und dass der Vermögenssteuer bloss die Funktion einer Ergänzungssteuer zukommt» (S. 17). Die vorgeschlagenen Steuersätze schwankten

für Vermögen von 5000 Fr. bis 100 000 Fr. zwischen
0,5⁰/₀₀ und 1,3⁰/₀₀ (bisher 1,0⁰/₀₀ bis 2,0⁰/₀₀),
für Vermögen von 100 001 Fr. bis 200 000 Fr. zwischen
1,3⁰/₀₀ und 2,3⁰/₀₀ (bisher 2,4⁰/₀₀ bis 2,75⁰/₀₀),
für Vermögen von 200 001 Fr. bis 500 000 Fr. zwischen
2,3⁰/₀₀ und 2,6⁰/₀₀ (bisher 3,0⁰/₀₀ bis 3,75⁰/₀₀),
für Vermögen von 500 001 Fr. bis 1 800 000 Fr. zwischen
3,0⁰/₀₀ und 3,9⁰/₀₀ (bisher 4,0⁰/₀₀),
für Vermögen von über 1 800 000 Fr. betrug der Satz
einheitlich 3,9⁰/₀₀ (bisher 4,0⁰/₀₀).

Es ergab sich somit eine Reduktion auf der ganzen Linie, die Schaffung einer härtefreien Skala und die Heraufsetzung der Vermögensgrenze, bei welcher der maximale Steuersatz in Kraft tritt, von 500 001 Fr. auf 1 800 000 Fr.

Der Entwurf sah weiter *Abzüge vom Vermögen* vor. Dabei wurde zum Teil auf das steuerbare *Einkommen* abgestellt: «Beträgt das steuerbare Einkommen weniger als Fr. 3000.—, so wird vom reinen Vermögen ausserdem das Zehnfache des Minderbetrages abgezogen»²⁾. Bei einem steuerbaren Einkommen von 1700 Fr. ergab sich somit ein Vermögensabzug von 13 000 Fr. Weiter wurden Kinderabzüge von je 1000 Fr. und die Bestimmung stipuliert, dass Witwen mit minderjährigen Kindern, Erwerbsunfähige und über 65 Jahre alte Steuerpflichtige vom Reinvermögen ausserdem 20 000 Fr. abziehen können. Das steuerfreie Vermögensminimum wurde auf 5000 Fr. festgesetzt. (Das geltende Steuergesetz von 1928 sah eine Befreiung von der Vermögenssteuer für Steuerpflichtige vor, deren steuerbares Vermögen 3000 Fr. nicht übersteigt, für Steuerpflichtige «ohne ausreichendes Einkommen»³⁾, wenn ihr Vermögen 10 000 Fr. nicht übersteigt, und für Witwen «ohne ausreichendes Einkommen»⁴⁾ und arbeitsunfähige Personen, wenn ihr Vermögen 20 000 Fr. nicht übersteigt.) Der Entwurf des RR *führte somit zu einer ganz wesentlichen Entlastung von der Vermögenssteuer, vor allem für die kleinen und mittleren Vermögen*, die schon allein im Hinblick auf die hohe und proportionale Gemeindevermögenssteuer (je nach Gemeinde 3,5⁰/₀₀ bis 4,7⁰/₀₀) gerechtfertigt war. Die stipulierten Sozialabzüge trugen insbesondere der Lage der *Rentner* Rechnung.

Der RR rechnete mit einem Rückgang des Vermögenssteuerertrages von 1,97 Mio. Fr. (1948) auf 1,3 Mio. Fr.¹⁾.

Was die Besteuerung der juristischen Personen und hier der *Kapitalgesellschaften*⁵⁾ betrifft, hielt der RR in seinem Gesetzesentwurf daran fest, die Reingewinne progressiv und ausschliesslich nach dem Prinzip der *Ertragsintensität* zu besteuern. Die KEK hatte

¹⁾ Steuerertrag der natürlichen Personen.

²⁾ § 38, al. 2 des Entwurfs.

³⁾ § 25, al. 2 des Entwurfs.

⁴⁾ § 25, al. 3 des Entwurfs.

⁵⁾ Unter «Kapitalgesellschaften» sind zu verstehen: Aktiengesellschaften, Kommandit-Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie andere juristische Personen, «wenn sie den Reingewinn ausschliesslich oder vorwiegend nach der Kapitalbeteiligung der Mitglieder verteilen». (§ 40, al. 2 des Entwurfs).

hier als feste Komponente einen Minimalsatz von 2% mit Zuschlägen nach der Ertragsintensität (d. h. Zuschlag der halben Verhältniszahl) vorgeschlagen¹⁾. Der RR vertrat die Auffassung, dieser Vorschlag sei auch heute noch «die einzig richtige Lösung» (S. 20), die bisherigen Widerstände, insbesondere im Zusammenhang mit der Zuschlagsteuer, «gegen jede grundsätzliche Neuerung lassen es indessen als untunlich erscheinen, zu den Vorschlägen der Kleinen Expertenkommission zurückzukehren» (S. 20). Der Entwurf des RR sah einen Minimalsatz von 5% vor, «um die ausserordentliche Krisenempfindlichkeit der ausschliesslich nach dem Ertragsintensitätsprinzip erhobenen Gewinnsteuer etwas abzuschwächen» (S. 20f.). Der Maximalsteuersatz wurde auf 20% festgelegt. Innert dieser Grenzen sollte der Steuersatz soviele Prozente des steuerbaren Reingewinns betragen, als dieser Prozente des einbezahlten Grund- und Stammkapitals und der offenen und als Gewinn versteuerten stillen Reserven ausmacht. Nach dem Steuergesetz von 1928 waren die Ansätze halb so hoch, ein Minimalsatz fehlte, und die Maximalsteuer betrug 10%. Durch die Zuschlagsteuer von 1948 waren diese Ansätze freilich bereits um 60% erhöht worden. Die Vorschläge des RR führten zu einer Heraufsetzung der Gewinnbesteuerung bei den Kapitalgesellschaften um durchschnittlich 100% gegenüber den Ansätzen von 1928 und um durchschnittlich 25% gegenüber den durch die Zuschlagsteuer seit 1948 erhöhten Ansätzen. Bei relativ kleinen Gewinnausschüttungen macht die Steuer infolge der Festsetzung eines Minimalansatzes freilich ein Mehrfaches des früheren Ansatzes aus.

Für die *Kapitalsteuer* sah der Entwurf eine leichte Progression vor, wie dies bereits im bestehenden Gesetz der Fall war. «Die progressive Kapitalsteuer ist geeignet, die Mängel der ausschliesslichen Progression nach der Ertragsintensität in ihren Auswirkungen abzuschwächen, indem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Grossunternehmen mit geringem ausgewiesenem Gewinn besser erfasst wird» (S. 21). Die Ansätze wurden auf 2⁰/₀₀ für die erste Million Franken des steuerbaren Kapitals und für den restlichen Teil auf 3⁰/₀₀ (mit einer Minimalsteuer von 100 Fr.) festgelegt. Bisher hatte die Kapitalsteuer nur 1,2⁰/₀₀ bis 2,0⁰/₀₀ (ab Kapitalien von 1 Mio. Fr.) betragen.

In bezug auf die Besteuerung der *Rückvergütungen von Selbsthilfegenossenschaften* vertrat der RR, im Gegensatz zum bestehenden Steuergesetz und zur Mehrheit der Grossen Expertenkommission, die eine Besteuerung der 5% übersteigenden *Rückvergütungen* empfohlen hatte, die Auffassung, dass hier eine volle *Steuerbefreiung* am Platze sei. Es wurde dies damit begründet, die Rückvergütung habe im wesentlichen formellen Charakter; an ihrer Stelle könnten die Konsumgenossenschaften ebensogut Preisreduktionen vornehmen. Wirtschaftlich gesehen seien die Rückvergütungen jedenfalls nicht im gleichen Sinne Gewinn wie beispielsweise die Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften. – Der Maximalsteuersatz für die Ertragssteuer der Selbsthilfegenossenschaften wurde auf 9% ab steuerbaren Reingewinnen von 30 000 Fr. erhöht (bisher 5% ab 17 000 Fr. Betriebsüberschuss). Für die Kapitalsteuer der Selbsthilfegenossenschaften wurde die gleiche Regelung wie bei den Aktiengesellschaften vorgeschlagen.

Der RR rechnete mit einem Ertrag der Steuern juristischer Personen von 2,4 Mio. Fr. (bisher, 1948, incl. Zuschlagssteuer, 1,73 Mio. Fr.).

Als weitere Neuerung brachte der RR die *Besteuerung der Kantonalbank* (BKB) in Vorschlag, und zwar mit einer Gewinnsteuer von 5% von denjenigen Teilen des Reingewinns, die zur Äufnung der Reserven verwendet werden. Die Kapitalsteuer sollte in gleicher Weise wie bei den Aktiengesellschaften erhoben werden, jedoch unter Be-

¹⁾ Vgl. Bericht der KEK, S. 23.

freierung des Dotationskapitals. Zur Begründung dieses Antrags stützte sich der RR auf den Bericht der KEK, die eine Besteuerung der BKB aus Gründen der Konkurrenzgleichheit als richtig erachtete: «... auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons, die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden und nicht ausgesprochen öffentlichen Zwecken dienen, sollten keine grundsätzliche Steuerfreiheit geniessen, wenn diese nicht auch den andern Unternehmen dieser Branche gewährt wird, da sonst der staatliche Betrieb gegenüber dem privaten übermässig begünstigt wird, so dass es jener mit der Zeit zu einer Monopolstellung bringen könnte»¹⁾. Der RR schloss sich weiter dem Vorschlag der KEK an, es sollte der Steuerertrag der BKB für den Finanzausgleich unter den Gemeinden, d.h. zur Äufnung eines Ausgleichsfonds verwendet werden. Die Gemeinden «sollten auch in irgendeiner Form am Geschäftsergebnis der Kantonalbank partizipieren; wäre nämlich die Kantonalbank eine rein privatrechtliche Institution, so hätten die Gemeinden ihre Steuern davon wie von irgendeiner anderen Unternehmung»²⁾.

Eine Änderung erfuhr weiter die Liegenschaftsgewinnsteuer – nun *Grundstückgewinnsteuer* genannt –, indem, im Gegensatz zur bisherigen Regelung, die Besitzesdauer, d.h. die durchschnittliche jährliche Gewinnintensität, sowie die Höhe des Gesamteinkommens des Steuerpflichtigen als satzbestimmendes Element eingefügt wurden. Die neuen Ansätze der Grundstückgewinnsteuer schwankten zwischen 5 und 25% und waren damit fast durchwegs höher als jene der bisherigen Liegenschaftsgewinnsteuer, (1% bis 20%). Der RR rechnete mit einer Erhöhung des Ertrags von 0,31 Mio. Fr. (1948) auf 0,40 Mio. Fr.

Der Satz der *Handänderungssteuer* wurde auf 2% belassen.

Eine neue Steuer schuf der Entwurf mit der *Grundsteuer*, «die bis zu einem gewissen Grade den Vermögenssteuerausfall kompensieren soll» (S.24). Es handelt sich dabei um eine *Objektsteuer auf Grund und Boden*. Die Gebäude wurden ausdrücklich davon befreit. «Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass der Boden etwas Unvermehrbares ist, dass ihm also ein bleibender Seltenheitscharakter zukommt... Darum bedeutet der Grundbesitz einen wirtschaftlichen Machtfaktor, der auch durch noch so intensive Produktionsanstrengungen den Nichtbesitzenden versagt bleibt. Diese Tatsache rechtfertigt eine Sonderbesteuerung des Grund und Bodens...» (S.24). Die Grundsteuer sollte entgegen den bisherigen Vorbildern progressiv gestaltet werden, «... denn der Grundbesitz schliesst eine besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in sich... Der Kleinbauer kann seinen Grundbesitz viel weniger als wirtschaftliches und politisches Machtmittel in die Waagschale werfen als der Grossgrundbesitzer... Ein demokratisches Staatswesen hat übrigens alles Interesse daran, die Konzentration des Grundbesitzes in wenigen Händen zu verhindern. Die vorgeschlagene Grundsteuer mit ihrer scharfen Progression ist geeignet, auf eine allfällige Entwicklung in diesem Sinne hemmend einzuwirken» (S.24f). Wie bei der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer sah der Entwurf auch bei der neuen Grundsteuer eine hälftige *Beteiligung der Gemeinden* am Ertrag vor. Die Möglichkeiten, die Grundsteuer zu umgehen – etwa durch die Auflösung einer Immobilien-AG in viele solcher Gesellschaften –, veranlassten den RR, die *Immobilien Gesellschaften* unabhängig vom Wert des Bodens einheitlich mit dem Maximalansatz von 8‰ zu belasten. Für die dem Kanton Baselland zugehörigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Bürgergemeinden usw.) wurde der Ansatz auf 1/5 der für Private vorgeschlagenen Steuer reduziert. Für die übrigen Steuerpflichtigen stieg nach dem Entwurf die Höhe der Grundsteuer im Verhältnis zum Gesamtkatasterwert von Grund und Boden bis auf 8‰, die bei 800 000 Fr.

¹⁾ Vgl. Bericht der KEK, S. 51.

²⁾ Vgl. Bericht der KEK, S. 52.

erreicht wurden. Bis zu einem Gesamtbodenwert von 30 000 Fr. sollte auf die Erhebung der Grundsteuer verzichtet werden. Der Grundsteuerertrag wurde mit 150 000 Fr. veranschlagt.

Von *baselstädtischer* Seite wurde später der Vorwurf erhoben, die Grundsteuer sei namentlich als eine gegen den Basler Grundbesitz im Kanton Baselland (Bürgergemeinde, Christoph Merian'sche Stiftung) gerichtete *Sondersteuer* geschaffen worden. Im Basler Grossen Rat sprach ein Votant von «Raubrittermethoden»¹⁾. Leider unterliessen es die baselstädtischen Behörden – wozu sie eingeladen waren –, sich zu dem basellandschaftlichen Gesetzesentwurf zu äussern. Die Intervention erfolgte erst unmittelbar vor der Abstimmung in der Form einer Interpellation im Basler Grossen Rat. Im Jahre 1955 entfielen von den 297 468 Fr. Grundsteuern 120 904 Fr. oder 40,6% auf öffentlich-rechtliche Körperschaften²⁾ des Kantons Basel-Stadt³⁾. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Steuern gegenüber der früheren Lösung netto nicht um diesen Betrag anstiegen, da gleichzeitig mit dem neuen Steuergesetz die Ansätze der Vermögenssteuer reduziert wurden.⁴⁾ Basel-Stadt regte den Abschluss einer Gegenrechtsvereinbarung an – das basellandschaftliche Steuergesetz ermöglicht in § 140 eine solche –, und erhob ausserdem Einsprache gegen die bisher gestellten Grundsteuerrechnungen. Die an das Bundesgericht weitergezogene Frage ist bis heute (1962) nicht abgeklärt. Eine Lösung ist insofern erschwert, als durch die hälftige Beteiligung der Gemeinden am Ertrag der Grundsteuer einzelne Gemeinden durch eine allfällige Steuerbefreiung des baselstädtischen Grundbesitzes einen spürbaren Einnahmeausfall erleiden würden.

Schliesslich seien aus dem regierungsrätlichen Entwurf jene Vorschläge erwähnt, die das Problem des *Finanzausgleichs* zu lösen suchten, und zwar eines Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden durch eine Beteiligung der Gemeinden an den Immobiliensteuern (Einnahmeausgleich) und eines Finanzausgleichs unter den Gemeinden durch die Bildung eines besonderen Finanzausgleichsfonds. Die Gemeinden sollten dem-

¹⁾ Grossratssitzung vom 9. Okt. 1952.
²⁾ Auskunft der Finanzdirektion.
³⁾ Der Land- und Liegenschaftsbesitz der Einwohnergemeinde Basel, der Basler Bürgergemeinde und der Christoph Merian'schen Stiftung betrug am 1. Jan. 1958 (Katasterwerte):

	Fläche ha	a	m ²	Land Fr.	Gebäude Fr.	Land + Gebäude Fr.
Einwohnergemeinde	345	17	42	8 424 145	4 284 950	12 709 095
Bürgergemeinde Basel	293	28	66	925 460	539 700	1 465 160
Merian'sche Stiftung	366	27	74	6 317 270	1 847 500	8 164 770
Total	1 004	73	82	15 666 875	6 672 150	22 339 025

Zitiert nach dem Referentenführer der Volksbewegung für die Erhaltung des selbständigen Baselsbiets vom April 1958, II. Teil, S. 39.

⁴⁾ Vom Gesamtertrag der Grundsteuer Anno 1955 (297 468 Fr.) betrug der Anteil Basel-Stadts (natürliche und juristische Personen) 150 111 Fr. (50,5%), jener Basellands 140 022 Fr. (47,1%) und der Anteil der übrigen Kantone 7 335 Fr. (2,4%). (Gemäss Auskunft der Finanzdirektion). Interessant ist, dass der «Grossgrundbesitz» in Baselland, wie er durch den Ertrag der Grundsteuer angedeutet wird, mehr als hälftig auf ausserkantonale Eigentümer entfällt. Das Verhältnis würde freilich anders lauten, wenn auch der Landbesitz der Gemeinden, vor allem der Bürgergemeinden, mit einberechnet würde. Zu berücksichtigen ist ferner, dass der Grundsteueransatz für juristische Personen durchschnittlich 0,5% höher ist als bei den natürlichen, die zudem bei einem Katasterwert von bis zu 50 000 Fr. von der Steuer befreit sind. Bei ausserkantonalem Besitz handelt es sich nun aber vor allem um solchen juristischer Personen.

nach gemäss ihrem Steueraufkommen je 50% des Ertrags der Grundstückgewinn-, der Grund- und der Handänderungssteuern erhalten, nach der Ertragsschätzung rund 400 000 Fr. jährlich. In den *Finanzausgleichsfonds* sollten jährlich rund 400 000 Fr. fliessen, und zwar 10% des Staatssteuerertrages der juristischen Personen (rund 240 000 Fr.), die von der Kantonalbank neu zu leistende Steuer (rund 60 000 Fr.) und 100 000 Fr., die von den Gemeinden «mit ausserordentlich günstiger Steuerstruktur» aufzubringen wären¹⁾. Die Mittel des Finanzausgleichsfonds sollten «in progressiver Gestaltung an diejenigen Gemeinden verteilt werden, die eine überdurchschnittliche Steuerbelastung aufweisen» (§ 136). Dabei sollte auch auf das Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung und auf die Schuldenlast Rücksicht genommen, d.h. eine ähnliche Regelung wie bei der Verteilung der bisherigen Gemeindehilfe getroffen werden.

*

Die landrätliche Gesetzeskommission (LRK) unterzog den Entwurf des RR vom 2. Aug. 1949 einer eingehenden Beratung. Nach Abschluss der 1. Lesung am 2. Febr. 1950 wurde der Kommissionsvorschlag dem LR zur Zwischenberatung in den Fraktionen zugestellt. Die Einwohnerschaft und die Wirtschaftsverbände wurden eingeladen, eventuelle Anregungen und Wünsche für die Revision des Gesetzes einzureichen. Dieses «Zwischenverfahren» erleichterte die spätere parlamentarische Beratung.

Am 17. April 1951 beendete die LRK die 2. Lesung und erstattete ihren Bericht (LRKB). Der LR nahm am 11. Juni 1951 die Beratungen auf und beendete sie am 7. Juli 1952. Trotz starker Opposition hiess das Volk die Vorlage am 5. Okt. 1952 mit 9860 Ja gegen 9365 Nein gut²⁾. Das Gesetz trat auf den 1. Januar 1953 in Kraft. Von der Anregung zur Gesetzesrevision im Jahre 1943 (durch die beiden erwähnten Initiativen) bis zur abgeschlossenen Revision verstrichen somit neun Jahre; allein die parlamentarische Bearbeitung des regierungsrätlichen Entwurfs dauerte über drei Jahre.

Es seien nachstehend jene Punkte des Gesetzes erwähnt, die wesentlich vom Entwurf des RR abweichen. Eingehende Studien widmete die LRK der Frage des *Finanzbedarfs*³⁾. Sie errechnete einen Finanzbedarf (Verwaltungsrechnung) von 26 Mio. Fr. Durch das neue Steuergesetz sollten 13 Mio. Fr. oder 50% davon aufgebracht werden. In den Jahren 1948 und 1949 hatte dieser Anteil 58,23 bzw. 56,49% betragen. Die Schätzungen der LRK wurden in den nachfolgenden Jahren ganz erheblich übertroffen. Bis 1956 stieg der Finanzbedarf der Verwaltungsrechnung auf annähernd 52 Mio. Fr. an, d.h. auf das Doppelte! Der Staatssteuerertrag erhöhte sich bis 1956 netto (brutto abzüglich Gemeindeanteile), trotz später beschlossenen Steuerreduktionen, auf 24 Mio. Fr., also wiederum auf beinahe das Doppelte der seinerzeitigen Ertragsschätzung. Im Jahre 1961 belief sich der Staatssteuerertrag netto auf 56 Mio. Fr. und damit auf mehr als das Vierfache der vor zehn Jahren errechneten Zielsumme! Das Beispiel zeigt, wie schwer es ist, in Zeiten der Hochkonjunktur und – was den Kanton Basel-Land besonders betrifft – in einer Periode zunehmender Industrialisierung und rapider Bevölkerungszunahme den zukünftigen mutmasslichen Finanzbedarf auch nur einigermaßen zuverlässig zu schätzen.

LRK und LR stimmten der Schaffung eines *variablen Steuerfusses* zu, beschränkten jedoch die Kompetenz der Legislative auf einen Zuschlag von höchstens 10% – ein

¹⁾ «5% des Gemeindesteuerertrags jener Gemeinden, deren auf den Kopf der Bevölkerung umgerechneter Staatssteuerertrag den kantonalen Durchschnitt um mehr als 50% übersteigt» (§ 135, al. 3 des Entwurfs).

²⁾ G. über die kantonalen Steuern, vom 7. Juli 1952, GS 20, S. 445 ff.

³⁾ Unter «Finanzbedarf» wird die Summe der wirklichen und der rechnermässigen Ausgaben verstanden (vgl. Einleitung S. 13 und 15).

weitergehender Ansatz muss der Volksabstimmung unterbreitet werden – und verlangten ein qualifiziertes Mehr für die Erhebung eines Steuerfusses von mehr als 100% (§ 16)¹⁾. «Die Veränderung des Steuerfusses sollte im Staatswesen zu den Ausnahmen gehören und erst dann angewendet werden, wenn alle anderen Mittel des finanziellen Gleichgewichts des Staatshaushaltes nicht mehr zum Ziele führen »²⁾. (Die Einführung eines veränderlichen Steuerfusses ist übrigens kein absolutes Novum im Kanton Basel-land. Nach § 18, al. 11, der Staatsverfassung von 1892 wird dem LR die Befugnis erteilt, «über Erhebung einer Vermögens-, Einkommens- und Erwerbssteuer bis auf 1 von Tausend Vermögen » zu beschliessen). Mit der Schaffung des variablen Steuerfusses schuf der Staat ein konjunkturpolitisch bedeutendes Instrument. Es ist freilich bis heute leider nicht in diesem Sinne verwendet worden.

Eine vollständige Neuerung, die bisher in keinem schweizerischen Steuergesetz verwirklicht worden war³⁾, wurde mit der Einführung einer «*Indexklausel*» geschaffen (§ 17). Es soll damit in Zukunft verhindert werden, «dass eine weitere Teuerung zu einer stärkeren steuerlichen Belastung desselben Realeinkommens führt »⁴⁾. Allzu empfindlich sollten die Steuern freilich nicht auf inflationistische Schwankungen reagieren. Eine Änderung der steuerlichen Belastung tritt erst ein, wenn sich der Index der Lebenshaltungskosten um 10 Prozente (nicht Punkte) gegenüber dem Stand vom Januar 1953 verschiebt, und sie beschränkt sich auf die Einkommenssteuer der natürlichen Personen – bei den Sozialabzügen auch auf die Vermögenssteuer – und in einer Variante (§ 18) auf Grundstück- und andere Vermögensgewinne. Die bisherige Ordnung hatte den Mangel, dass auch rein nominelle Mehrwerte versteuert werden mussten, wenn effektiv kein Gewinn, unter Umständen sogar ein Verlust vorlag. Die entsprechenden Bestimmungen des Steuergesetzes von 1952 lauten:

- § 17. «Weicht der Index der Lebenshaltungskosten von dem mit 100 angenommenen Basisindex (Januar 1953) ab, so wird zur Ermittlung des Steuersatzes das Einkommen der natürlichen Personen immer auf den Wert umgerechnet, der dem Basisindex entspricht. Die Umrechnung ist vorzunehmen, sobald die Veränderung 10%, 20%, 30% usw. beträgt; sie wird jeweilen auf den Beginn einer Veranlagungsperiode vom Regierungsrat angeordnet. In entsprechender Weise werden die festen Abzüge und die Höchstbeträge der veränderlichen Abzüge umgerechnet, und zwar
um $\frac{2}{10}$, wenn die Abweichung mehr als 20%, aber nicht über 40%,
um $\frac{4}{10}$, wenn die Abweichung mehr als 40%, aber nicht über 60%
usw. ausmacht.»
- § 18. «Bei der Bestimmung der steuerbaren Grundstück- und anderen Vermögensgewinne ist der Gestehungswert entsprechend der Veränderung des Geldwertes, die seit dem Erwerb des Vermögensgegenstandes eingetreten ist, umzurechnen. Der Regierungsrat kann für besondere Fälle vereinfachende Vorschriften erlassen. Vermögensverluste dürfen dagegen nicht abgezogen werden, soweit sie auf Geldwertveränderungen beruhen.»

In einer inflationistischen Periode, wie wir sie gegenwärtig (1962) erleben, muss § 17 im Sinne einer Entlastung der Steuerzahler erstmals angewendet werden, wenn der Index der Lebenshaltungskosten (Januar 1953 = 169,9 Punkte) 186,7 Punkte erreicht oder überschreitet. Das war im August 1961 (187,3 Punkte) der Fall, und es ist daher auf die Veranlagungsperiode 1963/64 hin eine entsprechende Anordnung des Regierungsrates zu erwarten.

¹⁾ In anderen Kantonen, die den variablen Steuerfuss kennen, geht die Kompetenz der Legislative in der Bemessung weiter.

²⁾ Bericht der LRK, S. 12.

³⁾ Einzig Graubünden berücksichtigt die Geldwertveränderungen bei Vermögensgewinnen.

⁴⁾ Bericht der LRK, S. 12.

An den vom RR vorgeschlagenen Ansätzen der *Einkommenssteuer* wurden materiell wenige Änderungen vorgenommen. Formell wurden die Steuersatzformeln geändert, um eine anschaulichere Darstellungsweise zu erlangen. Freilich wurde dadurch die härtefreie Skala durch eine abgestufte ersetzt: die Ansätze ändern bei je 100 Fr. Einkommensdifferenz. An Stelle eines minimalen Steuerbetrages von Fr. 6.– tritt ein steuerfreies Minimum bei einem steuerbaren Einkommen von 1500 Fr. (§ 27, 3). Bis zu Einkommen von 20 000 Fr. wurden die Ansätze unverändert belassen, für die höheren Einkommen jedoch bis um 2% reduziert, d.h. der *Maximalsteuerfuss* wurde von 15 auf 13% (LRK 14%)¹⁾ reduziert und gleichzeitig die Einkommensgrenze, von der an die maximale Steuerbelastung eintritt, von 100 000 Fr. auf 75 000 Fr. (LRK 100 000 Fr.) herabgesetzt. Dadurch ergab sich für die Einkommen zwischen 20 000 Fr. und 100 000 Fr. eine neue Steuerskala (§ 28). Die Herabsetzung des Maximalsteuerfusses führte dazu, dass die Linksparteien in der Folge das Gesetz bekämpften.

Das System der *Sozialabzüge* wurde im Gesetz zugunsten der Steuerpflichtigen ausgebaut. So wurde der Erwerbsabzug für Unselbständigerwerbende auf eine breitere Basis gestellt (§ 24, 3) und neu stipuliert: Ein Abzug für die «vermehrten Haushaltsauslagen, die infolge der Erwerbstätigkeit der Ehefrau entstehen» (§ 24, 1, 3), ferner Maximalabzüge von 400 Fr. für ledige, verwitwete und geschiedene und von 500 Fr. für verheiratete Steuerpflichtige, wenn Einkommensteile für Versicherungen oder *Sparrücklagen* verausgabt werden (§ 24, 1, 8). Die Höchstbeträge für Versicherungsauslagen bzw. Sparrücklagen erhöhen sich für jedes Kind um 50 Fr. Die bisherige Regelung hatte den Versicherten gegenüber dem Sparer bevorzugt. Die neuartige Abstufung der Abzugsmaxima nach der Kinderzahl fusst auf der Überlegung, dass derjenige am meisten Grund hat, sich hoch zu versichern, der für eine grosse Familie sorgen muss²⁾. Der Kinderabzug wurde auch für Kinder bis zum 25. Altersjahr gestattet, sofern diese eine Berufslehre oder ein Studium absolvieren (§ 27, 2). Der Abzug gilt ferner nicht nur für arbeitsunfähige, sondern auch für jede unterstützungsbedürftige Person, an deren Unterhalt der Steuerpflichtige einen monatlichen Beitrag von mindestens 50 Fr. leistet «oder für die er sonstwie in wesentlichem Umfange sorgt» (§ 27, 3); die Beschränkung auf Unterstützungsbedürftige mit einem Vermögen von unter 20 000 Fr. wurde fallengelassen.

Schliesslich sah der LR davon ab, das System der Abzüge vom Roheinkommen oder steuerbaren Einkommen mit jenem der Abzüge vom Steuerbetrag zu durchmischen. So wurde der Vorschlag im Entwurf des RR, bei hinreichender Belegung des Einkommens (Lohnausweis usw.) einen Abzug von Fr. 5.– vom Steuerbetrag zuzubilligen, durch eine Bestimmung ersetzt (§ 24, 2), nach welcher unselbständigerwerbende Steuerpflichtige 500 Fr. vom reinen Einkommen abziehen können, sofern das Einkommen belegt wird. Da sich bei den Abzügen vom Roh- oder vom reinen Einkommen – im Gegensatz zu jenen vom Steuerbetrag – die Progression auswirkt, führte diese Änderung zu einem recht spürbaren Ertragsausfall für den Fiskus (1953 annähernd 1 Mio. Fr.). So sehr das System der Sozialabzüge in Verbindung mit der Progression als Mittel der Steuergerechtigkeit und des Einkommensausgleichs zu begrüessen ist – erhöhte Sozialabzüge sind, vom Standpunkt der Sozialpolitik aus betrachtet, jedenfalls der generellen Reduktion der Steueransätze vorzuziehen –, kann man sich fragen, ob der «Lohnausweis-Abzug» für Unselbständigerwerbende unbedingt angebracht ist – auch wenn er in den Steuergesetzen anderer Kantone immer mehr Eingang findet. Er wurde offenbar aus der Überlegung heraus geschaffen, der Unselbständigerwerbende, der den Steu-

¹⁾ Minderheiten in der LRK schlugen 12½% bzw. 16% vor.

²⁾ Die AHV-Prämien können unabhängig vom Versicherungsabzug vom Einkommen abgerechnet werden.

erbehörden sein Einkommen bis auf den letzten Franken und Rappen belegen muss, sei dem Selbständigerwerbenden gegenüber benachteiligt, dessen Angaben in den meisten Fällen nicht genau überprüft werden können und der Abzüge vom Einkommen vornehmen kann, die ganz oder teilweise dem privaten Lebensaufwand dienen. Schliesst aber nicht die Belohnung der gezwungenermassen «ehrlichen» Steuererklärung des Unselbständigerwerbenden mit einem Abzug von 500 Fr. eo ipso eine «Bestrafung» des freiwillig ehrlich versteuernden Selbständigerwerbenden in sich? Oder mit anderen Worten: Der Fiskus und der Gesetzgeber nehmen a priori an, dass der Selbständigerwerbende seine Einnahmen nicht voll versteuert oder zu hohe Abzüge vornimmt, und sie bestrafen ihn dafür, selbst wenn die Annahme nicht zutrifft, mit einem indirekten Zuschlag auf dem steuerbaren Einkommen von 500 Fr.!

Die erhöhten Sozialabzüge führten dazu, dass *mit wenigen Ausnahmen sämtliche Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen von bis zu 45 000 bis 60 000 Fr. durch das neue Steuergesetz entlastet wurden.*¹⁾

Die Sozialabzüge wirken sich (berechnet auf der Steuerstatistik von 1949) wie folgt auf das steuerbare Einkommen aus²⁾ (in Mio. Fr.):

	Abzüge gemäss 1946 revidiertem StG 1928 (in Mio. Fr.)	Gemäss Entwurf von LRK und Gesetz (in Mio. Fr.)
Kinderabzüge	10,55	13,23
Versicherungsabzüge	7,97	13,73
Abzüge für Lohnausweis	—	22,86
Familienabzüge	—	13,38
Erhöhung der Erwerbskostenabzüge	—	1,53
Total der Abzüge	18,52	64,73
Steuerbares Einkommen (1949)	305,39	259,18

Die Erhöhung der Sozialabzüge verursachte 1953 einen Steuerausfall von rund 2 Mio. Fr.

An den Vorschlägen des RR zur *Vermögenssteuer* natürlicher Personen nahmen LRK und LR wenig Änderungen vor: Die Progression wurde von 1,8 Mio. Fr. (Ansatz = 3,9‰) auf 1,9 Mio. Fr. Vermögen ausgedehnt und der Maximalsteuersatz auf 4,0‰ (wie nach altem Steuergesetz ab 500 001 Fr. Vermögen) erhöht (§ 40). Auch hier wurde die Härtefreie durch eine *Stufenskala* ersetzt, wobei jeweilen bei Vermögensdifferenzen von 1000 Fr. eine Erhöhung des Ansatzes um 0,01‰ bis 0,001‰ eintritt. Die Freigrenze für landwirtschaftliche und gewerbliche Maschinen, Geräte und Werkzeuge wurde gegenüber dem RR-Entwurf von 8000 Fr. auf 10 000 Fr. (bisher 5000 Fr.) und für den Hausrat (bisher unbegrenzt) von 25 000 Fr. auf 30 000 Fr. heraufgesetzt (§ 38).

Die Besteuerung der *Kapitalgesellschaften* wurde im wesentlichen nach den Anträgen des RR beschlossen; für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurde neu ein Abzug von 2000 Fr. vom steuerbaren Reingewinn gewährt (§ 42, III).

Im Gegensatz zum RR beschlossen LRK und LR die Rückvergütungen und Rabatte der *Selbsthilfegenossenschaften* als Ertrag zu besteuern, freilich nur den 6% übersteigenden Teil (§ 48). Der Reinertrag wird nach den jeweils für die Einkommenssteuer der natürlichen Personen geltenden Ansätzen besteuert, doch werden nur 75% der sich daraus ergebenden Steuer erhoben (§ 49). Der Maximalsteuerfuss stieg damit ab einem

¹⁾ Bericht der LRK, S. 10.
²⁾ Vgl. die Tabellen in den Beilagen zur Abstimmungsvorlage.

Reinertrag von 75 000 Fr. auf 9,75% (RR-Entwurf ab 30 000 Fr. 9%). Der bisherige Höchstansatz von 5% ab Erträgen von 17 000 Fr. tritt nun erst bei 23 400 Fr. ein. Von der Steuererhöhung wurden nur wenige grosse Genossenschaften betroffen; die kleinen Unternehmen werden weniger als früher besteuert.

An der vom RR neu vorgeschlagenen Besteuerung der *Kantonalbank* hielt auch die LRK fest; im Ratsplenum wurde jedoch die Idee fallengelassen und dem staatlichen Bankinstitut weiterhin Steuerfreiheit gewährt.

Neu stipuliert wurde eine Ermässigung der Vermögenssteuer der *Bürgergemeinden* (§ 51, IV). Die Einkommens-Steueransätze sind gleich wie bei den natürlichen Personen; das Maximum ist jedoch auf 9% beschränkt.

Die Bestimmungen der *Grundstückgewinnsteuer* wurden teilweise sowohl formell wie materiell geändert. Auf die Mitberücksichtigung des Gesamteinkommens bei der Steuerbemessung wurde verzichtet und ein Steuersatz geschaffen, der aus einer fixen Komponente von 3% und einem variablen, nach der Gewinnhöhe abgestuften Zuschlag von maximal 17% (bei Gewinnen von 50 000 Fr. an) besteht (§ 60, I, II). Bei kurzfristigem Besitz von bis zu 5 Jahren werden Zuschläge von 20 bis 5% erhoben (§ 60, III). «Damit wird die Grundstücksspekulation, der mit dieser Bestimmung begegnet werden soll, stärker besteuert»¹.) Durch diese Zuschläge beträgt der Steuersatz 3% bis maximal 25% (RR-Entwurf 5% bis 25%). Die Zuschläge für kurze Besitzesdauer waren bisher wesentlich höher (100% bei unter 2-jährigem und 50% bei 2- bis 10-jährigem Besitz). «Die Abschwächung der Besitzesdauerzuschläge findet ihre Begründung darin, dass die Tendenz zum Zurückhalten von Bauland ungesund ist und deshalb nicht durch steuerliche Bestimmungen übermässig gefördert werden sollte»²).

«Trotz allen Bedenken, die etwa gegen die Einführung einer Grundsteuer oder Objektsteuer laut wurden»³), traten LRK und LR für deren Schaffung ein. Die basellandschaftlichen öffentlich-rechtlichen Körperschaften wurden ganz davon befreit (§ 55, III) – der RR hatte die Ansätze auf $\frac{1}{5}$ reduziert –, bei den natürlichen Personen erhöhte man den steuerfreien Katasterwert von 30 000 Fr. auf 50 000 Fr. (§ 55, II). Zu einer wesentlichen Reduktion der Ansätze des RR-Entwurfes führte die Bestimmung, dass nur der 50 000 Fr. *übersteigende* Teil des Grundeigentums versteuert werden muss. Bereits die LRK hatte sich auf eine Reduktion der Steuer geeinigt, die Grenze jedoch auf 30 000 Fr. festgesetzt. Die Heraufsetzung und die Bestimmung, dass nur der die genannte Grenze übersteigende Teil des Vermögens besteuert wird, führten für den kleineren und mittleren Grundbesitz zu einer wesentlichen Herabsetzung der Steuer, wie die nachstehende Tab. 105 (S. 44) zeigt:

Die Reduktion der Vermögenssteuer ist für Katasterwerte bis rund 165 000 Fr. grösser als die neue Grundsteuer; erst von dieser Vermögensgrenze an ergibt sich eine Mehrbelastung durch die neue Steuer. Bodenkataster von mehr als 50 000 Fr. bei natürlichen Personen waren bei der Ausarbeitung des Steuergesetzes in Baselland nicht sehr häufig.

Mit dem Vorschlag des RR, den durch das verfassungsmässige Verbot der Gemeindesteuerprogression erschwerten *Finanzausgleich* durch die Bildung eines Finanzausgleichsfonds zu lösen, gingen LRK und LR nicht einig. Der von der KEK gewiesene Weg – allerdings unter der Voraussetzung einer progressiven Gemeindesteuer – wurde von der LRK wegen des Verbots der Gemeindesteuerprogression als nicht begehbar, der Vorschlag des RR als unbefriedigend bezeichnet. Die Kommission anerkannte freilich, «dass ohne Gemeindesteuerprogression eine befriedigende Lösung gar nicht möglich

¹) Bericht der LRK, S. 34.

²) Referentenführer zur Steuergesetzvorlage von 1952, S. 21.

³) Bericht der LRK, S. 32.

Tabelle 105
Die Grundsteuer

Katasterwert (in Fr.)	Das Steuerbetreffnis (in Fr.) beträgt für natürliche Personen			juristische Personen gemäss Vorschlägen des RR und der land- rätlichen Kommission sowie des Gesetzes	Immobilien- gesellschaften ^{a)} gemäss Gesetz
	gemäss Vorschlag des Regierungsrates	gemäss Vorschlag der landrätlichen Kommission	gemäss Gesetz		
10 000	—	—	—	20	80
20 000	—	—	—	40	160
30 001	9	—	—	60	240
40 000	16	1	—	80	320
50 000	25	4	—	100	400
70 000	49	16	4	140	560
100 000	100	49	25	200	800
200 000	400	289	300	400	1 600
500 000	2 500	2 209	2 025	2 500	4 000
1 000 000	8 000	7 760	7 600	8 000	8 000
2 000 000	16 000	15 760	15 600	16 000	16 000

a) «Besteht der Hauptzweck in der Verwaltung von Grund und Boden, so beträgt die Grundsteuer einheitlich 8 Promille» (Steuergesetz § 55, IV).

ist »¹⁾. Ihre Opposition gegen die Bildung eines Finanzausgleichsfonds begründete sie damit, die «jährlich zur Verfügung stehenden Mittel sollen auch jährlich voll an die Gemeinden verteilt werden»²⁾. Der LR beschloss in der Folge gemäss den Anträgen der Kommission, «einfach 5% des gesamten Staatssteuerertrages den finanzschwachen Gemeinden zuzuweisen»³⁾. Der den Gemeinden zukommende Betrag wurde damit nicht unwesentlich erhöht: Der 5-prozentige Anteil wurde auf rund 0,65 Mio. Fr. veranschlagt⁴⁾, während der RR mit einem jährlichen Beitrag an den Finanzausgleichsfonds von 0,40 Mio. Fr. gerechnet hatte. Der Gemeindeanteil erhöhte sich in der Folge auf 2,18 Mio. Fr. (1961). Dazu kommen, in Übereinstimmung mit den Anträgen des RR, die hälftigen Anteile der Gemeinden an den Immobiliensteuern, gemäss Voranschlag der LRK zirka 0,45 Mio. Fr.⁴⁾ (Rechnung 1961 = 14,59 Mio. Fr.!). Die Anteile der Gemeinden an den Immobiliensteuern werden auf Grund des Aufbringens verteilt, jene an den Staatssteuern «in progressiver Weise an diejenigen Gemeinden, die eine überdurchschnittliche Steuerbelastung aufweisen. Es soll überdies auf die Steuerkraft Rücksicht genommen werden» (§ 138, II). Durch diese Berücksichtigung der finanzschwachen Gemeinden erfolgt indirekt ein Finanzausgleich zwischen den Gemeinden selbst. (vgl. S. —). Der Vorschlag des RR, die finanzstarken Gemeinden mit Beiträgen zugunsten des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden heranzuziehen, lehnte die LRK ab, unter anderem mit der Begründung, die Beitragskala sei nicht härtefrei.

Die mit dem Steuergesetz geschaffene erhöhte Beteiligung der Gemeinden an den Steuererträgen des Staates – die Gemeinden erhielten bereits 1951 und 1952 Anteile von durchschnittlich je 0,767 Mio. Fr. von der Zuschlagssteuer – kann nur als eine *Teillösung* des heiklen Finanzausgleichsproblems betrachtet werden. Sie berücksich-

¹⁾ Bericht der LRK, S. 13f.

²⁾ Bericht der LRK, S. 14.

³⁾ Bericht der LRK, S. 14 und § 138, I StG.

⁴⁾ Auf Grund der Steuerstatistik 1949 (Bericht der LRK, S. 10).

tigt gezwungenermassen nur den Einnahmeausgleich, und hier wiederum wird der Ausgleich nicht durch eine Neuverteilung der Einnahmequellen vorgenommen, sondern nur durch die Beteiligung der Gemeinden an solchen des Staates. Das mag rechnerisch auf dasselbe herauskommen, staatspolitisch besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied. Die nicht minder wichtige Frage des *Lastenausgleichs* bleibt durch den im Steuergesetz gefundenen Lösungsversuch ohnehin offen.

Von den weiteren Neuerungen des StG sei erwähnt, dass im Unterschied zur Regelung im StG von 1928 die *Katasterschätzung* in keinem Fall mehr ausschliesslich auf dem Verkehrswert basiert, wenn der Ertragswert davon abweicht. Massgebend ist ein zwischen diesen beiden Werten liegender Mittelwert oder dann der reine Ertragswert. Die Bewertung zu einem Mittelwert hatte freilich nur in wenigen Fällen einen Rückgang der Katasterschätzung zur Folge, da in den meisten Gemeinden seit der letzten Katasterschätzung (1938) eine derart starke Erhöhung der Bodenpreise eingetreten ist, dass sich trotz der Mitherücksichtigung des Ertragswerts in der Regel höhere Steuerwerte ergaben. Im Gegensatz zur früheren Regelung, bei der eine 9-jährige Schätzungsperiode vorgeschrieben war – die freilich nach 1938 nicht mehr eingehalten wurde –, ist im neuen Steuergesetz keine periodisch wiederkehrende Katasterschätzung vorgesehen. Eine Schätzung bleibt künftighin solange in Kraft, bis der LR eine allgemeine Neuschätzung beschliesst (§ 92, III).

Mit dem Volksentscheid vom 5. Okt. 1952 erhielt der Kanton Baselland ein *modernes und in sozialer Hinsicht sehr fortschrittliches Gesetz*, das – wie noch gezeigt werden soll (vgl. S. 92 ff.) – auch den Bedürfnissen des Fiskus weitgehend Rechnung trägt. Zu begrüssen sind insbesondere die Verlegung des Hauptgewichts bei der Einkommenssteuer auf die Sozialabzüge, der variable Steuerfuss, die Index-Klausel, die klare Systematik und die weitgehende Anpassung an das Wehrsteuerrecht. Was die letztere betrifft, besteht der Hauptunterschied in der *Bemessungsperiode*: Der Bund bemisst die Steuer nach dem durchschnittlichen Einkommen der beiden Vorjahre; der Kanton Baselland hat am bisherigen Modus festgehalten und stellt bei einer zweijährigen Veranlagungsperiode jeweils auf das vorangegangene Jahr ab (§ 67, I). Ein gewisses Korrektiv wird durch die Pflicht zu Zwischentaxation bei erheblichen Einkommens- und Vermögensveränderungen (§ 68, II) geschaffen.

7. Die Steuergesetz-Revision von 1953

Bereits wenige Monate nach Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes von 1952 nahm der LR eine erste Revision vor, die in der Volksabstimmung vom 30. Aug. 1953 mit 6653 Ja gegen 3754 Nein gutgeheissen wurde¹⁾. Durch eine Ergänzung des Gesetzes erhalten auch die Pensionierten den für die Unselbständigerwerbenden vorgesehenen Pauschalabzug von 500 Fr. Ferner kommen sämtliche über 65 Jahre alten sowie die verwitweten Steuerzahler in den Genuss dieses Abzuges. Das Gesetz trat rückwirkend auf den 1. Januar 1953 in Kraft.

8. Die Steuergesetz-Revision von 1956

Das neue StG von 1952, mit der 1953 beschlossenen Ergänzung und der Vollziehungsverordnung von 1953²⁾, blieb nicht lange Zeit unverändert in Kraft. Neue *Revisionsbegehren* wurden laut. Eine erste, am 19. Febr. 1953 von der Sozialdemokrati-

¹⁾ G. betr. die Ergänzung von § 24, Abs. 1 des kantonalen Steuergesetzes vom 7. Juli 1952, vom 22. Juni 1953, GS 20, S. 637.

²⁾ VVO zum G. über die kantonalen Steuern, vom 22. Jan. 1953, GS 20, S. 552 ff.

schen Partei eingereichte Initiative «zur Erreichung einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten bei der Einkommenssteuer» – die Folge der im LR abgelehnten Postulate der sozialdemokratischen Fraktion – wurde durch LRB vom 13. Sept. 1954 wegen ihres widersprüchlichen Inhalts als *ungültig* erklärt.¹⁾

Ein zweites von der Sozialdemokratischen Partei am 17. Febr. 1955 unter dem gleichen Titel eingereichtes Volksbegehren führte zum *Gesetz vom 27. Sept. 1956 über die Abänderung von § 28 des Gesetzes über die kantonalen Steuern*, vom 7. Juli 1952²⁾. Die Initiative von 1955 forderte eine Herabsetzung des Steuersatzes für die Einkommenssteuer für Einkommen bis zu 22 500 Fr. und eine Heraufsetzung der Ansätze für die 22 500 Fr. übersteigenden Einkommen bis zu einem Maximalsteuereffuss von 16% (ab 90 000 Fr. Einkommen) gegenüber bisher 13% (ab 75 000 Fr. steuerbarem Einkommen).

Der RR führte in seinem Bericht zu Initiative³⁾ aus, «Bedenken erwecke der Umstand, dass die Steuersenkung verbunden ist mit einer massiven Steuererhöhung für eine kleine Minderheit der Mitbürger. . . in einem Zeitpunkt, da der grossen Mehrheit ein Steuerabbau zugebilligt würde. Ein solcher Widerspruch nähme der vorgeschlagenen neuen Steuerordnung das Merkmal der Gerechtigkeit.» (S.2). In einer Betrachtung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben stellte der Regierungsrat abschliessend fest: «Alles in allem dürfen wir so auch auf der Ausgabenseite mit einer Entwicklung rechnen, die zwar gleichfalls nach oben zielt, aber bei einer massvollen Ausgabenpolitik doch keine Überraschungen zeigt und mit gutem Willen und gewissenhafter Prüfung aller neuen Ausgabenwünsche der Entwicklung der Einnahmen sollte angepasst werden können. . . Unter dieser Voraussetzung halten wir auch das Begehren nach Steuerabbau für berechtigt» (S.9) «Wir glauben, dass es auch Pflicht des RR und LR sei, bei der Finanzpolitik, d.h. im Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen daran zu denken, dass der Steuerzahler sollte etwas entlastet werden können» (S.10).

In Ablehnung eines linearen oder eines Steuerabbaus nach dem Inhalt der Initiative (Korrektur der Einkommens-Steuerskala) schlug der RR ein *Rabattsystem* vor, das auch die Vermögenssteuer erfasste und «ebenfalls sozial betont ist, aber doch allen Steuerpflichtigen. . . bis zu einem Netto-Einkommen von Fr. 100 000.– eine grössere oder kleinere Erleichterung gewährt» (S.11). Der Vorschlag lautete auf einen Rabatt von 30% für die ersten 150 Fr. des Steuerbetrreffnisses, von 20% für die folgenden 150 Fr., von 10% für die folgenden 300 Fr. und von 5% für den Rest des Steuerbetrreffnisses. Nach dieser überschüssenden Degression wäre dem Staat ein Einnahmeausfall von rund 1,85 Mio. Fr. (Einkommenssteuerausfall 1,64 Mio. Fr., Vermögenssteuerausfall 0,21 Mio. Fr.), nach der SP-Initiative ein solcher von netto 0,55 Mio. Fr. (+0,95 Mio. Fr. – 1,50 Mio. Fr.) erwachsen.

Den zweiten Teil der Initiative (Erhöhung der Steueransätze bis 16%) lehnte der RR ab, schlug jedoch vor, auf den seinerzeitigen Kompromissantrag der landrätlichen Steuergesetzkommission bei der Beratung des Steuergesetzes von 1952 zurückzukommen und die Progressionskurve ab Einkommen von 75 000 Fr. weiter ansteigen zu lassen bis auf 14% bei 108 000 Fr. steuerbarem Einkommen. Steuerbare Einkommen ab rund 100 400 Fr. wären nach dem Gegenentwurf des RR zur Initiative trotz des Steuerabbaus infolge Erhöhung des Maximalsteuereffusses um 1%, stärker belastet worden als bisher⁴⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu: Bericht des RR vom 29. Sept. 1953, enthaltend das Rechtsgutachten von Prof. H. Huber vom 26. Aug. 1953, den Bericht des RR vom 15. Jan. 1954, enthaltend des Ergänzungsgutachten von Prof. H. Huber, den Bericht der landrätlichen Kommission vom 17. Juni 1954 und das Protokoll der LR-Sitzung vom 13. Sept. 1954.

²⁾ GS 21, S. 129ff.

³⁾ Vgl. Bericht des RR vom 7. Febr. 1956.

⁴⁾ Bei einem steuerbaren Einkommen von 200 000 Fr. hätte sich der Steuersatz um 0,2625% erhöht, d.h. 13,2625% statt wie bisher 13,0000% betragen, bei 300 000 Fr. Einkommen 13,4125% usw.

Der RR schlug rückwirkende Inkraftsetzung des Steuerrabatt-Gesetzes auf den 1. Jan. 1956 vor, «in der bestimmten Erwartung, dass der LR bei neuen Motionen und Ausgabenbeschlüssen Mass halte und dem Staatshaushalt nicht mehr zumute, als er tragen kann» (S. 15).

Die landrätliche Gesetzeskommission¹⁾ und der LR schlossen sich dem regierungsrätlichen Vorschlag nicht an, sondern suchten durch eine Revision der Einkommenssteuer-Ansätze die Ziele der Initiative und des regierungsrätlichen Gegenentwurfes in der bestehenden Gesetzesform zu vereinigen. § 28 des Steuergesetzes wurde neu festgelegt, so dass für die steuerbaren Einkommen bis 7500 Fr. eine Entlastung um $33\frac{1}{3}\%$, für Einkommen bis 10 000 Fr. um mindestens 25%, für Einkommen von 20 000 Fr. um 12,5% usw. resultierte. Gleichzeitig wurde die Höchstgrenze der Progressionsskala in der Vertikalen belassen (13%), jedoch in der Horizontalen von 75 000 Fr. auf 96 600 Fr. Einkommen verschoben, so dass sämtliche steuerbaren Einkommen bis zu 96 600 Fr. in den Genuss des Steuerabbaus kamen. Für Einkommen bis 14 500 Fr. stimmt der Abbau mit dem in der SP-Initiative geforderten zahlenmässig überein. Der jährliche Einnahmeausfall wurde auf 2,1 Mio. Fr. (davon 0,1 Mio. Fr. Gemeindeanteil) errechnet. In der Volksabstimmung vom 25. Nov. 1956 hiess der Souverän die von keiner Seite öffentlich bestrittene Vorlage mit 14 799 Ja gegen 2409 Nein gut.

Das Gesetz trat formell auf den 1. Jan. 1957, materiell jedoch bereits auf den 1. Jan. 1956 in Kraft. Es wurde nämlich die Bestimmung beigefügt (§ 2), dass die Ansätze des revidierten § 28 des Steuergesetzes rückwirkend auf den 1. Jan. 1956 in Kraft treten, wenn für natürliche Personen die Einkommenssteuer auf Grund der neuen Steuerskala gegenüber dem bestehenden Gesetz weitergehende Ermässigungen bringe als der LRB vom 16. Feb. 1956, als pro 1956 der Steueransatz von 100 auf 95% reduziert worden war. Da bis zu steuerbaren Einkommen von 75 000 Fr. die durch die Gesetzesrevision geschaffene Steuerreduktion grösser ist als die durch die 5-prozentige Herabsetzung des Steuersatzes von 100 auf 95% verursachte, trat das Gesetz für mehr als 99% der Steuerzahler materiell rückwirkend in Kraft.

*

Gegen einen generellen Steuerabbau vorgebrachte Argumente blieben ungehört. Da gleichzeitig auch der Bund und der Kanton Basel-Stadt die direkten Steuern verminderten, war ein analoger Schritt im Kanton Baselland «politisch unvermeidlich» – unvermeidlich nicht zuletzt deshalb, weil sich selbst der RR positiv dazu stellte, teils allerdings mit recht fragwürdigen Argumenten. So wurde angeführt, auch die Steuerzahler hätten ein Anrecht darauf, «von der Hochkonjunktur der Wirtschaft und daher auch der Steuereingänge neben dem Fiskus ebenfalls zu profitieren»²⁾. Am ehesten stichhaltig war die Begründung, die weitere inflationistische Entwicklung habe namentlich für die unteren und mittleren Einkommen wegen der Progression automatisch zu einer stärkeren steuerlichen Realbelastung geführt. In der Zeitspanne von der Ausarbeitung des Steuergesetzes von 1952 (Abschluss Sommer 1952) bis zur Legiferierung des Steuerabbaus 1956 (Sommer 1956) stieg der Index der Lebenshaltungskosten (1939 = 100) von 171 auf 176 Punkte oder um 3%. Dies führte – entsprechender Teuerungsausgleich vorausgesetzt – je nach Höhe der Sozialabzüge für Brutto-Einkommen von 5000 bis 20 000 Fr. zu einer Steuererhöhung von 5% bis 8%. Der in der Folge vorgenommene Abbau ging aber mit seiner Reduktion von $33\frac{1}{3}\%$ bis $12\frac{1}{2}\%$ (für steuerbare Einkommen bis 20 000 Fr.) wesentlich über dieses Mass hinaus.

Durch den Verzicht auf einen proportionalen (linearen) Steuerabbau führte die Gesetzesrevision zu einer *relativen Verschärfung der Progressionskala* und damit einer Ver-

¹⁾ Vgl. Bericht der LR-Kommission vom 13. Sept. 1956.

²⁾ Bericht des RR vom 7. Febr. 1956, S. 9.

schiebung des Schwerpunktes in der steuerlichen Lastenverteilung in Richtung der höheren Einkommen. Mit anderen Worten: Die *primär* finanzwirtschaftliche Funktion der Steuern (dem Staat die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben einzubringen) verlor an Bedeutung, denn der Einkommens-Steuerertrag verminderte sich durch die neuen Ansätze um etwa 15%. Umgekehrt gewann die *sekundär* sozialpolitische und redistributive Funktion (die Aufgabe der Steuern als Mittel der Einkommensverteilung) an Gewicht, denn die steuerbaren Einkommen von bis zu 96 600 Fr. wurden *progressiv* entlastet. Erstmals in der Steuergeschichte des Staates wurde eine Verschärfung der Progression durchgeführt, die nicht wie bisher finanzwirtschaftlich – nämlich mit dem steigenden Finanzbedarf – begründet wurde, sondern vorwiegend sozialpolitisch.

Konjunkturpolitisch war die Massnahme bedenklich, weil sie in einer Zeitspanne des Wirtschaftsaufschwungs getroffen wurde, vom Standpunkt des Finanzhaushaltes auch deshalb, weil sie just in einem Zeitpunkt erfolgte, da der Staat Baselland erstmals in seiner nun 125jährigen Geschichte *fremde Mittel* zu Verwaltungszwecken in Anspruch nehmen musste¹⁾. Die Reduktion der Einkommenssteuern bedeutet für den Einzelnen eine Kaufkrafterhöhung und trägt damit – werden die frei werdenden Einkommensanteile nicht gespart – weiter zum Konjunkturaufschwung bei. Mit der Inanspruchnahme von Kredit durch den Staat werden die Steuerzahler für eine bestimmte Ausgabe (in unserem Fall für Spitalbau und Strassenbauten) in der Gegenwart nicht belastet, dafür müssen sie in der Zukunft für Verzinsung und allfällige Tilgung aufkommen. Kredit bewirkt somit in der Belastung der Steuerzahler eine zeitliche Verschiebung. Ob aber eine solche in Zeiten der Hochkonjunktur, in der das Steuern zahlen relativ «leicht» fällt, finanzpolitisch klug ist, mag füglich bezweifelt werden. Auch ohne Steuerabbau hätte sich die Inanspruchnahme von Fremdgeldern nicht erübrigt, deren Höhe und die Amortisationsfrist hätten sich jedoch vermindern lassen.

Nun war aber der Steuerabbau von 1956 – wir sahen es schon – weniger eine finanzwirtschaftliche denn eine *sozialpolitische* Massnahme. Inwieweit Steuerreduktionen «sozial» gerechtfertigt sind, ist Ermessenssache. Jedenfalls waren die Progression und die Sozialabzüge schon zuvor derart bemessen, dass keinesfalls unter dem Existenzminimum besteuert wurde. Die Staatssteuer war für die überwiegende Mehrheit der Bezüger von kleinen und mittleren Einkommen durchaus tragbar, und eine fiskalische Überbelastung traf weder finanzwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich zu. Der sozialpolitischen Forderung gerechter als die generelle Herabsetzung der Steueransätze wäre die *Erhöhung der Sozialabzüge*, insbesondere der Kinderabzüge geworden. Dann hätten wirklich diejenigen Steuerzahler, für die trotz allgemeinem Wohlstand auch bei sparsamem Haushalten die Einkommenssteuer eine spürbare Ausgabe bedeutet, eine auch in Zeiten der Hochkonjunktur gerechtfertigte Entlastung erfahren. Mit der *generellen* Steuerreduktion hingegen wurden auch alle jene Steuerzahler bedacht, bei denen eine Ermässigung schwerlich mit «sozialen» Erwägungen zu begründen ist. Durch eine Erhöhung des Abzugs für Versicherungen und Sparrücklagen hätte zudem eine auch konjunkturpolitisch konforme Massnahme getroffen werden können.

9. Die Steuergesetz-Revision von 1960

Kurze Zeit nach dem der Bericht des RR zur Steuer-Initiative der Sozialdemokratischen Partei erschienen war, veröffentlichte der RR am 2. März 1956 einen neuen Bericht, der sich mit der Revision des Steuergesetzes befasst²⁾. Diese dritte Revision

¹⁾ Die Auflage einer ersten Anleihe von 15 Mio. Fr. erfolgte im Oktober 1957 zu $4\frac{1}{4}\%$.

²⁾ Bericht des RR zu den sechs Motionen Dr. van Baerle, Dr. Lejeune, Dr. Mann, Dr. Meier, G. Scholer und Jos. Tschopp zum Staatssteuergesetz von 1952, vom 2. März 1956.

wurde freilich erst 1960 parlamentarisch zu Ende beraten, nachdem eine LRK in zwei Berichten dazu Stellung genommen hatte¹⁾. Sie führte zum *Gesetz vom 4. November 1960 betr. die Abänderung des Gesetzes über die kantonalen Steuern vom 7. Juli 1952*²⁾.

Ziele der durch die erwähnten Motionen im Landrat sowie durch Vorschläge der kantonalen Steuerverwaltung veranlassten Revision «waren vor allem eine Anpassung an neue Verhältnisse, besonders auf dem Liegenschaftsmarkt und *Erleichterungen für den Steuerpflichtigen* in den Ansätzen und im Verfahren»³⁾.

Im gesamten wurden 24 der 146 Paragraphen des Steuergesetzes von 1952 abgeändert oder ergänzt. Die meisten Punkte betreffen steuerrechtliche Fragen, die den Staatshaushalt nur am Rande berühren. Im Sinne einer weiteren redistributiven Wirkung der Einkommenssteuer wurden der *Kinderabzug* von 500 Fr. auf 700 Fr. erhöht und das *steuerfreie Einkommensminimum* von 1500 Fr. auf 2000 Fr. heraufgesetzt: Beträgt das Einkommen nach sämtlichen Abzügen weniger als 2000 Fr., so wird keine Einkommenssteuer mehr erhoben. In einer Revision des § 46 kehrte der Staat zum früheren *Holding-Privileg* zurück: Der mit dem Steuergesetz von 1952 bewirkte «Wegzug der Holdinggesellschaften, die ihrem Wesen nach Staat und Gemeinden in keiner Weise belastet haben, brachte dem Kanton schätzungsweise nach dem Stand von 1852 einen Ausfall von jährlich ca. Fr. 80 000.— inkl. Wehrsteueranteil, den Gemeinden zusammen einen solchen von ca. Fr. 50 000.— inkl. Wehrsteueranteil⁴⁾. Dazu kommt noch der variierende, nicht unbedeutende Anteil an den Stempel- und Couponsteuern»⁵⁾.

Heraufgesetzt hingegen wurden die Ansätze der *Grundstückgewinnsteuer*: Die Zuschläge für *kurze Besitzesdauer* wurden erhöht auf 100% für eine Besitzesdauer von weniger als einem halben Jahr (bisher 25%), auf 50% (bisher 25%) bei einer Besitzesdauer von mehr als einem halben, jedoch weniger als einem Jahr, und auf 25% (bisher 20%) bei einer Besitzesdauer von ein bis zwei Jahren (§ 60, Abs. 3). Andere Revisionspunkte befassten sich ebenfalls mit den mannigfachen Problemen, die durch die rapide Preissteigerung von Land und von Wertschriften sowie durch die starke Bautätigkeit (Bewertung des landwirtschaftlichen Bodens!) in den letzten Jahren aufgeworfen worden sind.

Das Gesetz wurde in der Volksabstimmung vom 18. Dezember 1960 mit 7826 gegen 2148 Stimmen gutgeheissen und auf den 1. Januar 1961 hin in Kraft gesetzt.

10. Die reale Steuerbelastung 1924–1956

Die im Laufe unserer Untersuchungsperiode eingetretenen Veränderungen der realen Staatssteuerbelastung des Bruttoeinkommens einer natürlichen Person, wie sie zum einen durch die verschiedenen Steuergesetzrevisionen gewollt, zum anderen durch die Geldwertschwankungen ungewollt verursacht worden sind, seien nachstehend anhand von 6 verschiedenen Einkommen (A bis F) und 12 typischen Stichjahren dargestellt. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, jedes dieser 6 verschiedenen Brutto-Einkommen habe sich analog der Entwicklung der Lebenshaltungskosten verändert. Dieser Teuerungsausgleich der 6 Brutto-Einkommen ergibt folgendes Bild:

¹⁾ vgl. deren Berichte vom 13. Mai 1960 und vom 21. Oktober 1960.

²⁾ GS 21, S. 661 ff.

³⁾ Erläuterungen des RR zur Abstimmungsvorlage vom 18. Dezember 1960, S. I.

⁴⁾ vgl. Anmerkung 1 S. 87.

⁵⁾ Bericht des RR vom 2. März 1956, S. 18 f.

Tabelle 106
Teuerungsausgleich gemäss Index der Lebenshaltungskosten

Jahr	Index der LHK (1914 = 100a))	Einkommen					
		A	B	C	D	E	F
1924	169	1 500	4 500	7 500	15 000	30 000	100 000
1929	161	1 429	4 287	7 145	14 290	28 580	95 266
1930	158	1 402	4 207	7 012	14 024	28 047	93 491
1937 } 1938 }	137	1 216	3 648	6 080	12 160	24 320	81 065
1945	209	1 855	5 565	9 275	18 550	37 101	123 669
1946	208	1 846	5 538	9 231	18 462	36 923	123 077
1948	224	1 988	5 965	9 941	19 882	39 763	132 544
1951	230	2 041	6 124	10 207	20 414	40 828	136 095
1953	234	2 077	6 231	10 385	20 769	41 538	138 462
1956	242	2 148	6 444	10 740	21 479	42 959	143 195
1961	258	2 290	6 870	11 450	22 900	45 800	152 660

a) Der Index der Lebenshaltungskosten auf der Basis 1914 = 100 wird seit 1950 nicht mehr ermittelt. Die Werte für die Jahre nach 1948 in Tab. 106 sind durch Umrechnung des Index 1939 = 100 gewonnen.

Während unserer Untersuchungsperiode standen folgende, die Besteuerung der Einkommen natürlicher Personen betreffende Steuergesetze und -ergänzungsgesetze in Kraft:

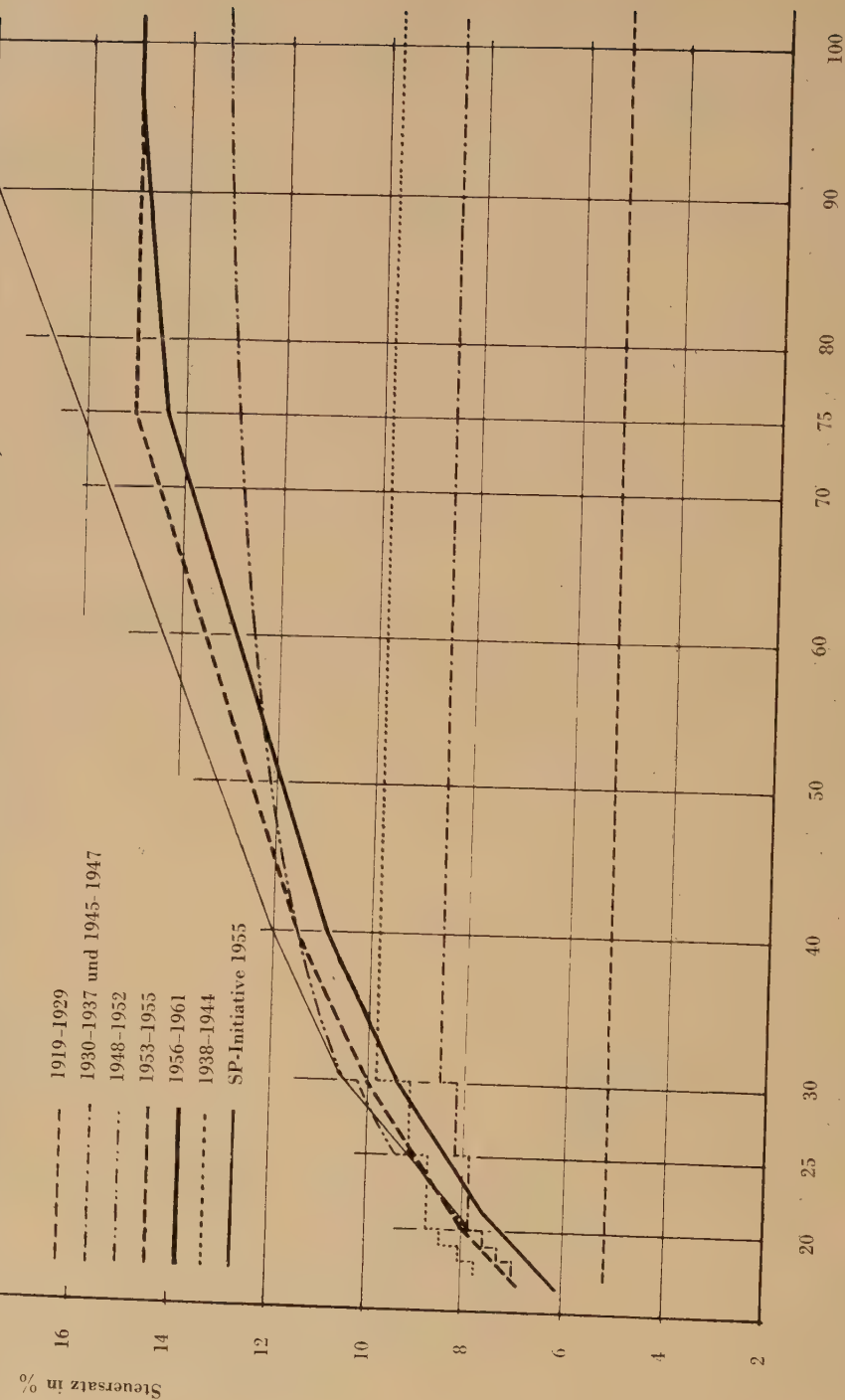
– Übergangsbestimmungen der Kantonsverfassung von 1892	1893–1929
– Zuschlagsteuergesetz 1919	1919–1922
– 1. Verlängerung desselben 1922	1923–1925
– 2. Verlängerung desselben 1925	1926–1929
– Steuergesetz 1928	1930–1952
– Krisenopfer-Gesetz 1938	1938–1944
– 1. Revision des Steuergesetzes 1943	1943–1945
– 2. Revision des Steuergesetzes 1946	1946–1952
– Zuschlagsteuergesetz 1948	1948–1950
– Verlängerung desselben 1951	1951–1952
– Steuererleichterungs-Gesetz 1951	1950–1952
– Steuergesetz 1952	seit 1953
– 1. Revision desselben 1953	seit 1953
– 2. Revision desselben 1956	seit 1956
– 3. Revision desselben 1960	seit 1961

Unveränderte Steueransätze ergaben sich in den folgenden Zeitabschnitten:

1919–1929	gemäss KV 1892 und Zuschlagsteuer 1919
1930–1937 und 1945–1947	gemäss Steuergesetz 1928
1938–1944	gemäss Steuergesetz 1928 und Krisenopfer-Gesetz 1938
1948–1949	gemäss Steuergesetz 1928 und Zuschlagsteuergesetz 1948
1950–1952	gemäss Steuergesetz 1928, Zuschlagsteuergesetz 1948 und Steuererleichterungs-Gesetz 1951

Graphik A

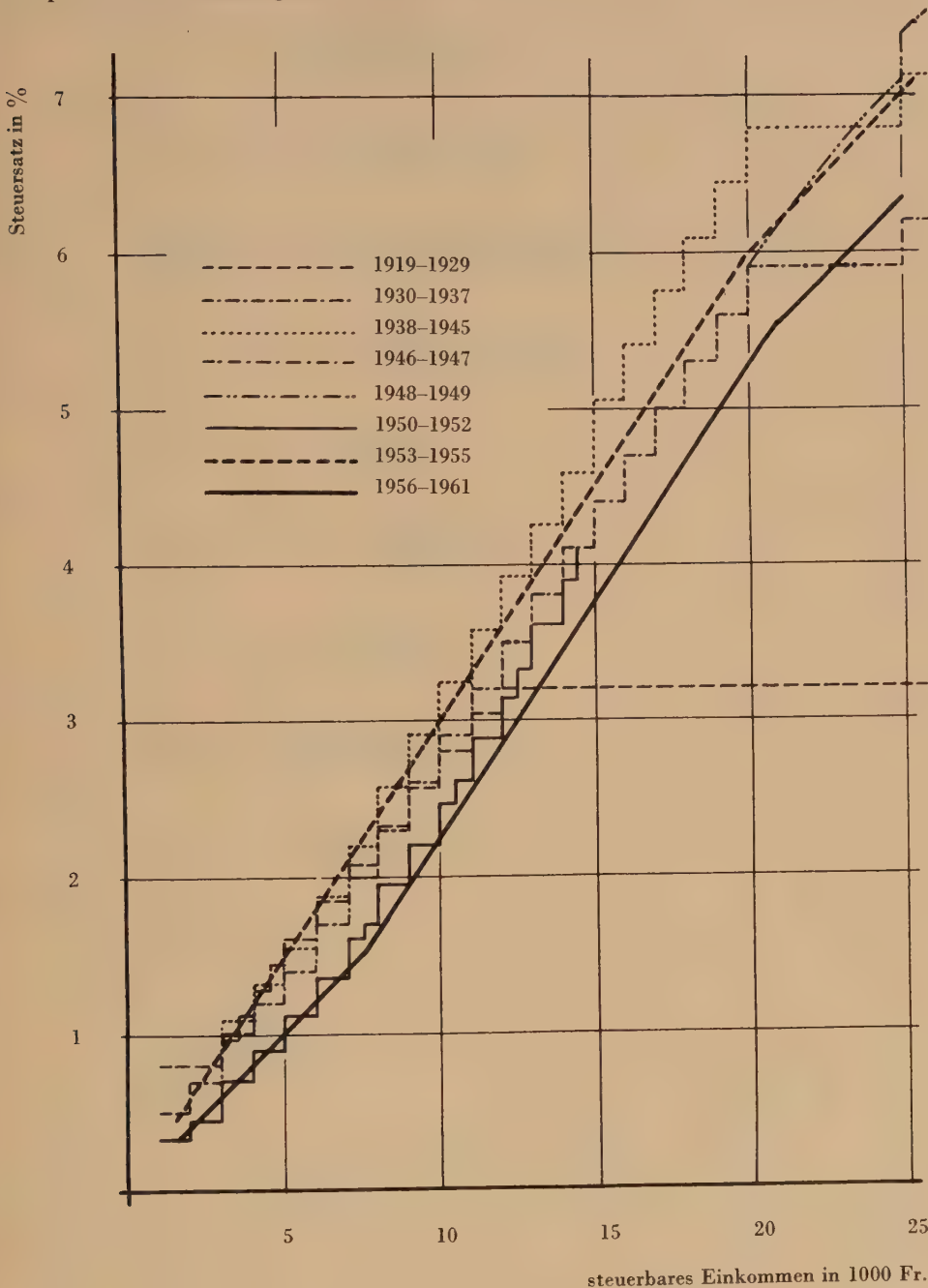
Die prozentuale Belastung der steuerbaren Einkommen 1924-1961 (20 000 - 100 000 Fr.)



steuerbares Einkommen in 1000 Fr.

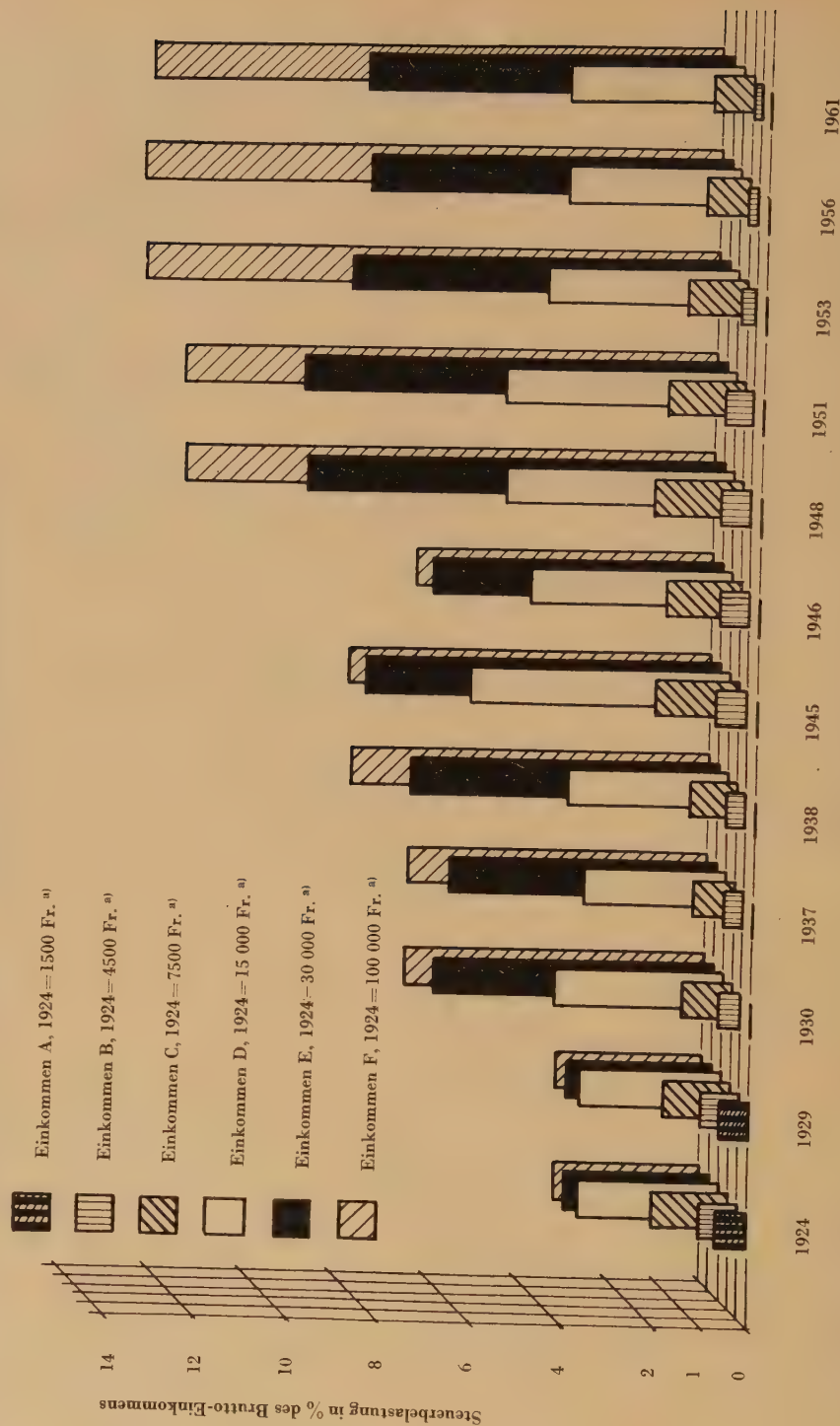
Graphik B

Die prozentuale Belastung der steuerbaren Einkommen 1924–1961 (bis 25 000 Fr.)



Graphik C

Die reale Steuerbelastung 1924–1961 (Staats-Einkommensteuer in % des Brutto-Einkommens) b)



Anmerkungen siehe Seite 60

1953–1955	gemäss Steuergesetz 1952
1956–1960	gemäss Steuergesetz 1952 und Steuergesetz-Revisionen von 1956.
seit 1961	gemäss Steuergesetz 1952 und Steuergesetz-Revision von 1956 und 1960 ¹⁾ .

Die graphische Darstellung der Steueransätze ergibt folgendes Bild (S. 56f.)

Für die unteren und mittleren Einkommensklassen fallen in der Regel neu legifizierte Sozialabzüge stärker ins Gewicht als veränderte Steueransätze. Bei unseren Beispielen (A bis F) wird angenommen, es handle sich bei den Einkommensbezü gern um unselbständigerwerbende verheiratete Steuerzahler mit je 3 unmündigen Kindern, und es komme jeweilen das Maximum der möglichen Sozialabzüge zur Anwendung²⁾. Die maximalen Sozialabzüge betrugen 1924–1961:

Tabelle 106a
Die Sozialabzüge 1924–1961

Abzug für	1924–1929 (in Fr.)	1930–1942 (in Fr.)	1943–1944 (in Fr.)	1945–1952 (in Fr.)	1953–1956 (in Fr.)	1961 (in Fr.)
Haushalt	–	–	–	–	500	500
Erwerbsunkosten	–	300	300	300	500	500
Versicherungen	300 ^{b)}	300	300	300	500	500
AHV ^{a)}	–	–	–	–	2% ^{c)}	2,4% ^{c)}
Lohnausweis	–	–	–	–	500	500
Kinder (je Kind)	300 ^{d)}	300 ^{e)}	300–500 ^{f)}	300–500 ^{g)}	500	700

- a) Beiträge an die Ausgleichskassen für die AHV, für Familienausgleichskassen sowie für Lohn- und Verdienstersatz, dazu seit 1960 Invalidenversicherung.
- b) bei Einkommen bis 10 000 Fr.
- c) des Brutto-Einkommens, seit 1960 2,4% (Invalidenversicherung).
- d) Befreiung nur vom Steuerzuschlag.
- e) bei Einkommen bis 8000 Fr.
- f) je 500 Fr. bei Einkommen bis 6000 Fr., je 400 Fr. bei Einkommen von 6001 Fr. bis 10 000 Fr. und je 300 Fr. bei Einkommen von 10 001 Fr. bis 12 000 Fr.
- g) wie f), jedoch je 300 Fr. pro Kind für alle Einkommen ab 10 001 Fr.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Sozialabzüge ergeben sich in den 12 Stichjahren folgende Steuerbeträge:

¹⁾ Die Steuergesetz-Revision von 1960 führte nur für die steuerbaren Einkommen unter 2000 Fr. zu einer Veränderung (Reduktion) des Steuersatzes.

²⁾ Für das Einkommen A sind diese Abzüge freilich in der Praxis nicht möglich. Auch ohne alle Abzüge bleibt jedoch dieses Einkommen in den Jahren nach 1929 steuerfrei. Beim Einkommen B sind die Sozialabzüge in ihrer Gesamtheit wenig wahrscheinlich. Es musste jedoch, um der Statistik einheitliche Erhebungsgrundsätze zu geben und die Vergleichsmöglichkeit zu gewährleisten, auch bei den Sozialabzügen bei allen sechs Beispielen Einheitlichkeit angenommen werden.

Tabelle 107
Die reale Staatssteuerbelastung 1924–1956

Jahr	Brutto-Einkommen (in Fr. Kaufkraft 1924)					
	A 1500	B 4500	C 7500	D 15 000	E 30 000	F 100 000
a) absolut (in Fr.)						
1924	9,60	38,90	123,10	458,40	938,40	3 178,40
1929	9,05	36,85	102,30	435,70	892,95	3 026,90
1930	—	18,95	77,15	510,10	1 701,70	6 037,90
1937	—	15,05	54,95	369,90	1 399,50	5 230,25
1938	—	15,05	60,45	414,30	1 609,40	6 276,25
1945	—	38,10	164,45	1 032,20	2 847,10	9 599,40
1946	—	34,40	148,60	797,20	2 302,50	7 902,50
1948	—	38,65	187,25	974,25	3 582,90	15 180,50
1951	—	36,20	164,35	1 002,45	3 716,—	15 624,35
1953	—	20,35	132,20	849,45	3 378,40	17 185,10
1956	—	15,75	98,35	789,70	3 335,05	17 788,05
1961	—	13,55	99,05	859,60	3 617,50	18 836,50
b) relativ (in % des Brutto-Einkommens)						
1924	0,64	0,86	1,64	3,06	3,13	3,18
1929	0,63	0,86	1,43	3,05	3,12	3,18
1930	—	0,45	1,10	3,64	6,07	6,46
1937	—	0,41	0,90	3,04	5,75	6,45
1938	—	0,41	0,99	3,41	6,62	7,74
1945	—	0,68	1,77	5,56	7,67	7,76
1946	—	0,62	1,61	4,32	6,24	6,42
1948	—	0,65	1,88	4,90	9,01	11,45
1951	—	0,59	1,61	4,91	9,10	11,48
1953	—	0,33	1,27	4,09	8,13	12,41
1956	—	0,25	0,92	3,68	7,76	12,42
1961	—	0,20	0,87	3,75	7,90	12,34

Wir wollen zum besseren Verständnis die reale Belastung durch die Einkommenssteuer (Steuerbetrag in % des Brutto-Einkommens) auch graphisch darstellen (S. 58)

Tab. 107b und Graphik C vermitteln uns einige interessante Aufschlüsse. Wir wollen zuvor den *Ursachen* der einzelnen Schwankungen der realen Steuerbelastung nachgehen:

1924/29: Die reale Belastung sinkt leicht infolge der Geldwertzunahme.

1929/30: Das Steuergesetz von 1928 (in Kraft ab 1930) führt zu einer Entlastung der unteren Einkommensschichten, teils wegen reduzierten Steueransätzen, vor allem jedoch wegen den erhöhten Sozialabzügen (vgl. Tab. 106a, S. 59).

1930/37: Die weitere Deflation führt (bei gleichbleibenden Steueransätzen und Sozialabzügen) zu einer Entlastung namentlich der steuerbaren Einkommen bis 30 000 Fr. (nominell 1930).

1937/38: Das Krisenopfer-Gesetz verursacht für alle Einkommensstufen von über 3000 Fr. (nominell 1938) eine Mehrbelastung von 10% bis 20%:

Anmerkungen zu Graphik C (S. 58)

a) *Brutto-Einkommen.*

b) *Steuersubjekt: unselbständigerwerbender, verheirateter Steuerpflichtiger mit 3 Kindern, Berücksichtigung aller Sozialabzüge (Versicherungen, usw.).*

1938/45: Die inflationistische Entwicklung während des Krieges zieht (bei gleichbleibenden Steueransätzen) eine wesentliche reale Mehrbelastung nach sich, vor allem für die unteren und mittleren Einkommen. Ohne die Heraufsetzung der Kinderabzüge (1943 und 1945) wäre die reale Mehrbelastung bei unseren Beispielen noch erheblich grösser.

1945/46: Der Wegfall des Krisenopfers bewirkt eine reale Entlastung vor allem der mittleren und höheren Einkommenschichten.

1946/48: Die weitere inflationistische Entwicklung verursacht für alle Steuerzahler – bei entsprechendem Teuerungsausgleich –, die Einführung der Zuschlagsteuer III für die Einkommen von über 20 000 Fr. (nominell 1948) eine reale Mehrbelastung.

1948/51: Das Steuererleichterungs-Gesetz von 1951 hat eine Reduktion der realen Steuerbelastung für die steuerbaren Einkommen bis zu 14 500 Fr. (nominell 1951) zur Folge. Die weitere Geldentwertung verursacht eine Mehrbelastung der übrigen Einkommen, sofern diese nicht schon 1948 mit dem Maximalsteuersatz belastet worden sind¹).

1951/53: Das neue Steuergesetz von 1952 bewirkt bei den unteren Einkommenschichten infolge der wesentlich erhöhten Sozialabzüge eine weitere Senkung der realen Steuerbelastung, während nur die sehr hohen Einkommen – bei unserer Annahme²) ab 60 500 Fr. (nominell 1953) – wegen den erhöhten Steueransätzen real stärker belastet werden.

1953/56: Die Steuergesetz-Revision von 1956 zieht eine Reduktion der Ansätze für die steuerbaren Einkommen von bis zu 96 600 Fr. (nominell 1956) nach sich.

1956/61: Trotz dem 1961 gegenüber 1956 erhöhten Abzug für die Invalidenversicherung (um 0,4%) und trotz den heraufgesetzten Kinderabzügen (bei drei Kindern von zusammen 1500 Fr. auf 2100 Fr.) ist für die Bezüger der Mittelstandseinkommen D und E die Steuerbelastung infolge der Inflation und der «kalten Progression» 1961 höher als 1956.

*

Unsere Graphik C lässt einige steuer- und sozialpolitisch recht interessante Feststellungen zu: Es zeigt sich namentlich, dass *die reale Steuerbelastung der kleinen und der Einkommen des Grossteils des «Mittelstandes» deutlich sinkende Tendenz aufweist* – wenn auch zeitweise die Geldentwertung (bei entsprechendem Teuerungsausgleich) höhere Ansätze innerhalb der Progressionsskala und damit eine erhöhte Realbelastung nach sich gezogen hat. Bis zu einem Brutto-Einkommen von 12 800 Fr. (nominell 1924) bzw. 18 300 Fr. (nominell 1956) ist die Steuerbelastung 1956 kleiner als 1924, und bis zu einem Einkommen von rund 14 900 Fr. (nominell 1924) bzw. 21 300 Fr. (nominell 1956) kleiner als 1930, in welchem Jahr das Steuergesetz von 1930 in Kraft trat³).

Umgekehrt ist die Steuerbelastung der grossen Einkommen ganz wesentlich angestiegen. Für ein Einkommen von 30 000 Fr. (nominell 1924) bzw. rund 43 000 Fr. (nominell 1956) beträgt die Zunahme der realen Steuerbelastung 148% und für ein Einkommen von 100 000 Fr. (nominell 1924) bzw. rund 143 200 Fr. (nominell 1956) 291%!

¹) Auch dann tritt freilich eine minime Mehrbelastung ein, da mit zunehmender Geldentwertung die fixen Sozialabzüge real immer weniger entlastend wirken.

²) Verheirateter, unselbständigerwerbender Steuerzahler mit drei unmündigen Kindern, wobei sämtliche möglichen Abzüge berücksichtigt sind.

³) Hier ist wiederum mit einem verheirateten, unselbständigerwerbenden Steuerpflichtigen mit 3 Kindern gerechnet. Bei verminderten Sozialabzügen liegen die Grenzen wesentlich tiefer. Bei ledigen selbständigerwerbenden Steuerpflichtigen, die nicht unterstützungspflichtig sind – hier fallen seit 1953 nur die Sozialabzüge für Erwerbsunkosten und Versicherungsauslagen in Betracht –, ist die Einkommenssteuerbelastung 1956 gegenüber 1924 kleiner bei Einkommen bis rund 7 900 Fr. (nominell 1924) bzw. rund 11 300 Fr. (nominell 1956) und gegenüber 1930 kleiner bei Einkommen bis rund 4 500 Fr. (nominell 1924) bzw. rund 6 400 Fr. (nominell 1956).

Berücksichtigt man, dass nicht nur die Steuerbelastung der kleinen Einkommen vermindert und jene der grossen erhöht worden ist, sondern gleichzeitig auch die Leistungen des Staates an den Einzelnen, insbesondere in sozialpolitischer Hinsicht, im Durchschnitt ebenfalls progressiv abgestuft, heraufgesetzt worden sind – d. h. bei kleinen Einkommen ist der staatliche Aufwand im Durchschnitt grösser als bei hohen –, so zeigt es sich, dass *die Steuergesetzgebung ihre sekundäre Aufgabe als Mittel des Einkommensausgleichs am Ende unserer Untersuchungsperiode in bedeutend höherem Masse erfüllt als zu Beginn*. Die redistributive Auswirkung des Steuergesetzes wird noch verstärkt durch die direkte Bundessteuer, bei der im Laufe der verflossenen drei Jahrzehnte die Progression ebenfalls wesentlich verschärft und die Sozialabzüge erhöht worden sind. Selbst die basellandschaftliche Gemeindesteuer zielt in der gleichen Richtung. Zwar sind hier, wie zu Beginn unserer Untersuchungsperiode, die Ansätze immer noch proportional; die inzwischen in der überwiegenden Mehrheit der Gemeinden erhöhten Sozialabzüge wirken jedoch degressiv und damit ebenfalls im Sinne einer Realentlastung, namentlich bei den unteren Einkommensschichten.

B. Das Steuereinkommen und -vermögen

Die Einkommens- und Vermögenskonzentration

In seiner Arbeit über den Staatshaushalt des Kantons Baselland 1833–1923 stellt Grieder¹⁾ «die steuerpolitisch ungünstige Lage des Kantons Baselland fest. Es ist ihm nicht möglich, die ökonomisch Schwächern weitgehend fiskalisch zu entlasten, da hiedurch, um den Finanzbedarf zu decken, die wenig zahlreichen grossen Vermögen und Einkommen unerträglich hoch belastet werden müssten. Dazu sind die von den untern Klassen aufgebrachtten Steuersummen so gross, dass jede Verringerung des Steuerfusses den Steuerertrag derart reduzieren würde, dass selbst eine wesentliche höhere Belastung der oberen Klassen den Ausfall nie kompensieren könnte. Diese Tatsache darf der Gesetzgeber nie aus den Augen lassen. Daraus ergibt sich weiter, dass die volkswirtschaftliche Struktur und die Schichtung der Vermögen und Einkommen es auch nicht erlauben, mit dem steuerfreien Existenzminimum so hoch zu gehen, als selbst ein Minimalaufwand für den Lebensunterhalt gebieten würde.» Dass diese Feststellungen von 1923 heute nicht mehr zutreffen, und wie sich die Verhältnisse in den verflossenen drei Jahrzehnten zugunsten des staatlichen Fiskus verändert haben, soll nachstehend gezeigt werden.

1. Das Steuereinkommen

a. Das Steuereinkommen der natürlichen Personen

(incl. Einzelfirmen sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften)

Leider fehlt eine regelmässig erscheinende kantonale Statistik über die Steuereinkommen und -vermögen. Wohl wurden verschiedentlich – so in den Jahren 1922, 1923, 1932, 1936, 1943, 1945, 1947, 1949 und 1953 – Steuerstatistiken ausgearbeitet²⁾, die

¹⁾ Grieder, W., a.a.O., S. 113f.

²⁾ Steuerstatistik 1922, hg. von der Direktion des Innern 1922; Steuerstatistik 1923, Amtsbericht 1923, Tabellen S. 300 ff.; Steuerstatistik 1932, Amtsbericht 1932, Tabellen S. 266 ff.; Statistik der Steuerveranlagung 1943, hg. von der Finanzdirektion 1945; Statistik über die Staatssteuer-Einschätzung der Jahre 1936, 1943, 1945 und 1947, hg. von der Finanzdirektion 1949; Steuerstatistik 1936, Amtsbericht 1936, Tabellen S. 214 ff.; Statistik über die Staatssteuer-Einschätzung 1949, hg. von der Finanzdirektion 1951; Steuerstatistik 1953, in Basellandschaftliche Steuerpraxis, I. Bd. Heft 9, 1955.

jedoch (mit Ausnahme der Erhebungen von 1922 und 1923) nicht auf die Reineinkommen und -vermögen, sondern auf die *steuerbaren* Einkommen und Vermögen abstellen. Die steuerbaren Einkommen und Vermögen ergeben sich aus der Differenz der Reineinkommen bzw. -vermögen und der Sozial- und anderen Abzüge. Nun war aber, wie bereits früher gezeigt worden ist (vgl. S. 47 und 59), die Regelung der Abzüge vom steuerpflichtigen Einkommen im Laufe unserer Untersuchungsperiode verschieden; es traten – im Sinne einer Erhöhung – Änderungen in den Jahren 1930, 1943, 1945 und 1953 ein. Zu Beginn unserer Untersuchungsperiode (1923) belief sich die Summe aller Abzüge auf 1,09 Mio. Fr.¹⁾, 1930 auf 9,05 Mio. Fr., 1936 auf 9,22 Mio. Fr., 1939 auf 9,30 Mio. Fr., 1943 auf 15,07 Mio. Fr., 1953 auf rund 68 Mio. Fr. und 1956 schätzungsweise auf rund 76 Mio. Fr. Bei gleichbleibender Regelung (1930-1942) sank infolge des Geburtenrückganges die Summe der Kinderabzüge 1930-1939 von 6,852 Mio. Fr. auf 6,277 Mio. Fr., während jene der Versicherungsabzüge trotz der Wirtschaftskrise von 2,194 Mio. Fr. (1930) auf 3,019 Mio. Fr. (1939) stieg.

Mit Hilfe der erwähnten Steuerstatistiken, der Amtsberichte und der Berichte des RR und des LR zur Steuergesetzrevision von 1952 lässt sich folgende, teilweise auf Schätzungen beruhende Entwicklung der steuerbaren Einkommen und Reineinkommen ermitteln:

Tabelle 108

Die steuerbaren Einkommen und die Reineinkommen der natürlichen Personen (incl. Handelsregisterfirmen^{a)}), Stichjahre 1923–1956

Jahr	Steuerbare Einkommen (in Mio. Fr.) ^{b)}	Reineinkommen (in Mio. Fr.) ^{c)}	Steuerpflichtige
1923	95,1	96,2	34 975
1930	112,5	121,6	38 991
1933	112,4	121,9	39,566
1936	111,2	120,4	41,588
1939	121,9	131,2	43,230
1943	161,2	176,3	45,137
1945	195,8	212,1 ^{d)}	47,106
1947	255,2	272,6 ^{d)}	48 957
1949	305,4	323,9	49 847
1953	322,2	390 ^{e)}	52 223
1955	389 ^{f)}	462 ^{e)}	54 900 ^{e)}
1956	417 ^{e)}	493 ^{e)}	56 300 ^{e)}

a) Inhaber von Einzelfirmen sowie Gesellschaften von Kommandit- und Kollektivgesellschaften.

b) Die steuerbaren Einkommen stimmen nicht überein mit den in den Amtsberichten (seit 1947) unter dem Titel «Steueraufgabe» publizierten Zahlen. Bei der Steueraufgabe handelt es sich um jenes steuerbare Einkommen, das sich aus den *abgerechneten* Steuererklärungen ergibt. Anno 1953 beispielsweise betrug das steuerbare Einkommen 322,2 Mio. Fr., die Steueraufgabe jedoch nur 318,9 Mio. Fr.

c) Reineinkommen = steuerbares Einkommen + Erwerbskosten- und Sozialabzüge.

d) Schätzung (Fehlermöglichkeit $\pm 0,3\%$)

e) Schätzung (Fehlermöglichkeit $\pm 0,5\%$)

f) Entnommen dem Bericht des RR betr. Gemeindehilfe 1956 vom 7. Jan. 1958, S. 4 (430,9 Mio. Fr.), abzüglich das Steuereinkommen der ambulanten Steuerpflichtigen (gemäss Auskunft der Direktion des Innern, Abteilung Gemeindewesen = rund 42 Mio. Fr.).

¹⁾ Plus 3,27 Mio. Fr. Abzüge nur beim Steuerzuschlag.

Wir entnehmen Tab.108, dass sich 1923/56 die versteuerten Reineinkommen der natürlichen Personen von rund 96 auf rund 493 Mio. Fr. erhöht haben, das heisst auf mehr als das 5-fache. In der gleichen Zeitspanne stiegen die Zahl der Steuerpflichtigen von 34 975¹⁾ auf rund 56 300 oder auf das 1.6-fache und der Index der Konsumentenpreise (Lebenshaltungskosten) von 164 Punkten (Wirtschaftsjahr 1922) auf 238 Punkte (Wirtschaftsjahr 1955) an (1914 = 100), das heisst auf das 1,5-fache. Da die Steigerung der Zahl der Steuerpflichtigen und der Lebenshaltungskosten kleiner ist als jene der Reineinkommen, liegt, wie nachstehende Tab.109 verdeutlicht, eine *wesentliche Erhöhung der versteuerten durchschnittlichen Realeinkommen* vor:

Tabelle 109

Die durchschnittlichen steuerbaren Einkommen und die nominellen und realen Durchschnitts-Reineinkommen pro Steuerpflichtigen der natürlichen Personen (incl. Einzelfirmen sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften), Stichtage 1923–1956

Wirtschafts-jahr	Steuer-jahr	Index der Lebenshaltungskosten (1914 = 100) ^{a)}	Steuerbares Einkommen pro Steuerpflichtigen (nominell) in Fr.	Reineinkommen pro Steuerpflichtigen			
				(nominell) in Fr.	real in Fr. ^{b)}	real 1923 = 100	real 1939 = 100
1922	1923	164	2 720	2 750	2 750	100	74
1929	1930	161	2 814	3 040	3 100	113	84
1932	1933	138	2 841	3 081	3 660	133	99
1935	1936	128	2 673	2 895	3 710	135	100
1938	1939	137	2 819	3 034	3 630	132	98
1942	1943	193	3 572	3 906	3 320	121	89
1944	1945	208	4 157	4 500 ^{c)}	3 500	129	95
1946	1947	208	5 213	5 570 ^{c)}	4 390	159	118
1948	1949	224	6 127	6 498	4 760	173	128
1952	1953	236 ^{d)}	6 169	7 470 ^{c)}	5 190	188	139
1955	1956	238 ^{d)}	7 400 ^{c)}	8 750 ^{c)}	6 030	219	162

a) Landesindex der Kosten der Lebenshaltung bzw. Landesindex der Konsumentenpreise des Wirtschaftsjahres.

b) In Fr. Kaufkraft 1922 (gerundet).

c) Teilweise geschätzt, gerundet.

d) Errechnet nach dem Index 1939 = 100; der Index 1914 = 100 wird seit 1950 nicht mehr ermittelt.

Das durchschnittliche Reineinkommen pro Steuerpflichtigen – soweit es fiskalisch erfasst worden ist – hat sich in den 33 Jahren von 1923 bis 1956 nominell von 2750 Fr. auf rund 8750 Fr. und real (gemessen am Index der Lebenshaltungskosten) auf 6030 Fr. erhöht. *Es liegt somit 1956 ein gegenüber 1923 um rund 120% und gegenüber 1939 um rund 60% gestiegenes durchschnittliches Realeinkommen pro Steuerpflichtigen vor.* Die Zahlen treffen nun allerdings absolut nicht genau zu, handelt es sich doch bei den versteuerten Reineinkommen bis zu einem gewissen Grade um *subjektive*, zum einen vom Willen der Steuerpflichtigen, zum andern von jenem der Steuerveranlagungsbehörden abhängige Grössen. In Wirklichkeit ist die reale Einkommenserhöhung gegenüber den zwanziger Jahren nicht so gross, vor allem deshalb nicht, weil früher *die Einkommen nicht derart streng erfasst* worden sind wie heute (Verrechnungssteuer, Lohnausweis,

¹⁾ Davon 2129 oder 6,1% ohne Einkommen.

AHV-Kontrolle usw.). Die Zahlen nach 1930 und namentlich nach 1939 dürfen jedoch im grossen und ganzen als getreues Spiegelbild der tatsächlichen Einkommensveränderungen betrachtet werden. Freilich: Es handelt sich hier nicht um die reale Vergrösserung der Pro-Kopf-Einkommen. Diese sind nicht derart stark angestiegen. Die Zahl der miterwerbstätigen Ehefrauen hat in den Nachkriegsjahren stark zugenommen. Dies wirkt sich jedoch auf die Zahl der Steuerpflichtigen nicht aus, da das Einkommen von Ehegatten als Einheit betrachtet wird, wohl aber deutlich auf die durchschnittlichen Einkommen pro Steuerpflichtigen.

In den Indexzahlen (1923 = 100 und 1939 = 100) kommen deutlich auch die *Konjunktur- und Kaufkraftschwankungen* zum Ausdruck: Wir erkennen die Aufschwungsperiode am Ende der zwanziger Jahre, die Weltwirtschaftskrise in den dreissiger Jahren, die durch die steigende Teuerung eingetretenen Realeinkommensverluste in den Kriegsjahren und die Hochkonjunktur im letzten Jahrzehnt des untersuchten Zeitabschnitts.

Finanzwirtschaftlich ist für uns namentlich das *steuerbare Einkommen* von Interesse. Dieses erhöhte sich absolut 1956 gegenüber 1923 auf das 4,4fache und gegenüber 1939 auf das 3,4fache, pro Steuerpflichtigen auf das 2,7fache bzw. das 2,6fache. Die eingetretene Steigerung wäre noch ausgeprägter, wenn nicht in der Zwischenzeit die Sozialabzüge stark erhöht worden wären. Deren Anteil am Reineinkommen betrug 1923 nur 1,1%, 1930 noch 7,4%, 1956 jedoch zirka 15,5% (1953 zirka 17,5%).

Der Ertrag der Einkommenssteuer der natürlichen Personen stieg – wie später noch gezeigt werden soll (vgl. S. 92 ff.) – freilich noch stärker an als das steuerbare Einkommen, nämlich 1923-1956 auf das 14,8fache und 1939/56 auf das 7,2fache.

Dieses relativ stärkere Ansteigen des Steuerertrags gegenüber dem steuerbaren Einkommen hat folgende Ursachen:

- a) erhöhte Steueransätze und verschärfte Progression,
- b) gestiegene Durchschnittseinkommen und
- c) veränderte Einkommensverteilung.

a) Der *durchschnittliche Steuersatz*¹⁾ stieg wie folgt an:

Jahr (in %)
1923 = 1,10
1930 = 1,63
1933 = 1,57
1936 = 1,60
1939 = 1,75
1943 = 2,12
1947 = 2,52
1949 = 3,37
1953 = 3,95
1956 = 3,70a)

a) Schätzung (Fehlermöglichkeit $\pm 0,5\%$)

Die Ursachen der Steuersatzveränderungen sind bereits geschildert worden. Das gesamthaft festzustellende Ansteigen ist nun freilich nicht nur allein auf die gesetzlichen Erhöhungen der Steuersätze und auf die Teuerung zurückzuführen, sondern auch auf:

- b) die nominell und real erhöhten *Durchschnittseinkommen*, die – auch ohne Teuerung – automatisch zu höheren Progressionssätzen führten.
- c) Eine sehr enge Relation schliesslich besteht zwischen dem Steuerertrag und der *Verteilung der Einkommen*. Erreicht der *Gini'sche Konzentrationsindex der Verteilung*

¹⁾ Anteil des Steuerertrags am steuerbaren Einkommen.

sein Minimum (= 1¹⁾), das heisst ist das Gesamteinkommen regelmässig auf die Gesamtzahl aller Steuerpflichtigen verteilt, so wirkt sich die Progression überhaupt nicht aus. Die Progressionssteuer ist in diesem nur theoretisch möglichen Fall identisch der Proportionalsteuer. Je grösser aber die Konzentration und je «ungerechter» die Einkommensverteilung ist, je grösser fällt bei gleichbleibenden steuerbaren Gesamteinkommen der Steuerertrag aus. Deshalb auch ist die progressive Steuer bei «armen» Gemeinwesen, bei denen das Schwergewicht der Einkommen auf den sozial unteren Schichten liegt, weit weniger ergiebig als bei «reichen», bei denen in der Regel nicht nur ein hohes Durchschnittseinkommen, sondern auch eine hohe Einkommenskonzentration vorliegt. Voraussetzung einer «sozial gerechten» Steuer ist daher primär nicht die soziale Gesinnung des Gesetzgebers und des Souveräns, sondern ein möglichst grosser Reichtum, ja sogar bis zu einem gewissen Grade dessen «ungerechte» Verteilung. Je grösser dabei die Durchschnittseinkommen und die Einkommenskonzentration sind, je weitgehender ist eine Entlastung der unteren Einkommensschichten möglich und gegeben. Dass noch vor drei Jahrzehnten die Durchschnittseinkommen der Steuerpflichtigen klein und die grössten Häufungen bei den unteren Einkommen anzutreffen waren, sind die Hauptursachen dafür, dass bei den früheren Steuergesetzen Basellands dem «sozialen» Element nicht jenes Gewicht beigegeben werden konnte wie heute, wo die Verhältnisse wesentlich anders liegen.

In welchem Masse sich die Einkommenskonzentration im Kanton Baselland in den letzten drei Jahrzehnten verändert hat, kann auf Grund des vorliegenden statistischen Materials nicht genau ermittelt werden²⁾. Dass sich die Konzentration der *steuerbaren*

¹⁾ Vgl. *Billeter, Ernesto*, Über die Messung der Einkommenskonzentration, Diss., Bern 1949.

²⁾ Wohl sind in den Steuerstatistiken von 1922, 1923, 1932, 1936, 1943, 1945, 1947, 1949 und 1953 die Steuerpflichtigen nach Einkommensstufen klassifiziert, es wird dabei jedoch – mit Ausnahme der Statistik von 1923 – auf die *steuerbaren* Einkommen und nicht auf die Reineinkommen abgestellt. Die Zahlen aus diesen Statistiken wären daher höchstens dann verwendbar, wenn in allen Jahren die *gleiche* Regelung der Sozial- und Erwerbsunkostenabzüge gegolten hätte; dies war jedoch nur in den Jahren 1945, 1947 und 1949 der Fall. Ein weiterer Grund, weshalb die erwähnten Steuerstatistiken für eine hieb- und stichfeste Ermittlung der Einkommenskonzentration und deren Veränderung nicht gebraucht werden können, ist darin zu suchen, dass die Aufteilung der steuerbaren Einkommen stets mit Hilfe der *nominell gleichen Stufen* (1000Fr. bis 2 000 Fr., 2 001 Fr. bis 3 000 Fr. usw.) vorgenommen ist, nicht aber – was verständlich ist – auf die Geldwertschwankungen Rücksicht nimmt. Diese wären freilich irrelevant, wenn nicht zwischen den einzelnen Klassenkonzentrationsindizes – aus deren arithmetischen Mittel der Gini'sche Gesamtkonzentrationsindex der Verteilung ermittelt wird – grosse *Differenzen* bestehen würden. So beträgt beispielsweise 1949 – bei einer Aufteilung der steuerbaren Einkommen in Klassen (Stufen) von über 2 000 Fr., 4 000 Fr., 6 000 Fr., 10 000 Fr., 20 000Fr., 50 000 Ff. und 100 000 Fr. – der Klassenkonzentrationsindex für die Einkommen von über 2 000 Fr. 9,74, jener der Einkommen von über 10 000 Fr. jedoch 2,10. Schliesslich erschweren auch die Differenzen in der *effektiven Erfassung* der steuerpflichtigen Einkommen (Steuer-moral, Veranlagungspraxis usw.) einen repräsentativen Vergleich.

Eine ungeachtet dieser Ungenauigkeiten durchgeführte Berechnung ergibt folgende Konzentrationsindizes der Verteilung der steuerbaren Einkommen^{a)}:

Jahr:	Baselland:	Basel-Stadt ^{b)} :
1923	1,83	2,66
1932	2,08	2,27
1936	2,22	2,41
1943	2,55	2,38 (1942)
1945	2,70	*
1947	3,01	*
1949	3,51	*

^{a)} und ^{b)} siehe S. 67

Fortsetzung von Anmerkung 2 siehe S. 67

Einkommen erhöht und – auch real – nach den grösseren Einkommen verschoben hat, ist noch kein Beweis dafür, dass auch jene der Reineinkommen angestiegen ist. Da aus den in Anm. 2, S. 66 f. erwähnten Gründen der Gini'sche Gesamtkonzentrationsindex nicht genau ermittelt werden kann, soll auf andere Weise versucht werden, die Erhöhung und Verschiebung der Einkommenskonzentration zu beweisen und annähernd zahlenmässig darzustellen.

Aus den erwähnten Steuerstatistiken von 1923, 1936, 1945 und 1953 seien nachstehend einige Werte herausgegriffen und untersucht: (Tab. 110 S. 68)

Aus diesen Zahlen kann gefolgert werden, dass die «reichsten» 2,7% der Steuerpflichtigen zu Beginn unserer Untersuchungsperiode 12,3% aller steuerbaren Einkommen bezogen und am Ende 2,9% der Steuerpflichtigen 21,6% aller steuerbaren Einkommen. Es lässt dies auf eine starke Zunahme der Konzentration der über dem «Mittelstand» liegenden Einkommen schliessen. Nun handelt es sich hier jedoch, wie gesagt, um die steuerbaren Einkommen, und zudem sind die sich namentlich im letzten Untersuchungsjahr stark auswirkenden Sozialabzüge und die spätere strengere Erfas-

Nach einem vereinfachten Verfahren (Zusammenlegung der Zensiten in vier Stufen) durchgeführt, ergeben sich für die vier Bezirke folgende Konzentrationsindizes der Verteilung:

	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Baselland
1923	1,68	1,80	1,71	1,73	1,71
1947	2,62	2,46	2,05	2,37	2,46

Interessant ist an diesen Werten der steigende Konzentrationsindex des Bezirks Arlesheim. Dieser stand 1923 an letzter, 1947 jedoch an erster Stelle. Es kommt in dieser Entwicklung deutlich die bedeutende Zuwanderung von Bezüglern hoher Einkommen und die materielle Besserstellung des Mittelstandes zum Ausdruck. Die «Rangliste» der Einkommenskonzentration wird bestätigt durch die prozentualen Anteile des Steuerertrags an den steuerbaren Gesamteinkommen: Je grösser die Einkommenskonzentration ist, je ergiebiger ist die progressive Steuer und je grösser ist der Anteil des Steuerertrags an den steuerbaren Einkommen:

	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Baselland
1953	4,36%	3,76%	2,76%	3,29%	3,95%

Dass zwischen der Einkommenskonzentration und dem durchschnittlichen Einkommen der Steuerpflichtigen kein direkter Zusammenhang besteht, bestätigen die nachfolgenden Durchschnittseinkommen pro Steuerzahler in den Bezirken:

	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Baselland
1923	2 938	2 900	2 373	2 105	2 720
1953	6 703	6 337	4 764	5 161	6 169

Für das Jahr 1953 stimmen die Reihenfolge von Einkommenskonzentration und Durchschnittseinkommen überein, nicht aber für 1923. In diesem Jahr stand der Bezirk Arlesheim bei der Einkommenskonzentration an 4., beim durchschnittlichen steuerbaren Einkommen jedoch bereits an 1. Stelle. Vertauscht war weiterhin die Reihenfolge bei den Bezirken Sissach und Waldenburg.

- Das Jahr 1953 wurde weggelassen, da die in diesem Jahr in Kraft getretenen stark erhöhten Sozialabzüge (Steuergesetz von 1952!) keinen brauchbaren Vergleich mehr zulassen.
- Billeter, E., a.a.O., S. 61. Eine absolute Vergleichbarkeit der Indizes von Baselland und Basel-Stadt besteht nicht, da die Statistiken über die Einkommensverteilung in den beiden Kantonen nicht gleich aufgebaut sind. Auch weicht die Ermittlung der steuerbaren Einkommen in den beiden Kantonen voneinander ab (andere Sozialabzüge usw.).

Tabelle 110
Die Einkommensverteilung 1923, 1936, 1945 und 1953
(1. Untersuchung)

	1923	1936	1945	1953
Steuerpflichtige total	34 975	41 588	47 106	52 223
Steuerbare Einkommen total (in 1000 Fr.)	95 997a)	111 171	195 798	322 171
Einkommensstufe über Fr.	8 000	9 000	13 000	19 000
Steuerpflichtige dieser Stufen				
absolut	931	1 188	1 330	1 499
in % aller Steuerpflichtigen	2,66	2,86	2,82	2,87
Steuerbares Einkommen dieser Stufen				
absolut (in 1000 Fr.)	11 803a)	19 167	37 086	69 655
in % aller steuerbaren Einkommen	12,29	17,24	18,94	21,62

a) Reineinkommen gemäss Tab. V, Amtsbericht 1923, S. 300.

sung der Einkommen dabei nicht berücksichtigt. Durch eine funktionelle Interpolation ¹⁾ sei versucht, die entsprechenden Werte annähernd zu ermitteln. (Tab. 111)

Tabelle 111
Die Einkommensverteilung 1923, 1936, 1945 und 1953
(2. Untersuchung)

	1923	1936	1945	1953
Steuerpflichtige total	34 975	41 588	47 106	52 223
Reineinkommen total (in Mio. Fr.)	96,0b)	120,4	212,1	390
Einkommensstufe über Fr.	8 000	9 000	13 000	19 000
Steuerpflichtige dieser Stufen				
absolut	979	1 164	1 319	1 462
in % aller Steuerpflichtigen	2,80	2,80	2,80	2,80
Reineinkommen dieser Stufen				
absolut (in Mio. Fr.)	12,2	19,3	37,6	71,1
in % aller Reineinkommen	12,7	16,0	17,7	18,2
Klassenkonzentrationsindexa)	1,73	1,95	2,06	2,10

a) und b) siehe S. 69

¹⁾ Unter «funktioneller Interpolation» ist hier eine nicht lineare Interpolation verstanden, die sich der (empirischen) Kurve der Zensiten (Steuerpflichtigen) und jener der quantitativen Merkmale (Einkommenshöhe) anpasst. Neben der annähernden Bestimmung der Summe der Sozialabzüge ist in Tab. 111 auch die Zahl der Steuerpflichtigen interpoliert, und zwar derart, dass sich in den vier Stichjahren jeweils der gleiche Prozentsatz (2,80%) ergibt.

Tabelle 111 zeigt uns, dass sich die *Konzentration der höchsten Einkommen* namentlich von 1923 bis 1936 stark erhöht hat, aber auch nachher noch angestiegen ist. Wegen der Miteinbeziehung der Sozialabzüge reduziert sich die Erhöhung 1945/53 gegenüber jener in Tabelle 110.

Wird auf analoge Weise das Einkommen jener Steuerpflichtigen untersucht, die 10% und die 25% der höchsten Einkommen beziehen, so zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 112
Die Einkommensverteilung 1923, 1936, 1945 und 1953
(3. Untersuchung)

	1923	1936	1945	1953
Einkommensstufe über zirka Fr.	5 000	5 000	8 000	11 000
Steuerpflichtige dieser Stufen in % aller Steuerpflichtigen	10,0	10,0	10,0	10,0
Reineinkommen dieser Stufen in % aller Reineinkommen	28,9	33,8	33,1	32,6
Klassenkonzentrationsindex	1,85	2,12	2,08	2,05

Tabelle 113
Die Einkommensverteilung 1923, 1936, 1945 und 1953
(4. Untersuchung)

	1923	1936	1945	1953
Einkommensstufe über zirka Fr.	3 500	3 000	6 000	7 000
Steuerpflichtige dieser Stufen in % aller Steuerpflichtigen	25,0	25,0	25,0	25,0
Reineinkommen dieser Stufen in % aller Reineinkommen	51,8	55,2	55,3	52,5
Klassenkonzentrationsindex	2,10	2,34	2,34	2,15

- a) Es handelt sich um den Klassenkonzentrationsindex nach *Gini*, der nach der Formel $V_e di = V_z$ bestimmt wird, wobei V_e das Verhältnis der aufaddierten Einkommen zur gesamten Einkommenssumme, V_z das Verhältnis der aufsummierten Anzahl der Einkommensbezüger zur Gesamtzahl der Zensiten (Einkommensbezüger) und den Klassenkonzentrationsindex bedeutet (vgl. *Billeter*, a.a.O., S. 14 f.). Der Klassenkonzentrationsindex wird durch Logarithmierung obiger Formel gewonnen:

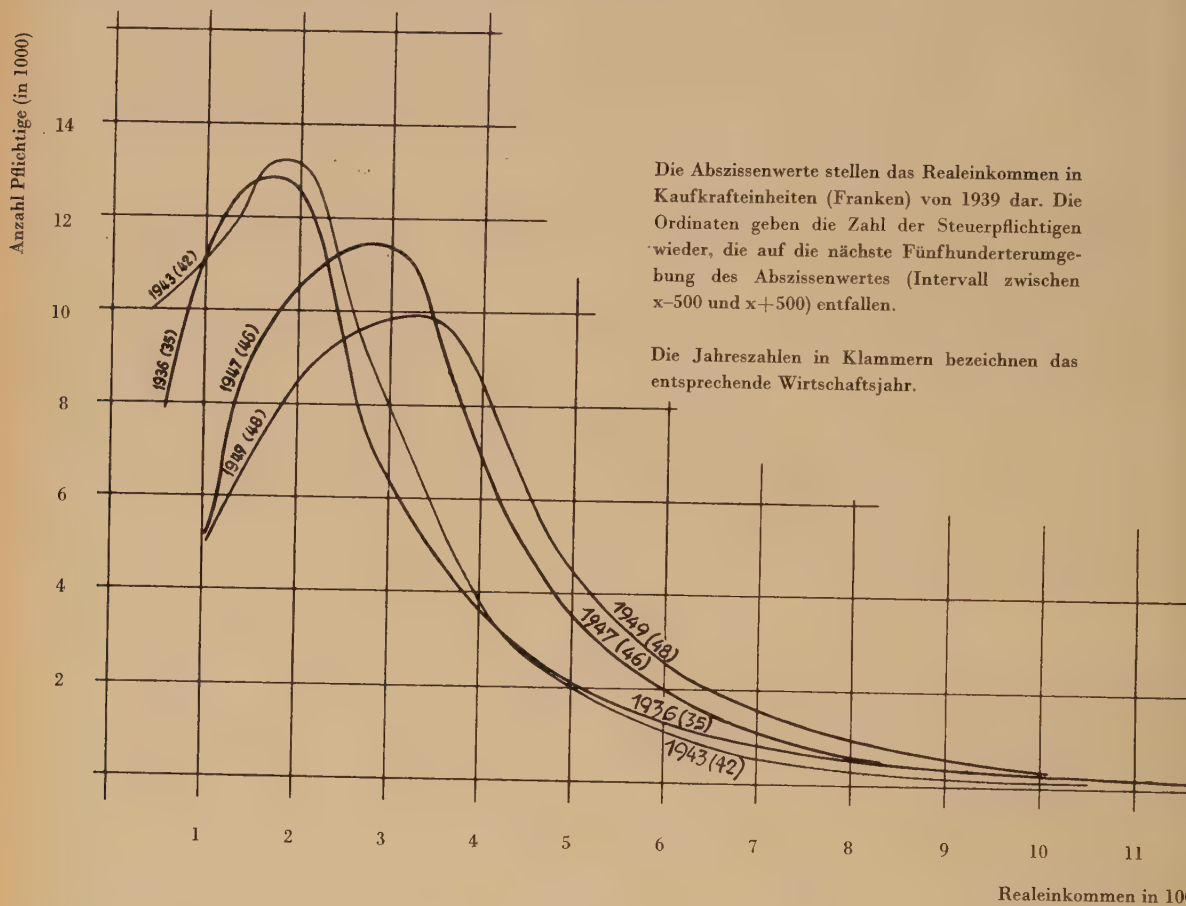
$$V_e di = V_z \rightarrow di \cdot \log V_e = \log V_z \rightarrow di = \frac{\log V_z}{\log V_e}$$

Der Klassenkonzentrationsindex pro 1923 (1,73) errechnet sich beispielsweise aus der Formel $0,127 di = 0,028$.

- b) Gemäss Tab. V, Amtsbericht 1923, S. 300.

Graphik D

Die Struktur der Steuerpflichtigen im Kanton Baselland nach ihrem Realeinkommen



Auf Grund der Steuerstatistiken von 1923, 1936, 1945 und 1953 und der in den Tab. 110 bis 113 gewonnenen Konzentrationsmasse können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Die Einkommenskonzentration hat sich im Laufe der 30 Jahre 1923-1953 erhöht. Ausgeprägt im Sinne einer *ungleichmässigen Entwicklung ist namentlich die Zeitspanne 1923-1936, in der sich die Konzentration der hohen und höchsten Einkommen sehr stark vergrössert hat*. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die steuerliche Erfassung der Einkommen 1923 larger war als 1936. In der Periode 1936-1945 sind nur die höchsten Einkommen über das durchschnittliche Mass hinaus angewachsen, und 1945-1953 ist eine «Konzentration auf die Mitte» festzustellen, d.h. die unteren und mittleren Einkommen sind verhältnismässig mehr angewachsen als die hohen. *Die breitere Verteilung des Gesamteinkommens auf die mittleren Einkommen darf als das wesentlichste Charakteristikum der Einkommensentwicklung seit Mitte der dreissiger Jahre bezeichnet werden*. Dies geht schon daraus hervor, dass 1936 noch 83% aller Pflichtigen auf die steuerbaren Einkommen von 0-4000 Fr. entfielen, 1949 jedoch nur noch 43% auf die realiter etwa gleich hohen Einkommen von 0-7000 Fr. Diese «Verbreyterung des Mittelstandes» ist allerdings teilweise nur fiktiv, da sie auf die Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Ehefrauen zurückzuführen ist, die sich, wie erwähnt, auf die Zahl der Steuerpflichtigen nicht auswirkt. Ohne Berücksichtigung der erhöhten Sozialabzüge wären 1949 der Anteil der Einkommensstufe 0-7000 Fr. noch kleiner und die Veränderung noch ausgeprägter als 1936. Nachstehend sei ein Kurvenbild aus der Steuerstatistik von 1949 wiedergegeben, das diese Entwicklung anschaulich zur Darstellung bringt (vgl. Graphik D, S. 70).

Der Anteil der Inhaber von Einzelfirmen und der Teilhaber von *Kollektiv- und Kommanditgesellschaften* am Einkommen der natürlichen Personen geht aus Tab. 114 hervor:

Tabelle 114

Die Reineinkommen der Inhaber von Einzelfirmen und der Teilhaber von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Stichjahre 1923-1956a)

Jahr	Einzelfirmen Reineinkommen (in 1000 Fr.)		Steuerpflichtige	Kollektiv- und Kommanditgesellschaften Reineinkommen (in 1000 Fr.)		
		in % der gesamten Reineinkommen der natürlichen Personen			in % der gesamten Reineinkommen der natürlichen Personen	Gesellschaft- er
1923	*	*	*	768	0,8	*
1930	3 424	2,8	415	4 181	3,4	337
1933	5 238	4,3	623	3 067	2,5	404
1936	4 636	3,9	631	2 764	2,3	418
1939	4 794	3,7	657	3 497	2,7	407
1943	7 681	4,4	725	4 640	2,6	378
1945	*	*	*	6 020	2,8	*
1953	19 794	5,1	1 410	8 716	2,2	*
1956	25 054	5,1	1 538	10 082	2,0	*

a) Die Zahlen stützen sich, mit Ausnahme der Jahre 1936 und 1943, nicht auf die effektiven Reineinkommen, sondern auf die bei der *Steueraufgabe* der betreffenden Jahre ermittelten Reineinkommen. Insbesondere 1953 und 1956 weichen die genauen Zahlen von den hier verwendeten ab.

Die verschärfte Progression und die erhöhte Einkommenskonzentration ergeben eine steigende *Konzentration des Einkommenssteuerertrages*:

Tabelle 115

Die Konzentration des Einkommenssteuerertrags der natürlichen Personen 1936 und 1953

	1936 ^{a)}			1953 ^{b)}		
Einkommenssteuerertrag (in Mio. Fr.) ^{d)}		1,781			12,714	
% der Steuerpflichtigen mit den grössten Einkommen	2,8	10,0	25,0	2,8	10,0	25,0
Deren Steuerertrag in Mio. Fr.) ^{c)}	0,868	1,219	1,500	7,031	9,113	10,801
in % des Gesamtsteuerertrags	48,6	68,3	84,2	55,2	71,6	84,9

a) Errechnet nach Steuerstatistik 1949.

b) Errechnet nach Steuerstatistik 1953.

d) incl. Handelsregisterfirmen.

c) interpoliert.

Wir sehen aus Tab. 115, dass 1936 2,8% aller Einkommenssteuerzahler 48,6% des gesamten Steuerertrages aufbrachten, 1953 jedoch 55,2%. Die Differenz ist nicht derart gross, wie man vorerst auf Grund der Zunahme der Einkommenskonzentration und der Erhöhung des Maximalsteuerfusses von 6,5 auf 13,0% erwartet. Etwas deutlicher sichtbar werden die Veränderungen, wenn man errechnet, dass 1936 die steuerbaren Einkommen von über 19 000 Fr. 470 594 Fr. oder 26,4% des gesamten Ertrags aufbrachten, 1953 jedoch die Einkommen von über 35 000 Fr. (was kaufkraftmässig dem Einkommen von 19 000 Fr. Anno 1936 entspricht) 3 870 664 Fr. oder 30,4%. Allein auch an diesem Beispiel zeigt es sich, dass die Steuerbelastung realiter nicht derart stark zugenommen hat, wie auf Grund der reinen Zahlenwerte vielfach angenommen wird. So belief sich der Steuerertrag der steuerbaren Einkommen von über 19 000 Fr. im Jahre 1953 auf 7 071 838 Fr. oder 55,5% des Gesamtsteuerertrags, also nominell nahezu das Doppelte von 1936. Zieht man freilich nur die mit dem Maximalsteuerfuss belasteten Einkommen in Betracht – die Einkommensgrenze von 40 000 Fr. Anno 1936 entspricht hier, am Index der Lebenshaltungskosten gemessen, jener von rund 75 000 Fr. im Jahre 1953 –, so steigt der Steuerbetrag von 0,175 Mio. Fr. oder 9,8% des Gesamtsteuerertrags im Jahre 1936 auf rund 3,704 Mio. Fr. oder 29,1% Anno 1953.

b. Die Steuereinkommen der juristischen Personen

Unter den juristischen Personen sind insbesondere die Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften, Vereine, Stiftungen und Bürgergemeinden verstanden. Die statistischen Unterlagen sind hier noch spärlicher als bei den natürlichen Personen. Wohl wird in den Amtsberichten die jährliche *Steueraufgabe* veröffentlicht, diese weicht aber, insbesondere in den letzten Jahren, nicht unwesentlich von den effektiven Werten ab. Eine genaue Erfassung liegt einzig für die Jahre 1923 und 1953 vor, eine Einteilung der Einkommen und Vermögen nach ihrer Grösse nur aus dem Jahre 1923.

Tabelle 116
Die steuerbaren Einkommen der juristischen Personen 1923-1956a)

Jahr	Aktien- gesellschaften	Genossen- schaften	übrige juristische Personen	Total real ^{b)}			Aktien- gesellschaften real ^{b)}
	(in 1000 Fr.)				1923 = 100	1936 = 100	(1936 = 100)
1923	4 613	1 230	572	6 415	108	91	101
1930	7 633	1 097	602	9 332	140	134	170
1933	4 022	1 442	506	5 970	111	101	105
1936	3 564	1 514	448	5 526	110	100	100
1939	5 219	1 549	565	7 333	137	124	137
1943	7 604	1 864	1 182	10 650	141	128	142
1945	6 751	2 545	1 096	10 392	127	115	116
1953	19 004	1 950	1 170	22 124	240	217	289
1956	25 970	2 589	941	29 500 ^{c)}	317	287	392

- a) Mit Ausnahme der Jahre 1923 und 1953 stützen sich die Zahlen auf die jährlichen Steuer-
aufgaben, die von der effektiven steuerpolitischen Grundlage, insbesondere 1956, abweichen.
b) Gemessen am Index der Lebenshaltungskosten des Wirtschaftsjahres.
c) 1955 = 29 614 000 Fr. (gemäss Auskunft der Direktion des Innern).

Tab. 116 zeigt uns, dass die versteuerten Einkommen der juristischen Personen 1936/53 erwartungsgemäss noch stärker angestiegen sind als jene der natürlichen: Dort beträgt die reale Steigerung der Gesamteinkommen 120%, hier 187% (Aktiengesellschaften 292%). Es ist freilich naheliegend, dass sich der Konjunkturaufschwung rascher und stärker auf die Einkommen der juristischen Personen auswirkt als auf jene der natürlichen. Umgekehrt sind die Einkommen der juristischen Personen infolge ihrer starken Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Wechsellagen auch viel krisenempfindlicher, was deutlich aus den Zahlenwerten der dreissiger Jahre in Tab. 116 hervorgeht.

Auffallend ist das relativ konstante Verhältnis der steuerbaren Einkommen von natürlichen und juristischen Personen. Zu Beginn unserer Untersuchungsperiode (1923) entfielen von den gesamten steuerbaren Einkommen 6,3% auf juristische Personen, am Ende (1953) 6,4%. Während der Krise der dreissiger Jahre sank dieser Anteil allerdings bis auf 4,7% (1936).

Zusammenfassend sei festgehalten, dass sich das *versteuerte Reineinkommen von natürlichen und juristischen Personen* von 102,6 Mio. Fr. Anno 1923 (Wirtschaftsjahr 1922) auf rund 523 Mio. Fr. im Jahre 1956 (Wirtschaftsjahr 1955) erhöht hat. Die nominelle Steigerung um rund 410% vermindert sich «real» (gemessen am Index der Konsumentenpreise) auf rund 250%. Pro Kopf der Bevölkerung¹⁾ stieg das Reineinkommen von rund 1230 Fr. auf rund 4400 Fr. (1923/56), nominell um rund 260%, «real» um rund 150%. Das *steuerbare Einkommen* der natürlichen und juristischen Personen erhöhte sich 1923/56 von 101,5 Mio. Fr. auf rund 447 Mio. Fr. oder um nominell rund 340%, «real» um rund 200%. Der Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung¹⁾ erhöhte sich von 1215 Fr. auf rund 3760 Fr., d.h. nominell um rund 210%, «real» (gemessen am Index der Konsumentenpreise) um rund 110%. Infolge der stark erhöhten Sozialabzüge ist die Steigerung der steuerbaren Einkommen erheblich kleiner als jene der Reineinkommen.

¹⁾ Errechnet nach der geschätzten mittleren Bevölkerungszahl des Vorjahres (Wirtschaftsjahres).

c. Die Steuereinkommen der Bezirke

α. Natürliche Personen

Tabelle 117

Die steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen in den Bezirken 1923, 1936 und 1953

a) Absolut:

Bezirk	1923	1936	1953	1923	1936	1953	Zunahme 1923/53 (in %)
	(in 1000 Franken)			(in Promille)			
Arlesheim	47 952	63 243	185 426	504	568	575	286,7
Liestal	21 609	25 665	72 040	227	231	224	233,4
Sissach	17 447	14 955	40 545	184	135	126	132,4
Waldenburg	8 111	7 308	24 160	85	66	75	197,9
Baselland	95 119	111 171	322 171	1000	1000	1000	238,7

b) Steuerbares Durchschnittseinkommen pro Steuerpflichtigen

Bezirk	1923	1936	1953	1923	1936	1953	1936	1953	1923	1953
	Steuerpflichtige			Einkommen in Fr.			(1923 = 100)		(1936 = 100)	
Arlesheim	16 319	21 520	27 663	2 938	2 939	6 703	100	228	100	228
Liestal	7 451	9 309	11 369	2 900	2 757	6 337	95	219	105	230
Sissach	7 352	7 058	8 510	2 373	2 119	4 764	89	201	112	225
Waldenburg	3 853	3 701	4 681	2 105	1 975	5 161	94	245	107	261
Baselland	34 975	41 588	52 223	2 720	2 673	6 169	98	227	102	231

Wie aus Tab. 117 hervorgeht, entfiel in den letzten drei Jahrzehnten stets mehr als die Hälfte des steuerbaren Einkommens der natürlichen Personen auf den Bezirk Arlesheim, dessen Anteil an der Gesamtbevölkerung 1920 = 44,4% und 1950 = 49,8% betrug (1956 = 54,1%). Der Anteil des Bezirks Arlesheim am gesamten steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen ist 1923/53 von 50,4% auf 57,5% angestiegen.

Das steuerbare Durchschnittseinkommen pro Steuerpflichtigen lag im Bezirk Arlesheim 1923 um 39,6% höher als im finanzschwächsten Bezirk (Waldenburg), 1936 um 48,8% (Bez. Waldenburg) und 1953 um 40,7% (Bez. Sissach). Das Gefälle der Durchschnittseinkommen der Bezirke ist somit wenigstens gegenüber der Krise der dreissiger Jahre kleiner geworden. Der Bezirk Sissach ist seit 1936, anstelle von Waldenburg, der finanzschwächste Bezirk. In der Tat weist der Bezirk Waldenburg 1936/53 mit 161% eine erheblich grössere Steigerung der Durchschnittseinkommen auf als der Bezirk Sissach (125%) und selbst als die beiden «reichen» Bezirke Arlesheim (128%) und Liestal (130%). Es kommen in diesen Zahlen einerseits die zunehmende Industrialisierung des Waldenburgertales und andererseits der absolute und relative Rückgang der kleinen Einkommen der Posamenten- und Kleinlandwirte im oberen Baselbiet zum Ausdruck. In der starken Abnahme der Durchschnittseinkommen in den Bezirken Sissach und Waldenburg im Zeitabschnitt 1933/36 spiegelt sich der Zusammenbruch der Posamenterei deutlich wider.

Dass die Anteile des Bezirks Arlesheim am Einkommenssteuerertrag noch grösser sind als jene am steuerbaren Einkommen, ergibt sich aus den höheren Durchschnittseinkommen und der grösseren Konzentration der hohen Einkommen in diesem Bezirk, worauf bereits in Anmerkung 2, S. 66 f. hingewiesen worden ist.

β. Juristische Personen

Tabelle 118

Die steuerbaren Einkommen der juristischen Personen in den Bezirken – 1923 und 1953

a) Absolut

Bezirk	1923 (in 1000 Fr.)	1953	1923 (in Promille)	1953	Zunahme 1923/53 (in %)
Arlesheim	2 221	7 731	346	349	248,0
Liestal	3 279	10 112	511	457	208,3
Sissach	409	1 593	64	72	289,9
Waldenburg	506	2 688	79	122	431,4
Baselland	6 415	22 124	1000	1000	244,9

b) Steuerbares Durchschnittseinkommen pro Einwohner

Bezirk	1923a) (in Franken)	1953b)	Zunahme 1923/53 (in %)
Arlesheim	60.76	144.38	137,6
Liestal	174.28	397.98	128,4
Sissach	23.56	86.28	266,1
Waldenburg	52.29	265.30	407,4
Baselland	77.86	205.71	164,2

a) Errechnet nach den Ergebnissen der eidgenössischen Volkszählung von 1920.

b) Errechnet nach den Ergebnissen der eidgenössischen Volkszählung von 1950.

Die Standorte der basellandschaftlichen Industrie – soweit es sich nicht um Einzel-firmen sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften handelt – spiegeln sich deutlich in den Zahlen aus Tab. 118 wider. Im Gegensatz zu den Einkommen der natürlichen Personen steht hier der stark industrialisierte Bezirk *Liestal* absolut und relativ vor Arlesheim an der Spitze. Sein Anteil am Gesamteinkommen der juristischen Personen betrug 1923 51,1%, 1953 noch 45,7%. Das Einkommen pro Einwohner lag im Bezirk Liestal 1923 um 543,4% und 1953 um 361,2% höher als im wenig industrialisierten Bezirk Sissach. Die relative Differenz ist immerhin im Laufe der drei Jahrzehnte kleiner geworden.

Die zuvor (S. 74) erwähnte zunehmende *Industrialisierung des Waldenburger-tales* kommt in Tab. 118 noch deutlicher zum Ausdruck, liegt doch die relative Zunahme der Einkommen erheblich über dem kantonalen Mittel. Verhältnismässig am geringsten ist die Einkommenssteigerung im industriereichsten Bezirk Liestal.

γ. Natürliche und juristische Personen

Tabelle 119

Das steuerbare Einkommen der natürlichen und juristischen Personen in den Bezirken
1923 und 1953

a) Absolut

Bezirk	Steuerbare Einkommen 1923a) 1953 (in 1000 Fr.)		1923	1953	Zunahme 1923/53 (in %)	Wohnbevölkerung 1920 1950 (in 0/00)	
Arlesheim	50 173	193 156	494	561	285,0	444	498
Liestal	24 889	82 152	245	239	230,1	228	236
Sissach	17 856	42 138	176	122	136,0	211	172
Waldenburg	8 617	26 849	85	78	211,6	117	94
Baselland	101 535	344 295	1000	1000	239,1	1000	1000

b) Steuerbare Durchschnittseinkommen pro Einwohner^{b)}

Bezirk	1923	1953 (in Franken)	Zunahme 1923/53 (in %)
Arlesheim	1 372	3 607	163
Liestal	1 323	3 233	144
Sissach	1 030	2 282	122
Waldenburg	891	2 650	198
Baselland	1232	3 201	160

a) In den Tabellen IV und V des Amtsberichts 1923 (S. 300 ff.) differiert die Summe der Reineinkommen der natürlichen Personen um 556 793 Fr. Unsere Statistik stützt sich auf Tab. IV.

b) Errechnet nach den Einwohnerzahlen von 1920 bzw. 1950.

Die grosse Steuerkraft der juristischen Personen des Bezirks Liestal vermag das einkommensmässige Übergewicht des Bezirks Arlesheim bei den natürlichen Personen nicht auszugleichen: Mit 3607 Fr. Einkommen pro Einwohner stand 1953 der untere Kantonsteil als ausgesprochenes Siedlungsgebiet im Agglomerationsbereich der Stadt Basel an der Spitze und übertraf den finanzschwächsten Bezirk Sissach um 58% (1923 54% höher als der Bezirk Waldenburg). Mit einem Anteil von 49,8% an der Bevölkerung des Kantons (1950) repräsentierte der Bezirk Arlesheim 1953 56,1% des steuerbaren Gesamteinkommens. Auch im Bezirk Liestal übertraf 1953 der Anteil am Einkommen jenen an der Bevölkerung, allerdings nur um 0,3%. Umgekehrt liegen die Verhältnisse in den beiden oberen Bezirken: In Sissach übertraf 1953 der Anteil der Bevölkerung jenen am Einkommen um 5,0% und in Waldenburg um 1,6%. Die Zunahme des Gesamteinkommens war 1923/53 am grössten im Bezirk Arlesheim (285%), jene der Durchschnittseinkommen pro Einwohner am stärksten im Bezirk Waldenburg (198%)¹⁾.

¹⁾ Vgl. auch die Zunahme der Durchschnittsvermögen in Tab. 123, S. 80, Tab. 129, S. 86, Tab. 130, S. 87, und Tab. 131, S. 88.

d. Das Steuereinkommen der Gemeinden

α. Natürliche Personen

Eine vollständige Gemeindesteuerstatistik existiert nicht. Die 1951 erschienene Steuerstatistik 1936, 1943, 1945 und 1947 enthält nur die steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen einer Auswahl von 15 Gemeinden. Die Steuerstatistik 1949 umfasst sämtliche Gemeinden, aber auch hier nur die steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen. Die Steuerstatistik 1953 schliesslich erstreckt sich ebenfalls auf alle Gemeinden, beschränkt sich jedoch auf die Angabe der steuerbaren Durchschnittseinkommen und -vermögen der natürlichen Personen sowie der Gewinne, Vermögen und Steuererträge der juristischen Personen. Die nachstehenden Zahlen sind dieser Steuerstatistik entnommen oder aus Werten daraus errechnet.

Tabelle 120

Die steuerbaren Durchschnittseinkommen der natürlichen Personen pro Steuerpflichtigen in den Gemeinden, 1953

Die 10 Gemeinden mit den höchsten steuerbaren Durchschnittseinkommen pro Steuerpflichtigen (in Fr.)		Die 10 Gemeinden mit den niedrigsten steuerbaren Durchschnittseinkommen pro Steuerpflichtigen (in Fr.)	
Bottmingen	9 639	Anwil	2 966
Arlesheim	8 936	Oltingen	3 022
Binningen	8 934	Lauwil	3 094
Tecknau	8 179	Arboldswil	3 134
Liestal	7 609	Wintersingen	3 239
Waldenburg	7 307	Rünenberg	3 242
Hölstein	7 269	Bretzwil	3 291
Muttenz	6 998	Rothenfluh	3 337
Münchenstein	6 909	Liedertswil	3 549
Pratteln	6 768	Buus	3 551

(Kantonaler Durchschnitt = 6169 Fr.)

Wie Tab. 120 zeigt, besteht zwischen den Gemeinden ein sehr starkes Gefälle. Das Durchschnittseinkommen der in bezug auf die natürlichen Personen reichsten Gemeinde Bottmingen war 1953 um 225% höher als jenes der finanzschwächsten Gemeinde Anwil! Das steuerbare Durchschnittseinkommen der natürlichen Personen lag in Bottmingen um 56,1% über, in Anwil um 51,9% unter dem kantonalen Durchschnitt von 6 169 Fr.

Von den 10 Gemeinden mit den höchsten Durchschnittseinkommen liegen 5 im Bezirk Arlesheim, je 2 in den Bezirken Liestal und Waldenburg, und 1 Gemeinde entfällt auf den Bezirk Sissach. Die 10 Gemeinden mit den niedrigsten steuerbaren Durchschnittseinkommen entfallen alle auf die beiden oberen Bezirke (je 5). Während die drei ersten «Ränge» der finanzstarken Gemeinden (Bottmingen, Arlesheim und Binningen) auf typisches Siedlungsgebiet und in diesem auf «Villenorte» entfallen, sind die vier nachfolgenden (Tecknau, Liestal, Waldenburg und Hölstein) ausgesprochene Industrieorte. Die beiden Hauptkomponenten des Reichtums – der Zuzug grosser Einkommen und Vermögen sowie die Industrialisierung – kommen in der Gemeinderangliste deutlich zum Ausdruck.

Bei den einkommensmässig am Schluss figurierenden Gemeinden handelt es sich durchwegs um *Bauerndörfer*, deren grösstes (Buus) 676 Einwohner zählt (1950). Auch die übrigen Gemeinden mit kleinen Durchschnittseinkommen sind Bauerndörfer mit Ausnahme von Ettingen, Füllinsdorf und Zunzgen, in denen die Industrie-Arbeiterschaft vorherrschend ist¹⁾. Bei einem Vergleich der einzelnen Werte ist zu berücksichtigen, dass in den Gemeinden in Siedlungs- und Industriegebiet, in denen die Unselbständigerwerbenden vorherrschend sind, die Einkommen fiskalisch stärker erfasst werden als in den ausgesprochenen Bauerngemeinden mit einer relativ grossen Zahl von Selbständigerwerbenden, vor allem von Landwirten.

β. Juristische Personen

Aus naheliegenden Gründen ist bei den Gemeinden das Gefälle der Einkommen der juristischen Personen wesentlich grösser als jenes bei den natürlichen.

Tabelle 121

Die steuerbaren Einkommen der juristischen Personen in den Gemeinden 1953

Die 10 Gemeinden mit dem absolut höchsten steuerbaren Einkommen (in Fr.)		Die 10 Gemeinden mit den höchsten steuerbaren Durchschnittseinkommen pro Einwohner (in Fr.)	
Pratteln	4 793 751	Hölstein	1 067
Liestal	4 101 661	Pratteln	698
Münchenstein	1 950 334	Eptingen	695
Muttenz	1 786 642	Waldenburg	533
Hölstein	1 020 993	Bubendorf	505
Birsfelden	862 519	Liestal	485
Allschwil	760 047	Münchenstein	323
Bubendorf	702 301	Bottmingen	276
Sissach	687 605	Niederdorf	265
Waldenburg	652 253	Muttenz	251
		Ganzer Kanton	206

Biel wies 1953 überhaupt keine Einkommen juristischer Personen auf. In 6 Gemeinden (Schönenbuch, Diepfingen, Benken, Känerkinden, Ramllinsburg und Liederts-wil) lag das Einkommen unter 2000 Fr. Bei den Einkommen der juristischen Personen in den bauerlichen Gemeinden handelt es sich meistens um die Erträge der Bürgergemeinden und der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Tab. 121 ist nicht unbedingt ein Gradmesser für die Industrialisierung des Kantons: Zum einen wirken sich darin die Einzelfirmen und Kollektiv- und Kommanditgesellschaften nicht aus, zum anderen kann bei relativ kleiner Einwohnerzahl schon ein einzelnes Unternehmen zu einem hohen Durchschnittseinkommen pro Einwohner führen. So figurieren beispielsweise Eptingen und Bottmingen in der Rangliste der höchsten 10 Durchschnittseinkommen, weisen jedoch nur eine geringe Industrialisierung auf. Schliesslich ist nicht jede juristische Person mit einem Industriebetrieb identisch (Holdinggesellschaften). Auffal-

¹⁾ Vgl. auch Durchschnittsvermögen der Gemeinden, Tab. 132, S. 89.

lend ist die in Tab. 121 zum Ausdruck kommende hohe Konzentration der Industrie auf einige wenige Gemeinden und das starke Absinken der Durchschnittseinkommen pro Einwohner.

2. Das Steuervermögen

a. Das Steuervermögen der natürlichen Personen

Mit Hilfe der vorhandenen Steuerstatistiken lässt sich die Entwicklung der Steuervermögen nur bis 1949 einigermaßen zuverlässig verfolgen. Das Steuergesetz von 1952 brachte derart grosse Veränderungen in der Festsetzung des steuerbaren Vermögens mit sich, dass es schwer hält, nach 1952 auf Grund der veröffentlichten *steuerbaren* Vermögen auf die *Reinvermögen* zu schliessen.

Tabelle 122

Die steuerbaren Vermögen und die Reinvermögen der natürlichen Personen (incl. Handelsregisterfirmen), Stichjahre 1923–1956

Jahr	Steuerbares Vermögen (in Mio. Fr.)	Reinvermögen (in Mio. Fr.)
1923	298	301
1930	403	409
1932	405	411
1936	416	422
1939	458	465
1943	582	589
1945	691	710
1947	779	791
1949	822	832
1953	834	*
1955	960a)	*
1956	1032b)	*

a) Errechnet nach dem Bericht des RR betr. Gemeindehilfe, vom 7. Jan. 1958, S. 4 (Steuervermögen total = 1423,8 Mio. Fr.) und einer Auskunft der Dir. des Innern, Gemeinwesen (Steuervermögen der juristischen Personen = 463,9 Mio. Fr.).

b) Schätzung.

Es ist sogleich ersichtlich, dass die Vermögen nicht in derart starkem Masse angewachsen sind wie die Einkommen. Im Gegenteil, an den Lebenshaltungskosten gemessen ergibt sich rechnerisch nach 1939 ein Rückgang, wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Tabelle 123

Die durchschnittlichen steuerbaren Vermögen und die nominellen und realen Durchschnittsvermögen der natürlichen Personen (incl. Handelsregisterfirmen), Stichjahre 1923–1949

	1923	1936	1943	1947	1949
Durchschnittliches Reinvermögen pro Steuerpflichtigen:					
in Franken	8 613	10 152	13 052	16 159	16 695
real ^{a)} (1923 = 100)	100	151	129	148	142
real ^{a)} (1936 = 100)	66	100	85	98	94
Durchschnittliches Reinvermögen pro Vermögensbesitzer ^{d)}					
in Franken	18 721	21 157	25 389	*	*
real ^{a)} (1923 = 100)	100	145	115	* c)	* c)
real ^{a)} (1936 = 100)	69	100	80	*	*
Durchschnittliches steuerbares Vermögen pro Vermögenssteuerzahler ^{b)}					
in Franken	22 950	26 727	30 428	35 613	37 228
real ^{a)} (1923 = 100)	100	149	113	122	119
real ^{a)} (1936 = 100)	67	100	76	82	80

a) Am Index der Lebenshaltungskosten gemessen.

b) 1923 waren 3313 und 1943 4078 Vermögensbesitzer von der Vermögenssteuer befreit, so dass die Zahl der Vermögenssteuerzahler 1923 12 813 oder 36,7% aller Steuerpflichtigen und 1943 19 126 oder 42,3% betrug.

c) Angaben fehlen.

d) 1923 waren von 34 975 Steuerpflichtigen 18 884 oder 53,8% ohne Vermögen, 1943 von 45 137 Steuerpflichtigen 21 933 oder 48,6% (für die nachfolgenden Jahre fehlen Angaben).

Ein Vergleich von Tab. 109 (vgl. S. 64) und Tab. 123 zeigt uns, dass die konjunkturbedingte Steigerung der Durchschnitts-Einkommen der natürlichen Personen keine Parallele in der Entwicklung der mittleren Vermögen findet. Nominell haben sich zwar die durchschnittlichen Reinvermögen 1923/49 um 94% und 1936/49 um 64% erhöht, real – an den Kosten der Lebenshaltung gemessen – ist jedoch 1923/49 eine Steigerung um nur 42% festzustellen; 1936/49 ergibt sich sogar ein Rückgang um 6%. Während in den ersten Nachkriegsjahren noch eine reale Steigerung zu verzeichnen war, führten später – wenigstens bis 1949 – die erhöhten Lebenskosten zu einem Rückgang der durchschnittlichen Realvermögen.

Zu diesen Zahlen ist nun freilich zu bemerken, dass sich darin nicht nur die wirtschaftlichen Veränderungen widerspiegeln, sondern auch jene der Besteuerungsmethoden. Ein Teil der Vermögenszunahme, namentlich jener in den Jahren 1923–1936, in denen sich die durchschnittlichen Vermögen um 51% erhöhten, ist auf die schärfere Erfassung der Vermögen zurückzuführen, vor allem durch die direkte Bundessteuer und die Einführung der Verrechnungssteuer. Beim Staat hat auch der Ausbau des Revisorats der Steuerverwaltung zu einer strafferen Besteuerung geführt. Nicht ohne Auswirkungen waren schliesslich die beiden Wehroffer-Amnestien.

Wenn nun trotz diesen nicht wirtschaftlich bedingten Umständen die Vermögen nicht stärker angewachsen sind, so ist dies darauf zurückzuführen, dass sich die Vermögen nicht im gleichen Masse den Kaufkraftänderungen anzupassen vermögen wie

die Einkommen. Von besonderer Bedeutung ist ferner, dass ein grosser Teil der Vermögen, nämlich die *Liegenschaften* – Gebäude und Grundstücke machten 1939¹⁾ 73% der gesamten Aktiven aus – *seit den Vorkriegsjahren keine namhaften Höhererschätzungen mehr erfahren haben*. Wären die Katasterschätzungen – die letzten erfolgten 1930 und 1938²⁾ – in kurzfristigeren Intervallen der Entwicklung der Verkehrswerte angepasst worden, so würden sich für die Vermögen wesentlich höhere Realwerte ergeben. Ferner führt die durch die Zunahme der erwerbstätigen Ehefrauen bedingte Einkommensvermehrung nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der Vermögen. Endlich spielt die Tatsache eine Rolle, dass nicht im gleichen Masse mehr gespart wie mehr verdient wird. Die Hochkonjunktur lässt zum einen ein Sicherheitsgefühl, die parallel verlaufende Inflation zum andern ein Misstrauen vor der Zukunft aufkommen, die beide dem individuellen Sparen abträglich sind. Wohl hat in den letzten beiden Jahrzehnten das *kollektive Versicherungssparen* (AHV, Pensionskassen usw.) einen gewaltigen Aufschwung erlebt; diese Form des Sparens wirkt sich jedoch auf die Steuervermögen nur in geringem Masse aus.

Die *Konzentration der Vermögen* ist natürlich wesentlich grösser als jene der Einkommen. Das ergibt sich zum einen schon daraus, dass die Zahl der Steuerpflichtigen, die kein Vermögen deklarieren, absolut und relativ weit grösser ist als die Zahl jener, die kein Einkommen beziehen. So betrug die Zahl der Vermögenslosen 1943 21 933 oder 48,6% aller Steuerpflichtigen, jene der kein Einkommen Deklarierenden jedoch nur 2169 oder 4,8%. Zum andern liegt es auf der Hand, dass die Bezüger grosser Einkommen in stärkerem Masse in der Lage sind, Vermögen zu bilden, als jene von kleinen und mittleren, dem Existenzminimum nahen Einkommen.

Da aus den bereits bei den Ausführungen über die Entwicklung der Einkommen (vgl. S. 66 ff.) erwähnten Gründen der Gini'sche Konzentrationsindex auch für die Vermögen nicht genau ermittelt werden kann, sei versucht, auf ähnliche Weise wie bei den Einkommen die Veränderung der Verteilung der Vermögen aufzuzeigen:

Tabelle 124
Die Vermögensverteilung, Stichjahre 1923–1949 (I. Untersuchung)

	1923	1936	1943	1947	1949
Steuerpflichtige total	34 975 b)	41 588	45 137	48 957	49 847
Reinvermögen total (in 1000 Fr.) ^{a)}	283 791	422 212	589 135	791 109	832 174
Steuerpflichtige der Vermögensstufe von über 100 000 Fr.					
absolut	330	576	811	1 103	1 178
in % aller Steuerpflichtigen	0,94	1,39	1,80	2,25	2,36
Reinvermögen der Vermögensstufe von über 100 000 Fr.					
absolut (in 1000 Fr.)	73 297	137 116	241 853	367 963	402 974
in % des Reinvermögens aller Steuerpflichtigen	25,83	32,48	41,05	46,51	48,42
Klassenkonzentrationsindex nach <i>Gini</i>	1,74	3,81	4,51	4,95	5,16

a) Reinvermögen der natürlichen Personen; 1923 excl. Kollektiv- und Kommanditgesellschaften.

b) Gemäss Tab. II, Amtsbericht 1923, S. 300.

¹⁾ Für die nachfolgenden Jahre fehlen Angaben.

²⁾ Innerhalb unserer Untersuchungsperiode

Die Zunahme der Konzentration der grossen Vermögen ist nun freilich nicht ganz so gross, wie Tab. 124 vorerst glauben lässt. Denn selbst bei gleichbleibender Verteilung erhöht sich der Gini'sche Klassenkonzentrationsindex, wenn die untere Stufengrenze – in unserem Fall 100 000 Fr. – nicht entsprechend der Kaufkraftveränderung verschoben wird. Denn alle Vermögen, die im Laufe des Beobachtungszeitraumes die 100 000-Franken-Grenze überschreiten, kaufkraftmässig jedoch nicht grösser geworden sind, führen automatisch zu einer grösseren Häufung innerhalb dieser Vermögensstufe. Es sei in der folgenden Tab. 125 versucht, dieser Kaufkraftveränderung, so weit es die statistischen Unterlagen gestatten, Rechnung zu tragen:

Tabelle 125
Die Verteilung der Vermögen, Stichjahre 1923–1949 (2. Untersuchung)

	1923 ^{b)}	1936	1949
Vermögensstufe über... ^{a)} (in Fr.)	73 200	57 100	100 000
Steuerpflichtige dieser Stufen (interpoliert)	561	1 399	1 178
in % aller Steuerpflichtigen	1,56	3,36	2,36
Reinvermögen dieser Vermögensstufen (interpoliert)			
(in Mio. Fr.)	93 400	198 600	402 974
in % aller Reinvermögen	32,9	47,0	48,4
Klassenkonzentrationsindex	3,72	4,50	5,16

a) Ein Vermögen von 73 200 Fr. Anno 1923 bzw. von 57 100 Fr. im Jahre 1936 entspricht kaufkraftmässig (am Index der Lebenshaltungskosten gemessen) einem Vermögen von 100 000 Fr. Anno 1949.

b) 1923 ohne Kollektiv- und Kommanditgesellschaften.

Die Ergebnisse aus Tab. 125 bestätigen uns *das starke Anwachsen der Konzentration der grossen Vermögen*. Interessant ist, dass sich die Konzentration 1936/49 erhöht hat, obwohl die Zahl der Vermögensbesitzer dieser Klasse von 1399 auf 1178 zurückgegangen ist. Dies zeigt uns, dass sich namentlich die Vermögen von über 200 000 Fr. ganz wesentlich über das Mass der Teuerung hinaus vergrössert haben. Es ist dies – nebst der Zuwanderung von Besitzern grosser Vermögen – vor allem auf die erhöhte Häufung grosser Einkommen und das Steigen der Aktienkurse im Laufe der Hochkonjunktur zurückzuführen. – Die folgende Tabelle zeigt uns das Anwachsen der Konzentration der grossen Vermögen auf andere Weise:

Tabelle 126
Die Verteilung der Vermögen, Stichjahre 1923, 1936 und 1949 (3. Untersuchung)

	1923 ^{a)}	1936	1949
Vermögensstufe über... (in Fr.)	300 000	400 000	800 000
Steuerpflichtige dieser Stufen	53	63	77
in ‰ aller Steuerpflichtigen	1,52	1,51	1,54
Reinvermögen dieser Vermögensstufen (in Mio. Fr.)	30 331	50 999	180 167
in % des gesamten Reinvermögens	10,68	12,26	21,68

a) 1923 ohne Teilhaber an Kollektiv- und Kommanditgesellschaften.

Es entfielen somit auf rund 1,5 ‰ aller Steuerzahler 1923 10,7% des Gesamtvermögens, 1936 12,2% und 1949 21,7%. Diese Zahlen bestätigen unsere vorherige Aussage, es seien die höchsten Vermögen stärker angewachsen als die hohen und mittleren.

*Der durchschnittliche Vermögenssteuersatz*¹⁾ entwickelte sich wie folgt:

Jahr	‰
1923	= 2,14
1930	= 2,05
1933	= 2,01
1936	= 2,04
1939	= 2,12 (incl. Krisenopfer = 2,38)
1943	= 2,25 (« « = 2,61)
1947	= 2,33
1949	= 2,36
1953	= 2,12
1956	= 2,14

Es fällt uns an diesen Ansätzen sofort auf, dass sie weit weniger voneinander differieren als jene der Einkommenssteuer (vgl. S. 65). Bei gesetzlich gleichgebliebenen Steuersätzen (1930-1949) ergibt sich immerhin eine Steigerung der durchschnittlichen Belastung von 2,05‰ auf 2,36‰, was zum einen auf die Erhöhung der Durchschnittsvermögen und die dadurch bewirkte höhere Besteuerung, zum andern auf die Steigerung der Konzentration der grossen Vermögen zurückzuführen ist. Der Rückgang in den Jahren 1933 und 1936 hat seine Ursache im Rückgang des Steuerertrags der Kollektiv- und Kommanditgesellschaften und der Einzelfirmen (Depression!). Während der gleichen Zeit stieg nämlich die durchschnittliche Vermögenssteuerbelastung der natürlichen Personen, ohne Miteinbezug der Handelsregisterfirmen, von 1,88‰ (1930) auf 1,93‰ (1933) bzw. 1,98‰ (1936). Die Herabsetzung der Vermögenssteuersätze im Steuergesetz von 1952 wirkt sich deutlich in den Werten von 1953 und 1956 aus. Im übrigen ist die *relative Konstanz* darauf zurückzuführen, dass nominelle Vermögensschwankungen nicht so rasch zu höheren Steuersätzen führen wie nominelle Einkommensveränderungen, dass die relative Differenz zwischen den Minimal- und den Maximalansätzen weit kleiner als bei der Einkommenssteuer ist und dass die durchschnittlichen Vermögen weder nominell noch real so stark angestiegen sind wie die durchschnittlichen Einkommen.

Die *Konzentration des Vermögenssteuerertrags* ist noch ausgeprägter als jene des Einkommenssteuerertrags. Zwar ist die Höchstbelastung der Vermögen relativ kleiner als jene der Einkommen, doch hebt die viel stärkere Konzentration der Vermögen diesen Unterschied bei weitem auf. Auf 1,5‰ der grössten Vermögen (vgl. S. 82) entfielen 1936 24,6% und 1949 36,2% des Steuerertrags. Die stark zunehmende Konzentration des Vermögenssteuerertrags geht im übrigen aus folgender Tabelle (S. 84) hervor:

Wir sehen, dass 1953 *rund 1% aller Steuerpflichtigen drei Viertel des gesamten Vermögenssteuerertrags aufbrachten*. In diesen Zahlen zeigt sich mit aller Deutlichkeit die zusätzliche *redistributive Wirkung* der die Einkommenssteuer ergänzenden Vermögenssteuer. Sie dokumentieren aber auch das starke Anwachsen der hohen Vermögen, namentlich in den Zeitspannen 1923-1936 und 1936-1947.

Die auffallende Erhöhung der Anteile Anno 1953 ist nicht auf eine Erhöhung des Maximalsteuerfusses zurückzuführen – dieser blieb im Steuergesetz von 1952 mit 4‰

¹⁾ Anteil des Vermögenssteuerertrags am steuerbaren Vermögen.

Tabelle 127
Die Konzentration des Vermögenssteuerertrags, Stichjahre 1923–1953

Vermögensgrenze (in Fr.)	1923	1936	1947	1949	1953
	Zahl der Pflichtigen, deren Vermögen die folgenden Vermögensgrenzen übersteigt (in % aller Pflichtigen)				
2 000 000	—	0,005	0,04	0,05	0,05
1 000 000	0,01	0,02	0,09	0,10	0,13
500 000	0,06	0,11	0,23	0,26	0,29
200 000	0,27	0,42	0,81	0,86	0,99
Von diesen Pflichtigen gesamthaft entrichtete Vermögenssteuer (in % des gesamten Vermögenssteuerertrags)					
2 000 000	—	4,36	22,41	24,49	40,11
1 000 000	4,53	9,13	30,06	31,44	50,88
500 000	14,23	20,65	40,45	42,44	60,09
200 000	28,70	37,84	56,02	57,57	74,97

konstant –, sondern auf die Entlastung aller Vermögen bis zu 1,9 Mio. Fr. und den starken Rückgang der gesamten steuerbaren Vermögen infolge der neu eingeführten Sozialabzüge. Das Ansteigen der Anteile bei gleichen Steueransätzen (1936, 1947 und 1949) vermittelt sehr anschaulich die starke Erhöhung der Vermögenskonzentration. So brachte rund 1‰ aller Steuerpflichtigen 1936 20,7%, 1949 jedoch 31,4% des gesamten Vermögenssteuerertrags auf.

b. Das Steuervermögen der juristischen Personen

Zu den nachstehend verwendeten Zahlen sind die gleichen Vorbehalte anzubringen wie bei jenen des Steuereinkommens: Für die Jahre 1923, 1953 und 1955 handelt es sich um die effektiven Werte, für die übrigen Jahre jedoch nur um die *Steueraufgaben*, d. h. die Veranlagungswerte der Steuerbehörden.

Tabelle 128
Die steuerbaren Vermögen der juristischen Personen, Stichjahre 1923–1955

Jahr	Aktien- gesell- schaften	Genossen- schaften	übrige juristische Personen	Total	Total real ^{a)}		Aktien- gesell- schaften real ^{a)} 1936 = 100
					1923 = 100	1936 = 100	
	(in 1000 Franken)						
1923	71 118	15 932	27 520	114 570	100	43	41
1930	102 004	19 486	45 898	167 388	149	64	60
1933	115 168	23 698	45 677	184 543	191	82	80
1936	134 732	28 059	44 982	207 773	232	100	100
1939	140 743	33 185	46 433	220 361	231	99	98
1943	140 044	39 711	47 486	225 176	168	73	69
1945	137 694	43 757	43 725	227 241	155	67	63
1953	295 299	54 245	44 579	394 123	239	103	119
1955b)	*	*	*	463 885	288	122	*

a) Gemessen am Index der Lebenshaltungskosten.

b) Auskunft der Direktion des Innern, Gemeindewesen.

Auch hier bestätigt sich, dass die grosse Steigerung der Einkommen keine Parallele in der Entwicklung der Vermögen hat. Es sind hierfür ähnliche Gründe wie bei den natürlichen Personen (vgl. S. 83) anzuführen. – An den Lebenshaltungskosten gemessen ergibt sich 1936 und 1953 ungefähr Parität der Realvermögen der juristischen Personen, 1955 gegenüber 1936 eine Erhöhung um rund ein Fünftel. Bei den Aktiengesellschaften ist ein etwas stärkeres Anwachsen der Vermögen festzustellen (1953 real um 19% grösser als 1936).

Anno 1923 entfielen von allen fiskalisch erfassten steuerbaren Vermögen 27,5% auf juristische Personen, 1936 33,0%, 1953 32,1% und 1955 32,6%. Aus diesen Zahlen dürfen freilich keine bindenden Schlussfolgerungen über das Verhältnis von persönlichem und «anonymem» Besitz gezogen werden. Auch ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Vermögen der juristischen Personen ein zweites Mal bei den Vermögen der natürlichen Personen miteingerechnet ist.

Fasst man die deklarierten Vermögen der natürlichen und juristischen Personen zusammen, so beträgt das *durchschnittliche Reinvermögen pro Kopf der Bevölkerung*¹⁾ (in gerundeten Zahlen) 1923 = 4990 Fr., 1936 = 6710 Fr.²⁾ und 1949 = 11 000 Fr.³⁾, das durchschnittliche *steuerbare Vermögen* pro Kopf der Bevölkerung¹⁾ 1923 = 4950 Fr., 1936 = 6650 Fr.³⁾, 1949 = 10 900 Fr.³⁾, 1953 = 11 010 Fr. und 1955 = 12 200 Fr.²⁾. Die Zunahme der durchschnittlichen *Reinvermögen* beträgt nominell 1923/49 = 121% (1923/36 = 35%, 1936/49 = 64%), «real»⁴⁾ 1923/49 = 62% (1923/36 = 72%, 1936/49 Abnahme um 6%). Die durchschnittlichen *steuerbaren Vermögen* haben sich nominell 1923/49 um 120% erhöht (1923/36 = 34%, 1936/49 = 64%), «real»⁴⁾ 1923/49 um 61% (1923/36 = 72%, 1936/49 Abnahme um 6%). In den Jahren 1949/55 sind die durchschnittlichen steuerbaren Vermögen – die Zunahme der Reinvermögen lässt sich nach 1949 auf Grund der vorhandenen Statistiken nicht mehr errechnen – nominell um 12%, «real»⁴⁾ um 6% angestiegen. Die Zunahme der durchschnittlichen *Reinvermögen* nach 1949 ist erheblich höher als 6%. Es muss nämlich berücksichtigt werden, dass sich infolge des Steuergesetzes von 1952 (Sozialabzüge bei der Vermögenssteuer) die Differenz zwischen Reinvermögen und steuerbaren Vermögen wesentlich vergrössert hat, dass die Katasterschätzung seit 1938 annähernd konstant ist und dass schliesslich die Zunahme des Zwangssparens (Versicherungen usw.) in den Steuerstatistiken nicht voll zum Ausdruck kommt. Auch bei Miteinrechnung dieser Faktoren erreicht jedoch die relative Zunahme der Vermögen niemals jene der Einkommen («reale» Zunahme⁴⁾ 1949/55 zirka 20%).

Die Veränderungen der Verteilung der Steuervermögen auf die vier Bezirke sind tiefgreifender als jene bei den Einkommen. Gemeinsam ist allen vier Bezirken, dass die Vermögen relativ weniger angewachsen sind als die Einkommen. Die Unterschiede im Grad der Einkommens- und der Vermögenszunahme sind allerdings beträchtlich: So erhöhten sich im Bezirk Arlesheim 1923/49 die Einkommen um 287% und die Vermögen um 253%, im Bezirk Sissach jedoch die Einkommen um 132%, die Vermögen nur um 69%. *Der Schwerpunkt des fiskalisch erfassbaren Reichtums hat sich im Laufe unserer drei Untersuchungsjahrzehnte immer mehr nach dem unteren Kantonsteil verschoben:* Anno 1953 entfielen 80,6% (1923 = 64,5%) der steuerbaren Vermögen der natürlichen Personen auf die Bezirke Arlesheim und Liestal, deren Anteil an der Bevölkerung 1950 nur 73,4% (1920 = 67,2%) betrug. Verhältnismässig am stärksten ist der Vermögensanteil des Bezirks *Liestal* (1953 = 28,1%, Bevölkerung 1950 = 23,6%). Wäh-

¹⁾ Errechnet nach der geschätzten mittleren Bevölkerungszahl des Vorjahres (Wirtschaftsjahres).

²⁾ Natürliche und juristische Personen gemäss *Steueraufgabe*.

³⁾ Juristische Personen gemäss *Steueraufgabe*.

⁴⁾ Gemessen am Index der Konsumentenpreise des Wirtschaftsjahres.

c. Das Steuervermögen der Bezirke

α. Natürliche Personen

Tabelle 129

Das Reinvermögen der natürlichen Personen in den Bezirken, Stichjahre 1923–1953 d)

Bezirk	1923	1936 (in 1000 Franken)	1949	1953a)	1923	1936 (in Promille)	1949	1953a)	Zunahme 1923/49 (in %)b)
a) absolut									
Arlesheim	118 863	204 685	419 810	437 909	395	485	505	523	253,2
Liestal	75 371	105 785	221 247	234 196	250	250	265	281	193,5
Sissach	73 559	76 716	124 080	103 513	244	182	149	124	68,7
Waldenburg	33 448	35 026	67 037	58 025	111	83	81	70	100,4
Baselland	301 241	422 212	832 174	833 643	1000	1000	1000	1000	176,2

Bezirk	Steuer- pflichtige 1949c)	1923	Durchschnittsvermögenb)		1953a)	1936 (1923 = 100)	1949 (1923 = 100)	1923 (1936 = 100)	1949 (1936 = 100)
			1936	1949 (in Franken)					
b) Das durchschnittliche Reinvermögen pro Steuerpflichtigen									
Arlesheim	25 871	7 284	9 511	16 227	15 830	131	223	77	171
Liestal	10 983	9 112	11 364	20 145	20 600	125	221	80	177
Sissach	8 364	10 005	10 869	14 835	12 164	109	148	92	136
Waldenburg	4 629	8 681	9 464	14 482	12 396	109	167	92	153
Baselland	49 847	8 613	10 152	16 695	15 963	118	194	85	164

a) Steuerbares Vermögen.

b) Die starke Heraufsetzung der Sozialabzüge auch bei der Vermögenssteuer im Steuergesetz von 1952 führte zu steuerbaren Vermögen, die – im Gegensatz zu früher – erheblich von den Reinvermögen abweichen. Ein brauchbarer Vergleich der Ergebnisse von 1953 mit jenen früherer Jahre ist daher nicht möglich. Es ist daher das Steuerjahr 1949 in Tab. 129 mit- einbezogen worden, um die Entwicklung wenigstens bis zu diesem Zeitpunkt aufzuzeigen.

c) Steuerpflichtige der Jahre 1923, 1936 und 1953 siehe Tab. 117, S. 74.

d) 1923, 1936 und 1949 = Reinvermögen, 1953 = steuerbares Vermögen.

rend 1923 der Vermögensbesitz im Bezirk *Arlesheim*, am Bevölkerungsanteil gemessen, unter dem Kantonsdurchschnitt lag (39,5%, Bevölkerungsanteil 1920 = 44,4%), erhöhte er sich bis 1953 (52,5%, Bevölkerungsanteil 1950 = 49,8%) erheblich über denselben. Die umgekehrte Entwicklung ist im Bezirk *Sissach* festzustellen: Hier lag der Anteil der Vermögen 1923 über jenem der Bevölkerung (24,4% bzw. 21,1%), 1953 jedoch darunter (12,4% bzw. 17,2%).

Nicht unmittelbar entsprechend liegen die Verhältnisse bei den *Durchschnittsvermögen* pro Steuerpflichtigen. Allerdings kommt auch hier die Schlechterstellung des Bezirks *Sissach* deutlich zum Ausdruck: Er rückte vom ersten Platz Anno 1923 auf den letzten im Jahre 1953. Wie sehr sich grosse Einzelvermögen auf die Vermögensdurchschnitte auswirken vermögen, zeigt das Beispiel des Bezirks *Liestal*, der 1936, 1949 und 1953 die grössten Durchschnitte aufwies. Vom Vermögen dieses Bezirks im Jahre 1949 (221,2 Mio. Fr.) entfielen nämlich allein 14,8% (32,7 Mio. Fr.) auf zwei Vermögensbesitzer in Frenkendorf (vgl. S. 89). Sie erhöhten das Durchschnittsvermögen um rund

2980 Fr. (Freilich wäre der Bezirk Liestal auch ohne diese beiden Grossvermögen 1949 an der Spitze aller Bezirke gestanden). Die Unterschiede der Durchschnittsvermögen sind 1923/49 grösser geworden: 1923 lagen jene des «reichsten» Bezirks (Sissach) um 15% über jenen des «ärmsten» (Waldenburg); 1949 lautete die Differenz (Liestal/Sissach) jedoch 39%.

In der teils recht beträchtlichen Reduktion der Durchschnittsvermögen 1949/53 in den Bezirken Arlesheim, Sissach und Waldenburg kommt die Auswirkung der *regressiven Sozialabzüge*, wie sie durch das Steuergesetz von 1952 für die Vermögenssteuer geschaffen worden sind, deutlich zum Ausdruck.

β. Juristische Personen

Tabelle 130

Die steuerbaren Vermögen der juristischen Personen in den Bezirken, 1923 und 1953

a) Absolut und Zunahme

Bezirk	1923	1953	1923	1953	Zunahme 1923/53 (in Prozent)
	(in 1000 Fr.)		(in Promille)		
Arlesheim	47 247	165 291	412	419	249,8
Liestal	50 703	177 144	443	450	249,4
Sissach	9 322	24 064	81	61	158,1
Waldenburg	7 298	27 624	64	70	278,5
Baselland	114 570	394 123	1000	1000	244,0

b) Durchschnittsvermögen pro Einwohner

Bezirk	1923a)	1953b)	Zunahme 1923/53 (in %)
	(in Franken)		
Arlesheim	1 292	3 087	138,8
Liestal	2 695	6 972	158,8
Sissach	538	1 303	142,6
Waldenburg	754	2 726	261,4
Baselland	1 391	3 665	163,5

a) Errechnet nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1920.

b) Errechnet nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1950.

Die steuerbaren Vermögen der juristischen Personen haben 1923/53 annähernd gleich stark zugenommen wie deren steuerbare Einkommen (244% bzw. 245%). Wiederum steht in bezug auf das relative Wachstum der *Gesamtvermögen* der Bezirk Waldenburg an der Spitze, der Bezirk Sissach am Schluss. Bei der relativen Zunahme der *Durchschnittsvermögen* pro Einwohner führt ebenfalls der Bezirk Waldenburg; im weiteren stimmt jedoch die Reihenfolge mit jener der Durchschnittseinkommen nicht überein (vgl. Tab. 118 S. 75).

Sowohl absolut wie pro Kopf der Bevölkerung steht der industrialisierte Bezirk *Liestal* an der Spitze. Von den Gesamtvermögen der juristischen Personen des Kantons wurden 1953 45,0% (1923 = 44,3%) im Bezirk Liestal versteuert, auf den 1950 jedoch

nur 23,6% (1920 = 22,8%) der Bevölkerung entfielen¹⁾. Dank der zunehmenden Industrialisierung im Waldenburgerthal hat sich hier das Schwergewicht der Vermögen nur unmerklich nach dem unteren Kantonsteil verschoben: Auf die Bezirke Arlesheim und Liestal entfielen 1923 85,5% aller Vermögen (Bevölkerungsanteil 1920 = 67,2%), 1953 86,9% (Bevölkerungsanteil 1950 = 73,4%).

γ. Natürliche und juristische Personen

Tabelle 131
Die gesamten steuerbaren Vermögen der Bezirke, 1923 und 1953

a) Absolut, Zunahme, Verteilung

Bezirk	Steuerbares Gesamtvermögen ^{a)}		Zunahme 1923/53 (in %)	1923 1953		Einwohnerzahl 1920 1950	
	1923	1953		(in 0/00)		(in 0/00)	
	(in 1000 Fr.)						
Arlesheim	164 552	603 200	266,6	399	491	444	498
Liestal	125 292	411 340	228,3	304	335	228	236
Sissach	82 194	127 577	55,2	199	104	211	172
Waldenburg	40 381	85 649	112,1	98	70	117	94
Baselland	412 419	1 227 766	197,7	1000	1000	1000	1000

b) Steuerbares Durchschnittsvermögen pro Einwohner^{b)}

Bezirk	1923	1953	Zunahme 1923/53 (in %)
	(in Fr.)		
Arlesheim	4 501	11 265	150,3
Liestal	6 658	16 190	143,2
Sissach	4 740	6 910	45,8
Waldenburg	4 174	8 452	102,5
Baselland	5 006	11 416	128,6

- a) Beim Vergleich der Werte von 1923 mit jenen von 1953 ist zu beachten, dass 1923 die Differenz zwischen Reinvermögen (steuerpflichtigem Vermögen) und steuerbarem Vermögen, der inzwischen eingeführten Sozialabzüge wegen, viel kleiner war als 1953.
b) Errechnet nach den Ergebnissen der Volkszählungen von 1920 und 1950.

In der relativen Zunahme der Vermögen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den Einkommen. Auffallend ist, dass im Bezirk Liestal die Vermögen verhältnismässig stärker angewachsen sind als die Einkommen (228,3%, bzw. 224,9%). Es dürfte

¹⁾ Der Anteil des Bezirks Liestal war vor dem Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes (1. Jan. 1953) noch höher. Die durch das StG von 1952 bewirkte steuerliche Mehrbelastung der *Holdinggesellschaften* (Anpassung an das Wehrsteuerrecht) führte bis zum 31. Dez. 1953 zur Abwanderung von 16 Holding- und Domizilgesellschaften und von 11 Familienstiftungen. Die gesamt- haft 30 Holding- und Domizilgesellschaften und die 34 Familiengesellschaften Basellands hatten 1952 (incl. 30 prozentigem Wehrsteueranteil) 167 902 Fr. versteuert. Davon waren 89,1% (149 561 Fr.) von in der Folge weggezogenen Gesellschaften und Stiftungen, die namentlich im Bezirk Liestal ihr Domizil hatten, aufgebracht worden. Das Beispiel zeigt, dass sich die verschiedenen Ziele der Finanz- und Steuerpolitik nicht immer in Übereinstimmung bringen lassen. (Vgl. auch den Bericht des RR vom 6. Febr. 1953).

dies auf den Zuzug von einigen wenigen grossen Vermögen zurückzuführen sein. Sowohl 1923 wie 1953 war der Anteil des Bezirks Liestal am steuerbaren Gesamtvermögen des Kantons grösser als jener an der Gesamtbevölkerung, während die Verhältnisse im übrigen Kantonsteil – auch im Bezirk Arlesheim – umgekehrt lagen.

Die *durchschnittlichen Vermögen* pro Einwohner waren 1923 und 1953 im Bezirk Liestal am höchsten. Während aber 1923 dieser Wert um 60% über jenem des «ärmsten» Bezirks (Waldenburg) lag, betrug die Differenz 1953 volle 134% gegenüber dem Bezirk Sissach. Sowohl in ihrer Gesamtheit wie pro Einwohner haben sich die Vermögen im Bezirk Arlesheim am meisten erhöht.

Bei der Beurteilung der Zahlen in Tab. 131 darf nicht ausser acht gelassen werden, dass es sich um die *steuerbaren Vermögen* handelt, die infolge der erhöhten Sozialabzüge 1953 erheblich kleiner waren als die *Reinvermögen*. 1923 betrug die Differenz zwischen *Reinvermögen* und *steuerbarem Vermögen* 3,4 Mio. Fr., 1953 jedoch rund 200 Mio. Fr. Die Sozialabzüge wirkten sich in den finanzschwachen Bezirken Sissach und Waldenburg stärker aus, so dass bei den *Reinvermögen* die Differenzen gegenüber den andern Bezirken nicht derart gross sind wie bei den *steuerbaren Vermögen*.

d. Das Steuervermögen der Gemeinden

α. Natürliche Personen

Wie bereits auf S. 62 f. ausgeführt, besteht nur für das Jahr 1953 eine alle Gemeinden sowie die natürlichen und die juristischen Personen umfassende Steuerstatistik; sie beschränkt sich freilich auf die *Durchschnittsvermögen*.

Tabelle 132

Die steuerbaren Durchschnittsvermögen der natürlichen Personen pro Steuerpflichtigen in den Gemeinden, 1953

Die 10 Gemeinden mit den grössten Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigen (in Fr.)		Die 10 Gemeinden mit den kleinsten Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigen (in Fr.)	
Frenkendorf	62 767	Lauwil	3 358
Arlesheim	44 519	Ettingen	4 028
Binningen	33 060	Rümlingen	4 079
Bottmingen	28 301	Diepfingen	4 349
Liestal	26 074	Anwil	4 665
Augst	24 335	Zunzgen	4 693
Kilchberg	24 316	Pfeffingen	5 025
Waldenburg	19 458	Arboldswil	5 110
Sissach	18 454	Füllinsdorf	5 383
Eptingen	17 713	Bretzwil	5 523
Kantonsdurchschnitt 15 963 Fr.			

Das *Gefälle* zwischen den einzelnen Gemeinden ist hier noch grösser als bei den steuerbaren Einkommen: Das Durchschnittsvermögen in der in bezug auf die natürlichen Personen reichsten Gemeinde Frenkendorf war 1953 um 1769% (Einkommen Bottmingen/Anwil 225%) höher als jenes in der an Vermögen finanzschwächsten Gemeinde Lauwil! Das steuerbare Vermögen lag in Frenkendorf um 293,2% über und in Lauwil um 79,0% unter dem kantonalen Durchschnitt von 15 963 Fr. Auffallend ist

die starke Abnahme der höchsten Durchschnittsvermögen: Jenes an 3. Stelle (Binningen) ist bereits nur noch knapp halb so gross wie jenes an der Spitze (Frenkendorf). Von den 10 an Vermögen reichsten Gemeinden gehören 5 zu den 10 auch an Einkommen reichsten (Bottmingen, Arlesheim, Binningen, Liestal und Waldenburg), und von den 10 an Vermögen ärmsten Gemeinden finden wir 4 bei den auch an Einkommen ärmsten (Lauwil, Anwil, Arboldswil und Bretzwil).

β. Juristische Personen

Tabelle 133

Die steuerbaren Vermögen der juristischen Personen in den Gemeinden, 1953

Die 10 Gemeinden mit den absolut höchsten Vermögen	(in Fr.)	Die 10 Gemeinden mit den höchsten Durchschnittsvermögen pro Einwohner	(in Fr.)
Liestal	75 666 204	Augst	13 460
Pratteln	75 268 663	Pratteln	10 967
Münchenstein	45 949 168	Liestal	8 956
Muttenz	39 099 376	Hölstein	7 916
Binningen	17 340 584	Waldenburg	6 740
Allschwil	16 987 773	Münchenstein	6 481
Arlesheim	13 624 117	Eptingen	5 816
Birsfelden	11 741 365	Muttenz	5 488
Augst	9 045 199	Lausen	4 800
Waldenburg	8 249 892	Bottmingen	4 211
		Ganzer Kanton	3 665

Von den 10 Gemeinden mit den höchsten Vermögen figurieren 1953 deren 6 auch bei den 10 Gemeinden mit den höchsten Einkommen (Liestal, Pratteln, Münchenstein, Muttenz, Allschwil und Waldenburg); von den 10 Gemeinden mit den grössten Durchschnittsvermögen pro Einwohner sind mit 2 Ausnahmen (Augst und Lausen) alle auch bei den 10 Gemeinden mit den höchsten Durchschnittseinkommen der juristischen Personen zu finden.

Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinden mit den höchsten Vermögen der juristischen Personen nicht unbedingt auch die stärkste Industrialisierung aufweisen. Der Ort der Produktionsstätten ist nicht immer identisch mit dem Domizil eines Unternehmens. So sind beispielsweise die hohen Werte von Münchenstein zum Teil auf eine einzelne grosse Verteilergenossenschaft (Elektra Birseck) zurückzuführen.

3. Vergleich mit der gesamtschweizerischen Entwicklung

Wir haben nun nachgewiesen, dass sich Steuervermögen und -einkommen in Basel-land sowohl nominell wie real im Laufe der drei Jahrzehnte stark erhöht haben. Ist die Zunahme auch in den anderen Kantonen derart gross?

Es fehlen uns genaue statistische Unterlagen, um die gesamtschweizerische Entwicklung im Laufe von 33 Jahren zu untersuchen, doch liegen Angaben vor, die wenigstens einen Vergleich der Zeitspanne 1933–1960 gestatten. Die nachstehenden Zahlen dürfen freilich zeitlich nicht *absolut* miteinander verglichen werden, da *die Grundlagen ihrer Erhebung teils voneinander abweichen*. Bei der Krisenabgabe, 1. Periode, 1934/35 (Einkommen 1933) beispielsweise waren die Einkommen bis 4000 Fr. (bei Verheirateten

mit 2 Kindern bis 5300 Fr.) und die Vermögen bis 50 000 Fr. von der Steuer befreit. Es wurden daher bei der Einkommenssteuer in Baselland nur 7118 Steuerpflichtige (oder 18,5% aller Steuerpflichtigen) und bei der Vermögenssteuer nur 1698 (4,4%) erfasst.

Tabelle 134

Basellands Steuereinkommen, -vermögen und -ertrag im Vergleich mit der Gesamtheit aller Kantone, 1933 und 1953/54 (Bundessteuern)

	Alle Kantone ^{a)} pro Kopf der Bevölkerung ^{b)} 1933 1953/54 (in Franken)		Baselland pro Kopf der Bevölkerung ^{b)} 1933 1953/54 (in Franken)		Baselland alle Kantone 1933 1953/54 (1935 = 100)	
a) Steuerbares Einkommen						
Natürliche Personen	532	2 165	543	2 792	102	129
Juristische Personen	121	269	75	195	62	73
Total	653	2 434	618	2 987	95	123
b) Steuerbares Vermögen						
Natürliche Personen	3 215	6 927	2 237	6 952	70	104
Juristische Personen	3 157	3 820	2 009	2 669	64	70
Total	6 372	10 747	4 246	9 621	67	90
c) Steuerertrag ^{c)}						
Natürliche Personen	13,6	53,85	9,1	75,35	67	140
Juristische Personen	8,4	22,20	6,1	20,55	73	93
Total	22,0	76,05	15,2	95,90	69	126

- a) Errechnet nach Eidg. Krisenabgabe, Ergebnisse der 1. Periode 1934/35, Q 77, und nach Wehrsteuer, VII. Periode, Q 285.
- b) Errechnet nach den Ergebnissen der Volkszählungen von 1930 und 1950.
- c) Ertrag von Einkommens- und Vermögenssteuer des Bundes.

Das Durchschnittseinkommen der *natürlichen Personen* lag in Baselland bereits 1933 um 2% über dem schweizerischen Mittel; bis 1953/54 erhöhte sich das Mehr auf 29%. Das Durchschnittsvermögen der natürlichen Personen war 1933 noch erheblich kleiner als jenes in der Gesamtheit aller Kantone, nämlich um 30%; bis 1953/54 erhöhte es sich jedoch auf 4% über dem schweizerischen Mittel. Der Steuerertrag der natürlichen Personen pro Kopf der Bevölkerung lag 1933 mit einer Differenz von 33% ganz erheblich unter dem Mittel aller Kantone, stieg jedoch bis 1953/54 auf 40% über dem kantonalen Durchschnitt!

Bei den *juristischen Personen* waren in Baselland 1923 und 1953/54 sowohl die Durchschnittseinkommen als auch die -vermögen und -steuererträge unter dem schweizerischen Mittel. Die Differenz verminderte sich freilich von 27% (1933) auf 7% (1953/54).

Nimmt man *natürliche und juristische Personen* zusammen, so zeigt es sich, dass bei den *Steuereinkommen* und beim *Steuerertrag* Baselland 1933 um 5% bzw. 31% unter, 1953/54 jedoch um 23% bzw. 26% über dem kantonalen Mittel lag. Einzig das Prokopfvermögen war in Baselland in beiden Stichjahren kleiner als in der Gesamtheit aller Kantone; die Differenz verringerte sich jedoch von 33% (1933) auf 10% (1953/54).

C. Der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern

Die nachstehende Haupttab. 4 enthält die Einnahmen des Staates an Einkommens- und Vermögenssteuern. Dabei sind die *Netto-Erträge* eingesetzt, d.h. es sind von den Brutto-Erträgen die den Steuerzahlern gewährten Skontoabzüge, die unerhältlichen Steuern und die Rückerstattungen – die in der gedruckten Staatsrechnung als Ausgaben verbucht sind – abgezogen. Die Einnahmen an ordentlichen Staatssteuern (Einkommens- und Vermögenssteuern) für das Jahr 1956 (laut Haupttab. 4 = 22,178 Mio. Fr.) sind beispielsweise wie folgt berechnet:

	Fr.
Ordentliche Staatssteuer	21 261 502
Nachträge früherer Jahre	1 223 405
Brutto-Erträge	22 484 907
./. Skontoabzüge	197 240
./. Unerhältliche Steuern und Rückerstattungen	109 533
Netto-Erträge (Tabellenwert)	22 178 134

Graphik E (vgl. S. 93) gibt die in Haupttab. 4 gewonnenen Werte bildlich wieder:

Ursachen der Ertragssteigerungen:

a. Gesetzgebung

Steuergesetz von 1928 (ab 1930)
Krisenopfer (1939–1945)
Zuschlagsteuer III (1948–1952)
Steuergesetz von 1952 (1953–1961)
Katasterneuschätzungen (1930, 1938, 1956)

b. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungszunahme
(1924–1961, namentlich 1924–1930 und 1945–1961)

c. Wirtschaftsentwicklung

Konjunkturaufschwung
1923–1924, 1926–1929, 1936–1945,
namentlich 1946–1949 und 1951–1961
Inflation
1939–1948 und 1950–1961
Reale Einkommenssteigerung
1924–1933, 1944–1950, 1952–1961

Ursachen der Ertragsverminderungen:

Steuergesetz-Revision 1943 (1943–1945)
Steuergesetz-Revision 1946 (1946–1952)
Wegfall des Krisenopfers (1946)
Steuergesetz-Revision 1956
Steuergesetz-Revision 1960

Bevölkerungsabnahme
(nur in den Bezirken Sissach und Waldenburg 1920–1941)

Konjunkturrückgang
1925–1926 (Posamenterkrise), namentlich
1929–1936, ferner 1949/50
Deflation
1924–1935, 1948–1950
Reale Einkommensverminderung
1934–1944

Neben den erwähnten Ursachen sind als weitere die *Steuerveranlagung* und die *Steuermoral* zu nennen. Deren Auswirkung lässt sich allerdings zahlenmässig nicht ausdrücken.

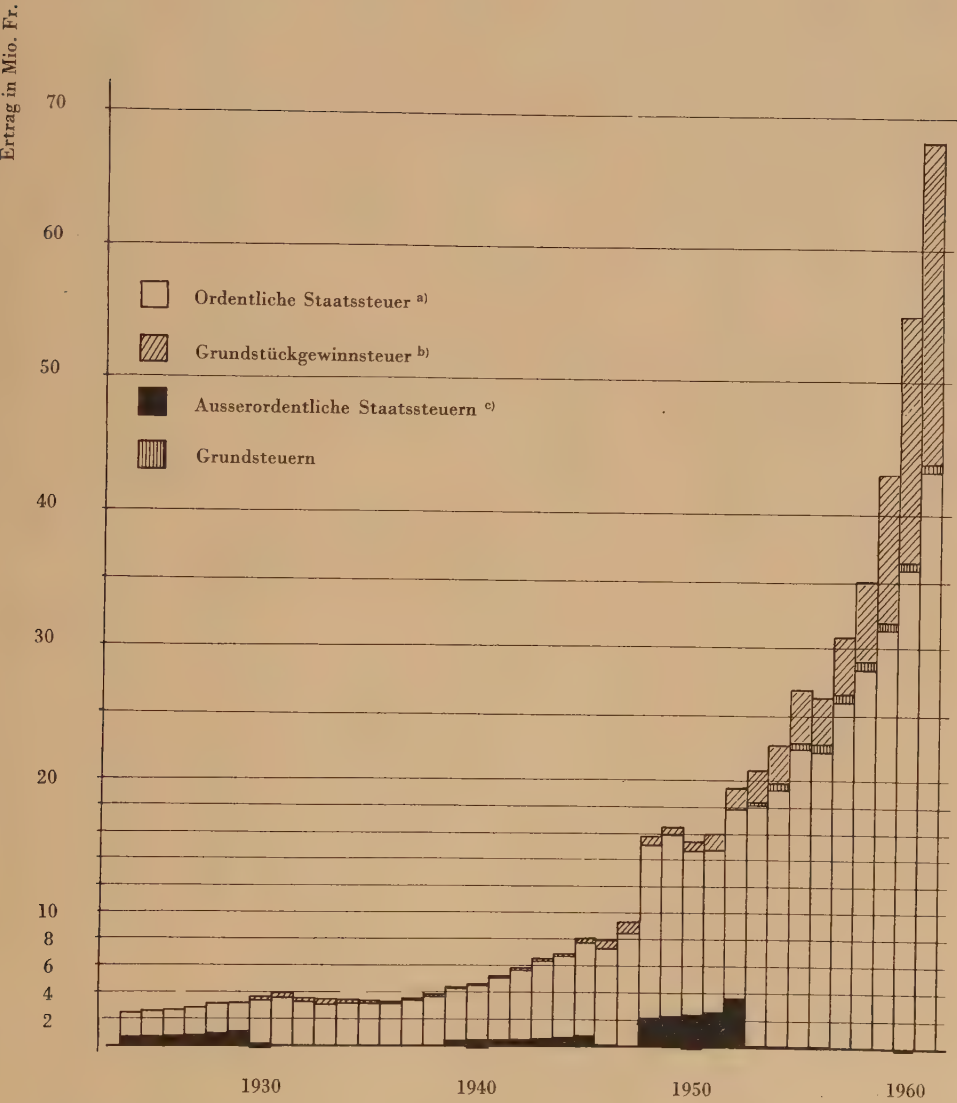
Anmerkungen zu Graphik E (S. 93)

- a) Incl. Nach- und Strafsteuern.
- b) 1930–1952 «Liegenschaftsgewinnsteuer».
- c) Zuschlagsteuer 1919–1929, Krisenopfer 1939–1945, Zuschlagsteuer 1948–1952.

Die Bewegungen der Steuerertragskurve lassen sich in Stichworten wie folgt begründen:

Graphik E

Der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern 1924–1961



Anmerkungen siehe Seite 92

Haupttabelle 4
Die Einnahmen an Einkommens- und Vermögenssteuern 1924–1961 (in 1000 Fr.)

Jahr	Ordentliche Staats- steuer	Nach- und Straf- steuern, Verzugs- zinsen	Ausserordentliche Staatssteuern			Grund- steuer	Grund- stück- gewinn- steuer ^{a)}	Total	Staats- anteil	Ge- meinde- anteil
			Zuschlag- steuer I 1919–1929	Krisen- opfer 1939–1945	Zuschlag- steuer III 1948–1952					
1924	1 815	13	755	—	—	—	—	2 583	2 583	—
1925	1 828	8	799	—	—	—	—	2 635	2 635	—
1926	1 896	24	853	—	—	—	—	2 773	2 773	—
1927	1 996	2	870	—	—	—	—	2 868	2 868	—
1928	2 191	26	965	—	—	—	—	3 182	3 182	—
1929	2 164	44	1 039	—	—	—	—	3 247	3 247	—
1930	3 528	40	29	—	—	—	202	3 799	3 697	102
1931	3 655	31	—	—	—	—	394	4 080	3 883	197
1932	3 397	45	—	—	—	—	233	3 675	3 558	117
1933	3 246	38	—	—	—	—	306	3 590	3 437	153
1934	3 254	68	—	—	—	—	256	3 578	3 450	128
1935	3 277	68	—	—	—	—	176	3 521	3 433	88
1936	3 384	38	—	—	—	—	85	3 507	3 465	42
1937	3 487	35	—	—	—	—	104	3 626	3 574	52
1938	3 694	55	—	—	—	—	86	3 835	3 792	43
1939	3 918	30	—	482	—	—	61	4 491	4 460	31
1940	4 082	105	—	515	—	—	39	4 741	4 721	60
1941	4 738	16	—	549	—	—	82	5 385	5 344	41
1942	5 140	53	—	649	—	—	120	5 962	5 902	60
1943	5 678	136	—	709	—	—	182	6 705	6 614	91
1944	5 978	141	—	780	—	—	119	7 018	6 959	59
1945	6 766	269	—	828	—	—	358	8 221	8 042	179
1946	7 432	151	—	33	—	—	502	8 118	7 887	251
1947	8 584	26	—	9	—	—	844	9 463	9 041	422
1948	12 787	205	—	7	2 336	—	622	15 957	15 646	311
1949	12 604	816	—	22	2 355	—	685	16 482	16 140	342
1950	12 194	163	—	1	2 419	—	678	15 455	15 116	339
1951	11 970	142	—	2	2 646	—	1 223	15 983	14 760	1 223
1952	13 953	227	—	1	3 688	—	1 626	19 495	17 760	1 735
1953	17 853	293	—	—	71	198	2 409	20 824	18 637	2 187
1954	19 258	134	—	—	70	425	2 835	22 722	20 152	2 570
1955	22 406	149	—	—	34	379	4 005	26 973	23 652	3 321
1956	22 178	178	—	—	42	568	3 347	26 313	23 227	3 086
1957	25 775	167	—	—	0	549	4 367	30 858	27 107	3 751
1958	28 235	244	—	—	—	578	6 005	35 062	30 349	4 713
1959	30 817	593	—	—	—	515	11 130	43 055	35 696	7 359
1960	35 873	288	—	—	—	521	18 482	55 164	43 817	11 347
1961	42 946	545	—	—	—	528	24 162	68 181	53 654	14 527

a) 1930–1952 «Liegenschaftsgewinnsteuer» genannt.

Zum Teil fielen Ursachen gleichen Trends zusammen und führten zu *kumulativen Auswirkungen*, namentlich in der Aufschwungsperiode 1948–1961 (Konjunkturaufschwung + Geldentwertung + reale Einkommenssteigerung + starke Zuwanderung + Zuschlagssteuergesetz III + Steuergesetz von 1952). In der Tat weist die Kurve des Steuerertrags in der Zeitspanne 1947–1961 weitaus das grösste Steigungsmass auf. Zum Teil hoben sich Ursachen und Auswirkungen gegenseitig auf: So wies beispielsweise der Steuerertrag nach Aufhebung des Krisenopfers 1945/46 einen relativ kleinen

Rückgang auf, da sich dank der Vollbeschäftigung und der Zuwanderung das Steuereinkommen stark erhöht hatte.

Charakteristisch für den basellandschaftlichen Staatshaushalt ist der grosse Anteil der ausserordentlichen Steuern an den Fiskaleinnahmen. Vom Gesamtertrag der Staatssteuer (Einkommens- und Vermögenssteuer) waren in den Jahren 1924-1956 rund 23,6 Mio. Fr. oder durchschnittlich 8,1% Erträge von Zuschlagsteuern. In den Jahren 1924-1929 (Zuschlagsteuer I) betrug dieser Anteil 30,6%, 1939-1945 (Krisenopfer) 10,6% und 1948-1952 (Zuschlagsteuer III) 16,1%.

Zieht man in Betracht, dass die Gesamteinnahmen des Staates in der Zeitspanne 1924-1956 auf das 6,4fache, die Einnahmen an Staatssteuern jedoch auf das 10,2fache angestiegen sind, so erkennt man sogleich die steigende Bedeutung dieser Einnahme-gruppe. *Die Einnahmen an Staatssteuern machten 1924 29,3% der Gesamteinnahmen aus, 1956 jedoch 46,8% (Min. 1939 = 26,4%, Max. 1955 = 49,7%).* Da die progressive Staatssteuer das wirksamste Mittel ist, um über die öffentliche Finanzwirtschaft eine veränderte Einkommensredistribution herbeizuführen, lässt sich weiter folgern, dass *der basellandschaftliche Staatshaushalt – ungeachtet der ebenfalls redistributiv wirkenden Ausgaben – heute in weit stärkerem Masse eine «gerechtere» Einkommensverteilung bewirkt als zu Beginn unserer Untersuchungsperiode.* Nach der vom Eidg. Statistischen Amt ausgearbeiteten Finanzstatistik der Kantone ist der Anteil der Einkommens- und Vermögenssteuern an den Gesamteinnahmen bis 1960 in Baselland auf 55,1% angestiegen¹⁾.

Die Zunahme des Anteils der Einkommens- und Vermögenssteuern an den staatlichen Gesamteinnahmen ist in Baselland wesentlich grösser als im Durchschnitt aller Kantone. Im Jahre 1930 betrug der Kantonsdurchschnitt 35,4%, in Baselland bezifferte sich der Anteil auf nur 30,1%²⁾. In den letzten Jahren unserer Berichtszeit lagen hingegen die Verhältnisse umgekehrt: 1955 entfiel mehr als die Hälfte der Einnahmen Basellands (50,3%) auf die Einkommens- und Vermögenssteuern, bei der Gesamtheit aller Kantone betrug der Anteil jedoch nur 43,6%³⁾. Im Jahre 1956, in welchem der Kanton Baselland die Einkommenssteuer derart abbaute, dass trotz den erhöhten Steuereinkommen der Ertrag unter jenem von 1955 zurückblieb, verminderte sich die Differenz zwischen Baselland und dem Kantonsdurchschnitt: Der Anteil der Einnahmen an Einkommens- und Vermögenssteuern machte 1956 in Baselland 47,4% der Gesamteinnahmen aus; beim Durchschnitt aller Kantone war der Anteil mit 42,7% ebenfalls kleiner als im Vorjahr⁴⁾. Die Differenz der Anteile Basellands und des Kantonsdurchschnitts sank 1955/56 von 6,7% auf 4,7%. Sie erhöhte sich freilich in der Folge auf 10,2%: Der Anteil betrug 1960 in Baselland 55,1%, im Durchschnitt aller Kantone nur 44,9%⁵⁾. Bei der Beurteilung dieses Unterschiedes muss freilich wiederum berücksichtigt werden – und erneut ist in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen des Verbots der Gemeindesteuerprogression hinzuweisen! –, dass 1960 im Durchschnitt aller Kantone 46,5% der Kantons- und Gemeindesteuern auf die *Gemeinden* entfielen, in Baselland jedoch nur 30,6%. Einzig in den Städtkantonen Basel-Stadt und Genf ist dieser Gemeindeanteil mit 4,6% bzw. 25,2% noch kleiner als in Baselland⁵⁾.

Der Ertrag der Staatssteuern hat sich in Baselland im Laufe unserer Untersuchungsperiode *ausserordentlich stark erhöht* – 1924-1956 um 918,7% und 1924-1961 um

¹⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden, 1960/61, Q 330, S. 40 ff.

²⁾ Errechnet nach Kantonen, Finanzen und Steuern, 1930, S. 17 und S. 42.

³⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden, 1955/56, Q 292, S. 43 f.

⁴⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kant. und Gemeinden, 1956/57, Q. 300, S. 45 f.

⁵⁾ Q 330, a.a.O., S. 77.

2539,6%! Nun muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich in den Jahren 1924–1956 der Geldwert (gemessen an den Lebenshaltungskosten) um rund 40% verringert und die Einwohnerzahl Basellands¹⁾ um rund 40% erhöht hat. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung stieg 1924/55 von 30,4 Fr. auf 227,0 Fr., d.h. um 647% an, 1924/56 von 30,4 Fr. auf 217,6 Fr. oder um 616% (vgl. Tab. 135). Dieses Steigungsmass reduziert sich «real» auf 431%, wenn auch die veränderten Geldverhältnisse mitberücksichtigt werden. Die analoge Erhöhung bei der Gesamtheit aller Kantone beträgt 156% (1924/55)²⁾. Noch deutlicher ist die «Überrundung» der anderen Kantone in den nachfolgenden vier Jahren zutagegetreten: Die Kopfquote an Einkommens- und Vermögenssteuern des Staates stieg in Baselland 1956/60 von 217,6 Fr. auf 375,0 Fr. oder um rund 72%, in der Gesamtheit aller Kantone von 175,5 Fr. auf 228,9 Fr. oder um rund 31%. Im Jahre 1960 lagen die Einnahmen des Staates an Einkommens- und Vermögenssteuern in Baselland um 64% über dem kantonalen Mittel³⁾.

In Wirklichkeit haben sich allerdings die Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern in Baselland nicht derart viel stärker erhöht als in der Gesamtheit aller Kantone wie man vorerst auf Grund der beiden eben errechneten Vergleichswerte (431% bzw. 156%) annehmen könnte. Berücksichtigt man nämlich auch die *Gemeindesteuern*, so betrug der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung 1924 in Baselland 77,0 Fr., im Durchschnitt aller Kantone jedoch 105,2 Fr. Während der durchschnittliche Ertrag von Staats- und Gemeindesteuern zu Beginn unserer Untersuchungsperiode in Baselland wesentlich unter dem schweizerischen Mittel lag, waren die Verhältnisse am Ende umgekehrt: 1955 und 1956 betrug die Kopfquote in Baselland je 377,8 Fr., in allen Kantonen hingegen durchschnittlich nur 345,2 Fr. (1956 = 360,0 Fr.). Dabei waren, wie Tab. 135 zeigt, die Kopfquoten bei den Gemeindesteuern in den übrigen Kantonen wesentlich höher als in Baselland:

Tabelle 135

Der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern in Baselland und in der Gesamtheit aller Kantone, Kopfquoten, Stichjahre 1924–1960a)

	1924	1930	1938	1945	1950	1955	1956	1960
	(in Franken pro Kopf der Bevölkerung) ^{b)}							
Staatssteuern								
alle Kantone	46,2	54,0	56,1	90,7	130,7	166,8	176,4	228,9
Baselland	30,4	41,4	40,7	82,5	144,4	227,0	217,6	375,1
Gemeindesteuern								
alle Kantone	59,0	65,9	65,2	101,8	142,1	178,4	183,6	240,0
Baselland ^{c)}	46,6	55,6	59,8	92,6	124,9	150,8	160,2	181,7
Staats- und Gemeindesteuern								
alle Kantone	105,2	119,9	121,3	192,5	272,8	345,2	360,0	468,9
Baselland	77,0	97,0	100,5	175,1	269,3	377,8	377,8	556,8

a) Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1960/61, Q 330, S. 74, Statistische Jahrbücher der Schweiz und Amtsberichte BL.

b) Errechnet auf Grund der geschätzten mittleren Wohnbevölkerung, 1960 auf Grund der provisorischen Ergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1960.

c) Incl. Armensteuer, excl. Feuerwehr- und Kirchensteuer.

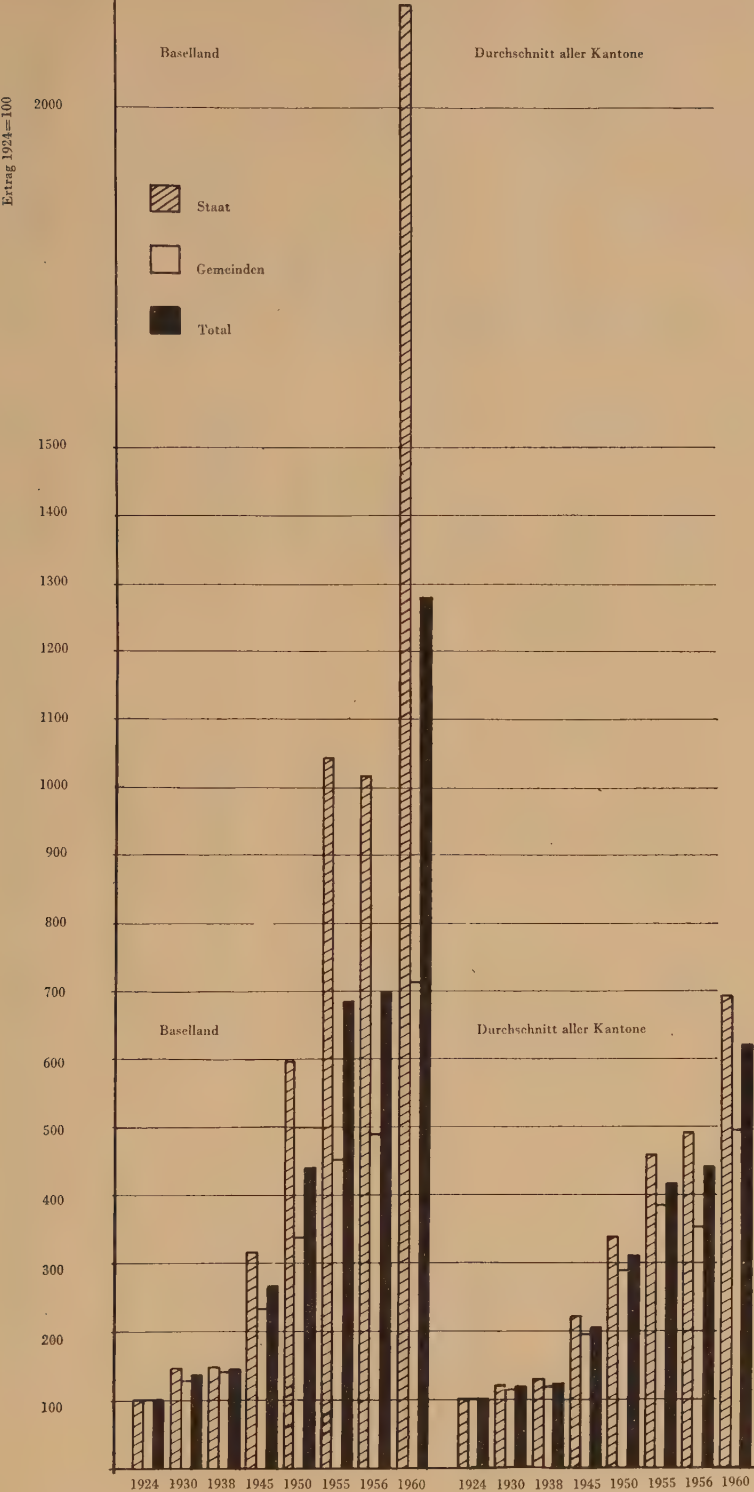
¹⁾ Geschätzte mittlere Bevölkerungszahl.

²⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden, 1955/56, Q 292, S. 66.

³⁾ Errechnet nach Q 330, a.a.O., S. 42 f. und S. 74 f., 1956 auf Grund der geschätzten mittleren Wohnbevölkerung, 1960 auf Grund der provisorischen Ergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1960.

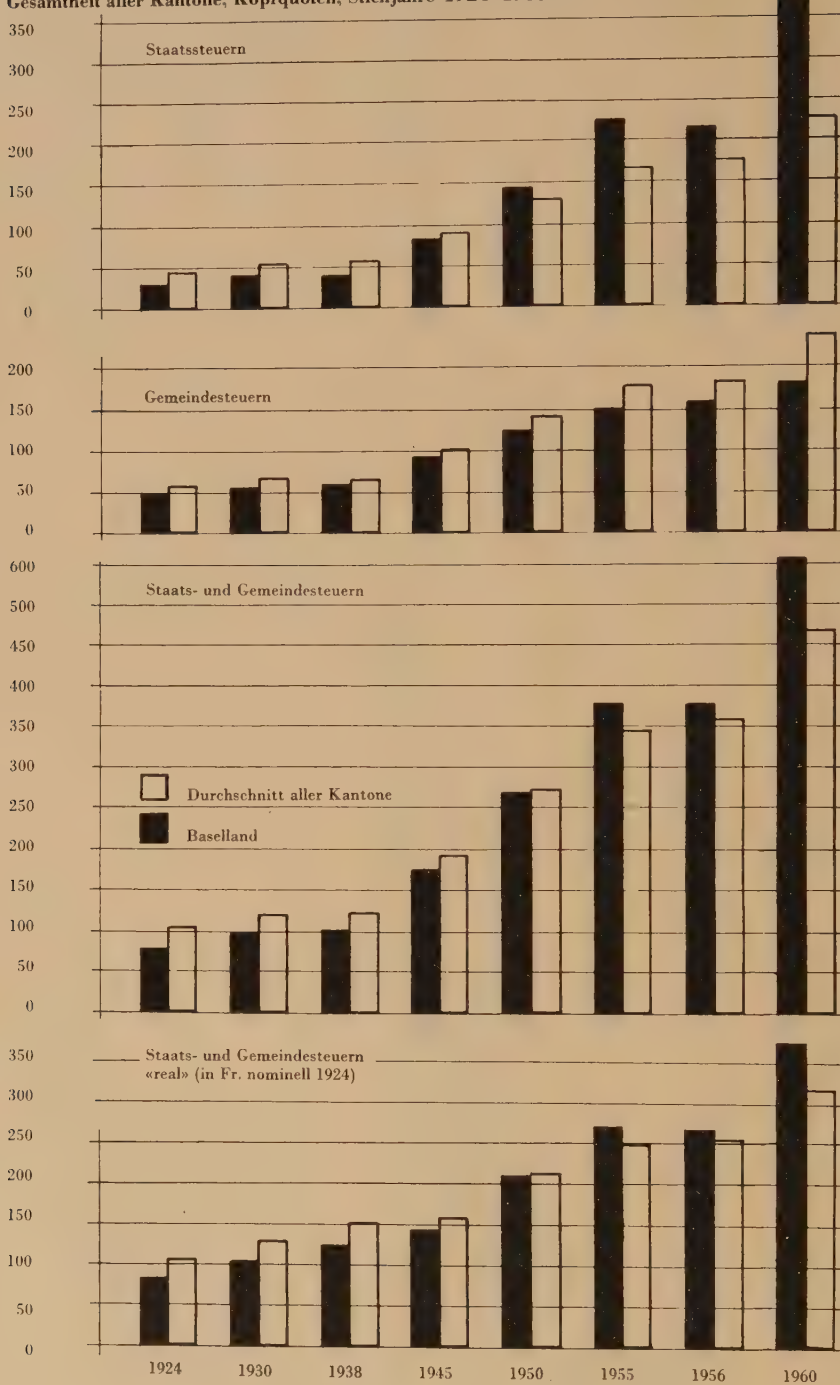
Graphik F

Der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern in Baselland und in der Gesamtheit aller Kantone, Stichjahre 1924–1960 (1924=100)



Graphik G

Die Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern in Baselland und in der Gesamtheit aller Kantone, Kopfquoten, Stichjahre 1924–1960



Es ist bemerkenswert, dass bis zu Beginn der fünfziger Jahre der durchschnittliche Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern von Staat und Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung in Baselland unter dem schweizerischen Mittel lag, 1956 jedoch um 17,8 Fr. oder um 5,0% und 1960 um 87,9 Fr. oder um 24,4% darüber. Infolge des Abbaus der Staatssteuer am Ende unserer Berichtszeit kommen sich die Werte Basellands und des Kantonsdurchschnitts 1956 wieder näher als im vorangegangenen Jahr. – Bei der Staatssteuer war die Kopfquote in Baselland bereits 1950 höher als im schweizerischen Mittel, bei den Gemeindesteuern lagen jedoch die Verhältnisse während der ganzen Untersuchungsperiode umgekehrt. Bei der Staatssteuer lag die Baselland-Kopfquote 1955 um 23,3% (1960 = 63,9%) über dem schweizerischen Mittel, bei der Gemeindesteuer das schweizerische Mittel 1956 um 14,6% (1960 = 32,1%) über jenem Basellands. Die Erträge der Gemeindeeinkommens- und Vermögenssteuern haben sich gesamtschweizerisch, auf die Kopfquoten abstellend, 1924/56 um 211% und 1924/60 um 307% erhöht, in Baselland hingegen 1924/56 um 244%, 1924/60 um 290%. In den Jahren 1956/60 ist der schweizerische Durchschnitt an Gemeinde-Einkommens- und Vermögenssteuern um 29,2% angewachsen, in Baselland jedoch nur um 13,4%. Einmal mehr zeigt sich hier die Folge der proportionalen Gemeindesteuer in Baselland. Auf das grössere Anwachsen der Staatssteuern gegenüber den Gemeindesteuern in Baselland ist bereits eingehend beim Kapitel «Finanzausgleich» (vgl. S. —) hingewiesen worden, und es sind dort die Ursachen aufgezeigt.

Das überdurchschnittliche Anwachsen der Finanzkraft Basellands, gemessen an der durchschnittlichen Steuerkraft seiner Bewohner, lässt sich auch feststellen, wenn alle Steuerarten von Staat und Gemeinden zusammengefasst werden: Nach der neuesten Publikation des Eidg. Statistischen Amtes¹⁾ ist die Kopfquote aller Steuern von Staat und Gemeinden 1956/60 gesamtschweizerisch von 407,8 Fr. auf 534,3 Fr., oder um 31,0% angestiegen, in Baselland jedoch von 430,7 Fr. auf 625,5 Fr. oder um 45,2% (Basel-Stadt 22,2%). Im Jahre 1960 war die Kopfquote von Staats- und Gemeindesteuern nur in drei Kantonen höher als in Baselland, nämlich in Basel-Stadt (895,4 Fr.), Genf (794,3 Fr.) und Zürich (728,9 Fr.). Anno 1946 lag der durchschnittliche Ertrag aller Steuern von Staat und Gemeinden in Baselland mit 192,6 Fr. pro Kopf der Bevölkerung um 14,9% unter dem schweizerischen Mittel von 226,3 Fr., 1960 jedoch mit 625,5 Fr. um 17,1% über dem Durchschnitt aller Kantone von 534,3 Fr.

Die nachstehenden Graphiken F und G mögen die Entwicklung in Baselland und in der Gesamtheit der schweizerischen Kantone besser veranschaulichen (vgl. S. 96f.).

In Graphik G ist namentlich die basellandschaftliche «Realkurve» von Interesse. Der Anstieg bis 1938 ist im wesentlichen auf die Geldentwertung und nur zum Teil (Steuergesetz von 1928) auf Änderungen der Fiskalgesetzgebung zurückzuführen. Nominell verringerte sich der Staatssteuerertrag 1930/36 in Baselland um 7,7%, im Durchschnitt aller Kantone um 7,8%. Die Schwankungen innerhalb dieser Zeitspanne gehen jedoch bei der Gesamtheit aller Kantone nicht parallel jenen in Baselland: Gesamtschweizerisch entfiel das fiskalische «Tief» auf das Jahr 1934 (Ertragsreduktion 1930/34 = 9,3%), in Baselland jedoch auf das Jahr 1936. Diese Zahlen bestätigen die schon wiederholt gemachte Feststellung, dass sich die Depression der dreissiger Jahre im Kanton Baselland relativ spät voll ausgewirkt hat.

In den Jahren 1938-1945 stiegen die «realen» Steuererträge ungefähr im gleichen Masse an wie zuvor; in dieser Zeitspanne wurden die Auswirkungen des sinkenden Geldwertes zum einen durch die Zuschlagsteuer II (Krisenopfer), zum anderen durch die infolge der nominell gestiegenen Einkommen automatisch erhöhten Progressionsätze mehr als aufgewogen.

¹⁾ Q 330, a.a.O., S. 76.

Auf die Gründe des starken Anstiegs in den Nachkriegsjahren ist bereits hingewiesen worden. Im Gegensatz zur Gesamtheit der Kantone trat in Baselland 1955/56 (vgl. Graphik F) infolge des Steuerreduktionsgesetzes von 1956 (vgl. S. 50ff.) eine Verminderung des Einkommens- und Vermögenssteuerertrags ein.

Die «Tendenz der wachsenden Staatsausgaben» – von einem «Gesetz» zu reden, geht wohl zu weit – findet ihr Korrelat in der «Tendenz der wachsenden Steuern». Da die Steuern *flexibler* sind als die übrigen Einnahmen und daher dem gestiegenen Finanzbedarf leichter angepasst werden können – die Anpassungsfähigkeit der Steuern an die Ausgaben ist eines ihrer wesentlichen Charakteristika –, ist das *Wachstumsmass bei den Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen grösser als bei den Ausgaben: Diese erhöhten sich 1924/55 «real»¹⁾ um 260%, jene jedoch, wie erwähnt, um 431%.*

Auf eine wesentliche Strukturveränderung innerhalb der Staatssteuer sei hingewiesen: auf die *abnehmende Bedeutung der Vermögenssteuer*. Die nachstehende Tab. 136 (S. 101) zeigt dies auf.

Der Ertrag der Einkommenssteuer erhöhte sich 1923/60 um rund das 18fache, jener der Vermögenssteuer jedoch nur um rund das 3,6fache. *Zu Beginn unserer Untersuchungsperiode machte der Ertrag der Vermögenssteuer noch 45%, in den letzten Jahren jedoch nur noch 16% des gesamten Staatssteuerertrags aus*²⁾.

Diese bedeutende Verschiebung hat zu einer wesentlichen *Verstärkung der Krisenempfindlichkeit der Staatssteuer* geführt, denn die Einkommen reagieren auf die wirtschaftlichen Wechsellagen rascher als die Vermögen. Der frühere grössere Anteil der Vermögenssteuer ist mit ein Grund dafür, dass der Ertrag der Staatssteuer in der Depression der dreissiger Jahre einen relativ geringen Rückgang aufwies (1931/36 = 14%, ohne Liegenschaftsgewinnsteuer 7,7%).

*

Ausserordentlich grossen Schwankungen ist der Ertrag der *Liegenschaftsgewinnsteuer* (seit 1953 «Grundstückgewinnsteuer») unterworfen. So war diese Einnahme des Fiskus 1961 rund 1750mal grösser als 1940, in welchem Jahr die 1930 eingeführte Steuer den kleinsten Ertrag abwarf. Dieser hängt in sehr starkem Masse von der Wirtschaftslage ab und ist daher sehr *krisenempfindlich*. Im weiteren können vereinzelte Fälle – ähnlich wie bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (vgl. S. 105) – starke Ertragschwankungen bewirken. Die Depression der dreissiger Jahre führte zu bedeutenden Stockungen auf dem Liegenschaftsmarkt, was sich deutlich in der stark rückläufigen Bewegung des Ertrags der Liegenschaftsgewinnsteuer widerspiegelt (vgl. Haupttab. 4, S. 94). Der Ertragsrückgang zu Beginn des Krieges ist teilweise auch auf die Massnahmen des Bundes gegen Bodenspekulation und Überschuldung zurückzuführen, durch welche der Eigentumswechsel landwirtschaftlicher Güter der Bewilligungspflicht unterstellt und damit der freie Liegenschaftshandel eingeengt wurde. Der Anteil der Landwirtschaft am Liegenschaftsgewinnsteuerertrag sank daher 1939/40 schlagartig von 33,3% auf 9,6%.

Im Laufe der Kriegsjahre trat ein bis 1947 andauernder Anstieg des Ertrags der Liegenschaftsgewinnsteuer ein, in den nachfolgenden drei Jahren eine deutliche Stagnation. Nach 1953 begann dann wieder eine bis heute (1962) anhaltende ausserordentlich starke Aufwärtsbewegung.

Neben der Hochkonjunktur spiegelt sich in diesem Anstieg auch die *Geldentwertung*, die Flucht in Sachwerte, die grosse Kapitalflüssigkeit und die sehr starke Zuwanderung

¹⁾ Unter Berücksichtigung der Geldentwertung (gemessen am Index der Lebenshaltungskosten) und der Bevölkerungszunahme (errechnet nach der geschätzten mittleren Bevölkerungszahl).

²⁾ Incl. Grundsteuer, excl. Liegenschaftsgewinnsteuer (Grundstückgewinnsteuer).

Tabelle 136

Das Verhältnis von Einkommens- und Vermögenssteuerertrag, Stichjahre 1923–1956¹⁾

Jahr	Einkommenssteuer		Vermögenssteuer		Totala)	
	in 1000 Fr.	in %	in 1000 Fr.	in %	in 1000 Fr.	in %
1923a)						
Natürliche Personen	1 063	64	637	36	1 700	100
Juristische Personen	187	34	371	66	558	100
Total	1 250	55	1 008	45	2 258	100
1930b)						
Natürliche Personen	1 838	69	827	31	2 665	100
Juristische Personen	608	68	288	32	896	100
Total	2 446	69	1 115	31	3 561	100
1936c)						
Natürliche Personen	1 807	68	850	32	2 657	100
Juristische Personen	273	44	344	56	617	100
Total	2 080	64	1 194	36	3 274	100
1939c)d)						
Natürliche Personen	2 470	69	1 101	31	3 571	100
Juristische Personen	448	50	443	50	891	100
Total	2 918	65	1 544	35	4 462	100
1943h)i)c)						
Natürliche Personen	3 931	73	1 489	27	5 420	100
Juristische Personen	724	60	492	40	1 216	100
Total	4 655	70	1 981	30	6 636	100
1947e)						
Natürliche Personen	6 428	78	1 841	22	8 269	100
Juristische Personen	*	*	*	*	*	100
Total	*	*	*	*	*	100
1949e)						
Natürliche Personen	10 305	84	1 988	16	12 293	100
Juristische Personen	*	*	*	*	*	100
Total	*	*	*	*	*	100
1953f)						
Natürliche Personen	12 714	88	1 785	12	14 499	100
Juristische Personen	2 769	70	1 184	30	3 953	100
Total	15 483	84	2 969	16	18 452	100
1956g)						
Natürliche Personen	15 272	88	2 175	12	17 447	100
Juristische Personen	4 081	74	1 419	26	5 500	100
Total	19 353	84	3 594	16	22 947	100
1960g)						
Natürliche Personen	22 416	86	3 586	14	26 002	100
Juristische Personen	7 095	79	1 898	21	8 993	100
Total	29 511	84	5 484	16	34 995	100

¹⁾ incl. Grundsteuer; excl. Liegenschaftsgewinnsteuer (Grundstückgewinnsteuer)

Anmerkungen a) bis i) siehe S. 102.

in unseren Kanton wieder, die eine stark erhöhte Nachfrage nach Land- und Liegenschaften verursachten. Ohne die im Steuergesetz von 1953 legifertierten *Erleichterungen* (Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Ermittlung der Gestehungswerte) wäre der Anstieg in den letzten vier Jahren unserer Berichtsperiode noch deutlicher ausgefallen.

Dass der Staat in den letzten Jahren nicht in stärkerem Masse Fremdgelder in Anspruch nehmen musste, ist im wesentlichen auf die unerwartet grossen Einkünfte an Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen. Seit dem Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes (1953) bis zum Abschluss unserer Untersuchungsperiode (1961) hat diese Fiskalquelle Staat und Gemeinden Einnahmen von 76,7 Mio. Fr. erbracht – davon 55,6% in den Jahren 1960 und 1961.

Die Zahl der *Eigentumsübergänge* von Land und Liegenschaften (ohne Erbgänge) schwankte 1930–1956 zwischen 910 (Anno 1940) und 2191 (1953). Die Anzahl der steuerpflichtigen Fälle variierte zwischen 247 (ebenfalls 1940) und 1262 (1955). Die Bruttogewinne bewegten sich 1930–1951 (für die nachfolgenden Jahre fehlen Angaben) zwischen 1,197 Mio. Fr. (1940) und 15,479 Mio. Fr. (1951), die steuerbaren Gewinne zwischen 0,833 Mio. Fr. (1940) und 13,464 Mio. Fr. (1951).

Dass sich der Liegenschaftshandel sehr stark auf die *stadtnahen Gemeinden konzentriert*, geht aus dem Umstand hervor, dass vom Gesamtertrag der Liegenschaftsgewinnsteuer von 21,6 Mio. Fr. in den Jahren 1930–1956 annähernd drei Viertel (74,3%) auf den Bezirk Arlesheim entfielen, dessen jährlicher Anteil am Steuerertrag zwischen 58,5% (1945) und 87,8% (1941) variierte (1960 = 66,0%).

*

Im Jahre 1930 erfolgte erstmals eine *Beteiligung der Gemeinden* an den staatlichen Einkommens- und Vermögenssteuern. Seither fliessen den Gemeinden, nach Massgabe des Aufkommens 50% der *Liegenschaftsgewinn- bzw. Grundstückgewinnsteuererträge* zu¹⁾. Die Beteiligung der Gemeinden an der ordentlichen Staatssteuer erfolgt erst seit 1951. In den Jahren 1951 und 1952 partizipierten die Gemeinden nach einem besonderen Verteilungsschlüssel (vgl. Finanzausgleich, S. —) mit einem Viertel an den Erträgen der *Zuschlagssteuer III*, und seit 1953 erhalten sie, nach dem Aufbringen berechnet, 50% der *Grundsteuer* (vgl. Finanzausgleich, S. —) und, abgestuft nach Steuerleistung und Steuerkraft, 5% des *Staatssteuerertrags* (vgl. Finanzausgleich, S. —). Eine indirekte Beteiligung der Gemeinden war auch beim Krisenopfer stipuliert worden, doch erfolgte dort der Finanzausgleich über die Ausgabenseite der Staatsrechnung. – Näheres über die Beteiligung der Gemeinden an den Fiskaleinnahmen des Staates ist beim Ausgabenkapitel «Finanzausgleich» (vgl. S. —ff.) ausgeführt.

¹⁾ Die Gemeindeanteile werden in der gedruckten Staatsrechnung erst seit 1953 angeführt; für die vorangegangenen Jahre sind in unserer Statistik (Haupttabellen) Aufrechnungen vorgenommen.

Erläuterungen zu Tab. 136, S. 101

- a) Die Totalwerte weichen von den in unserer Haupttab. 4 ausgewiesenen ab, da sich zwischen den in den Amtsberichten und in den Staatsrechnungen verbuchten Einnahmen Differenzen ergeben, die durch die verschiedenartige Verbuchung bedingt sind. Zudem sind hier die Nach- und Strafsteuern nicht miteingerechnet.
- b) Errechnet nach *Grieder, W.*, a.a.O. S. 124.
- c) Errechnet nach Amtsberichten.
- d) Incl. Krisenopfer.
- e) Errechnet nach der kantonalen Steuerstatistik 1949.
- f) Errechnet nach der kantonalen Steuerstatistik 1953, unter Hinzuziehung der Grundsteuer.
- g) Errechnet nach der *Steueraufgabe* (Amtsbericht 1956, S. 56, und 1960, S. 65).
- h) Errechnet nach Steuerstatistik 1943.
- i) Teilweise Schätzung (Fehlermöglichkeit $\pm 0,5\%$).

§ 2. Die Vermögensverkehrssteuern

Im Gegensatz zum neuen Steuergesetz von 1952 sind in unserer Statistik nur die *Handänderungs-* sowie die *Erbschafts- und Schenkungssteuer* unter dem Titel der Vermögensverkehrssteuern eingereiht, die Liegenschafts- (Grundstückgewinn-) und die Grundsteuer jedoch bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Wir folgen hier, um Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten, der Systematik der von der Eidgenössischen Steuerverwaltung herausgegebenen Finanzstatistik der Kantone¹⁾.

A. Geschichtliches

1. Die Handänderungssteuer

Die Abschaffung der Handänderungssteuer, die im alten Kanton Basel 2% betragen hatte, gehörte zu den Postulaten der Revolution von 1832. Die angespannte Finanzlage zwang jedoch 1837 den Staat, mit dem Gesetz über die Einführung der Handänderungsgebühr bei Kauf und Tausch von Liegenschaften auf diese Fiskaleinnahme zurückzukommen. Das Gesetz stand, freilich verschiedentlich abgeändert, bis Ende 1929 in Kraft.

Der *Ansatz* der Steuer betrug 1837 bis 1892 1%, nach der verfassungsmässigen Einführung der Einkommens- und Vermögenssteuer (1892) bis 1918 ½%. In diesem Jahre wurde der Steueransatz «zur Deckung der aus der Durchführung des Bundesratsbeschlusses vom 23. Sept. 1918 betreffend den land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaftsverkehr und dieses Regierungsratsbeschlusses erwachsenden Kosten» auf 1% bis 1½% erhöht²⁾.

Neu legiferiert wurde die Handänderungssteuer (bis 1953 als «Handänderungsgebühr» bezeichnet) im *Zuschlagsteuergesetz von 1922*³⁾, der Ansatz dabei auf 1% festgelegt und gleichzeitig eine gleich hohe Handänderungssteuer zugunsten der Gemeinden festgelegt, die seit 1908 diese Steuer teilweise (mit einem Ansatz von ½%) schon erhoben hatten⁴⁾. Die Regelung von 1922 ist im wesentlichen in das Steuergesetz von 1928⁵⁾ und später in jenes von 1952⁶⁾ übernommen worden. Der Ansatz betrug somit im Laufe unserer Untersuchungsperiode stets 2% (1% Staat, 1% Gemeinde).

2. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde während unserer ganzen Untersuchungsperiode nach dem *Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz von 1920*⁷⁾ erhoben. Seine Vorgeschichte ist in der Arbeit von W. Grieder ¹⁸⁾ geschildert. Eine vorübergehende

¹⁾ Vgl. Einleitung S. 14.

²⁾ RRB vom 26. Okt. 1918 über die Ausführung des BRB vom 23. Sept. 1918 betr. den land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaftsverkehr, GS. 16, S. 614 ff.

³⁾ G. betr. die Abänderung der Staatssteuer und der Handänderungsgebühr vom 28. Dez. 1922, § 8, GS. 17, S. 8.

⁵⁾ G. betr. den Bezug der Handänderungsgebühr durch die Einwohnergemeinden, vom 28. Sept. 1908, GS. 16, S. 4f.

⁴⁾ G. über die Staatssteuer und die Handänderungsgebühr, vom 20. Aug. 1928, § 55f, GS. 17, S. 278f.

⁶⁾ G. über die kantonalen Steuern, vom 7. Juli 1952, § 62 ff., GS. 20, S. 467 ff.

⁷⁾ G. über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, vom 16. Febr. 1920, GS. 16, S. 787 ff.

⁸⁾ Grieder, *W.*, a.a.O., S. 79 ff.

Erhöhung (1938-1945) erfolgte durch das *Krisenopfer-Gesetz*¹⁾: Für Nachkommen und Ehegatten stiegen darin die Grundansätze um 1% und bei den weiteren Verwandten sowie den Nichtverwandten um 2%. Der ordentliche Maximalansatz blieb mit 20% (ohne Zuschlag gemäss § 11 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes von 1920) unverändert. Gleichzeitig wurden die wesentlichen steuerfreien Abzüge um die Hälfte reduziert.

Im Laufe der Geschichte des Kantons ergaben sich folgende Erbschafts- und Schenkungssteueransätze:

Tabelle 137
Die Ansätze der Erbschafts- und Schenkungssteuer seit 1833²⁾

Verwandtschaftsgrad	1833- 1842	1843- 1891	1892- 1911	1912- 1919	1920- 1938	1938- 1945	seit 1946 ^{a)}	Ent- wurf ^{d)}
				Steuersatz in Prozent				
Ehegatten	6	—	—	—	1-2,5	2-5	1-2,5	2b)-15
Kinder	—	—	—	—	1-2,5	2-5	1-2,5	2-15
Enkel	—	—	—	—	1-2,5	2-5	1-2,5	3c)-15
Eltern	—	—	—	—	4-8	6-12	4-8	6-130
Grosseltern	—	—	—	—	6-12	8-16	6-12	9-30
Geschwister	0,5	0,5	7	2-5	6-12	8-16	6-12	9-30
Onkel, Tante	1	1	9	4-10	10-20	12-24	10-20	15-45
Neffe, Nichte	1	1,5	9	4-10	10-20	12-24	10-20	15-45
Geschwisterkinder	1,5	2	11	6-15	12-24	14-28	12-24	20-45
Nichtverwandte	6	6	15	10-25	20-40	22-40	20-40	25-45

a) Wie 1920-1938.

c) Minderjährige Enkel als Vollwaisen 2-15%.

b) Mit Kindern 2-15%, ohne Kinder 3-15%.

d) Entwurf des RR zum G. über die Vermögensanfallsteuer vom 17.1.1949.

Im Jahre 1949 schlug der RR dem LR eine *Revision* der Erbschaftssteuer vor, «die in fiskalischer Hinsicht von Anfang an enttäuscht hat»³⁾. Der Entwurf, dessen Beratung durch die Legislative bis heute (1962) zurückgestellt worden ist, sieht, wie aus Tab. 137 hervorgeht, eine erhebliche Erhöhung der Ansätze und Verschärfung der Progression sowie eine die Ansätze ermässigende Heraufsetzung der Freibeträge vor. Der Ertrag der neu als «Vermögensanfallsteuer» bezeichneten Fiskalquelle ist nach dem Entwurf des RR auf jährlich durchschnittlich 450 000 Fr. veranschlagt (Durchschnitt der Jahre 1944-1948 = 311 000 Fr.⁴⁾).

Vom Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer fallen 25% den *Gemeinden* zu, und zwar dem Armenfonds, wenn der Erblasser Kantonsbürger war, andernfalls der Einwohnerkasse seines Wohnorts. Die in die Armenkassen fallenden Erbschaftssteuern sollen kapitalisiert werden⁵⁾. Das Vermögen der Armenfonds der Gemeinden erhöhte sich 1919-1956 von 3,74 Mio. Fr. auf 8,93 Mio. Fr.

¹⁾ G. betr. die Erhebung eines Krisenopfers für Arbeitsbeschaffung und zusätzliche Gemeindehilfe, vom 2. Mai 1938, § 5, al. 2, GS. 18, S. 254.

²⁾ *Grieder, W.*, a.a.O., S. 80, ergänzt für die Jahre 1938-1945 und mit den Ansätzen des neuen Gesetzesentwurfs vom 17. Jan. 1949. (vgl. Anm. 4).

³⁾ Entwurf zum G. über die Vermögensanfallsteuer, vom 17. Jan. 1949.

⁴⁾ Ohne Krisenopferzuschlag.

⁵⁾ § 36 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes von 1920, GS 16, S. 799f.

B. Der Ertrag der Vermögensverkehrssteuern

1. Der Ertrag der Handänderungssteuer

(Siehe Haupttab. 5, S. 108)

Der Ertrag der Handänderungssteuer ist sehr *krisenempfindlich*. Er geht der Entwicklung auf dem Liegenschaftsmarkt parallel und ist daher stark fluktuierend. Es wirken sich hier die gleichen Ursachen wie bei den Erträgen der Liegenschaftsgewinnsteuer aus, mit dem Unterschied, dass die Schwankungen weniger ausgeprägt sind, da die Liegenschaftsgewinnsteuer – wie ihr Name schon sagt – nur vom Gewinn, die Handänderungssteuer jedoch proportional dem Kaufpreis erhoben wird.

An den Gesamteinnahmen des Staates gemessen, ist die Bedeutung der Handänderungssteuer im Laufe der letzten vier Jahrzehnte geringer geworden: Im Durchschnitt des Jahrzehnts 1924/28 betrug der Anteil des Ertrags der Handänderungssteuer an den Gesamteinnahmen des Staates 4,3% 1952/56 jedoch nur noch 2,8% – trotz der ausserordentlich starken Belebung des Liegenschaftsmarktes in den letzten Jahren unserer Berichtsperiode. Während der Depression der dreissiger Jahre sank der Anteil auf 1,5% (1935/39). Anno 1910 hatte er 3,3%, im Jahre 1920 7,0% betragen.

Der Ertrag der Handänderungssteuer weist die Extremwerte in den gleichen Jahren wie die Liegenschaftsgewinnsteuer auf: Er variierte zwischen 144 587 Fr. im Minimum (1940) und 4 478 284 Fr. im Maximum (1961). Wiederum entfällt der grösste Teil des Steuerertrags auf das Gebiet der grossstädtischen Agglomeration Basels: Der Anteil des Bezirks Arlesheim am Gesamtertrag betrug 1929-1945 durchschnittlich 64,9%, 1954-1956 durchschnittlich 75,5% (1960 = 70,0%)¹⁾.

2. Der Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer

(Siehe Haupttab. 5, S. 108)

Im Gegensatz zur Handänderungssteuer wirkt sich die allgemeine Wirtschaftslage bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer erst *à la longue* auf den Ertrag aus. Die erheblichen Schwankungen hängen namentlich vom gesamten Steuervermögen, von der Vermögensverteilung, von der Zahl der Erbgänge und von der Höhe der ererbten steuerbaren Vermögen ab. Diese weist von Jahr zu Jahr oft grosse Unterschiede auf. Je kleiner die Zahl der Vermögensbesitzer und je grösser die Vermögenskonzentration sind, umso stärker wirken sich die Zufallsmomente aus. Dieser Zusammenhang lässt sich im Laufe unserer Untersuchungsperiode deutlich verfolgen: Die Schwankungen waren in deren ersten Hälfte relativ stärker als in der zweiten. In der Tat hat sich die Zahl der Erbschafts- und Schenkungssteuerfälle von durchschnittlich 232 in den Jahren 1930/34 auf durchschnittlich 524 in den Jahren 1959/60 erhöht²⁾. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges lässt sich eine stark steigende Tendenz feststellen. Auch bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern wirkt sich die Geldentwertung nach und nach aus, wenngleich lange nicht im gleichen Masse wie bei der Einkommenssteuer. Es ist bereits an anderer Stelle (vgl. S. 79ff.) darauf hingewiesen worden, dass die Vermögen weit weniger stark angewachsen sind als die Einkommen.

¹⁾ Für die übrigen Jahre fehlen Angaben.

²⁾ Für die Jahre 1924-1929 fehlen Angaben.

Der Anteil des Erbschafts- und Schenkungssteuerertrags an den Gesamteinnahmen des Staates ist sich im Laufe unserer Untersuchungsperiode ungefähr gleich geblieben. Er betrug im Durchschnitt der fünf Jahre 1924/28 und 1935/39 je 1,3%, 1952/56 = 1,6%. Dieser erhöhte Prozentsatz ist freilich die Folge des sehr hohen ausserordentlichen Steuerertrags von 1956; 1951/55 betrug der Durchschnitt wie 1924/28 und 1935/39 1,3%. – Extremwerte ergaben sich 1937 (0,9%) und 1956 (2,7%).

Auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuern besteht noch eine fiskalische Reserve, die freilich nicht sehr gross ist. Eine Heraufsetzung der Erbschafts- und Schenkungssteuer brauchte – im Gegensatz zur Einkommenssteuer – nicht im Konjunkturaufschwung erfolgen. Es würden im Gegenteil durch eine Erhöhung der Ansätze in der Depression Vermögensteile frei, die sonst grösstenteils dem Geldumlauf entzogen blieben.

3. Der Totalertrag der Vermögensverkehrssteuern

Der Ertrag beider Vermögensverkehrssteuern war, wie Haupttab. 5 zeigt, absolut mit 5,678 Mio. Fr. am höchsten im Jahre 1961, mit 0,329 Mio. Fr. am niedrigsten Anno 1937. Sieht man von den durch das Krisenopfer vorübergehend (1938-1945) erhobenen Zuschlägen ab, so entfällt der Minimalwert auf das Jahr 1939 (0,288 Mio. Fr.).

Haupttabelle 5

Die Einnahmen an Vermögensverkehrssteuern 1924-1961 (in 1000 Fr.)

(siehe übernächste Seite)

Die in Haupttab. 5 gewonnenen Werte seien in nachstehender Graphik H anschaulicher dargestellt:

(siehe nächste Seite)

Über die Entwicklung der Erträge beider Vermögensverkehrssteuern gibt, neben Haupttab. 5 und Graphik H, die nachstehende Tab. 138 näheren Aufschluss. Da die Erträge, wie erwähnt, starken Schwankungen unterworfen sind, werden nachfolgend drei Durchschnittswerte von je fünf Jahren herausgegriffen:

Tabelle 138

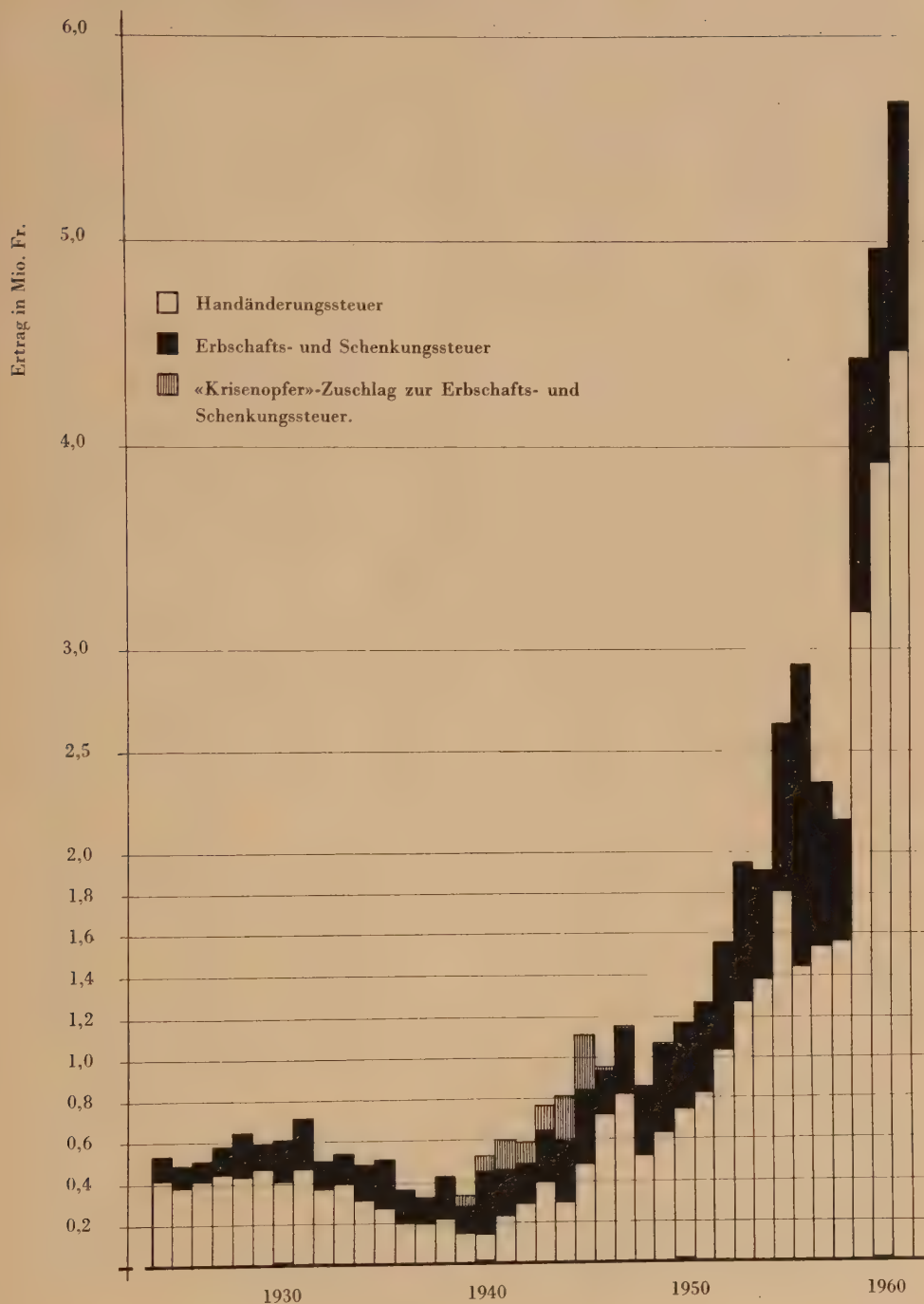
Die Erträge der Vermögensverkehrssteuern, Durchschnittswerte

Jahrfünft	Durchschnittlicher Jahresertrag		Durchschnittlicher «realer» ^{a)} Jahresertrag (1924/28 = 100)	Durchschnittlicher Anteil an den Gesamteinnahmen (in %)
	(in 1000 Fr.)	(1924/28 = 100)		
1924/28	558	100	100	5,6
1935/39	397	71	82	2,8
1952/56	2 203	394	204	4,5
1957/61	3 922	703	*	*

a) Unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten und der Einwohnerzahl des Kantons.

Graphik H

Der Ertrag der Vermögensverkehrssteuern 1924–1961



Haupttabelle 5
Die Einnahmen an Vermögensverkehrssteuern 1924–1961 (in 1000 Fr.)

Jahr	Hand- änderungs- steuer	Erbschafts- und Schenkungssteuer		Total	Staats- anteil	Gemeinde- anteil ^{b)}
		Ordentliche Steuer ^{a)}	Krisenopfer- Zuschlag			
1924	424	112	.	536	296	240
1925	389	108	.	497	275	222
1926	420	97	.	517	283	234
1927	451	136	.	587	327	260
1928	441	212	.	653	380	273
1929	479	118	.	597	328	269
1930	418	194	.	612	356	256
1931	479	242	.	721	421	300
1932	384	126	.	510	287	223
1933	404	142	.	546	308	238
1934	321	171	.	492	288	204
1935	282	239	.	521	320	201
1936	205	159	.	364	222	142
1937	201	128	.	329	194	135
1938	223	212	.	435	271	164
1939	151	137	48	336	227	109
1940	145	313	73	531	380	151
1941	235	225	148	608	435	173
1942	295	201	99	595	397	198
1943	401	254	123	778	513	265
1944	303	304	207	814	586	228
1945	492	362	260	1 114	778	336
1946	733	211	16	960	536	424
1947	834	318	7	1 159	659	500
1948	530	332	4	866	511	355
1949	642	429	3	1 074	645	429
1950	760	418	0	1 178	693	485
1951	839	436	1	1 276	747	529
1952	1 050	517	0	1 567	913	654
1953	1 280	676	—	1 956	1 147	809
1954	1 391	527	0	1 918	1 092	826
1955	1 816	827	—	2 643	1 529	1 114
1956	1 450	1 480	—	2 930	1 835	1 095
1957	1 545	802	—	2 347	1 374	973
1958	1 576	589	—	2 165	1 230	935
1959	3 188	1 257	—	4 445	2 537	1 908
1960	3 926	1 051	—	4 977	2 750	2 227
1961	4 478	1 200	—	5 678	3 141	2 537

a) Auf Grund des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes von 1920.

b) Erbschafts- und Schenkungssteuer = 25%, Handänderungssteuer = 50%.

Die Jahrfünft-Durchschnittswerte (vgl. Tab. 138) waren am kleinsten in den Depressionsjahren 1935/39 (0,397 Mio. Fr.), am höchsten in den letzten fünf Berichtsjahren 1952/56 (2,203 Mio. Fr.). Nominell ergibt sich vom ersten bis zum letzten Jahrfünft unserer Untersuchungsperiode eine durchschnittliche Ertragssteigerung um 294%,

«real» – Durchschnittsertrag pro Kopf der Bevölkerung, gemessen am Index der Lebenshaltungskosten – jedoch nur um 104% (Einkommens- und Vermögenssteuern = 431%). Trotz der «realen» Verdoppelung der Erträge waren deren Anteile an den Gesamteinnahmen des Staates mit einem Durchschnitt von 5,6% in den ersten fünf Jahren unserer Berichtszeit grösser als in den letzten fünf (4,5%).

§ 3. Die Verbrauchs- und Aufwandsteuern

Unter diesem Titel sind die Motorfahrzeug- und die Hundesteuern zusammengefasst. Billettsteuern, die ebenfalls zu den Verbrauchs- und Aufwandsteuern zählen, werden in Baselland nur von vereinzeltten Gemeinden erhoben¹⁾.

A. Geschichtliches

1. Die Motorfahrzeugsteuer

Die erste Motorfahrzeugsteuer (in Basellands Gesetzgebung fälschlicherweise als «*Verkehrsgebühr*» bezeichnet) wurde in dem teilweise noch heute in Kraft stehenden Motorfahrzeuggesetz von 1910²⁾ verankert. Die Ansätze betrugen etwa ein Sechstel der heutigen. Die durch den zunehmenden, nach den damaligen Auffassungen sehr starken Motorfahrzeugverkehr erhöhten Strassenunterhaltskosten einerseits und die stattliche Ergiebigkeit der neuen Fiskalquelle andererseits legten es nahe, die Motorfahrzeugsteuer weiter auszubauen: Namhafte Erhöhungen erfolgten bereits 1921³⁾ und 1926⁴⁾. In der kantonalen Vollziehungsverordnung von 1933 zum schweizerischen Motorfahrzeuggesetz von 1932⁵⁾ wurde im wesentlichen die bisherige Steuer- und Gebührenordnung übernommen und nur der Steueransatz für schwere Lastwagen (ab 20 Pferdestärken) etwas reduziert (vgl. Tab. 139). Die Ansätze von 1933 blieben bis Ende 1947 in Kraft. Abweichungen davon ergaben sich einzig in den *Kriegsjahren*, als die Benzinrationierung eine Herabsetzung der Ansätze aufdrängte. Die Grundtaxe betrug während dieser Zeit Fr. 5.– für Motorräder und Fr. 50.– für die übrigen Motorfahrzeuge, verbunden mit Zuschlägen von Fr. –.15 pro zugeteiltem Liter rationierten Benzins⁶⁾. Nach einer weiteren kurzen Übergangszeit trat, nach Aufhebung der Benzinrationierung, die Ordnung von 1933 am 1. April 1946 wieder in Kraft⁷⁾.

¹⁾ Ertrag 1955 = 113 000 Fr., 1956 = 123 000 Fr., gemäss Auskunft der Direktion des Innern, Abteilung Gemeindewesen.

²⁾ G. betr. den Motorwagen- und Fahrradverkehr, vom 19. Mai 1910, GS. 16. S. 71 und Bekanntmachung betr. die Gebühren für Motorfahrzeuge und Fahrräder, vom 14. Jan. 1914, GS. 16, S. 270f.

³⁾ LRB. betr. die Gebühren für Motorfahrzeuge und Fahrräder, vom 20. Dez. 1920, GS. 16, S. 932f.

⁴⁾ LRB. betr. die Gebühren für Motorfahrzeuge und Fahrräder vom 11. Jan. 1926, GS. 17, S. 121ff.

⁵⁾ Kantonale VO. zum BG. über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr, vom 15. März 1932, und zur VO. des Bundesrates, vom 25. Nov. 1932, vom 29. Mai 1933, GS. 18, S. 8ff.

⁶⁾ RRB. betr. vorübergehende Herabsetzung der Motorfahrzeuggebühren, vom 23. Aug. 1940, GS. 18, S. 467ff.

⁷⁾ RRB. über die Erhebung der vollen Motorfahrzeuggebühren vom 25. März 1946, GS. 19, S. 385. Vgl. auch: RRB. betr. vorübergehende Herabsetzung der Motorfahrzeuggebühren, vom 26. März 1941, GS. 18, S. 511f.; RRB. betr. die Abänderung des RRB. vom 26. März 1941, vom 27. Mai 1941, GS. 18, S. 558; RRB. betr. die Gebühren der neu in den Verkehr gebrachten Motorfahrzeuge, vom 13. Nov. 1945, GS. 19, S. 304; RRB. betr. die Gebührenerhebung der ab 1. Jan. 1946 in den Verkehr gebrachten Motorfahrzeuge, vom 11. Dez. 1945, GS. 19, S. 311.

Im Hinblick auf die gestiegenen Strassenausgaben (vgl. S. —) schlug der RR dem LR 1947 eine «einigermassen der Teuerung» entsprechende Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und -gebühren um 40% vor¹⁾. Der RR versprach sich von dieser Erhöhung einen Mehrertrag von rund 0,3 Mio. Fr.²⁾. Der LR bewilligte in der Folge nur eine Erhöhung um 20%³⁾, die bis Ende 1950 Geltung hatte⁴⁾. Dank der weiteren Zunahme des Motorfahrzeugverkehrs ergab sich 1947/48, trotz der nur hälftigen Steuererhöhung, eine Ertragssteigerung um 0,381 Mio. Fr. (Steuern und Gebühren).

Auf das Jahr 1951 hin wurde die Vollziehungsverordnung zum Motorfahrzeuggesetz einer *Totalrevision* unterzogen und dabei auch die Steuer- und Gebührenordnung neu festgelegt⁵⁾. Die neue Vollziehungsverordnung von 1950 brachte für die meisten Motorfahrzeug-, namentlich Personenwagenbesitzer eine leichte Höherbelastung mit sich⁶⁾: Für Personenwagen von 4–15 PS wurde der Steueransatz im Maximum um 12,5% erhöht, ab 17 PS im Maximum um 11,5% reduziert. Bei den Lastwagen traten die gleichen Erhöhungen ein – bis 15 PS sind die Ansätze identisch mit jenen der Personenwagen –, für stärkere Fahrzeuge wurden die Steuern weniger als bei den Personenautos herabgesetzt. Die Gebühren erfuhren im wesentlichen keine Veränderung. Die neue Ordnung verfolgte das doppelte Ziel erhöhter Erträge und einer Anpassung der Ansätze an jene der anderen Kantone (Herabsetzung der Steuern bei 16 und mehr PS).

Seit Bestehen der Motorfahrzeugsteuer bestanden in Baselland folgende Steueransätze (Tab. 139 S. 111).

Interessant ist (vgl. Tab. 139), dass bis zur Steuerordnung von 1950 für schwere Personenwagen (ab 16 PS) mehr Steuern entrichtet werden mussten – mit Ausnahme der Jahre 1926 bis 1933 – als für PS-mässig gleich starke, die Strassen freilich meistens stärker beanspruchende Lastwagen. Erst seit 1951 ist das Verhältnis umgekehrt.

Verglichen mit dem *schweizerischen Durchschnitt* der Motorfahrzeugsteuern zeigt es sich, dass die Progression in Baselland schärfer verläuft: Bis 21 PS bei Personen- und bis 25 PS bei Lastwagen, d. h. für rund 95% der Automobilbesitzer, liegen die Ansätze in Baselland unter, für stärkere Fahrzeuge über dem Mittel aller Kantone.

Die Motorfahrzeugsteuer ist die einzige Steuer des Kantons, deren Ansätze ohne Befragung des Volkes herauf- oder herabgesetzt werden können. Nach dem Gesetz von 1910 ist der Landrat befugt, die Steuern festzusetzen. Ohne diese Ermächtigung wäre eine viermalige Erhöhung der Steuer innert drei Jahrzehnten kaum möglich gewesen.

¹⁾ Bericht des RR. betr. Neuordnung des Motorfahrzeuggebührenwesens, vom 11. Sept. 1947.

²⁾ Gemäss Aussage in der LR-Sitzung vom 8. Dez. 1947, Basellandschaftliche Zeitung vom 9. Dez. 1947.

³⁾ LRB betr. die Anpassung der Gebühren für den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr an die veränderten Geldwertverhältnisse, vom 8. Dez. 1947, GS 19, S. 612f.

⁴⁾ LRB über die Verlängerung des LRB vom 8. Dez. 1947 betr. die Anpassung der Gebühren für den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr, vom 6. Dez. 1948, GS. 19, S. 732, LRB betr. die Anpassung der Gebühren für den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr an die veränderten Geldwertverhältnisse, vom 9. Febr. 1950, GS 20, S. 117.

⁵⁾ Kantonale VO zum BG über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr, vom 15. März 1932 (MFG) und zur bundesrätlichen VO vom 25. Nov. 1932 (MFV), vom 4. Dez. 1950, GS 20, S. 233ff.

⁶⁾ Für 75% der 3 867 Personenwagen (1950) trat eine Erhöhung der Steuern ein, für 20% eine Reduktion, und für 5% blieb sich die fiskalische Belastung gleich. Bei den 765 Lastwagen und Industrietraktoren lauten die analogen Zahlen 22%, 76% und 1%.

Tabelle 139

Die Ansätze der Motorfahrzeugsteuer und der Fahrradgebühren 1914–1956 (in Fr.)

	1914–1920	1921–1925	1926–1933	1934–1947 a)	1948–1950 d)	seit 1951	schweiz. Mittel (1950) ^{c)}
Personenwagen							
3 PS	20	50	100	100	120	120	131,5
10 PS	30	125	150	150	180	195	213,0
20 PS	80	275	350	350	420	390	392,7
30 PS	120	425	650	650	780	685	586,3
Lastwagen							
3 PS	20	50	100	100	120	120	141,7
10 PS	bis	115	150	150	180	195	229,5
30 PS	100	375	650	600	720	715	667,6
50 PS	b)	635	1250	1100	1320	1315	1093,2
Motorräder							
einplätziges			G = 30	G = 30	G = 36		
Motorrad	10	30–40	P = 10	P = 10	P = 12	12–84e)	*
mit Sozius	Z = 0	Z = 0	Z = 10	Z = 10	Z = 12	Z = 12	*
mit Seitenwagen	Z = 0	75	Z = 25	Z = 25	Z = 30	Z = 24	*
Fahrrad mit							
Hilfsmotor	—	—	15f)	15f)	18f)	6	*
Fahrräder							
	1.—	2.—	2.—	1.50	1.80	1.80	*

G = Grundtaxe bis 1 PS. Z = Zuschlag. P = Zuschlag je weitere PS.

a) Besondere Regelung während der Benzinrationierung (vgl. Anm. 7, S. 107).

b) Abgestuft nach Tragkraft, bis 500 kg = 20 Fr., über 4000 kg = 100 Fr.

c) Entnommen dem Bericht der LR-Kommission für die Neuordnung der Motorfahrzeuggebühren, vom 11. November 1950, Tabellenanhang.

d) Wie 1934–1947, jedoch 20% Zuschlag.

e) Abgestuft nach Zylinderinhalt, bis 150 ccm = Fr. 12.—, über 750 ccm = Fr. 84.—.

f) Incl. Leichtmotorräder bis 0,8 PS.

2. Die Hundesteuer

Die Hundesteuer wird seit 1922 nach dem gleichen Gesetz und nach den gleichen Ansätzen erhoben¹⁾. Die Steuer beträgt Fr. 20.— pro Tier²⁾ und erhöht sich bei jedem weiteren um Fr. 10.—, d.h. Besitzer von mehr als einem Hund müssen für den ersten Fr. 20.—, für den zweiten Fr. 30.—, für den dritten Fr. 40.— an Steuern entrichten. Das Gesetz von 1922 brachte die sechste Hundesteuer-Ordnung in der Geschichte des Kantons. Die aus dem alten Kanton Basel übernommene Steuer wurde dreimal heraufgesetzt (1855, 1877 und 1922) und zweimal reduziert (1835 und 1865³⁾); dass die Steuer indessen nicht erneut heraufgesetzt und – wie die Motorfahrzeugsteuer – «der Geldentwertung einigermassen angepasst» wurde, dürfte zwei Gründe haben: Zum einen ist der Ertrag (1961 = 134 976 Fr.) für den Staatshaushalt, im Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten des Bestehens des Kantons, ohne grosse Bedeutung – 50% davon fliessen ohnehin an die Gemeinden –; zum andern wäre eine Heraufsetzung der Steuer nur in Verbindung mit einer dem obligatorischen Referendum unterstehenden Gesetzesre-

¹⁾ G. betr. das Halten von Hunden, vom 9. Okt. 1922, GS 16, S. 1108ff.

²⁾ Bei Hunden auf Nebenhöfen Fr. 15.—.

³⁾ Vgl. *Grieder W.*, a.a.O., S. 128.

vision möglich. Der dabei zu erwartende bescheidene Mehrertrag würde den grossen Aufwand der Gesetzesrevision und der Volksabstimmung kaum lohnen, und zudem wäre es fraglich, ob der Souverän eine Hundesteuer-Erhöhung sanktionieren würde¹⁾).

B. Der Ertrag der Verbrauchs- und Aufwandsteuern

Haupttab. 6

Die Einnahmen an Verbrauchs- und Aufwandsteuern 1924-1961

(Siehe nächste Seite)

1. Der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer²⁾

Aus naheliegenden Gründen besteht ein enger Zusammenhang zwischen Motorfahrzeugbestand und Steuerertrag. Genau parallel geht die Entwicklung freilich nicht – weil erstens die Steuer, wie erwähnt, verschiedentlich abgeändert worden ist, zweitens die durchschnittliche Steuerquote pro Fahrzeug mit der Verteilung der Fahrzeuge auf die verschiedenen Stärke- und Steuerklassen variiert und drittens in den Zahlen über den Bestand der Motorfahrzeuge nicht zum Ausdruck kommt, wieviele Monate diese durchschnittlich eingelöst waren. Bei gleichgebliebenen Steueransätzen hat sich beispielsweise der Steuerertrag 1951-1956 um 79,3% erhöht, der Motorfahrzeugbestand jedoch um 107,3%. Auf die einzelnen Motorfahrzeug-Kategorien (Personenwagen, Lastwagen, Traktoren und Motorräder) entfielen 1951 und 1956 (bei gleichen Steueransätzen) folgende durchschnittliche Steuererträge pro Fahrzeug:

Tabelle 140
Der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer, detailliert, 1951 und 1961

Motorfahrzeugkategorie	Bestand	1951 Steuerertrag ^{b)} Total	pro Fahrzeug	Bestand	1956 Steuerertrag ^{b)} Total	pro Fahrzeug Fr.
		Fr.			Fr.	
Personenwagen	4 610	924 407	201	9 524	1 802 165	189
Lastwagen	718	381 878	532	1 063	535 327	504
Traktoren	413	38 246	93	718	74 101	103
Motorräder ^{a)}	3 170	91 378	29	7 165	150 882	21
Zwischentotal	8 911	1 435 909	161	18 470	2 562 475	139
./. Rückerstattungen		48 856	5		75 142	4
Total	8 911	1 387 053	156	18 470	2 487 333	135

a) Incl. Steuern für Motor- und Kleinboote.

b) Incl. Steuer für Händlerschilder.

¹⁾ Bereits die Steuerheraufsetzung von 1922 war, mit einem Stimmenverhältnis von 8 510 Ja zu 6 850 Nein, nicht sonderlich überzeugend gutgeheissen worden.

²⁾ In der Staatsrechnung wird bis 1961 ein einheitlicher Posten «Verkehrs- und Bewilligungsgebühren» angeführt, d.h. Steuern und Gebühren sind *vermischt*. In unserer Hauptstatistik ist eine auf den Angaben der Amtsberichte fussende *Ausscheidung* vorgenommen. Im Jahre 1956 beispielsweise betrugen die «Verkehrs- und Bewilligungsgebühren für Motorfahrzeuge und Kleinschiffe» laut gedruckter Staatsrechnung 2 862 044 Fr. Davon waren, gemäss Amtsbericht 1956, S. 438, 2 562 475 Fr. Steuern. Von diesem Betrag abgezogen sind in unserer Hauptstatistik die Steuerrückerstattungen (75 142 Fr.), sodass sich die staatliche Steuereinnahme netto auf 2 487 333 Fr. (gerundet 2 487 Mio. Fr.) beläuft.

In den 1951/56 *abnehmenden durchschnittlichen Steuerquoten pro Fahrzeug* – eine Ausnahme ist nur bei den Traktoren festzustellen – spiegelt sich zum einen die stärkere Zunahme der Motorräder (Roller, Fahrräder mit Hilfsmotoren) wider, zum andern die Verlagerung auf PS-mässig leichtere Fahrzeuge bei den Personen- und Lastautos. Die zunehmende Zahl der Kleinautomobile und die Herstellung von Luxuswagen mit relativ wenig Pferdestärken wird, bei gleichbleibenden Ansätzen, zu einer weiteren Reduktion der durchschnittlichen Steuerbelastung pro Fahrzeug führen (durchschnittliche Steuer pro Personenwagen 1960 = 184 Fr.).

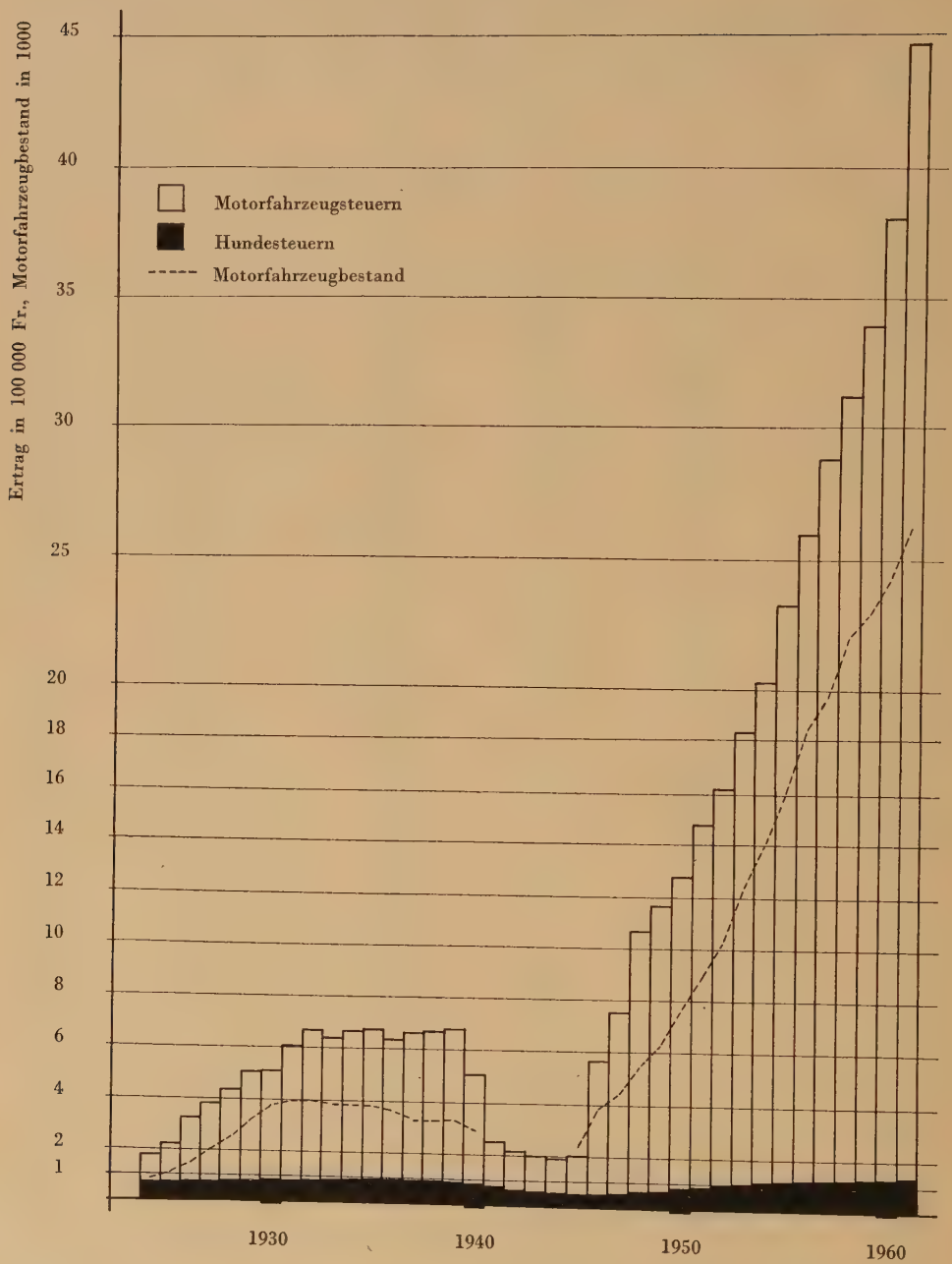
Haupttabelle 6
Die Einnahmen an Verbrauchs- und Aufwandsteuern 1924–1961 (in 1000 Fr.)

Jahr	Motorfahrzeug- steuer	Hundesteuer	Total	Staatsanteil	Gemeinde- anteil ^{a)}
1924	104	72	176	140	36
1925	140	76	216	178	38
1926	242	78	320	281	39
1927	298	78	376	337	39
1928	352	80	432	392	40
1929	420	81	501	461	40
1930	470	84	504	512	42
1931	520	83	603	561	42
1932	576	87	663	620	43
1933	546	90	636	591	45
1934	569	93	662	616	46
1935	575	95	670	623	47
1936	541	95	636	589	47
1937	568	93	661	615	46
1938	570	93	663	617	46
1939	589	89	678	634	44
1940	418	84	502	460	42
1941	174	76	250	212	38
1942	141	68	209	175	34
1943	135	62	197	167	30
1944	132	57	189	160	29
1945	145	55	200	173	27
1946	510	55	565	538	27
1947	693	59	752	723	29
1948	999	67	1 066	1 033	33
1949	1 094	69	1 163	1 129	34
1950	1 192	83	1 275	1 235	40
1951	1 387	90	1 477	1 433	44
1952	1 521	96	1 617	1 570	47
1953	1 732	103	1 835	1 785	50
1954	1 920	109	2 029	1 974	55
1955	2 211	111	2 322	2 267	55
1956	2 487	112	2 599	2 545	54
1957	2 770	115	2 885	2 829	56
1958	2 999	119	3 118	3 060	58
1959	3 272	125	3 397	3 334	63
1960	3 679	126	3 805	3 742	63
1961	4 345	135	4 480	4 412	68

a) Hundesteuer = 50%.

Graphik I

Der Ertrag der Verbrauchs- und Aufwandsteuern 1924–1961



In den Jahren 1924–1932 zeigt sich (vgl. Graphik I) ein deutliches, der Entwicklung des Motorfahrzeugbestandes ungefähr parallel gehendes Ansteigen der Steuerertragskurve. Unterbrochen durch leichte Schwankungen, blieb der Ertrag während der Depression der dreissiger Jahre ungefähr konstant: Der Motorfahrzeugbestand verminderte sich 1932/88 um 17%, der Steuerertrag jedoch nur um knapp 1%. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass die Reduktion des Fahrzeugbestandes nur die Motorräder betraf (Abnahme um 46%), während die Zahl der vierrädrigen Motorfahrzeuge ungefähr konstant blieb.

Die Brennstoffrationierung in den Kriegsjahren führte zu einem empfindlichen Einnahmeausfall von jährlich rund 0,4 Mio. Fr. Die Wiederinbetriebnahme zahlreicher Fahrzeuge und der auf das steigende Volkseinkommen zurückzuführende zunehmende Motorfahrzeugverkehr zog in den Nachkriegsjahren ein ausserordentlich starkes, bis heute anhaltendes Anwachsen des Steuerertrags nach sich. Im Durchschnitt erhöhte er sich seit 1945 jährlich um rund 0,2 Mio. Fr.

Der Anteil des Ertrags der Motorfahrzeugsteuer an den Gesamteinnahmen des Staates entwickelte sich wie folgt (Stichjahre 1924–1956):

1924	= 1,18%
1932	= 4,04%
1936	= 3,75%
1938	= 4,11%
1944	= 0,63%
1947	= 2,88%
1950	= 3,82%
1956	= 4,55%

Dass die Motorfahrzeugsteuer und der Anteil Basellands am Benzinzollertrag die Ausgaben für das Strassenwesen bei weitem nicht zu decken vermögen, ist bereits bei der Besprechung der Ausgaben für den Strassenbau und -unterhalt dargelegt worden.

Mit einem Durchschnitt von Fr. 20.57 an Motorfahrzeugsteuererträgen pro Kopf der Bevölkerung stand Baselland 1956 nach der Waadt (Fr. 23.52), Neuenburg (Fr. 22.95), dem Tessin (Fr. 22.89) und dem Kanton Zürich (Fr. 22.38) an fünfter Stelle in der Reihenfolge der Stände. Das schweizerische Mittel betrug 1956 Fr. 18.17¹⁾.

2. Der Ertrag der Hundesteuer

Der Ertrag der Hundesteuer weist geringe Schwankungen auf. Er variierte 1924–1956 zwischen 134 976 Fr. (1961) und einem (kriegsbedingten) Minimum von 54 846 Fr. (1945). Mit einem Anteil von 0,2% (1956) an den Gesamteinnahmen des Staates – mit eingerechnet die an die Gemeinden fliessende Hälfte des Steuerertrags – ist die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Hundesteuer minim.

In seiner Arbeit über den aargauischen Staatshaushalt macht W. Siegrist²⁾ auf eine interessante *Eigentümlichkeit* der Hundesteuer aufmerksam, dass nämlich ihr Er-

¹⁾ Errechnet nach Steuern und Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden, 1956/57, Q. 300, S. 17, und nach der geschätzten mittleren Bevölkerungszahl der Kantone.

²⁾ Siegrist, W., Der Aargauische Staatshaushalt von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg, Diss. Basel 1942.

trag *antizyklisch* verlaufe, im wirtschaftlichen Aufschwung zurückgehe, in der Depression dagegen zunehme. Als Ursache führt er an, «dass einerseits die Zunahme des Realeinkommens in der Depression und die Abnahme im wirtschaftlichen Aufschwung zu dieser Entwicklung beitragen; andererseits dürften wohl auch psychologische Gründe, nämlich der Umstand, dass ein Hund Abwechslung und Trost bieten kann, mitbestimmend sein»¹⁾. Siegrist weist diese Gesetzmässigkeit namentlich für die stark industrialisierten Bezirke des Kantons Aargau nach. In den bauerlichen Gebieten wird der Hundbestand und damit der ungefähr proportional verlaufende Steuerertrag durch wirtschaftliche Wechsellagen wenig beeinflusst.

Im Kanton Baselland kann teilweise eine ähnliche Beobachtung gemacht werden. Zur genauen Abklärung steht freilich eine alle vier Bezirke umfassende Hundestatistik erst seit 1938 zur Verfügung; für die Bezirke Liestal, Sissach und Waldenburg liegen jedoch auch aus früheren Jahren Angaben vor. Während im Laufe der Posamenterkrise der Hundbestand in den beiden am schwersten betroffenen Bezirken Sissach und Waldenburg um 9,1% zurückging (1925/30), erhöhte er sich in der allgemeinen Depression der dreissiger Jahre im stark industrialisierten Bezirk Liestal 1931/36 um 31,7% (vgl. Tab. 141). Des Mangels an Nahrungsmitteln wegen verminderte sich der Hundbestand während der Kriegsjahre im Gesamtkanton um 40,6%, wobei aus naheliegenden Gründen der Rückgang in den bauerlichen Gebieten kleiner war als in den mehr industrialisierten und in den Wohngebieten²⁾.

In den Nachkriegsjahren erhöhte sich der Bestand an Hunden stärker als je zuvor. Der von Siegrist aufgezeigte Zusammenhang lässt sich für diese Zeit nachweisen, wenn auch der Bevölkerungsstand mitberücksichtigt wird: So entfielen im Bezirk Liestal Anno 1931 auf 1000 Einwohner durchschnittlich 36,0 Hunde, im Krisenjahr 1936 jedoch 46,8, in den Hochkonjunkturjahren 1950 und 1956 wiederum 30,5 bzw. 36,1 Hunde pro 1000 Einwohner. Eine ähnliche wenn auch nicht so ausgeprägte Entwicklung lässt sich für den Gesamtkanton feststellen: Auf 1000 Einwohner traf es 1930 durchschnittlich zirka 45 Hunde, 1936 zirka 50, Anno 1938 49,3, 1950 = 39,9 und 1956 = 46,6. Der antizyklische Verlauf des Hundbestandes ist deutlich erkennbar.

Tabelle 141
Der Hundbestand, Stichjahre 1924–1956³⁾

Jahr	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Kanton Baselland absolut	Hunde pro 1000 Einwohner
1924	1 879a)	680	604b)	417	3 580a)	42a)
1930	2 446a)	778	557	379	4 160a)	45a)
1936	2 683a)	986	649	422	4 740a)	50a)
1938	2 602	928	681	432	4 643	49,3
1945	1 463	512	459	322	2 756	27,7
1950	2 388	776	689	418	4 271	39,9
1956	3 242a)	1 036a)	852a)	508a)	5 638a)	46,6a)

a) Schätzung auf Grund des Hundesteuerertrages.

b) Bestand 1925.

¹⁾ Siegrist, W., a.a.O., S. 114.

²⁾ Arlesheim = 43,8%, Liestal = 44,8%, Sissach = 32,6% und Waldenburg = 25,5%.

³⁾ Für die Jahre 1924–1950 nach einer Mitteilung der Polizeidirektion, für 1956 geschätzt aus Angaben im Amtsbericht 1956 (S. 58): Gebührenertrag dividiert durch 50 Rappen = Stückzahl.

§ 4. Der Ertrag aller kantonalen Steuern

Haupttabelle 7

Der Ertrag der kantonalen Steuern 1924–1961 (in 1000 Fr.)

(Siehe Seite 119 und Graphik K Seite 118)

Die Bedeutung der Steuern als *Haupteinnahmequelle* des Staates ist im Laufe der verflossenen drei Jahrzehnte noch evidenter geworden: In den ersten fünf Jahren unserer Untersuchungsperiode (1924/28) machten die Einnahmen an kantonalen Steuern durchschnittlich 37,0% der Gesamteinnahmen aus, in den letzten fünf Jahren (1952/56) jedoch 56,0%!

Von 37,4% im Jahre 1924 (1926 = 33,6%) stieg der Anteil nach Inkrafttreten des Steuergesetzes von 1928 Anno 1931 auf 41,3%. Dieser relativ hohe Anteil wurde erst nach dem zweiten Weltkrieg wieder erreicht, da die Depression der dreissiger Jahre die Steuereinnahmen stärker als die übrigen Einnahmen vermindert hatte, so dass der Anteil auf ein Minimum von 32,0% (1936) sank. – Die hohen Erträge des Zuschlagsteuergesetzes III führten 1947/48 zu einer sprunghaften Erhöhung des Anteils von 45,0% auf 52,9%. In den beiden Jahren 1950 und 1951 hielten sich die Steuer- und die übrigen Einnahmen des Staates die Waage (50,0% bzw. 50,6%), dann aber trat eine immer stärkere Steigerung bis auf 58,8% (1955) ein. Die Steuerreduktion von 1956 verursachte im folgenden Jahr wieder einen leichten Rückgang (56,7%). Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen des Staates variierte somit im Laufe unserer Berichtszeit zwischen 32,0% (1936) und 58,8% (1955). (Vgl. auch Graphik K, S. 118).

Die Zunahme des Anteils der kantonalen Steuern an den staatlichen Gesamteinnahmen ist in Baselland grösser als im Durchschnitt aller Kantone. Nach den Erhebungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung betrug dieser Anteil 1930 gesamtschweizerisch 45,3%, in Baselland jedoch nur 36,5%¹⁾. Umgekehrt lagen die Verhältnisse in den beiden letzten Berichtsjahren unserer Untersuchungsperiode: Nach der «Bernener» Statistik, die von der unsrigen leicht abweicht²⁾, entfielen 1955 in Baselland 59,8% (1956 = 57,5%) der Gesamteinnahmen auf die kantonalen Steuern, im Kantonsdurchschnitt jedoch nur 53,4% (1956 = 52,8%). Höher waren diese Anteile 1955 nur in den Städtkantonen Basel-Stadt (66,7%) und Genf (62,4%), 1956 in Basel-Stadt (68,8%), Genf (63,3%) und Neuenburg (62,6%)³⁾. Für das Jahr 1960 lauten die analogen Werte: Baselland = 63,8%, Genf = 67,1%, Basel-Stadt = 71,1%, schweizerischer Durchschnitt = 56,1%⁴⁾.

¹⁾ Errechnet nach Kantonen, Finanzlage und Steuergesetzgebung, Heft 1930/31, S. 2 und 28.

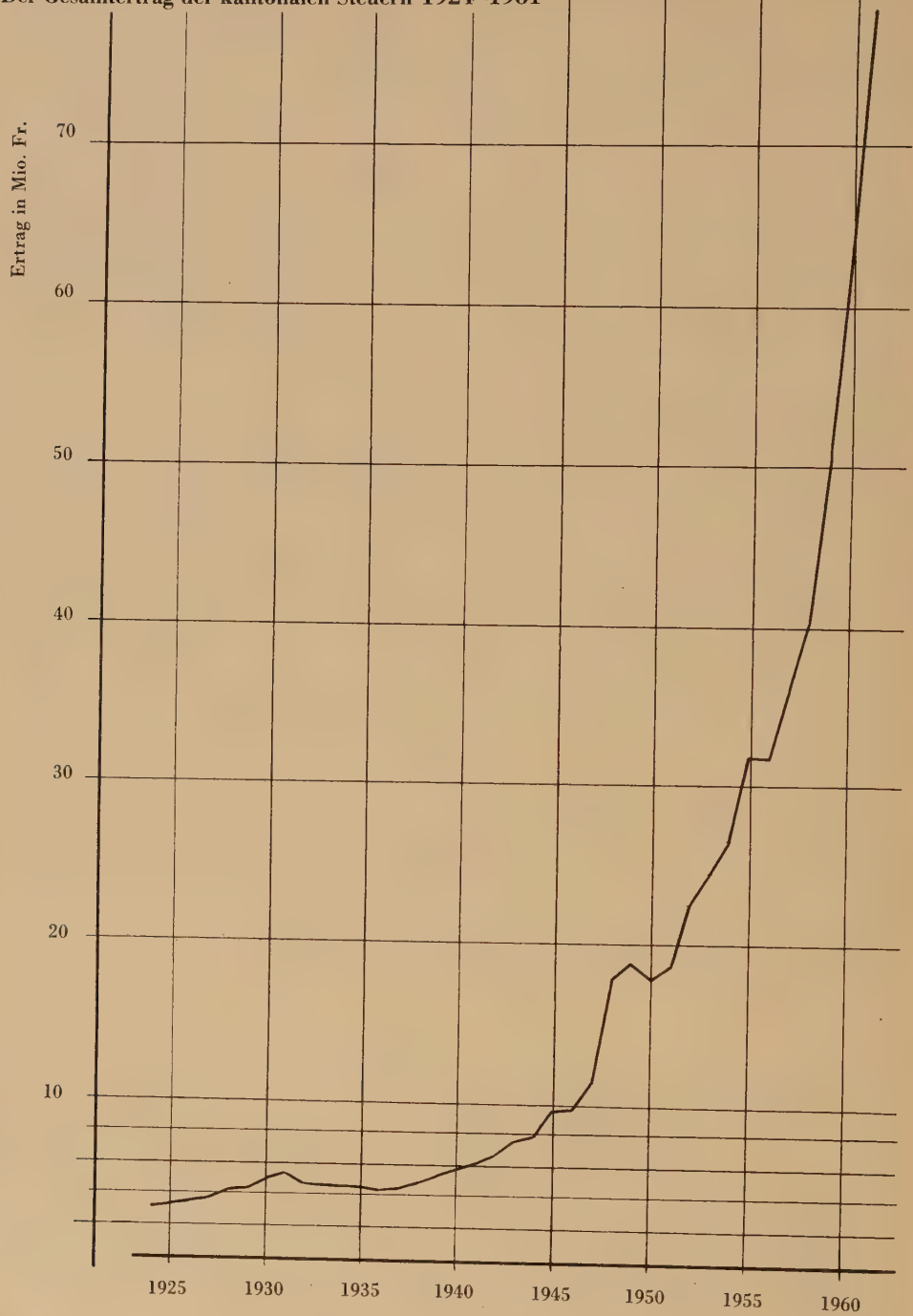
²⁾ Der Gesamtumsatz des Staates ist in unserer Statistik grösser als in jener der eidg. Steuerverwaltung, da wir – im Gegensatz zur «Bernener» Statistik – die Baubewilligungsgebühren und den Salzertrag brutto verwenden, ferner die privaten Rückerstattungen beim Armenwesen, die Handschinstiftung, die Kramer-Stiftung und die Feuerpolizeikasse (die letztere in den beiden letzten Jahren als Schätzungen) als «Erhöhungen» auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der «Bernener» Statistik nachgetragen haben. Durch diese Änderungen erhöhten sich beispielsweise 1956 die wirklichen Einnahmen um 0,704 Mio. Fr., die wirklichen Ausgaben um 0,692 Mio. Fr.

³⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1955/56, Q. 292, S. 42.

⁴⁾ Errechnet nach Q 330, a.a.O., S. 40 f.

Graphik K

Der Gesamtertrag der kantonalen Steuern 1924–1961



Haupttabelle 7
Die Einnahmen an kantonalen Steuern 1924–1961 (in 1000 Fr.)

Jahr	Einkommens- und Vermögenssteuern	Vermögensverkehrs- steuern	Verbrauchs- und Aufwandsteuern	Total
1924	2 583	536	176	3 295
1925	2 635	497	216	3 348
1926	2 773	517	320	3 610
1927	2 868	587	376	3 831
1928	3 182	653	432	4 267
1929	3 247	597	501	4 345
1930	3 799	612	554	4 965
1931	4 080	721	603	5 404
1932	3 675	510	663	4 848
1933	3 590	546	636	4 772
1934	3 578	492	662	4 732
1935	3 521	521	670	4 712
1936	3 507	364	636	4 507
1937	3 626	329	661	4 616
1938	3 835	435	663	4 933
1939	4 491	336	678	5 505
1940	4 741	531	502	5 774
1941	5 385	608	250	6 243
1942	5 962	595	209	6 766
1943	6 705	778	197	7 680
1944	7 018	814	189	8 021
1945	8 221	1 114	200	9 535
1946	8 118	960	565	9 643
1947	9 463	1 159	752	11 374
1948	15 957	866	1 066	17 888
1949	16 482	1 074	1 163	18 719
1950	15 455	1 178	1 275	17 908
1951	15 983	1 276	1 477	18 736
1952	19 495	1 567	1 617	22 679
1953	20 824	1 956	1 835	24 615
1954	22 722	1 918	2 029	26 669
1955	26 973	2 643	2 322	31 938
1956	26 313	2 930	2 599	31 842
1957	30 858	2 347	2 885	36 090
1958	35 062	2 165	3 118	40 345
1959	43 055	4 445	3 397	50 897
1960	55 164	4 977	3 805	63 946
1961	68 181	5 678	4 480	78 339

Der Ertrag aller kantonalen Steuern hat sich in Baselland in den vergangenen drei Jahrzehnten nahezu verzehnfacht. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung stieg 1924/55 von 38,8 Fr. auf 268,9 Fr. (1956 = 263,4 Fr.). Die Erhöhung der Kopfquote um nominell 593% (1924/55) reduziert sich «real» (bei Berücksichtigung des Geldwerts, gemessen am Index der Lebenshaltungskosten) auf 392% (1924/56 nominell = 579%, «real» = 374%). Die analoge Erhöhung beträgt gesamtschweizerisch 1924/55 nominell 257%, «real» 153% (1924/56 nominell = 281%, «real» = 166%).

Bei der Beurteilung der erheblichen Differenz zwischen der Erhöhung in Baselland und jener im Durchschnitt aller Kantone ist zu berücksichtigen, dass Baselland vor drei Jahrzehnten mit dem Ausbau seines Steuersystems im Vergleich zur Mehrheit der übrigen Kantone reichlich im *Rückstand* war. Das Nachholen und die durch den erhöhten Finanzbedarf bedingten Steuerheraufsetzungen haben zu dem relativ stärkeren Ansteigen geführt. Die Differenz vermindert sich, wenn beim interkantonalen Vergleich auch die *Gemeindesteuern* miteinbezogen werden. Die Zunahme der Kopfquote beträgt dann in Baselland nominell noch 393% und «real» noch 250%. Sie ist freilich immer noch erheblich grösser als das schweizerische Mittel (228% bzw. 133%). Für die Zeitspanne 1924/56 lauten die entsprechenden Werte: Baselland nominell = 398%, «real» = 247%, Kantonsdurchschnitt nominell = 244%, «real» = 140%. Die Kopfquote aller kantonalen und Gemeindesteuern stieg in Baselland, wie aus Tab. 142 ersichtlich ist, von 85,4 Fr. im Jahre 1924 auf 420,6 Fr. Anno 1955 und auf 424,6 Fr. im letzten Berichtsjahr. In derselben Zeitspanne stieg im Kantonsdurchschnitt der durchschnittliche Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung von 118,6 Fr. auf 388,8 Fr. bzw. 407,8 Fr.

Tabelle 142

Die Erträge der kantonalen und der Gemeindesteuern in Baselland und in der Gesamtheit aller Kantone, Kopfquoten, Stichjahre 1924–1960¹⁾

	1924	1930	1938	1945	1950	1955	1956	1960
	(in Franken pro Kopf der Bevölkerung ^{a)})							
Kantonale Steuern								
Alle Kantone	57,3	68,8	71,6	104,3	157,6	204,4	218,2	286,0
Baselland	38,8	54,1	52,4	95,7	167,4	268,9	263,4	434,4
Gemeindesteuern								
Alle Kantone	61,3	68,7	67,3	104,9	146,5	184,4	189,6	248,3
Baselland c)	46,6 b)	55,6 b)	59,8 b)	92,9	125,3	151,7	161,2	191,1
Kantonale und Gemeindesteuern								
Alle Kantone	118,6	137,5	138,9	209,2	304,1	388,8	407,8	534,3
Baselland	85,4	109,7	121,2	188,6	292,7	420,6	424,6	625,5

a) Errechnet nach der geschätzten mittleren Wohnbevölkerung, 1960 auf Grund der provisorischen Ergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1960.

b) Ohne Billettsteuer (Angaben fehlen).

c) Incl. Armensteuer, excl. Feuerwehr- und Kirchensteuer.

Wie Tab. 142 entnommen werden kann, waren bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre die kantonalen und Gemeindesteuererträge im Durchschnitt aller Kantone höher als in Baselland. Bei den Gemeindesteuern, die – wie schon wiederholt ausgeführt – in Baselland nicht im gleichen Masse wie die kantonalen Steuern heraufgesetzt werden konnten, liegt das basellandschaftliche Mittel noch heute unter jenem aller Kantone.

¹⁾ Errechnet nach Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1960/61, Q. 300, S. 68, und nach unseren Tabellen.

Im Jahre 1950 war der Steuerertrag (kantonale und Gemeindesteuern) pro Kopf der Bevölkerung gesamtschweizerisch noch um 11,4 Fr. oder um 3,9% höher als in Baselland. Fünf Jahre später war der Ertrag in Baselland um 31,8 Fr. oder um 8,2% höher als jener des Kantonsdurchschnitts. Infolge des Steuerabbaus verringerte sich die Differenz 1956 auf 16,8 Fr. (4,1%), stieg dann aber wieder bis 1960 auf 91,2 Fr. (17,1% !)

Nachstehende Tab. 143 gibt das Verhältnis der drei Kategorien kantonaler Steuern wieder:

Tabelle 143

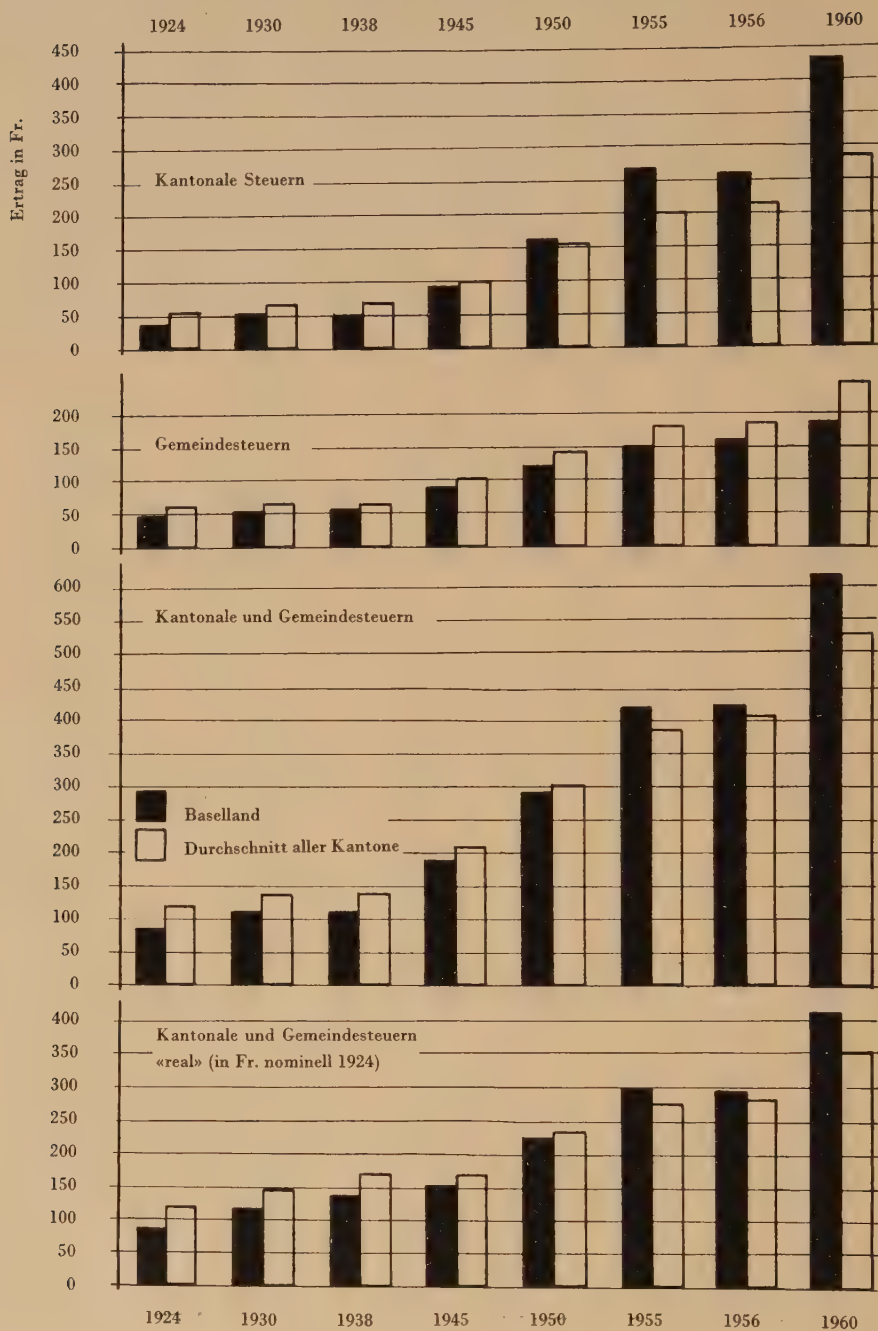
Die prozentuale Verteilung der Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern der Vermögensverkehrssteuern und der Verbrauchs- und Aufwandsteuern 1924–1956

Zeitraum	Einkommens- und Vermögenssteuern (in ‰)	Vermögensverkehrs- steuern (in ‰)	Verbrauchs- und Aufwandsteuern (in ‰)	Totalertrag der kantonalen Steuern (in ‰)
1924/26	779	151	70	1000
1927/29	747	148	105	1000
1930/32	759	121	120	1000
1933/35	751	110	139	1000
1936/38	780	80	140	1000
1939/41	834	84	82	1000
1942/44	876	98	26	1000
1945/47	845	106	49	1000
1948/50	879	57	64	1000
1951/53	852	73	75	1000
1953/56	840	83	77	1000
1924	784	163	53	1000
1930	765	123	112	1000
1954	852	72	76	1000
1955	844	83	73	1000
1956	826	92	82	1000
1957	855	65	80	1000
1958	869	54	77	1000
1959	846	87	67	1000
1960	863	78	59	1000
1961	870	73	57	1000
1924/56	836	87	77	1000
Mittel aller Kantone ^{a)}				
1930	757	107	136	1000
1954	823	81	96	1000
1955	816	85	99	1000
1956	809	91	100	1000
1957	817	79	104	1000
1958	816	78	106	1000
1959	807	89	104	1000
1960	799	98	103	1000

a) Errechnet nach Q 330, a.a.O., S. 68.

Graphik I

Die Erträge der kantonalen und der Gemeindesteuern in Baselland und in der Gesamtheit aller Kantone, Kopfquoten, Stichjahre 1924–1960



Aus Tab. 143 geht erneut die zunehmende Bedeutung der Einkommens- und Vermögenssteuern deutlich hervor. Ihr Anteil an den Gesamterträgen der kantonalen Steuern hat sich 1924/56 von 78,4% auf 82,6% und bis 1961 auf 87,0% erhöht.

Wie Tab. 143 weiter zeigt, sind die Ertragsschwankungen bei der Staatssteuer geringer als bei den Vermögensverkehrs- und den Verbrauchs- und Aufwandsteuern. In Tat ist die «Anfälligkeit» dieser beiden Steuerarten durch Krisen und andere ausserordentliche Verhältnisse (Krieg) grösser als jene der ordentlichen Staatsteuern. Sieht man von der Liegenschaftsgewinnsteuer ab – die bei der Einkommens- und Vermögenssteuer miteingeschlossen ist –, so weist der Ertrag der Staatssteuern in der Depression der dreissiger Jahre relativ geringere Abweichungen auf als jener der Vermögensverkehrssteuern. Trotz des rapiden Ansteigens des Ertrags der Vermögensverkehrssteuern infolge des stark belebten Liegenschaftsmarktes ist ihr Anteil am Gesamtertrag der kantonalen Steuern gegenüber den ersten zehn Jahren unserer Untersuchungsperiode wesentlich kleiner geworden. Dasselbe trifft auf die Erträge der Verbrauchs- und Aufwandsteuern zu, deren Anteil am Gesamtertrag der kantonalen Steuern sich trotz der starken Zunahme der Motorfahrzeugsteuern erheblich verringert hat.

Die absolut und relativ starke Steigerung der kantonalen Steuern und unter diesen namentlich der Einkommens- und Vermögenssteuern unterstreichen die *Anpassungsfähigkeit der Steuern an den allgemein gestiegenen Finanzbedarf*. Erschwert wird diese Flexibilität freilich durch die gesetzliche Verankerung der Steueransätze, die ohne Volksabstimmung nicht abgeändert werden können. Eine Ausnahme machen nur die Motorfahrzeugsteuern und durch Einführung des variablen Steuerfusses seit 1953 in einem gewissen Grade die Einkommens-, Vermögens-, Grund- und Grundstückgewinn-Steuern. Es sind allerdings auch bei den übrigen Staatseinnahmen der Beeinflussung durch die Behörden Grenzen gesetzt, sei es wegen bestehenden kantonalen Rechts (Gemeinde- und Beiträge Dritter), sozialpolitischen Momenten (Betriebseinnahmen der Anstalten), der Bundesgesetzgebung (Kantonsanteile an Bundeseinnahmen und Bundessubventionen) oder der allgemeinen Wirtschafts- und Kapitalmarktlage (Vermögensertrag).

Curriculum vitae

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit, Felix Mathias Auer, heimatberechtigt und wohnhaft in Bottmingen, ist am 16. September 1925 als Sohn des Alphons Auer († 30. Juni 1955) und der Bertha, geb. Spiess, in Basel geboren. Er verbrachte seine Kindheit im Elternhaus in Bottmingen, besuchte daselbst während fünf Jahren die Primarschule, daraufhin während vier Jahren die Unterstufe des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums in Basel und daran anschliessend während weiterer vier Jahre die Oberstufe der Abteilung C der Evangelischen Mittelschule in Schiers, wo er im Frühjahr 1945 die Maturität bestand.

In den Jahren 1945–1947 war er während drei Semestern an der Abteilung für Bauingenieurwesen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich immatrikuliert und bestand im Frühjahr 1947 die 1. Vordiplomprüfung.

Vom Sommer 1947 bis zum Frühjahr 1959 war der Verfasser als freier Journalist BR tätig, u. a. für die «Basellandschaftliche Zeitung» in Liestal und die «Basler Nachrichten» in Basel. In den Jahren 1947–1952 und 1958/59 war er an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel immatrikuliert und hörte Vorlesungen bei den Herren Professoren Bombach, von Dietze, Furlan, Imboden, Ruck, Salin, Simonius, Spiro und Wagner.

Die vorliegende Dissertation ist ein für die Jahre 1957–1961 ergänztes Kapitel aus der unveröffentlichten Arbeit «Der Staatshaushalt des Kantons Baselland 1924 bis 1956», die unter der Anleitung von Herrn Professor Dr. Edgar Salin entstand.

Seit dem 1. Juni 1959 ist der Verfasser als Sekretär der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Basel-Landschaft tätig.

